



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Gemeinderates
2021

Inhaltsverzeichnis:

Sitzungstag:	Seite:	genehmigt am:	Bemerkungen:
			<i>Sitzungsleitung</i>
10.02.2021	3	17.03.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
17.03.2021	16	12.05.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
07.04.2021	38	09.06.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
13.04.2021	46	12.05.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
12.05.2021	61	09.06.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
09.06.2021	75	07.07.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
07.07.2021	86	24.07.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
24.07.2021	94	18.08.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
18.08.2021	102	15.09.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
15.09.2021	108	13.10.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
13.10.2021	123	08.12.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
03.11.2021	132	08.12.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
10.11.2021	136	08.12.2021	Andreas Zenglein, Bgm.
08.12.2021	149	19.01.2022	Andreas Zenglein, Bgm.

Anmerkungen:

10.02.2021 Sitzung online

13.04.2021 Sitzung online – Seiten 46-60

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 10. Februar 2021

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

Videokonferenz

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	

Abwesend:

Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
----------------	---------------	--

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Vollzug der StVO; Antrag Änderung der Vorfahrtsregelung Büchelbergstraße in Haibach (§ 8 der StVO)
4.	Untersuchungen des Kanalnetzes - Erste Ergebnisse des Ing. Büro's SIK und Abstimmung weitere Vorgehensweise
5.	Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg
5.1.	Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet "Südlich Bismarckallee West" zwischen Bismarckallee, Scharnhorststraße, Yorckstraße, Ludwigsallee und Fußweg zwischen Bismarck- und Ludwigsallee (Nr. 3/27); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
5.2.	Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet "Südlich Bismarckallee Mitte" zwischen Bismarckallee, Gneisenaustraße, Bechtoldstraße, Ludwigsallee, Yorckstraße und Scharnhorststraße (Nr. 3/28); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
5.3.	Aufstellung eines Bebauungsplan „Südlich Bismarckallee – Ost“ zwischen Bismarckallee, Fußweg Fl.-Nr. 4347/2, westlicher bzw. südwestlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4319, 4382, 4381 und 4338, südlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4343/15 und 4343/14, Lug ins Land, Yorckstraße und Gneisenaustraße (Nr. 3/29); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
6.	Allgemeines
6.1.	Anschaffung einer Software für ein Online-Portal für Eltern & Kindertagesstätten aller Kinderbetreuungseinrichtungen
6.2.	Wiedervorlage; Sachstand Ballfangzaun am Kunstrasenplatz an der Kultur- und Sporthalle
6.3.	Naturdenkmal Winterlinde am Nepomuk

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Video-Konferenz des Gemeinderates und begrüßt alle Gemeinderäte und interessierten Zuhörer.

Die heutige Konferenz kann nur als Information gewertet werden. Erforderliche Beschlüsse sind nicht rechtskonform und werden heute als Abstimmungsbekundung per Chat aufgezeichnet. Die Beschlüsse zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten werden bei der nächsten Präsenz-Sitzung formell gefasst.

Heute haben auch die Bürgerinnen und Bürger wieder die Möglichkeit, sich über den auf der Homepage angegebenen Link über die Diskussionen im Gemeinderat zu informieren. Ein Rederecht für die Gäste besteht nicht.

GR Andrea Stürmer ist für die heutige Konferenz aus beruflichen Gründen verhindert.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2020 wurde den Gemeinderäten zugestellt und ist im RIS hinterlegt.

Hinweis: Bis zum Ende der Konferenz lagen keine Anmerkungen vor, daher ist dieses Protokoll genehmigt.

3. Vollzug der StVO; Antrag Änderung der Vorfahrtsregelung Büchelbergstraße in Haibach (§ 8 der StVO)**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 17.11.2020 beantragt Gemeinderat Jörg Baumann, die Büchelbergstraße als Vorfahrtsstraße auszuweisen (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 StVO).

Mit Beschluss vom 02.11.1972 bestätigte der Gemeinderat seinerzeit hier die „Rechts vor Links Regelung“ (§ 8 Abs. 1 StVO). Siehe Beschlussbuchauszug in der Anlage.

Straßenbaulastträger für gemeindeeigene Straßen nach Art. 47 Abs. 1 BayStrWG (Bayerisches Straßen- und Wegegesetz) ist die Gemeinde Haibach. Sie kann daher über die Verkehrsführung bestimmen.

Absicht des damaligen Beschlusses war, die recht breite Büchelbergstraße nicht zur „Rennstrecke“ zu machen.

Bgm. Andreas Zenglein führt zu dem vorliegenden Antrag aus, dass die Büchelbergstraße vorrangig auch von Schulkindern und Eltern mit Kindergartenkindern genutzt wird. Daher wird er persönlich einer Änderung der Vorfahrtsregelung kein Einverständnis erteilen.

Nach Rücksprache mit der PI-Aschaffenburg bestehen jedoch keine Versagensgründe für eine Änderung. Es wird darauf hingewiesen, dass die Regelungen für Ortsstraßen gemeindliche Angelegenheiten sind. Die Polizei akzeptiert die entsprechenden Beschlüsse.

Die 30-er-Zone wurde in der Amtszeit des damaligen Bürgermeisters Walter Dietrich eingeführt und mit entsprechenden Beschilderungen versehen. Eine

komplette Entfernung der alten Beschilderung sowie eine neue, angepasste Beschilderung würde ca. 15.000 EUR kosten.

GR Jörg Baumann erläutert wie folgt seinen Antrag:

Begründung:

Zurzeit gilt in der Büchelbergstraße Zone 30 und auch die Verkehrsregelung „Rechts vor Links“.

Die Büchelbergstraße ist neben der Würzburger Straße eine der wichtigsten und meistgenutzten Straßen in Haibach. Über diese läuft der Linienbusverkehr ins Klinikum und in die Stadt Aschaffenburg. Weiter wird sie genutzt, um nach Goldbach und Hösbach zu gelangen. Sie ist eine wichtige Strecke für Pendler, Arbeitnehmer ins Klinikum und Besucher des selbigen. Auf ihr herrscht erheblich mehr Verkehr als auf den sie kreuzenden Straßen. Zusätzlich ist sie eine Hauptstrecke für die Einsatzfahrzeuge des Klinikums Aschaffenburg. Die Büchelbergstraße trägt alle Charakteristika einer Vorfahrtstraße und ist somit als solche zu kennzeichnen. Hier Verkehrszeichen 306.

Durch die derzeitige „Rechts vor Links“ Regelung wird der StVO nicht genüge getan, jene ist möglicherweise sogar als rechtswidrig anzusehen.

Durch die „Rechts vor Links“ Regelung kommt es zu einem permanenten „Stopp and Go“ Verkehr, welcher in unnötiger Weise zu ständigem Bremsen und Beschleunigen führt. Auch im Sinne des Umweltschutzes (Feinstaub, erhöhter Kraftstoffverbrauch, erhöhte Lärmbelastigung) kann diese momentane Regelung nicht förderlich sein. Ein gleichmäßiges Fahren mit Tempo 30 km/h wäre hier wohl der richtige Weg.

Daher beantragt die AfD, dass die Büchelbergstraße ordnungsgemäß als Vorfahrtstraße beschildert und das Tempo entsprechend bei 30 km/h belassen wird.

Die AfD bittet um die Zustimmung des Bürgermeisters und der Fraktionen.

Rechtliche Hinweise:

Laut § 8 der StVO und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift (VwV) ist die o.g. Regelung „Rechts vor Links“ jedoch nicht rechtmäßig.

Auch nach der Regelung des § 45 StVO (Verkehrszeichen und Einrichtungen) ist an Vorfahrtstraßen die Regelung mit Zone 30 nicht vorgesehen.

Die VwV ist für die Verwaltung rechtlich bindend.

Die VwV zur StVO ist eine Verwaltungsvorschrift der deutschen Bundesregierung. Sie regelt die Umsetzung der Straßenverkehrsordnung (StVO) und die Ausführung von Verkehrseinrichtungen durch die kommunalen Straßenverkehrsbehörden.

Die Vorschrift basiert auf Art. 84/II Grundgesetz. Sie enthält zu fast jedem Paragraphen der StVO Erläuterungen und Anweisungen.

Ist-Zustand Büchelbergstraße: Für die Büchelbergstraße wurde, wie in ganz Haibach, eine sogenannte 30er Zone eingerichtet. Hier der Auszug zu dem § 45 1c, welcher die 30er Zone rechtlich regelt.

§ 45 StVO

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen

(1c) 1 Die Straßenverkehrsbehörden ordnen ferner innerhalb geschlossener Ortschaften, insbesondere in Wohngebieten und Gebieten mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte sowie hohem Querungsbedarf, Tempo 30-Zonen im Einvernehmen mit der Gemeinde an. 2 **Die Zonen-Anordnung darf sich weder auf Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) noch auf weitere Vorfahrtstraßen (Zeichen 306) erstrecken.** 3 Sie darf nur Straßen ohne Lichtzeichen geregelte Kreuzungen oder Einmündungen, Fahrstreifenbegrenzungen (Zeichen 295), Leitlinien (Zeichen 340) und benutzungspflichtige Radwege (Zeichen 237, 240, 241 oder Zeichen 295 in Verbindung mit Zeichen 237) umfassen. 4 An Kreuzungen und Einmündungen innerhalb der Zone muss grundsätzlich die Vorfahrtregel nach § 8 Absatz 1 Satz 1 ("rechts vor links") gelten. 5 Abweichend von Satz 3 bleiben vor dem 1. November 2000 angeordnete Tempo 30-Zonen mit Lichtzeichenanlagen zum Schutz der Fußgänger zulässig.

Diesem ist zu entnehmen, dass sich eine 30er Zone nicht an einer Vorfahrtstraße, wie sie die Büchelbergstraße nun mal rechtlich eigentlich ist, nicht erstrecken darf.

Auszüge aus der VwV zu § 8 StVO Vorfahrt und damit auch zu Charakteristika einer Vorfahrtstraße:

Einmündungen von rechts sollte die Vorfahrt **grundsätzlich** genommen werden. Nur wenn **beide**

Straßen überwiegend dem Anliegerverkehr dienen (z.B. Wohnstraßen) und auf **beiden** nur **geringer Verkehr** herrscht, bedarf es nach der Erfahrung einer Vorfahrtbeschilderung nicht.

An Kreuzungen sollte der Grundsatz „**Rechts vor Links**“ **nur gelten**, wenn

- a) die kreuzenden Straßen einen annähernd gleichen Querschnitt und **annähernd gleiche, geringe Verkehrsbedeutung haben**,
- b) **keine der Straßen**, etwa durch Straßenbahngleise, Baumreihen, durchgehende Straßenbahnbeleuchtung ihrem **ortsfremden Benutzer** den Eindruck geben kann, er befinde sich auf der **wichtigeren Straße**,
- c) die **Sichtweise nach rechts aus allen Kreuzungszufahrten** etwa gleich groß ist und
- d) in keiner der Straßen in Fahrstreifen nebeneinander gefahren wird.

Bei der Vorfahrtsregelung sind **die Interessen der öffentlichen Verkehrsmittel besonders zu berücksichtigen**; wenn es mit den unter Nummer 6 dargelegten Grundsätzen vereinbar ist, sollten diejenigen **Kreuzungszufahrten Vorfahrt erhalten, in denen öffentliche Verkehrsmittel, linienmäßig verkehren.**

Zur Richtigkeit dieser, von uns angestrebten Beschilderung, soll bitte auch der zuständige Sachbearbeiter Verkehr der Polizeiinspektion Aschaffenburg sowie die örtliche Straßenbaubehörde angehört werden. Diese könnte man zur Gemeinderatssitzung einladen.

Info: Schlauchzählung der Gemeinde Haibach, Zahlen wurden von Herrn Schickling übersandt.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag eine entsprechende Diskussion geführt hat. Für die Fraktion ist die Rechts-vor-Links-Regelung eine Verkehrsberuhigung und die Geschwindigkeitsbegrenzung gerade für die viel befahrene Büchelbergstraße wichtig. Hier zählen nicht die Fakten zum Umweltschutz, sondern vorrangig die Sicherheit und der Schutz der Fußgänger, die z.B. auf dem Wege zur Schule und Kindergarten sind.

Es wurde eine Umfrage durchgeführt und hierbei haben sich 82 % der Rückmeldungen gegen eine Änderung entschieden. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei den Anwohnern für die vielen konstruktiven Rückmeldungen. Die Vorschläge, die eingebracht wurden, werden im Rahmen des ISEK zur Diskussion gestellt.

Der Antrag von GR Jörg Baumann ist als isoliert zu sehen. Bei Verkehrszählungen wurde ermittelt, dass von der Hohe-Kreuz-Str. ein Fahrzeugaufkommen von ca. 4.000 Fahrzeugen täglich besteht. Wie sollen diese Fahrzeuge in die Büchelbergstraße einfahren, wenn dies eine Vorfahrtstraße ist. Ebenso ist die

Einfahrt von der Eckener- und der Aschaffenburg Straße zu beachten.

In der heutigen Sitzung soll das Verkehrskonzept im Rahmen des ISEK auf den Weg gebracht werden. Nach Meinung der CSU-Fraktion sollte daher dem Antrag nicht zugestimmt werden. Die Verkehrsplaner werden diese Punkte mit in die Untersuchung einbeziehen.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass das Ergebnis der Befragung an den GR verschickt wird.

GR Bodo Leiblein nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt zu diesem Antrag Stellung:

Die SPD Fraktion beabsichtigt, dem Antrag der AFD - auch in Form der heute vorliegenden Beschlussvorlage der Verwaltung - nicht zuzustimmen.

Zur Begründung nennen wir im Wesentlichen vier Punkte:

Als Erstes wären nach unserer Ansicht bestehende rechtliche Bedenken einzuwenden. Die Büchelbergstraße liegt im Bereich einer Tempo 30-Zone, was auf einen Beschluss des Gemeinderates aus dem Jahre 1972 zurückzuführen ist.

In Tempo 30-Zonen gemäß Paragraph 45 der Straßenverkehrsordnung **muss** grundsätzlich die **Regelung „Rechts vor links“** gelten. Selbst Ampeln sind in einem solchen Bereich nur zulässig, wenn sie dem Schutz des Fußgängerverkehrs dienen. Auch in der heute Abend zur Verfügung gestellten Stellungnahme der Polizei wird ausdrücklich ausgeführt, dass eine Vorfahrtsregelung, wie beantragt, nur dann angeordnet werden kann, wenn zuvor in diesem Bereich die Regelung der Tempo 30 -Zone beseitigt wird.

Damit ist es rechtlich in sich **widersprüchlich**, auf der einen Seite eine **Tempo 30- Zone zu belassen**, wenn andererseits die **Büchelbergstraße zur Vorfahrtstraße** gemacht werden soll. Diese Widersprüchlichkeit begründet die nachhaltige Befürchtung, dass als nächstes dann die Tempo 30-Regelung fällt und möglicherweise auch aufsichtlich beanstandet wird und – wie aus unserer Sicht als schlimmste Konsequenz anzunehmen wäre – eine „Tempo 50 Zone“ daraus wird.

Wir befürchten zum Zweiten, dass die Einrichtung einer durchgängigen Vorfahrtsberechtigung für die Büchelbergstraße unangenehme faktische Folgen haben wird. In einer Studie des Umweltbundesamtes aus dem November 2016 ist dokumentiert, dass die Überschreitungshäufigkeit gegen eine Geschwindigkeitsanordnung bei Tempo 30 ohnehin bereits signifikant **höher ist als bei Tempo 50**. Durch die Einrichtung einer Vorfahrtsregelung mit durchgehender Vorfahrtsberechtigung der Büchelbergstraße wird **diese latente Überschreitungsgefahr bzw. -tendenz nachhaltig gefördert**. Die Folge wäre eine **höhere Luftschadstoffbelastung und Lärmbelastung**

für die Anwohner. Hinzu käme eine **erhöhte Unfallgefahr**.

Um insoweit nur einmal ein Beispiel zu benennen: angenommen ein Kind rennt etwa 13 m vor einem Auto auf die Straße. Fährt dessen Fahrer genau 30 km/h, kann er noch mit einer Vollbremsung reagieren und vor dem Kind anhalten. Mit 40 km/h verlängert sich der Anhalteweg auf 19,3 m. Dann prallt das Auto noch mit rund 35 km/h gegen das Kind. Nach einem Gutachten der DEKRA sind schwerste bis tödliche Verletzungen in diesem Falle nicht selten.

Mit anderen Worten: die Einhaltung der Geschwindigkeitsvorgabe entscheidet im Ernstfall darüber, ob gar kein Unfall passiert oder aber einen Zusammenprall mit Schwerverletzten oder Toten. Im Hinblick auf die signifikant zu erwartende Vermehrung von Geschwindigkeitsüberschreitungen dadurch, dass der Verkehr nun ungehemmt auf der vorfahrtsberechtigten Straße rollen kann, sehen wir nicht, inwieweit der Vorteil einer durchgängigen Vorfahrtsberechtigung den Nachteil dieser Gefährdungserhöhung überwiegen sollte.

Zum Dritten können wir die Begründung für die beantragte Änderung nicht nachvollziehen. Als wesentliches Argument wird angegeben, es handle sich bei der Büchelbergstraße um eine Hauptverkehrsader mit einem entsprechend hohen täglichen Verkehrsaufkommen. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieses Argument als **nicht sehr schlagkräftig**. Die Zählungen ergeben, jedenfalls soweit sie vorliegen, folgendes Bild:

Verkehrsaufkommen Büchelbergstraße täglich im Schnitt des Jahres 2020: 2792 Kfz

Verkehrsaufkommen Eckenerstraße täglich im Schnitt des Jahres 2018: 2069 Kfz

Verkehrsaufkommen
Sponackerweg/Hirtenborn/Hohe-Kreuz-Straße nach Information durch Herrn Bürgermeister Andreas

Zenglein in einer Bürgerversammlung des Jahres 2018: 4000 Kfz

Die Zahlen für die Aschaffenburg Straße liegen nicht vor, dürften aber ebenfalls nur unwesentlich darunter liegen.

Der gegenüber den Zahlen der Büchelbergstraße nur unwesentlich geringere **Verkehr aus der Eckenerstraße** würde dann gegenüber der Büchelbergstraße **wartepflichtig**. **Gleiches gilt für** die Kraftfahrzeuge, die aus dem **Sponackerweg/Hohe Kreuzstraße** kommen. Unter Berücksichtigung des vorstehend geschilderten dortigen Verkehrsaufkommens müsste man diese Straßen auch zu vorfahrtsberechtigten Straßen gegenüber den dortigen Seitenstraßen machen; dies wird wohl kaum jemand ernsthaft fordern und widerspräche ebenfalls den Vorgaben der auch dort gültigen Tempo 30-Zone. Letztlich ergibt sich auch aus diesen Erwägungen, dass das mit diesem Antrag verfolgte Anliegen, die

Büchelbergstraße völlig isoliert und nicht im Gesamtzusammenhang des Gesamtsystems betrachtet.

Damit wären wir aber auch bereits bei dem vierten Argument, welches nach unserer Auffassung eindeutig gegen die beantragte Regelung spricht.

Wie allseits bekannt ist, befinden wir uns gegenwärtig in einem ISEK-Prozess; für die insoweit vielleicht nicht so mit diesen Dingen vertrauten Bürger sei hierzu erläutert, dass es sich bei diesem bereits eingeleiteten Prozess um die Erstellung eines Programms zur städtebaulichen Entwicklung und Gestaltung unseres Ortes handelt. Teil dieses ISEK Prozesses wird auch die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für den gesamten Ortsbereich sein, insoweit befinden wir uns gegenwärtig kurz vor der Vergabe eines entsprechenden Auftrags an ein hierauf spezialisiertes Ingenieur-Büro.

Wir halten es für **nicht opportun**, im Rahmen der nun beantragten Änderungen der Vorfahrtsregelung und einem vielleicht in der Folge - in nicht allzu kurzer Zeit - möglicherweise sogar zu befürchtenden Versuch, auch die Geschwindigkeit auf die zulässige Höchst-geschwindigkeit von 50 km/h unter Hinweis auf die Rechtslage anzupassen, eine **Einzelregelung zu treffen**, die vom restlichen Straßensystem abgekoppelt ist. Es wäre durchaus denkbar, dass im Rahmen des ISEK- Prozesses das beauftragte Ingenieurbüro neue Vorschläge unterbreitet, die wiederum eine völlig andere Verkehrsregulierung der Büchelbergstraße zum Inhalt haben. Die derzeit geltende Regelung war jetzt seit den 70er-Jahren zumindest insoweit brauchbar, dass wir adhoc keine Not sehen, **vor** der zu erwartenden Vorlage des demnächst in Auftrag zu gebenden Verkehrsgutachtens jetzt noch die beantragte Neuregelung vorzunehmen. Wir meinen, dass insoweit **zumindest die Untersuchungen des Ingenieurbüros abgewartet** werden sollten und die **Regelungen für die Büchelbergstraße dann auch in ein Gesamtkonzept eingebettet** werden sollten.

Aus den genannten Gründen werden wir deshalb der jetzt beantragten Regelung zur Änderung nicht zustimmen.

GR Christian Fuchs ist der Ansicht, dass hier das Verkehrsgutachten vor entsprechenden Änderungen erstellt werden sollte. Der Gemeinderat hat keine Experten bzw. Fachleute, die sich bzgl. der

Verkehrsführungen und entsprechenden Regelungen festlegen können. Eventuell können durch bauliche Veränderungen, z.B. versetztes Parken, Änderungen erfolgen. Er spricht sich dafür aus, die Anordnung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h beizubehalten

Ein Beschluss sollte nicht gefasst werden, da im Rahmen des ISEK ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben wird.

GR Jörg Baumann ist der Ansicht, dass hier einiges bewusst falsch dargestellt wird. Die Zahlen aus der Hohe-Kreuz-Straße waren ihm in dieser Form nicht bekannt.

Nach seiner Ansicht ist die 30-er Zone rechtswidrig, da es sich um ein Bundesgesetz handelt. Die rechtswidrige Zone 30 müsste nach seiner Ansicht aufgehoben werden.

Für ihn besteht kein Problem, wenn im Rahmen des Verkehrsgutachtens eine Lösung dargestellt wird.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass dann die Zone 30 in Haibach seit 1972 rechtswidrig ist. Die Gemeinde ist jedoch Straßenbaulastträger, daher darf die Gemeinde in eigener Entscheidung die Geschwindigkeit für Ortsstraßen festlegen.

Auch die Kreisstraße ist in einem Teilbereich in Haibach als Zone 30 beschildert, da dies aus Sicherheitsgründen erforderlich ist.

Bgm. Andreas Zenglein bittet die Gemeinderäte nun über die Abstimmungsbekundung im Chat. Die Informationen zur Umfrage der CSU-Fraktion werden dem GR zur Verfügung gestellt.

GR Steffen Kruschina informiert hierzu, dass 120 Fragebogen an die Anwohner verteilt wurden und 50 Rückmeldungen kamen.

Der Antrag wird per Chat abgestimmt.

Für den Antrag: 1 Stimme

Gegen den Antrag: 17 Stimmen

Info:

Die FWG-GR Jürgen Goldhammer und Christian Fuchs haben sich **nicht beteiligt** / GR Andrea Stürmer ist nicht zur Sitzung anwesend.

4. Untersuchungen des Kanalnetzes - Erste Ergebnisse des Ing. Büro's SIK und Abstimmung weitere Vorgehensweise

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Staab und Wieczorek vom Ing.-Büro SIK, Aschaffenburg, ebenfalls virtuell an der heutigen

Informationsveranstaltung teilnehmen. Sie werden anhand einer PP-Präsentation ausführlich das erarbeitete Kanalsanierungskonzept der Bereiche Büchelberg- und Gemeindefeld/Am Dörngraben erläutern.

Herr Staab führt aus:

Die Veranlassung hierzu war durch den Verdacht hydraulischer und baulicher Probleme gegeben.

Das Projektgebiet umfasst den Bereich Büchelbergstraße (zw. Herrlein- und Großstraße) und den Bereich Friedlandstraße (Gemeindefeld, Bornäcker, Christian-Kunkel-Straße, Am Dörngraben sowie die Kanäle zwischen Bornäcker und Friedlandstraße.

Der Projektumfang erfolgte durch optische Inspektion mit Dimensionsmessung der Fa. UMTEC, im November 2020, die bautechnische Zustandsbewertung durch das Ing.-Büro SIK sowie die stationäre hydraulische Berechnung durch das Ing.-Büro SIK im Januar 2021.

Die stationäre hydraulische Berechnung wurde nachfolgenden Kriterien durchgeführt.

Vorhandener Kanalentwurf (1981)

Berechnung nach damaligem Stand der Technik, Bemessungsregen mit einer Regenspende von 110 l/(s*ha) und Regendauer von 15 Minuten.

Hydraulischer Nachweis größerer Kanalnetze (stationäre Betrachtung):

Gemäß Merkblatt ATV M 165 „Anforderungen an Niederschlag-Abfluss-Berechnungen in der Stadtentwässerung“ vom April 1994 ausschließlich hydrodynamische Modelle.

Wirklichkeitsnahe Simulation des aus Translation und Retention bestehende Transportprozesses auch unter Bedingungen wie Rückstau, Aufteilung und Fließumkehr.

Zeitbeiwertverfahren (stationäre Betrachtung)

Kleinere, in sich zusammenhängende Kanalnetze, dadurch kurze, übersichtliche und leicht prüfbares Berechnungsverfahren mit der Annahme Gesamtfließzeit in der Leitung nicht größer als die Regendauer.

8. Kostenschätzungen

Büchelbergstraße

Bautechnische Erneuerung	159.693,00 EUR
Hydraulische Erneuerung	405.124,00 EUR
Maßnahme – netto	564.817,00 EUR
19 % MwSt.	107.315,25 EUR
Gesamtbetrag brutto	679.000,00 EUR

Friedlandstraße

Bautechnische Erneuerung	96.100,00 EUR
--------------------------	---------------

Hydraulische Erneuerung	551.357,00 EUR
Maßnahme – netto	647.457,00 EUR
19 % MwSt.	123.016,83 EUR
Gesamtbetrag brutto	771.000,00 EUR

Zu dieser Kostenschätzung werden folgende Anmerkungen gemacht:

- Vorbehaltlich der Erkenntnisse aus Baugrunduntersuchungen hinsichtlich belasteter Oberfläche oder Boden oder ungünstiger Bodenverhältnisse.
- Vorbehaltlich der Abstimmung anderer Versorger (Wasser, Gas, Strom etc.)
- Oben genannte Kosten beinhalten **keine** Bau-Nebenkosten.

Im weiteren Verlauf der Information erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Kosten für einen Vollausbau bei ca. 1,5 Mio EUR inkl. Neuverlegung der Wasserleitung und des Straßenausbaus liegen werden.

Er schlägt in diesem Zusammenhang vor, dass die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der kommenden Woche abgesagt und stattdessen eine interfraktionelle Sitzung am 17.02. zur Festlegung der Prioritäten erfolgen sollte.

Folgende Straßen stehen zur Sanierung an:

Büchelbergstraße, Gemeindefeld, Ortsverbindungsstraße, Aschaffburger Straße, Wiesenstraße, Am Wingert.

Nach seiner Auffassung sollten pro Jahr nicht mehr als 2 Maßnahmen geplant werden. Mehr ist weder personell, finanziell und auch verkehrsmäßig nicht durchführbar. Die Fraktionen sollten in Klausur gehen und eine Festlegung treffen. Die Prioritäten sollten für die nächsten 3-5 Jahre festgelegt werden.

GR Jürgen Goldhammer sieht hier einige „Überraschungen“. Er fragt, ob nach der Feststellung der Situation die Erstellung der Planung bis auf die Ausschreibung möglich ist.

Herr Staab erklärt, dass nicht nur der Kanalbau erforderlich sein wird, sondern auch in diesem Zusammenhang die Überprüfung der Wasserleitung. Wenn die Aschaffburger Straße saniert werden soll, kann nicht gleichzeitig die Büchelbergstraße ausgebaut werden. Die Aschaffburger Straße ist fertig zur Ausschreibung, die Umsetzung kann dann in etwa im Herbst 2021 oder Frühjahr 2022 begonnen werden.

Bgm. Andreas Zenglein sieht die Büchelbergstraße ebenfalls als Priorität, jedoch ist hier ein Vollausbau notwendig und die Planung noch nicht begonnen. Es liegen aktuell nur die Ergebnisse der Untersuchungen in diesem Bereich vor.

GR Jürgen Goldhammer fragt nach der zu erwartenden Bauzeit.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies mindestens 1,5 Jahre dauert. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass jedoch in diesem Bereich Büchelbergstraße auch mit felsigem Untergrund zu rechnen ist, was die Bauzeit noch verlängern kann, möglicherweise bis Ende 2023.

Die weitere Maßnahme zur Entlastung des Gemeindefeldes über die Goethestraße muss auch im Vollausbau erledigt werden. Hierzu könnte von einer Dauer von 12-15 Monaten ausgegangen werden.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob ein kurzfristiger Austausch des 150er Rohrstückes im Bereich Büchelbergstraße möglich ist.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt hierzu, dass dies als Provisorium möglich ist, jedoch sieht er hier keinen Einfluss auf die Situation im Bereich Erlenstraße.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass die Planung für die Aschaffenburg Straße soweit abgeschlossen ist, dass diese zur Ausschreibung bereit liegt. Es muss lediglich noch die Infoveranstaltung bzgl. „Begleitgrün“ erfolgen. Wenn hier die Ausschreibung durchgeführt wird, kann im nächsten Schritt bereits mit der Planung der Büchelbergstraße begonnen werden.

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, ob die Ausweitung des Teilstücks auch die Ausweitung bis zum Sammler nach sich zieht.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der Kanal in der Erlenstraße mit berücksichtigt werden soll. Hier ist nach seiner Kenntnis auch eine weitere Ausweitung auf DN 600 notwendig.

Dipl. Ing. Martin Volk schlägt vor, dass das Kanalnetz erst in Summe berechnet werden sollte. Eine endgültige Aussage kann nach der kompletten Überrechnung des Netzes erfolgen.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass nach seiner Ansicht die Verkehrsplanung im Rahmen des ISEK

auch in diese Thematik greift. Es sollten nicht erst Sanierungen durchgeführt und dann Verkehrsänderungen durchgeführt werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann möchte wissen, was der Austausch des Rohrstücks bringen soll.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass dies wenig bringen wird, weil nach der „Holzwiese“ keine Rückmeldung bzgl. Überflutung kommt.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht dies dann eher als Abbremsen des Abflusses als eine Erleichterung. Wenn die Goethestraße ebenfalls betroffen ist, dann sollte doch dort begonnen werden, dann sind nach seiner Auffassung die erforderlichen Berechnungen bis dahin fertig.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Meinung, dass die Gesamtberechnung spätestens im Herbst vorliegen wird.

Dipl. Ing. Martin Volk weist darauf hin, dass die Goethestraße in der Kategorie 0-2 als auch sehr schlecht eingeordnet ist. Hier ist Handlungsbedarf erforderlich und sollte als eine der nächsten Maßnahmen begonnen werden. Er berichtet auch hier über vorhandene Kanalschäden und auch das Kriterium an das angrenzende Landschaftsschutzgebiet, welches bei den Planungen eine Rolle spielen wird.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, für die Goethestraße eine Gesamtbetrachtung zu erstellen.

Nach seiner Ansicht sollte die Fa. SIK auch an der interfraktionellen Information teilnehmen.

Herr Staab bemerkt, dass die TV-Untersuchung dort durchgeführt wird, die Auswertung liegt etwa im April vor.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei den Vertretern des Ing.-Büros SIK für die detaillierten Erläuterungen.

Weitere Beratungen zu den künftigen Abläufen erfolgen hierzu in der kommenden Woche.

5. Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg

- | | |
|------|--|
| 5.1. | Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet "Südlich Bismarckallee West" zwischen Bismarckallee, Scharnhorststraße, Yorckstraße, Ludwigsallee und Fußweg zwischen Bismarck- und Ludwigsallee (Nr. 3/27); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB |
|------|--|

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat in der Sitzung am 07.10.2019 die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes i. S. d. § 30 Abs. 1 BauGB für das Gebiet „Südlich Bismarckallee – West“ zwischen Bismarckallee, Scharnhorststraße,

Yorckstraße, Ludwigsallee und Fußweg zwischen Bismarck- und Ludwigsallee (Nr. 3/27) beschlossen.

Mit der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird der Gemeinde Haibach, als Träger öffentlicher Belange, am Verfahren beteiligt, die Gelegenheit zur

Stellungnahme gegeben und über die Planung unterrichtet.

Zweck der Stellungnahme ist es, die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

Es erfolgte hierzu der Hinweis von **GR Jörg Baumann**, dass in diesem Zusammenhang nochmals mit der Stadt Aschaffenburg bezüglich der Zufahrt zum Klinikum Aschaffenburg über die „Berliner Allee“ Gespräche geführt werden sollten.

Hierzu bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass er dieses Anliegen seit Jahren verfolgt und sicher auch hierzu wieder Gespräche führen wird. Er bedankt sich für den Hinweis.

Die erforderliche Abstimmung hierzu wird als Abstimmungsbekundung durchgeführt. Die formelle Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Präsenz-Sitzung.

Abstimmungsbekundung:

Vorschlag der Verwaltung zur Aufstellung des B-Planes: Südlich Bismarckallee - West

Zustimmung: 17 Stimmen, ohne Gegenstimme

Info:

Die FWG-Gemeinderäte: Christian Fuchs, Karin Rückert und Jürgen Goldhammer haben sich **nicht an der Abstimmung beteiligt**. GR Andrea Stürmer hat nicht an der Sitzung teilgenommen.

5.2.	Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet "Südlich Bismarckallee Mitte" zwischen Bismarckallee, Gneisenaustraße, Bechtoldstraße, Ludwigsallee, Yorckstraße und Scharnhorststraße (Nr. 3/28); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
-------------	--

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat in der Sitzung am 07.10.2019 die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes i. S. d. § 30 Abs. 1 BauGB für das Gebiet „Südlich Bismarckallee – Mitte“ zwischen Bismarckallee, Gneisenaustraße, Bechtoldstraße, Ludwigsallee, Yorckstraße und Scharnhorststraße (Nr. 3/28) beschlossen.

Mit der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird der Gemeinde Haibach, als Träger öffentlicher Belange, am Verfahren beteiligt, die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und über die Planung unterrichtet.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Bismarckallee – Mitte“ der Stadt Aschaffenburg werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Aus diesem Grund wird keine Veranlassung gesehen, Bedenken gegen den Planentwurf zu äußern.

Es erfolgt hierzu keine Diskussion:

Die erforderliche Abstimmung hierzu wird als Abstimmungsbekundung durchgeführt. Die formelle Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Präsenz-Sitzung.

Abstimmungsbekundung:

Vorschlag der Verwaltung zur Aufstellung des B-Planes: Südlich Bismarckallee - Mitte

Zustimmung: 17 Stimmen, ohne Gegenstimme

Die FWG-Gemeinderäte: Christian Fuchs, Karin Rückert und Jürgen Goldhammer haben sich **nicht an der Abstimmung beteiligt**. GR Andrea Stürmer hat nicht an der Sitzung teilgenommen.

5.3.	Aufstellung eines Bebauungsplan „Südlich Bismarckallee – Ost“ zwischen Bismarckallee, Fußweg Fl.-Nr. 4347/2, westlicher bzw. südwestlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4319, 4382, 4381 und 4338, südlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4343/15 und 4343/14, Lug ins Land, Yorckstraße und Gneisenaustraße (Nr. 3/29); Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
-------------	--

Sachverhalt:

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat in der Sitzung am 07.10.2019 die Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes i. S. d. § 30 Abs. 1 BauGB für das Gebiet „Südlich Bismarckallee – Ost“ zwischen Bismarckallee, Fußweg Fl.-Nr. 4347/2, westlicher bzw. südwestlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4319, 4382, 4381 und 4338, südlicher Grenze der Grundstücke Fl.-Nr. 4343/15 und 4343/14, Lug ins Land, Yorckstraße und Gneisenaustraße (Nr. 3/29); beschlossen.

Mit der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird der Gemeinde Haibach, als Träger öffentlicher Belange, am Verfahren beteiligt, die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und über die Planung unterrichtet.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans „Südlich Bismarckallee – Ost“ der Stadt Aschaffenburg werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Aus diesem Grund wird keine Veranlassung

gesehen, Bedenken gegen den Planentwurf zu äußern.

Es erfolgt hierzu keine Diskussion:

Die erforderliche Abstimmung hierzu wird als Abstimmungsbekundung durchgeführt. Die formelle Beschlussfassung erfolgt in der nächsten Präsenz-Sitzung.

Abstimmungsbekundung:

Vorschlag der Verwaltung zur Aufstellung des B-Planes: Südlich Bismarckallee - Ost

Zustimmung: 17 Stimmen, ohne Gegenstimme

Die FWG-Gemeinderäte: Christian Fuchs, Karin Rückert und Jürgen Goldhammer haben sich **nicht an der Abstimmung beteiligt**. GR Andrea Stürmer hat nicht an der Sitzung teilgenommen.

6. Allgemeines

6.1. Anschaffung einer Software für ein Online-Portal für Eltern & Kindertagesstätten aller Kinderbetreuungseinrichtungen
--

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass der AK Kinderbetreuung in mehreren Sitzungen dieses Thema beraten hat.

GR Jürgen Goldhammer stellt anhand einer PP-Präsentation das Ergebnis dieser Beratungen vor.

Hier geht es um die Möglichkeit, dass anhand einer Software eine funktionierende Plattform sowohl für die Eltern als auch für die Leitungen / Verwaltungen der KITA-Einrichtungen geboten wird.

Die bedeutet für die Eltern:

- Strukturierte On-Line-Plattform zur Präsentation der vorhandenen KITA-Einrichtungen und deren Träger
- On-Line Platzwahl / Platzreservierung zur Verfügung zu stellen
- Eine transparente und zügige Platzvergabe für alle Beteiligten zu gewährleisten
- Datenhoheit durch die Selbsteingabe der Anmeldedaten durch die Eltern
- Kommunikationsplattform für die Eltern und der KITA-Leitungen zu ermöglichen

Für die Leitungen/Verwaltungen

- Eine einfache Übersicht zu den vorhandenen Plätzen zu haben
- Planungssicherheit für die zukünftige Anzahl an Plätzen zu bekommen
- Doppelanmeldungen zu erkennen und zu vermeiden
- Geringer Verwaltungsaufwand durch die Eingabe der Daten durch die Eltern
- ADEBIS-Schnittstelle zur vorhandenen KITA-Verwaltungssoftware

Die Programme „ZKPA“ HOKITA und „Little Bird“ wurden den Vertretern der Träger und KITA-Leitungen vorgestellt.

Die Beratung im AK hat zum Ergebnis, dass vorgeschlagen wird, dass die Gemeinde die KITA-Software „Little Bird“ beschafft. Die Einführung erfolgt in enger Abstimmung mit den Einrichtungen, deren Träger und der Gemeinde.

Aus der Verwaltung wird eine verantwortliche Person für dieses Portal benannt.

Es findet keine Diskussion hierzu statt, die Vergabe erfolgt im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

6.2.**Wiedervorlage; Sachstand Ballfangzaun am Kunstrassenplatz an der Kultur- und Sporthalle****Sachverhalt:**

Am 02.02.2021 fand mit Herrn Kalusche vom Ingenieurbüro Hock ein Vor-Ort-Termin statt. Im Vorfeld wurde durch das Büro Hock bereits die bestehende Zaunanlage überprüft und festgestellt, dass es statisch keinerlei Reserven für eine Erhöhung oder Verstärkung gibt. Die anzusetzende Windkraft der zusätzlichen Netzanlage kann weder von den Pfosten, noch von den bestehenden Fundamenten übernommen werden. Eine Abstrebung nach hinten ist wegen des Umweges und der Anbindung an die bestehenden Pfosten nicht möglich.

Statisch und wirtschaftlich am sinnvollsten ist die bereits vorgeschlagene Neuanlage mit der Ausführung gemäß dem Angebot der Firma Draht-Braun. Pfosten alle 5 m in den Feldmitten der jetzigen Pfostenlagen, Pfostenhöhe 9 m, Netzbespannung, Masche 10 x 10 cm, von der Höhe 6 m bis Höhe 9 m.

Fundamentgrößen (Vorermittlung)

Pfosten zentral: Länge 1,50 m Breite 1,25 m, Höhe 0,80 m

Pfosten dezentral - Mindestabstand Fundamentrand, 25-30 cm: Länge 1,75 m, Breite 1,25 m, Höhe 0,80 m

Lage des Ballfangnetzes

Hierzu liegen 3 Alternativen vor:

▪ **Netzanlage in exakter Lage des jetzigen Ballfangzaunes**

Scheidet eigentlich aus, da für die Fundamentierung der Kunstrassenplatz geöffnet werden müsste (Rinne ausbauen, Asphaltunterbau öffnen, Asphaltunterbau schließen)

▪ **Netzanlage ca. 30 cm hinter dem jetzigen Zaun**

Es sind keine Arbeiten am bestehenden Platz nötig. 9 Pfosten (Abmessung ca. 160 x 80 mm) würden dann im gepflasterten Bereich stehen. Hinterkante ca. 50 cm vom Zaun eingerückt. Der Ball würde vom Netz abtropfen und hinter den Zaun fallen, alternativ müsste man das Netz vor den Zaun führen.

▪ **Netzanlage an der Außenzaunanlage (Einfriedung)**

Losgelöst von der bestehenden Ballfangzaunanlage, ca. 3 m hinter dieser. Bälle tropfen auf das Pflaster. Pfosten in Achse des Zaunes an der Böschung.

Kostenschätzung der vor beschriebenen Neuanlage als eigenständige Netzkonstruktion:

Fundamentierung	13.500,00 Euro
Zaunbauer	29.000,00 Euro
Statiker	2.500,00 Euro
GESAMTKOSTEN:	ca. 45.000,00 Euro

Alternative:

Am Termin wurde zusätzlich noch ein alternatives Netzsystem – 2 große Stützen mit dazwischen hängendem Netz – durchgesprochen.

Das Ergebnis ist, dass die Stützen unverhältnismäßig in der Größe auszuführen wären. Außerdem müssten die Pfosten schräg nach außen stehen und groß dimensioniert sein. Diese Ausführung wäre unwirtschaftlich.

Im Nachgang der Begehung wurde durch das Bauamt nochmals Kontakt mit dem Ingenieurbüro Hock aufgenommen. Ziel war es, mögliche Alternativen durchzusprechen.

Es wurde besprochen, dass eventuell ein temporäres Ballfangnetz eine denkbare Lösung sein könnte. Dieses temporäre System könnte dann an der bestehenden Ballfangzaunanlage noch montiert werden.

Bei einer temporären Lösung sind nämlich die maximalen Lastannahmen der Windlasten nicht anzusetzen.

Im „eingefahrenen“ Zustand sind die Windlasten dann gering und könnten eventuell von der bestehenden Konstruktion übernommen werden.

Es gibt 2 Möglichkeiten, die Konstruktion auszuführen

- eine horizontale als „Vorhang“, wie in einer Sporthalle hinter den Toren (Vorhang mittels Laufschiene seitlich zu verschieben)
- eine vertikale Lösung – Netz an Schiene befestigt nach unten ablassen

Anhand von Skizzen werden die Varianten vorgestellt.

Von Seiten des Bauamtes wurden die Skizzen bereits an die Firma FUNTEC verschickt.

Es soll hier geklärt werden, ob eine der temporären Alternativen realisierbar und wirtschaftlich ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass ein neuer Ballfangzaun Kosten in Höhe von ca. 45.000 EUR verursachen wird. Nach seiner Meinung sollten nun nochmals alle Alternativen geprüft werden. Er sieht

aktuell keinen großen Zeitdruck durch den bis zum 07.03. andauernden Lockdown. Ebenso kann gerade bei den aktuellen winterlichen Bedingungen der

Kunstrasenplatz nicht bespielt werden. Er erwartet erste Prüfungsergebnisse bis zur nächsten Sitzung,

6.3. Naturdenkmal Winterlinde am Nepomuk

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom gemeindlichen Forstwirt Michael Roth die Situation bzgl. des Naturdenkmals „Winterlinde“ am Nepomuk ausführlich mittels einer PP-Präsentation erläutert wurde.

Forstwirt Michael Roth wird diese Information heute nochmals dem Gremium und den Zuhörern vorstellen.

Forstwirt Michael Roth erläutert den Zuhörern den aktuellen Sachverhalt. Nach einem Gespräch mit dem Landratsamt wird nun nochmals ein weiteres Gutachten erstellt inklusive einer Schalltomographie. Durch ständige Kontrollen durch das Landratsamt können bisherige Gutachten mit den neuen verglichen bzw. weitere Verschlechterungen der Standfestigkeit fortgeschrieben und verglichen werden.

Sollte sich jedoch die Standsicherheit der Linde trotz des Vergleichs außerhalb der Norm bestätigen, muss eine Fällung innerhalb der nächsten 4 Wochen erfolgen. Bei den Untersuchungen und auch bei der eventuellen Fällung wird auch ein Biologe anwesend sein. Der Einsatz eines Krans ist unbedingt notwendig. Bei der Durchführung der Fällung wird diese symmetrisch erfolgen. Die Neuanlage an diesem Bereich soll bis 2022 beendet sein. Der zeitliche Rahmen wird bedingt durch den durch Pilzbefall notwendigen Bodenaustausch in diesem Areal. Es soll ein struktureller Wiederaufbau erfolgen.

FW Michael Roth ist der Ansicht, dass bei einer zu starken Kroneneinkürzung eine Fällung die bessere Alternative ist – zumal der Pilzbefall mit dieser Aktion nicht behoben werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass auf jeden Fall die weiteren Untersuchungen abgewartet werden. Es sollte alles versucht werden, eine Fällung eventuell noch zu vermeiden. Jedoch – dies ist auch wichtig – die Verkehrssicherheit geht vor und hat auch keinen Einfluss auf die Fällzeit bis Ende Februar.

GR Christian Fuchs fragt nach dem Alter der Linde.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die erste Erwähnung hierzu 1876 erfolgte, man jedoch von einem Alter von ca. 200 Jahren ausgeht.

FW Michael Roth erklärt, dass gemäß Gutachten die Linde ca. 250 Jahre und eine Höhe von 20-25 m hat.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob eine Fällung auch ohne Bodenaustausch denkbar ist.

Hierzu antwortet **FW Michael Roth**, dass dies undenkbar ist. Der Austausch muss sein.

GR Toni Stahl informiert, dass diese Linde 1783 lt. Chronik gepflanzt wurde. Dieser Baum ist ein Teil der Haibacher Geschichte und des Ortsbildes. Er schlägt vor, dass der Heimat- und Geschichtsverein in diesen Sachverhalt mit eingebunden werden und eine ausführliche Kommunikation erfolgen soll.

Bgm. Andreas Zenglein dankt für den Hinweis. Nach seiner Ansicht sollte auch der frühere Leiter der gemeindlichen Gartenbauabteilung, Herr Otmar Seidel, mit einbezogen werden. Entsprechende Kommunikation wird stattfinden.

2. Bgm. Jürgen Großmann möchte von FW Michael Roth wissen, welches Ergebnis bei dieser Mikrountersuchung herauskommen kann. Könnte die Linde dann noch ca. 10 Jahre länger stehen?

FW Michael Roth erklärt, dass bei einer Rückverfolgung der Untersuchungsergebnisse aus den Jahren 2009/2011 ein Vergleich mit den aktuellen Messungen erfolgt. Es kann die Möglichkeit bestehen, dass im Verhältnis keine Verschlechterung der Standsicherheit eingetreten ist. Man muss die neue Untersuchung durch das Landratsamt abwarten.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass alle Ergebnisse dem Gremium vorgestellt werden und eine gemeinsame Entscheidung getroffen wird. Der Heimat- und Geschichtsverein und Herr Seidel werden ebenso hierzu informiert.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 17.03.2021 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 17. März 2021
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:45 Uhr**

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	anwesend bis 22:00 Uhr
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	anwesend bis 22:15 Uhr
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Axel Meschenmoser		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat**Öffentlicher Teil:**

1.	Bürgerfragestunde
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 09.12.2020 und 10.02.2021
3.	Sachstandsbericht der Verwaltung
4.	Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörrmorsbach; 3. Bauabschnitt (Einmündung AB 11s in AB 11) - Bestätigung der vom Gemeinderat in der Sitzung am 11.11.2020 beschlossenen Ausführungsplanung
5.	Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörrmorsbach; 3. Bauabschnitt (Einmündung AB 11s in AB 11) - Ggfls. neue Beschlussfassung zur Ausführungsplanung
6.	Verabschiedung des Haushalts- und Finanzplanes 2021 mit Anlagen
7.	Ausbau der Aschaffenburg Straße - Vorstellung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung, Beratung und Beschlussfassung
8.	Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten
9.	Wiedervorlage; Sachstand zur Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz der Kultur- und Sporthalle
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Bürgerfragestunde****Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung zur Bürgerfragestunde und informiert:

Seit dem 16.03.2021 sind die virtuellen Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse rechtskonform. Für Haibach gilt, dass die Form der Sitzungen noch in die aktuelle Geschäftsordnung des Gemeinderates mit aufgenommen werden muss. Diese Regelung hat eine Gültigkeit bis zum 31.12.2020.

Vor der Sitzung wurden durch die Wasserwacht Haibach Schnelltest für alle hier Anwesenden durchgeführt. Er bittet jedoch, dass nur die Personen, die Redebeiträge vortragen, ihre Masken hierzu absetzen.

Bürgerfragestunde:**Aktion Sauberer Landkreis – Baumpatenschaft – Mithilfe bei Aufforstung**

Frau Sandra Krieger informiert, dass sie am 08.03.2021 per E-Mail zum Thema Baumpatenschaften, Aktion Sauberer Landkreis und den aktuellen Aufforstungsarbeiten Bezug genommen hat.

Am 09.03.2021 wurde die E-Mail von Herrn Staab beantwortet, der die Patenschaften und die Alternativen zur Durchführung der Aktion Sauberer Landkreis begrüßte. Lediglich zu den Aufforstungsarbeiten konnte noch keine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass er den Vorschlag der Baumpatenschaft sehr begrüßt dies wird im Zusammenhang mit der Pflanzaktion zu verwirklichen sein.

Frau Krieger erklärt, dass sie diesbezüglich auch mit Herrn Roth und Herrn Fellhauer in E-Mail-Kontakt steht.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass Herr Roth aktuell wegen einer Weiterbildung nicht im Dienst ist, danach wird er sich mit Frau Krieger in Verbindung setzen, sobald die Pflanzaktion beginnt, bzw. fortgeführt wird.

Zur Aktion „Sauberer Landkreis“ stellt er fest, dass diese Absage durch das Landratsamt erfolgte. Nach Rückfrage dort dürfen kleine Familiengruppen mit max. 5 Personen aktiv sein. Hierfür ist es nach seiner Meinung sinnvoll, sich mit Herrn Staab in Verbindung zu setzen.

Frau Krieger informiert, dass andere Landkreise gezielt auf diese Aktion aufmerksam machen und unter anderem durch evtl. Verlosungen etc. auch Anreize hierfür bieten. Sie schlägt vor, dass auch in Schulen Sammelaktionen durchgeführt werden können. Hierfür könnten entsprechende Container aufgestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Müllentsorgung in der Hoheit des Landkreises liegt. Er wird jedoch gerne im Landratsamt entsprechende Gespräche führen, um hier eine Lösung anbieten zu können.

Die Schüler in Haibach haben bereits bei früheren Aktionen immer schon freitags im Umfeld der Schule gesammelt. Dies kann unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen auch heuer so sein und obliegt der Verantwortung der Schulleitungen.

Er verweist auf die aktuellen Zahlen der Pandemie. Wenn im Landkreis alle Sammelaktionen für den sauberen Landkreis abgesagt wurden, kann Haibach nicht eigenständig aktiv werden. Dies wird er jedoch klären. Es bestünde auch die Möglichkeit, diese Sammelaktion zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

GR Katja Fuchs fragt ob hierfür feste Tage zur Durchführung gelten.

Frau Krieger berichtet von Beispielen aus Hessen und Niederbayern. Hier wurden unter anderem Wettbewerbe ausgelobt.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Verwaltung nach einer Lösung sucht und entsprechende Informationen veröffentlicht werden.

Parksituation Grenzweg/Ecke Hauptstraße

Frau Sandra Roth fragt nach dem Stand ihrer Anfrage bezüglich des Parkens im Grenzweg/Ecke Hauptstraße. Sie schlägt vor, eventuell auf dem gegenüberliegenden Grundstück eine Stellfläche einzurichten.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dieses Grundstück in Privatbesitz ist und dort die Gemeinde nicht aktiv werden kann.

Die Polizei war zu einem Ortstermin hier und hat sich die Gegebenheiten angesehen. Der Schnittpunkt von 5 m zur Kreuzung wurde bei diesem Termin durch die parkenden Fahrzeuge eingehalten. Eine Verkehrswidrigkeit ist daher nicht gegeben. Seitens der Verwaltung wird vermehrt die kommunale Verkehrsüberwachung an diese Kreuzung geschickt, um dies zu überprüfen.

Wenn die Gemeinde hier ein Parkverbot einrichtet, muss dies entsprechend begründet sein. Ein reguläres Parken sollte weiterhin möglich sein. Jedoch gibt es auch zu bedenken, dass bei Einrichtung eines Parkverbotes an dieser Stelle auch Präzedenzfälle für weitere Kreuzungen geschaffen werden.

Vorerst sollte die Verkehrsüberwachung dort weiterhin kontrollieren, um zumindest die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Auffüllungen OV-Straße nach Bessenbach

Herr Jochen Koch bezieht sich auf den Artikel im Mitteilungsblatt über die Auffüllungen am Bankett der Straße nach Bessenbach. Nach seiner Ansicht war der Ton in diesem Schreiben sehr heftig. Er möchte jedoch auch wissen, was die Gemeinde an dieser gefährlichen Strecke in Richtung Bessenbach verbessern wird.

Bgm. Andreas Zenglein sieht den Text im Mitteilungsblatt als nicht so dramatisch. An dieser Maßnahme wird aktuell geplant. Tatsache ist, dass es sich in dem Fall der Auffüllungen um eine illegale Entsorgung von Erde im Landschaftsschutzgebiet handelt. Dies ist rechtlich nicht erlaubt.

Die Gemeinde ist am Eruiern, welche Lösung hier für eine Stabilität sorgen kann. Eventuell werden Gabionen oder L-Steine gesetzt, die das Gelände abfangen können. Tatsache ist jedoch hierbei, dass von den 200 Metern, die hier betroffen sind, lediglich 20 m im Gemeindeeigentum sind. Die restlichen 180 Meter sind im Privateigentum. Für entsprechende Maßnahmen müssen die Eigentümer ihr Einverständnis erklären.

Im Rahmen einer Flurbereinigung wäre es durchaus möglich, die Teilflächen zu erwerben. Jedoch müssen auch hierzu entsprechende Verhandlungen geführt werden.

Herr Jochen Koch fragt in welchem Zeitfenster hier gehandelt wird.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass es sich hier um ein Landschaftsschutzgebiet handelt und der Hang abgetragen werden muss. Eine Zeitschiene ist aktuell nicht zu benennen.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass er einen Termin mit einer Straßenbaufirma vereinbaren wird. Eventuell kann eine „kleine“ Lösung gefunden werden. Die Problematik der Besitzverhältnisse sollte jedoch geprüft werden.

Herr Jochen Koch fragt, ob die Entscheidungen zu den TOP 4+5 im Anschluss bekannt gegeben werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Zuhörer gerne bis zum Ende der öffentlichen Sitzung teilnehmen können.

Verkehrskonzept Eckenerstraße

Herr Rainer Maier fragt nach dem Verkehrskonzept für die Eckenerstraße. Nach seiner Ansicht wird hier eindeutig zu schnell gefahren.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass über einen Zeitraum von 2 Wochen das mobile Geschwindigkeitsmessgerät in der Eckenerstraße montiert war. Hier hat sich ein Mittelwert von 29,2 km/Std. gezeigt.

Hierzu erwidert **Herr Maier**, dass die Fahrzeuge zum Teil mit 60 kmh durchfahren, was sagt die Polizei zu dieser Situation.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass auch allen bewusst ist, dass der Mittelwert sich auf alle im gesamten Zeitraum der Messungen bezieht. Trotzdem ist die Polizei mit diesem Ergebnis zufrieden.

Herr Maier schlägt zur Verminderung der Geschwindigkeit vor, dass Bepflanzungen erfolgen sollten, bzw. dass dort durch die Verkehrsüberwachung „geblitzt“ werden soll.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Standorte ebenfalls mit der Polizei abgesprochen werden müssen. In Haibach sind derzeit 5 Standorte für die Messungen genehmigt. Zu dem Vorschlag Bepflanzungen erklärt er, dass z.B. die Schweller, die in der Ringwallstraße eingebaut wurden, heute nicht mehr genehmigt werden. Ebenso wird die Montage der sogenannten „Berliner Kissen“ nur nach Genehmigung der Verkehrsbehörde erlaubt.

Er weist auf die eventuell noch zunehmende Problematik hin, die sich durch den Ausbau der Aschaffenburger Str. ergeben kann. Das Verkehrsgutachten wurde durch den Gemeinderat beauftragt hierzu finden umfangreiche Untersuchungen im gesamten Ortsgebiet statt.

Weitere Anfragen seitens der Bürger bestanden nicht – somit wird die Bürgerfragestunde um 19:40 Uhr geschlossen.

2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 09.12.2020 und 10.02.2021
-----------	--

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten alle erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die heutige Sitzung wird den interessierten Zuhörern aufgrund der aktuellen Situation wieder zur Teilnahme mit einem Online-Zugang angeboten. Er bedankt sich für das Interesse und begrüßt alle Teilnehmer.

Bgm. Andreas Zenglein fragt nach dem Einverständnis zur Tagesordnung.

Hierzu meldet sich **GR Steffen Kruschina** und bringt folgende Vorschläge zur Änderung vor:

Streichen des TOP 7 – Sanierung Sportgelände Schule - hier sollte das Ergebnis der aktuellen Baugrunduntersuchung abgewartet werden

Vorziehen des TOP 8 – Verabschiedung des Haushalts- und Finanzplanes 2021 an TOP 5

Nach kurzer Aussprache hierzu:

Es besteht einstimmiges Einverständnis:

Der TOP 7 wird zurückgestellt, der TOP 8 wird an TOP 5 gesetzt.

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2020 sowie das Protokoll der Videokonferenz vom 10.02.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3.	Sachstandsbericht der Verwaltung
-----------	---

Sachverhalt:

	Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
5.1	Ortskerngestaltung / Verkehrskonzept	Hauptamt / Gemeinderat	Vergabe der Verkehrlichen Begleituntersuchungen ist in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 10.03.2021 erfolgt. Derzeit werden die Vergabeunterlagen durch die Regierung von Unterfranken geprüft. Nach Freigabe durch die Regierung von Unterfranken erfolgt die Vorstellung des Verfahrensablaufs im Gemeinderat, voraussichtlich April. Im Anschluss daran wird mit den Vorbereitenden Untersuchungen begonnen (voraussichtlich April/Mai)	06/2022
5.2	Gemeindeverbindungsstraße, 2.BA	Bauamt	Bauausführung: ▪ Herstellung Geh- und Radweg sowie Angleich Böschungen zwischen OE und Zufahrt Büchel. ▪ Bordsteine und Rinne zwischen „Büchel“ und „Maihohle“	09/2021
5.3	Gemeindeverbindungsstraße, regenerative Energiequelle am Parkplatz Büchel	Bauamt	Aktuell keine Bearbeitung	Offen

5.4	Gemeindeverbindungsstraße 3. BA	Bauamt	Die Planung für die Einmündung AB 11 / AB 11s wurde am 11.11.2020 im Gemeinderat und am 23.11.2020 im Kreistag genehmigt. Zugang einer Unterschriftenliste von Dörmorsbacher Bürgerinnen und Bürgern zum Einmündungsausbau am 29.01.2021. Durchführung eines Behördengesprächs mit den Fraktionen am 08.03.2021. Evtl. Bestätigung der Beschlussfassung vom 11.11.2020 bzw. Neufassung in der heutigen Sitzung. Baubeginn, je nach Beschlussfassung, evtl. nach Fertigstellung des 2. BA Gemeindeverbindungsstraße.	12/2021
5.5	Aschaffburger Straße	Bauamt	Anwohnersammlung wegen Gestaltung des Straßenraumes mit Baumpflanzungen wegen Corona Pandemie nicht möglich. Ersatzweise Einholung eines Meinungsbildes über Anschreiben der Eigentümer in der Aschaffburger Straße. Beratung und Beschlussfassung in der heutigen Sitzung.	2021
5.6	WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Derzeit keine Rückmeldung seitens der Behörden zum weiteren Fortgang des Verfahrens.	Offen
5.7	Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Detailuntersuchung für V1 ist durch das Landratsamt Aschaffenburg genehmigt. Beantragung der Fördermittel für die Detailuntersuchung bei der GAB (Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH) durch PeTerra ist erfolgt. Ergebnis der Vorprüfung GAB liegt vor, ergänzende Unterlagen sind noch zu beschaffen. Weiteres Vorgehen zur DU von V1: Beratung in der GR-Sitzung vom 14.04.2021.	Offen
5.8	Außensportanlage Schule	Bauamt	Der Förderantrag ist bewilligt und die Ausschreibung (DIN-konform) ist weitestgehend erstellt. Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise in der heutigen Sitzung.	Offen
5.9	Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91-SMUSI - Berechnung	Bauamt	Auftrag für Ingenieurleistungen erteilt. Derzeit Abstimmung/Arbeitskreis mit Stadt AB, Fachbehörden und Fachplanern. Juni 2021 Zwischenbericht an Anschluss-gemeinden	offen
5.10	Kinderhort	Bauamt	Aktuell erfolgen noch Pflanzarbeiten durch die Gartenbauabteilung und die Schlussabrechnungen werden erstellt.	04/2021
5.11	Seniorenwohnheim	Hauptamt / Gemeinderat	Unverändert. Pflegebedarfsberechnung liegt vor und soll im Rahmen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts mit einfließen.	Offen
5.12	Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Kämmerei/ Bauamt	Unverändert. BA1 (Dörmorsbach) konnte witterungsbedingt im Februar nicht komplett	Offen 2021-2023

			umgestellt werden. Fertigstellung wird bis Ende März 2021 erwartet. Die Aschaffener Versorgungs-GmbH wurde beauftragt, mit der Planung, der Fördermittelabwicklung und Ausschreibung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen für den Ortsteil Grünmorsbach zu beginnen.	
5.13	Sanierung KuS	Bauamt	Unverändert. Dokumentation und Schlussrechnungen einzelner Gewerke sind noch offen.	offen
5.14	Heizung Schule	Bauamt	Die Heizungsinstallationsarbeiten sind abgeschlossen und abgerechnet. Die Installationsarbeiten der Stromerzeugung- und einspeisung erfolgt in den Osterferien.	04/2021
5.15	Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Auftrag an Ingenieurbüro SIK erteilt. Bestandserfassung bis auf wenige Teilbereiche abgeschlossen. TV-Untersuchungen und Zuarbeit Bauhof erforderlich.	12/2021
5.16	Heizungsanlage Rathaus	Bauamt / Hauptamt	Unverändert. Vorstellung und Besprechung der Ergebnisse der Planung mit dem IfE steht noch aus.	Offen
5.17	Lautsprecheranlage Sporthalle „AHK“	Bauamt	Kostenansatz im Haushalt 2021 vorgesehen.	Offen
5.18	Schranke Erdumschlagplatz Wendelberg	Bauamt	Unverändert. Vorbereitende Arbeiten im Zuge des Kreuzungsausbaus sind erfolgt. Derzeit aus Kapazitätsgründen keine Bearbeitung.	Offen
5.19	Gasversorgung für Dörmorsbach	Hauptamt	Aktuell laufen Gespräche mit der Energieversorgung Main-Speersart und der Aschaffener Versorgungs GmbH bezüglich möglicher Umsetzungsvarianten.	Offen
5.20	Home-Schooling	Hauptamt Finanzverwaltung	Unverändert. EDV-Ausstattung (Tablets, Notebooks, Software) wurde in Absprache mit der Schulleitung der Grund- und Mittelschule angeschafft. Alle Klassenzimmer wurden in die W-Lan-Umgebung der Schule integriert. Im Rahmen zur Förderung von Glasfaseranschlüssen für öffentliche Schulen und Rathäuser, wurde der Anschluss an das Glasfasernetz beauftragt.	Offen
5.21	Gesprächstermin Elternbeirat Schule	Hauptamt	Terminabsprachen finden aktuell mit den Elternbeiräten der Grund- und Mittelschule, sowie den Schulleitungen statt.	Offen

Nach Vortrag des Berichtes werden folgende
Anmerkungen geäußert:

5.18

GR Toni Stahl bemängelt, dass die bereits beschlossene Schranke zum Haidberg noch immer nicht installiert wurde.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass hierzu zwei Lösungen geprüft wurden.

Eine manuelle Lösung wird 2000 - 3.000 EUR kosten. Diese hat jedoch den Nachteil, dass jeder, der die Schranke öffnen bzw. schließen will, dies per Hand erledigen muss. Dies führt wahrscheinlich wieder dazu, dass die Schranke doch öfter nicht geschlossen sein wird.

Die elektronische Lösung verursacht Kosten in Höhe von ca. 15.000 EUR. Ein entsprechendes Kabel ist im Rahmen der Maßnahmen an der „Adler“-Kreuzung bereits vorhanden. Hier öffnet die Schranke automatisch bei der Ein- bzw. Ausfahrt. Somit ist eine geschlossene Schranke gewährleistet.

Die Vorschläge werden im Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss vorgelegt.

GR Toni Stahl spricht sich für die manuelle Lösung aus – nach seiner Meinung ist die preiswerte Variante ausreichend für die Absicherung des Geländes.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass der Rückbau der Erddeponie durch das Landratsamt gefordert wurde. Eine Teilfläche hiervon wird weiterhin von der Firma Sauer genutzt. Nach seiner

Meinung ist eine elektronische Anlage an dieser Stelle unverhältnis-mäßig.

5.19.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Gespräche bzgl. der Energieversorgung Dörmorsbach aktuell laufen. Die EMS hat angedeutet, dass man prüft, gemeinsam mit dem lFE eine Art „Leuchtturmprojekt“ in Dörmorsbach zu starten.

In der KW 13 findet ein weiterer Termin mit der AVG statt wegen der Umsetzung eines Nahwärmenetzes. Das Ergebnis hierzu wird im April vorgestellt.

In diesem Zusammenhang informiert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass durch das lFE die beauftragte Studie bzgl. der Energiethemen für Schule und Rathaus fertiggestellt sind.

Er schlägt vor, dass daher die nächste Sitzung des GR anstatt am Mittwoch, 14.04.2021, am Dienstag, 13.04.2021, in der Schule stattfinden könnte. Zu diesem Termin kann Prof. Brautsch die durch die Hochschule erstellte Studie zu den Haibacher Energiethemen erläutern. Zuvor können in einem Ortstermin die neue Heizungsanlage der Schule und auch der Hort besichtigt werden.

Er bittet um Rückmeldung, ob dieser Sitzungstermin für die Gemeinderäte machbar ist. Entsprechend wird er mit Prof. Brautsch den Termin bestätigen.

4. Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörmorsbach; 3. Bauabschnitt (Einmündung AB 11s in AB 11) - Bestätigung der vom Gemeinderat in der Sitzung am 11.11.2020 beschlossenen Ausführungsplanung

Sachverhalt:

Den Planungen zur Erneuerung der Einmündung AB 11 / AB 11s im Rahmen des Ausbaus der Gemeindeverbindungsstraße wurde am 11.11.2020 im Gemeinderat und am 23.11.2020 im Kreistag zugestimmt.

Am 29.01.2021 wurde der Gemeinde Haibach eine Unterschriftenliste von Dörmorsbacher Bürgerinnen und Bürgern zum Einmündungsausbau überstellt.

Die Unterzeichner*innen wenden sich gegen den geplanten Umbau, da man

- in der Planung Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung am Ortseingang vermisst
- und zum zweiten die Planung als überdimensioniert und zu teuer ansieht.

Nachdem die Vorhabensträger dieses Bauvorhaben aus dem Landkreis Aschaffenburg, der Stadt Aschaffenburg und der Gemeinde Haibach bestehen, fand ein gemeinsames Behördengespräch

zusammen mit den Fraktionen am 08.03.2021 in der Kultur- und Sporthalle statt.

Bei diesem Treffen wurden die Planungen nochmals detailliert vorgestellt und die Einwände der Gegenseite ausgiebig diskutiert.

Um den 3.Bauabschnitt der GV-Straße nicht weiter zu verzögern, sollte aufgrund der aktuellen Sachlage die Beschlussfassung vom 11.11.2020 bestätigt werden oder als gesonderter Beschluss die Änderung der Randbedingungen und Anforderungen festgelegt werden.

Bgm. Andreas Zenglein führt den seitherigen Verlauf zu diesem Punkt aus.

In einem Behördengespräch mit den Fraktions-sprechern wurde die Thematik eines eventuellen Fußwegs und einer Querung am Ortseingang Dörmorsbach angesprochen.

Es wurde bestätigt, dass dies als eigenständige Maßnahme seitens der Gemeinde machbar ist und

nicht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Einmündung erfolgen kann.

Seitens des Landratsamtes wurde die Herstellung einer Fußgängeranlage nicht abgelehnt. Sollte die Entscheidung hierzu gefällt werden, ist jedoch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung hierfür erforderlich. Dies ist notwendig, weil sich die hierfür vorgesehenen Flächen alle im Privatbesitz befinden bzw. in der Gemarkung der Stadt Aschaffenburg und im Landschaftsschutzgebiet.

GR Toni Stahl ist der Meinung, dass der Fußweg eine Länge von ca. 90 m und eine Breite von 1,50 m haben sollte. Hier sind sicherlich die Möglichkeiten mit entsprechendem Tausch möglich.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er bereits mit der Stadt Aschaffenburg diesbezüglich gesprochen hat. Die Firma Stahl würde den erforderlichen Anteil an die Gemeinde abgeben, jedoch um diese Fläche im hinteren Teil des Grundstücks verlängern, um die LKW-Stellplätze zu haben. Seitens der Stadt Aschaffenburg wurde jedoch bereits darauf hingewiesen, dass dies nicht möglich sein wird, da das Grundstück bereits jetzt direkt an das Landschaftsschutzgebiet grenzt. Es wird keine Chance gesehen, dies zu verwirklichen.

Für die gewünschte Fußgänger-Querung wird wegen des Schwerlast- und Omnibusverkehrs sowie dem Winterdienst eine Breite von 10,5 m benötigt. Die Verhandlungen hierfür werden wohl schwierig werden, jedoch erklärt er sich bereit, diese auf jeden Fall zu führen, falls ein Antrag „erfolgreich“ ist.

Bezüglich des Schutzes der Fußgänger verweist er auch auf den neu gebauten Radweg. Dieser ist 110 m länger als ein Weg direkt an der Straße. In diesem Zusammenhang verweist er auch darauf, dass bei einem weiteren Gehweg auch eine weitere Versiegelung der 90 m erforderlich ist. Bei der ursprünglichen Planung der Einmündung spricht man sich jedoch gegen die gestiegene Flächenversiegelung aus.

Die Kosten für die Maßnahme sind noch nicht absehbar. Eine Rückfrage bei der Straßenbaufirma hat geschätzte Kosten von ca. 35.000 EUR für diesen Abschnitt ergeben. Hinzu kommen noch in unbekannter Höhe die Kosten für den Erwerb der erforderlichen Flächen sowie die Planungskosten. Ein Zuschuss hierfür wird nicht erwartet.

Wenn nach all den Diskussionen heute ein Beschluss zur vorgelegten Ausbauvariante der Einmündung erfolgt, wird die Planung bei der morgigen Sitzung des Bauausschusses im Landratsamt ebenfalls verabschiedet und die Ausschreibungen können erfolgen.

GR Bernd Oppenrieder zeigt sich außerordentlich enttäuscht. In den Gesprächen war man seiner Meinung nach in der letzten Woche bereits weiter. Nach seiner Einschätzung werden die Autos auf der dann neu ausgebauten Straße sehr schnell nach

Dörmorsbach reinfahren. Deshalb sollte ein Fußgängerüberweg gleichzeitig als Verschwenkung dienen, und so die Geschwindigkeit ab-bremsen.

Die Variante, den Fußgängerüberweg mit einem neuzubauenden Fußweg auf der Parkplatzseite des Hartsteinwerks Stahl zu verbinden, ist erst später eingebracht worden. Sie ist sehr sinnvoll, hat aber mit der eigentlichen Planung des Bauabschnittes 3 nichts zu tun. In der Ortseinfahrt nach Grünmorsbach wurde eine solche Verschwenkung als Fahrradüberweg gebaut. In Dörmorsbach soll dies nicht nötig sein. Dies kann er nicht verstehen.

Er ist auch von der Aussage des Herrn Fries vom Landratsamt enttäuscht, der einen Fußgängerüberweg ablehnt, mit dem Argument, dafür sei zu wenig Verkehr. Dieses Argument gegen den Bau einer Linksabbiegerspur nach Gailbach im gleichen Bauabschnitt aber nicht heranzieht.“

Durch diesen Beschluss, dass die Ausführung in der seither geplanten Version erfolgt, sieht er auch die geringe Wertschätzung der Dörmorsbacher Bürger, die sich mit 53 % gegen diese Variante ausgesprochen haben.

Bgm. Andreas Zenglein versucht nochmals zu erklären, dass der Maßnahmenträger der Landkreis Aschaffenburg ist. Ebenfalls beteiligt sind die Stadt Aschaffenburg und die Gemeinde Haibach. Dies bringt den Vorteil, dass die Gemeinde einen Kostenaufwand in Höhe ca. 98.000 EUR hat. Wenn man sich gegen die vorgelegte Variante entscheidet, hat die Gemeinde diesen Ausbau in Eigenregie und einem Kostenaufwand von ca. 240.000 EUR zu erledigen.

Nach weiterem Für und Wider zu den Planungen stellt **2. Bgm. Jürgen Großmann** einen Antrag zur Geschäftsordnung:

Antrag zu GO

Unterbrechung der Sitzung für die Dauer von 5 Minuten.

Nach anhaltendem Wortwechsel besteht GR Anja Goymann auf Abstimmung des GO-Antrags.

Beschluss:

Unterbrechung der Sitzung für die Dauer von 5 Minuten

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 3

Die Sitzung ist von 20:00 Uhr bis 20:08 Uhr unterbrochen.

Zu Beginn der Wiederaufnahme der Sitzung stellt 2. Bgm. Jürgen Großmann einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung:

Antrag auf Abstimmung des Tagesordnungspunktes:

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird ohne weitere Diskussion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 5

GR Katja Fuchs ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Im Anschluss wird über den Tagesordnungspunkt abgestimmt.

Beschluss

Der Beschluss des Gemeinderates vom 11.11.2020 zum Ausbau des Einmündungsbereiches AB11/AB11s wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 5

Abstimmungsbemerkung: GR Katja Fuchs ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

5.	Gemeindeverbindungsstraße Haibach-Dörmorsbach; 3. Bauabschnitt (Einmündung AB 11s in AB 11) - Ggfls. neue Beschlussfassung zur Ausführungsplanung
----	--

Dieser Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

6.	Verabschiedung des Haushalts- und Finanzplanes 2021 mit Anlagen
----	--

Sachverhalt:

1. Allgemeines

Der Ergebnishaushalt schließt

mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	17.555.400 Euro
dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	17.582.100 Euro
einem Finanzergebnis von	-3.000 Euro
und dem Saldo (Jahresergebnis) von	-29 700 Euro ab.

Im Finanzhaushalt belaufen sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 16.501.300 Euro und die Auszahlungen auf 14.681.500 Euro. Daraus errechnet sich ein Saldo in Höhe von 1.819.800 Euro.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf 3.115.500 Euro und die Auszahlungen auf 7.920.800 Euro. Der Saldo beträgt somit -4.805.300 Euro.

Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf -100.000 Euro. Dies entspricht den vorgesehenen Tilgungsleistungen für Kredite.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 9.513.903 € (1.121,00 €/ Einwohner) im Jahre 2020 auf nunmehr 8.635.045 € (1.020,57 €/ Einwohner) gesunken.

Dies entspricht einer **Minderung** um **878.858 € (= 9,24 %)**.

Im Landkreis belegen wir damit Platz 25 (Vorjahr: 12) und im Freistaat Bayern Platz 1.714 (Vorjahr: 737).

Ursache hierfür sind die wesentlich niedrigeren Einnahmen bei der Gewerbesteuer (ca. 598.000€ ggü. ca. 2.038.700€).

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe Steuereinnahmen.

Im Jahr 2020 belief sich die Steuerkraft auf 8.439.852€ (994,44 €/Einw.) während im Jahr 2021 ein Betrag von 7.428.888 (878,02 €/Einw.) zu verzeichnen ist.

Daraus errechnet sich ein Minus von 1.010.964 € (11,98%).

Im Landkreis belegen wir damit Platz 18 (2020: 11) und im Freistaat Bayern Platz 1.152 (2020: 695).

2. Ergebnishaushalt

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**.

Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 6.250.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 50.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2020. Der Ansatz basiert auf der Mitteilung des Statistischen Landesamtes.

Als Ausgleich für die Änderungen des Einkommensteuerrechts (Familienleistungsausgleich) erhalten die Gemeinden **Einkommensteuerersatzleistungen**. Diese belaufen sich voraussichtlich auf **460.000 €** gegenüber **450.000 €** im Jahre 2020.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** sind einem Betrag von 1.100.000 € veranschlagt (unter Berücksichtigung der Corona-Krise).

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **330.000 €** (2020: 337.000 €).

Die Einnahmen bei den **Grundsteuern** weisen gegenüber dem Haushaltsansatz 2020 eine geringe Steigerung von 5.000 € auf. Sie sind veranschlagt mit **853.200 €** (Vorjahr 848.200 €).

Die **Hebesätze** der **Grundsteuern** betragen weiterhin 310 v. H. Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden lag 2020 für die Grundsteuer -A- bei 343,8 v. H. und bei der Grundsteuer -B- bei 337,6 v. H.

Der Hebesatz der **Gewerbesteuer** beträgt weiterhin 320 v. H. und entspricht damit in etwa dem Landesdurchschnitt (315,2 v. H.) vergleichbarer Gemeinden.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Aufgrund der gesunkenen Steuerkraft erhöht sich die Schlüsselzuweisung um ca. 789.000 € auf nunmehr ca. 2.296.600 € (2020: ca. 1.507.600 €).

Der Hebesatz der **Kreisumlage** beträgt 40,5%. Der von uns zu zahlende Betrag beläuft sich auf ca. **3.497.200 €** (2020: 3.853.200 €). Dies entspricht Minderausgaben von ca. 355.900 €.

Der Hebesatz der Gewerbesteuerumlage beträgt 35%.

Aufgrund der geschätzten Gewerbesteuereinnahmen errechnet sich eine **Gewerbesteuerumlage** i. H. v. ca. 120.400 €.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Umlagen ist in den beigefügten Grafiken nochmals dargestellt.

Die **Personalausgaben** in allen Bereichen inkl. Nebenausgaben und Sozialleistungen sind im **Haushalt 2021** mit **3.445.800 €** (2020: **3.327.600 €**) veranschlagt.

Dies entspricht einem Anteil von 19,3% (2020: 20,55%) der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes.

Für **Zuschüsse und soziale Leistungen** (vgl. Anlage 1) an Vereine, Kirchen usw. ist im Haushalt ein Betrag in Höhe von ca. 2.200.500 € vorgesehen.

3. Investitionen

Für **EDV-Ausstattung, neue Software und Büromöbel** im **Rathaus** sind Haushaltsmittel von 104.000 € vorgesehen.

Außerdem ist vorgesehen die Heizungsanlage (Brenner) zu erneuern. Veranschlagt ist ein Betrag von 30.000 €.

Für den Neubau des **Bauhofes** werden noch Haushaltsmittel von **6.000 €** benötigt. Es handelt sich hierbei um Schluss honorare für Architekten und Ingenieure. Hinzu kommen die Ausgaben für Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge.

Hierfür sind weitere **100.000 €** vorgesehen.

Der Erwerb eines Mannschaftstransportwagens für die **Feuerwehr** erfordert noch Mittel von 27.000 €. Die Zuwendungen für das Fahrzeug sind mit 13.100 € veranschlagt. Weiterhin steht die Lieferung des TLF 3000 noch aus. Hierfür ist ein Betrag von 364.000 € vorgesehen. Die Zuwendung des Freistaates Bayern beläuft sich auf 73.500 €.

Für die Beschaffung von Ausstattungsgegenständen werden noch 31.000 € bereitgestellt.

Architektenhonorare (Schlussrechnung) für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich Schwimmbad sind mit 6.000 € veranschlagt.

Die Anschaffung von **Ausstattungsgegenständen** (Schulmöbel, EDV usw.) für die Schule schlägt mit **70.000 €** zu buche.

Im Rahmen des Programmes „**Digitales Klassenzimmer**“ wurden in den vergangenen Jahren Anschaffungen getätigt. Allerdings sind hier auch Zuweisungen des Freistaates Bayern von ca. 42.300 € eingeplant.

Beantragt ist die Verlegung eines **Glasfaseranschlusses** für die Schule. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf 75.200 €. An Zuwendungen ist ein Betrag von 67.600 € zu erwarten.

Haushaltsmittel in Höhe von **600.000 €** sind für die **Neugestaltung der Außensportanlagen** der Schule vorgesehen. An Zuweisungen wird ein Betrag von 118.000 € erwartet. Diese werden aber frühestens im Jahr 2022 zur Auszahlung gelangen.

Die gemeinsame **Heizungsanlage** der Schule und des Hortes wurde im Jahr 2020 installiert. Allerdings stehen die Schlussrechnungen noch aus, so dass ein Restbetrag von **230.000 €** veranschlagt wird.

Im **Wildpark** sind Haushaltsmittel i. H. v. **10.000 €** für den Neubau von Wegen und Gehegen veranschlagt.

Der **Kinderhort** hat im September 2020 seinen Betrieb aufgenommen. Auch hier steht noch ein Teil der Schlussrechnungen aus. Im Haushalt sind deshalb nochmals Gelder von 700.000 € bereitgestellt. An staatlichen Zuwendungen wird insgesamt noch ein Betrag von ca. 335.000 € erwartet.

Eine Generalsanierung steht beim **Marienkinder-garten** an. Hierzu soll ein Rückkauf des Grundstückes durch die Gemeinde erfolgen und erste Planungen erstellt werden. In den Jahren 2021 bis 2024 sind Haushaltsmittel von 4.883.000 € eingeplant.

Für die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten (Neugestaltung) an den **Spielplätzen** sind 50.000 € eingeplant.

Die Erhöhung des Ballfangzaunes am **Kunstrasenplatz** erfordert voraussichtlich Gelder in Höhe von 45.000 €.

Mit der **Modernisierung der Kultur- und Sporthalle** wurde im Jahr 2015 begonnen. Die Arbeiten sind mittlerweile abgeschlossen. Allerdings liegen noch nicht alle Schlussrechnungen vor, so dass heuer noch ein Betrag von 90.000 € vorgesehen ist. Für die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen sind 20.000 € veranschlagt.

In der **Sporthalle „Am Hohen Kreuz“** soll eine neue Beschallungsanlage installiert werden. Die Ausgaben hierfür belaufen sich auf ca. 20.000 €.

Der **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-/Würzburger Straße** wurde umgestaltet.

Diese Baumaßnahme steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sanierung der Großmannstraße und der Erneuerung der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach. In diesem Bereich wurde nicht nur die Straße, sondern auch die Wasser- und Kanalleitung erneuert.

Die Gesamtmaßnahme ist abgeschlossen. Allerdings liegen noch nicht alle geprüften Schlussrechnungen vor. Für die Zahlung der Restkosten sind noch Gelder von 55.000 € erforderlich. Nach Vorlage des Verwendungsnachweises ist noch mit Zuwendungen in Höhe von 350.000 € zu rechnen.

Für den Komplettausbau der **Großmannstraße (Kanal-, Wasserleitung und Straßenbau)** ist ein Restbetrag in Höhe von insgesamt 31.000 € veranschlagt.

Mit dem Ausbau der **Aschaffener Straße** soll im Jahr 2021 begonnen werden.

Für den Bau des Kanals, der Wasserleitung und der Straße sind 340.000 € im Haushalt eingestellt. In den Jahren 2022 und 2023 sind nochmals 1.720.000 € vorgesehen.

In der **Würzburger Straße** soll im Bereich Bornäcker bis Sommerackerweg die Wasserleitung, der Kanal und die Gehwege erneuert werden. Diese Maßnahmen erfordern in den nächsten beiden Jahren Haushaltsmittel von 510.000 €.

Im OT Dörmorsbach sind Sanierungsmaßnahmen in der **Wiesenstraße** vorgesehen. Für die Erneuerung des Kanals, der Wasserleitung und der Straße werden 730.000 € benötigt.

Sanierungsmaßnahmen stehen auch in der **Goethestraße** an. In den Jahren 2021 bis 2024 sollen nach einer ersten Kostenschätzung 950.000 € verbaut werden.

Die Baumaßnahmen in der Straße **Bornäcker** sind im Finanzplan mit 1.515.000 € veranschlagt.

Im Bereich der Straße **Spessartblick** sind Investitionen (Kanal, Wasser, Straße) von 530.000 € und im Bereich der Büchelbergstraße von 1.500.000 € vorgesehen.

Die Bereiche **Schäferstraße, Rothstraße, Dorfstraße und Neue Heimatstraße** sollen ab dem Jahr 2023 saniert werden. Für die Jahre 2023 und 2024 sind erste Haushaltsmittel von 1.100.000 € veranschlagt.

Bereits in den Jahren 2021 und 2022 werden die Erneuerungsarbeiten in der Straße **Am Wingert** ausgeführt. Die geschätzten Kosten hierfür belaufen sich auf 265.000 €.

Der Ausbau der **Ortsverbindungsstraße** nach **Dörmorsbach** wird fortgesetzt.

Im Jahr 2021 werden hierfür voraussichtlich Gelder von 1.763.000 € benötigt. Darin enthalten sind auch die Kosten für die Erneuerung des Kanals und der Wasserleitung im Bereich der Findbergstraße. An staatlichen Zuwendungen ist ein Betrag von 1.650.000 € eingeplant.

Parallel dazu wird auch ein **Radweg** erstellt. Hierfür sind Ausgaben von 300.000 € vorgesehen. An Zuwendungen des Freistaates Bayern dürften noch 100.000 € und des Landkreises Aschaffenburg noch 5.000 € zu erwarten sein.

Am **Ortseingang von Dörmorsbach** soll der Einmündungsbereich der Straße von Gailbach umgestaltet werden. Die Bauleitung wird vom Landkreis Aschaffenburg durchgeführt. Der Anteil der Gemeinde Haibach ist mit 90.000 € geschätzt.

Ebenfalls umgestaltet wurde der **Kreuzungsbereich** im Bereich des **Modehauses „Adler“**.

Die Baukosten inkl. Kanal und Wasserleitung waren mit 690.000 € geschätzt. An Zuwendungen wurde ein Betrag von 140.000 € eingeplant. Die Bauleitung für diese Maßnahme übernahm das staatliche Bauamt.

Die Neufestsetzung des **Wasserschutzgebietes für den „Brunnen 71“** schlägt mit 15.000 € und die wasserrechtliche **Erlaubnis für den Brunnen „Kirchen-Elsengrund“** mit 150.000 € zu Buche.

Die Sanierung des **Hochbehälters Buch** ist abgeschlossen. Im laufenden Jahr ist aber nochmals ein Betrag von 35.000 € für ausstehende Schlussrechnungen veranschlagt.

Aufgrund der guten Erfahrungen sollen für die Wasserversorgung weitere **Datenlogger** angeschafft werden. Die Investitionssumme beläuft sich auf 77.000 €.

Im Bereich des Haibacher Schweiztales muss ein Teil des **Kanalsammlers** erneuert werden. Hierfür sind zunächst Planungskosten von 50.000 € vorgesehen.

Zusätzlich werden für die **Hochwasserfreilegung** in diesem Bereich und den Anschluss-sammler nach Schweinheim weitere Haushaltsmittel von 150.000 € benötigt.

Für die **hydraulische Überrechnung und digitale Erfassung** der Kanalnetze in Dörmorsbach und Haibach ist ein Betrag von insgesamt 76.000 € bereitgestellt.

Die Steuerungseinheiten der **Regenüberlaufbauwerke FB 80, 90 und 91** müssen saniert werden. Im Haushalt ist ein Betrag von 300.000 € vorgesehen.

In den nächsten Jahren soll die **Straßenbeleuchtung** sukzessive mit **LED-Lampen** ausgestattet werden. Mit der Umstellung wurde im OT Dörmorsbach begonnen.

Im Haushalt sind deshalb 200.000 € eingeplant. In den folgenden zwei Jahren sind nochmals Beträge von insgesamt 400.000 € vorgesehen.

Eine neue **Stützwand** wird im **Friedhof Grünmorsbach** benötigt. Hierfür werden im Haushalt 80.000 € bereitgestellt.

Die Ausgaben für die **Tilgung** von Krediten sind mit **100.000 €** veranschlagt.

Zuwendungen des Freistaates Bayern für Baumaßnahmen und Beschaffungen von beweglichen Anlagegütern sind in Höhe von 3.070.500 € vorgesehen.

Darin enthalten ist auch die Straßenausbaupauschale (Ersatz für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge) von ca. 51.000 €.

An **Beiträgen** (Rohrnetzkosten- und Kanalherstellungsbeiträge) dürfte ein Betrag von 45.000 € zu erwarten sein.

4. Finanzplanung

Die **Finanzplanung** wird vor allem durch die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den Ortsstraßen, die Errichtung von Kindertageseinrichtungen, den Ausbau der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach und die künftigen Sanierungsarbeiten an der Wasserversorgung, am Kanalnetz und den Ortsstraßen geprägt.

Aufgrund des vorliegenden **Investitionsplanes** werden in den Jahren 2021 bis 2024 Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit einem Volumen von ca. **24,271 Mio. €** (ohne Berücksichtigung von Zuwendungen) zur Ausführung gelangen.

Nach dem derzeitigen Stand werden für die geplanten Maßnahmen (in den Jahren 2021 – 2024) **Kreditaufnahmen** in Höhe von 7.350.000 € benötigt.

Die Gesamtverschuldung wird sich bis Ende 2024 auf ca. 7.200.900 € belaufen. Dies ist der höchste Schuldenstand den die Gemeinde je zu verzeichnen hatte.

Die Finanzlage der Gemeinde kann **derzeit** als geordnet bezeichnet werden.

Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren müssen allerdings Steuererhöhungen, Einsparungen und die Kürzung von freiwilligen Leistungen ins Kalkül gezogen werden um die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde weiterhin zu erhalten.

5. Entwicklung der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben

	€	€	€
Ergebnishaushalt	2019	2020	2021
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Ordentliche Erträge	16.261.210,40	16.380.900	17.555.400
Ordentliche Aufwendungen	15.261.547,40	16.194.500	17.582.100
Finanzhaushalt			
Einzahlungen Investitionstätigkeit	758.229,38	2.924.400	3.115.500
Auszahlungen Investitionstätigkeit	4.074.857,28	11.992.000	7.920.800

5.1 Die Erträge des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2019	2020	2021
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Grundsteuer A	3.220,47	3.200	3.200
Grundsteuer B	858.296,16	850.000	850.000
Gewerbsteuer	639.964,00	1.300.000	1.100.000
Einkommensteuerbeteiligung	6.571.064,00	6.200.000	6.250.000
Umsatzsteuerbeteiligung	373.247,00	337.000	330.000
Schlüsselzuweisung	1.342.564,00	1.507.600	2.296.600
Allg. Zuweisungen v. Land	247.888,71	237.500	258.300
Konzessionsabgabe Gas	18.904,03	13.000	16.000
Konzessionsabgabe Strom	208.970,38	216.000	210.000
Kanalbenutzungsgebühren	870.042,06	950.000	1.050.000
Wasserverbrauchsgebühren	873.807,31	863.000	962.000

5.2 Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2019	2020	2021
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Gewerbsteuerumlage	119.634,00	142.200	120.400
Kreisumlage	3.449.498,17	3.732.700	3.936.400
Personalaufwendungen	3.406.868,99	3.327.600	3.445.800
Aufwendungen für	2.424.745,26	2.839.500	3.050.500
Planmäßige Abschreibungen	2.290.934,49	2.264.900	2.488.700
Transferaufwendungen	6.230.695,80	6.580.800	7.401.300
Sonstige ordentliche Aufwendungen	904.157,86	1.181.700	1.195.800
Betriebskostenumlage Stadt	352.565,57	358.000	350.000
Betriebskostenumlage			
Zinsen an den Kreditmarkt	24.084,27	33.000	7.000
Ergebnishaushalt Jahresergebnis	620.058,04	157.400	-29.700

6. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 2021

Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	1.026.100 €
Erwerb von Grundvermögen	282.700 €
Generalsanierung Rathaus -Heizung	30.000.€
Neubau Bauhof	6.000 €
Glasfaseranschluss Schule Ringwallstraße	75.200 €
Dach Eingangsbereich Schwimmbad/M-Klassen	6.000 €
Heizung Schule Haibach	230.000 €
Außensportanlage Schule	600.000 €
Baumaßnahmen im Wildpark	10.000 €
Kinderhort in Haibach	700.000 €
Generalsanierung Marienkindergarten	133.000€
Spielplätze	50.000 €
Kunstrasenplatz Ballfangzaun	45.000 €
Modernisierung Kultur- und Sporthalle	90.000 €
Maßnahmen der Wasserversorgung	973.000 €
Zuschüsse an Sportvereine, kulturelle Vereine u. Kirchen	42.000 €
Kanalbaumaßnahmen	1.111.000 €
Straßenbaumaßnahmen (inkl. Parkplätze)	2.186.000 €
Straßenbeleuchtung	200.000 €
Weihnachtsbeleuchtung	5.000 €
Baumaßnahmen am Kompostplatz	60.000 €
Stützmauer Friedhof Grünmorsbach	80.000 €
Urnenstelen Friedhof Dörmorsbach	10.000 €

7. Entwicklung des Vermögens

Der Vermögensstand wird durch die geplanten Investitionen weiter ansteigen.

8. Entwicklung der Schulden

Der Schuldenstand zum 31.12.2020 betrug 276.215,31 €. Dies entspricht, bei 8.461 Einwohnern (Stand 31.12.2019), einer Prokopfverschuldung von 32,65 €.

Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden betrug 671 € (zum 31.12.2019).

Im Jahr 2021 werden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen keine Kredite benötigt. Die Tilgungsleistungen belaufen sich im Jahre 2021 voraussichtlich auf 100.000 €.

Im Finanzplanzeitraum bis 2024 werden voraussichtlich Kreditaufnahmen in Höhe von 7.350.000 € erforderlich werden. Der Schuldenstand wird dann voraussichtlich auf 7.200.875 € ansteigen.

Dies entspricht einer Prokopfverschuldung von ca. 851 €.

Im Jahre 2021 wird sich das Jahresergebnis voraussichtlich auf -29.700 € belaufen. Im Jahre 2022 beträgt es dann voraussichtlich 290.500 €.

Im Jahre 2023 werden es voraussichtlich 489.200 € und für das Jahr 2024 errechnet sich ein Betrag von 483.800 €.

Das negative Ergebnis des Jahres 2021 kann durch eine Rücknahme aus der Ergebnis-rücklage ausgeglichen werden.

Gründe hierfür sind vor allem der Rückgang bei den Gewerbesteuern (-200.000€).

Auf der Ausgabenseite sind Einmaleffekte wie z. B. die Übernahme der Defizite für die Jahre 2016 - 2019 bei der Mittagsbetreuung der Grundschule (ca. 57.000€), die Kosten für die Einrichtung der neuen Kinderkrippe inkl. Defizit (ca. 210.000€) und Aufwendungen für die Überwachung beim Bau der Glasfaserleitungen (100.000 €) verantwortlich.

9. Ergebnishaushalt Jahresergebnis**10. Kostenrechnende Einrichtungen**

Die kostenrechnenden Einrichtungen weisen im Haushaltsjahr 2021 im Ergebnishaushalt folgende Jahresergebnisse auf:

Bei der Abwasserbeseitigung beträgt das Jahresergebnis 37.300 €. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass in den Ausgaben Kosten in Höhe von 65.000 € für die Untersuchung der Kanalisation mittels Videobefahrung vorgesehen sind, wobei diese Kosten in der Kalkulation der Benutzungsgebühren auf einen Zeitraum von 10 Jahren zu verteilen sind.

Die Kanalgebühren betragen 2,87 €/m³ (Vorjahr: 2,69€/m³) Abwasser.

Im Bestattungswesen beläuft sich das Ergebnis auf – 194.600 €. Dies ist vor allem auf die arbeitsintensive Pflege der Friedhöfe (vor allem des Waldfriedhofes) zurückzuführen.

Bei der Wasserversorgung ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 116.700 €.

Der Wasserpreis beträgt netto 2,39 €/m³ (Vorjahr: 2,21 €/m³) Frischwasser zzgl. einer jährlichen Grundgebühr von 18,00 € (für den normalen Hauswasserzähler).

11. Kassenlage

Der Kassenkredit wurde 2020 tageweise kurzfristig in Anspruch genommen. In der Haushaltssatzung 2021 ist ein Betrag von 2.000.000 € vorgesehen.

Stellenplan:

Der Stellenplan 2021 weist insgesamt 62,1 Vollzeitstellen (76 Personen) aus.

Diese verteilen sich wie folgt:

3,00	Beamtenstellen (inkl. Bürgermeister)
57,10	Arbeitnehmerstellen
2,00	Auszubildendenstellen

Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Mehrung von 2 Stellen.

Diese errechnen sich im Wesentlichen aus geringen Erhöhungen der Arbeitszeiten bei mehreren Personen, vor allem beim Reinigungspersonal (Hort).

Finanzplan:

Der Finanzplan wird vor allem geprägt durch die Investitionen in die Erneuerung der Infrastruktur (Kanal, Wasser, Straßenbau).

Aufgrund des vorliegenden **Investitionsplanes** werden in den Jahren 2021 bis 2024 Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit einem Volumen von ca. **24,271 Mio. €** (ohne Berücksichtigung von Zuwendungen) zur Ausführung gelangen.

Nach dem derzeitigen Stand werden für die geplanten Maßnahmen (in den Jahren 2021 – 2024) **Kreditaufnahmen** in Höhe von 7.350.000 € benötigt.

Die Gesamtverschuldung wird sich bis Ende 2024 auf ca. 7.200.900 € belaufen. Dies ist der höchste Schuldenstand den die Gemeinde je zu verzeichnen hatte.

Finanzplan Daten				
Jahr	2021	2022	2023	2024
Ordentliche Erträge	17.555.400,00 €	17.140.900,00 €	17.411.100,00 €	17.424.500,00 €
Ordentliche Aufwendungen	17.582.100,00 €	16.847.400,00 €	16.900.400,00 €	16.885.200,00 €
Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit	- 26.700,00 €	293.500,00 €	510.700,00 €	539.300,00 €
Finanzergebnis	- 3.000,00 €	- 3.000,00 €	- 21.500,00 €	- 65.500,00 €
Jahresergebnis	- 29.700,00 €	290.500,00 €	489.200,00 €	483.800,00 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.819.800,00 €	1.351.000,00 €	1.842.600,00 €	1.755.300,00 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.115.500,00 €	402.900,00 €	952.400,00 €	745.400,00 €

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.920.800,00 €	4.212.000,00 €	6.394.000,00 €	5.744.000,00 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- €	300.000,00 €	3.650.000,00 €	3.400.000,00 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	100.000,00 €	84.000,00 €	78.000,00 €	166.100,00 €

Nach dem Sachvortrag bedankt sich **Bgm. Andreas Zenglein** bei den Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Verwaltung für die Erstellung dieses Haushaltes. Ausdrücklichen Dank erhält Kämmerer Thomas Wenzel, der dieses Zahlenwerk wieder mit größter Akribie erstellt hat.

GR Steffen Kruschina führt für die CSU-Fraktion aus:

In zahlreichen Sitzungen wurde der Haushalt im Gremium und in der CSU-Fraktion ausführlich besprochen und diskutiert. Dabei sind einige Fragen, Ideen und Anmerkungen entstanden, welche wir jederzeit mit unserem Bürgermeister und der Verwaltung besprechen konnten. Daher möchte ich mich zu Beginn recht herzlich bei unserem Bürgermeister Andreas Zenglein und der Verwaltung und hier insbesondere bei Herrn Volk, Herrn Wenzel sowie Herrn Müller für die geleistete Arbeit und Unterstützung bedanken.

Wie besprochen, wurde die erarbeitete Priorisierungsliste für den Bereich Tief- und Straßenbau von Herrn Volk auf die zeitliche Machbarkeit überprüft, bewertet und überarbeitet sowie von Herrn Wenzel in die Haushaltsplanung 2021 und Folgejahre eingearbeitet.

Das Ergebnis der ausführlichen Beratungen kann sich sehen lassen. Mit geplanten Investitionen von 24,271 Mio. Euro in den Jahren 2021 bis 2024 und einer voraussichtlichen Verschuldung von 7,35 Mio. Euro im Jahr 2024 gehen wir wichtige Pflichtaufgaben der Daseinsversorgung an. Wir werden mit diesem Haushalt ein Bekenntnis zu zwei wichtigen und großen Themenfeldern für Haibach abgeben und auf den Weg bringen.

Das wird die Investition in die Infrastruktur sein (Kanal, Wasser, Straße) und das Thema Neubau des Marienkindergartens und das alles zusätzlich zu den weiteren Themen wie ISEK, Kirchenelsengrund und den uns sonst bekannten Themen. Ein strammes Programm, das wir der Verwaltung und uns zutrauen.

Es muss uns allen aber klar sein: Punkte von außen werden unsere Arbeit immer beeinflussen und zu zeitlichen Verschiebungen führen. Es wird nicht immer alles wie am Schnürchen laufen. Den Ablauf unserer Planung müssen wir daher im Auge behalten und unsere Verwaltung bei Bedarf punktuell unterstützen. Auch die mahnenden Worte unseres Kämmerers Herrn Wenzel sollten wir nicht in einer Schublade ablegen. Auch wenn Herr Wenzel bereits viele Corona bedingten Punkte und Einflüsse

berücksichtigt hat, müssen wir alle gemeinsam bei unseren Finanzen wachsam bleiben, um die dauernde Leistungsfähigkeit unserer Gemeinde weiterhin aufrecht zu erhalten.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Fraktionen bedanken, die unsere Vorschläge zu den Ergänzungen im Haushalt mitgetragen haben. Gerade von der Anschaffung der Datenlogger, um Wasserbrüche schneller zu beheben, erwarten wir uns eine Entlastung für unsere Bürger. Auch die jährlich geplante Haushaltsposition von 10.000 Euro für ein barrierefreies Haibach wird unsere Gemeinde für unsere Bürger lebenswerter machen und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern das Leben Stück für Stück erleichtern.

Die CSU Fraktion wird dem Haushalt in dieser Form zustimmen.

GR Bernd Oppenrieder erklärt für die SPD Fraktion, dass diese ebenfalls dem Haushalt zustimmen wird. In mehreren Sitzungen wurden die Beratungen hierzu geführt. Zur Dimensionierung des Haushaltes ist er der Meinung, dass es wichtig ist, dass laut Zusage der Verwaltung die Vorhaben gestemmt werden können.

Die Verabschiedung des Haushaltes wird für ein ordentliches Arbeiten in der Gemeinde benötigt. Jedoch mahnt er auch die Verwirklichung der Projekte an. In einer Power-Point-Präsentation erläutert er, welche Positionen sich im Haushalt befinden, die in der Vergangenheit nicht abgewickelt wurden bzw. sich verzögert haben. Die heuer erarbeitete Prioritätenliste sieht er als entsprechendes Mittel zur weiteren Vorgehensweise an. Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 sollten spätestens im September 2021 beginnen.

GR Jürgen Goldhammer sieht für dieses Jahr einen besonderen Haushalt. Dieser enthält Restzahlungen zum Neubau des Kinderhortes, die Gemeindeverbindungsstraße wird fertiggestellt werden und es wurde ein „Fahrplan“ für die Sanierung der Kanäle erstellt. Auch bis jetzt ungeplante Maßnahmen sind machbar. Eventuell wird sich auch zeigen, dass Vorhaben verschoben werden müssen. Hier wird man an die Ressourcen gehen müssen. Ein weiteres Projekt ist die Erneuerung der Außensportanlage der Haibacher Schule. Die FWG-Fraktion gibt auch zu bedenken, dass z.B. Gelder für Zusatzarbeiten für die Verlegung der Glasfaser erforderlich sind.

Für die Planungen im Jahr 2021 wird keine Neuverschuldung notwendig, jedoch wird das „Sparbuch“ in Anspruch genommen werden müssen.

Die FWG-Fraktion wird dem Haushalt 2021 zustimmen.

GR Jörg Baumann, AfD, sieht den Haushalt 2021 als sportlich an. Für ihn gilt es „Daumen drücken, dass nichts hinzukommt“. Er stimmt dem Haushalt zu und bedankt sich für die Vorberatungen zum Haushalt.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2021 wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Haushaltssatzung der Gemeinde Haibach für das Haushaltsjahr 2021

Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 wird hiermit festgesetzt; er schließt

- | | | |
|----|--|------------------|
| 1. | im Ergebnishaushalt mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Erträge von | 17.555.400 € |
| | dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von | 17.582.100 € |
| | und dem Saldo (Jahresergebnis) von | -29.700 € |
| 2. | im Finanzhaushalt | |
| a) | aus laufender Verwaltungstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 16.501.300 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 14.681.500 € |
| | und einem Saldo von | 1.819.800 € |
| b) | aus Investitionstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 3.115.500 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 7.920.800 € |
| | und einem Saldo von | -2.985.500 € |
| c) | aus Finanzierungstätigkeit mit | |
| | dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von | 0 € |
| | dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von | 100.000 € |
| | und einem Saldo von | -100.000 € |
| d) | und dem Saldo des Finanzhaushaltes von | -3.085.500 € ab. |

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für nachstehenden Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| a) | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 310 v. H. |
| b) | für die Grundstücke (B) | 310 v. H. |
| 2. | Gewerbsteuer | 320 v. H. |

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft

Haibach, den

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

2. Der Stellenplan wird in der vorgelegten Form beschlossen.
3. Der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2024 wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

Beschluss

Stellenplan:

Der Stellenplan wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

Beschluss

Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2024

Der Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2024 wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

7. Ausbau der Aschaffener Straße - Vorstellung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung, Beratung und Beschlussfassung
--

Die Leitung der Sitzung übernimmt **2. Bgm. Jürgen Großmann**, da Bgm. Andreas Zenglein gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt ist.

GR Karin Rückert ist ebenfalls gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Somit sind 19 stimmberechtigte Gemeinderäte anwesend.

Sachverhalt:

Die Bauarbeiten zum Vollausbau der Aschaffener Straße sollen nach längerer Planungsphase noch in diesem Jahr begonnen werden.

Im Rahmen der Planungen wurden auch die Ergebnisse des mehrtägigen Workshops „Klimafolgen und Klimaanpassung in Haibach“ erörtert.

Ziel dieser Veranstaltung war, die voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die Kommune zu ermitteln sowie darauf aufbauend, Maßnahmen zur Klimaanpassung für die Kommune zu diskutieren und vorausschauend umzusetzen.

Ein Punkt aus den Ergebnissen des möglichen Aktionsplanes war die Pflanzung von Straßenbäumen.

Der Nutzen durch die Baumpflanzung ist vielfältig, so sind z.B. die Bindung von CO₂ (Photosynthese), Bildung von Sauerstoff, Beschattung, Funktion als Staubfilter, Nahrungsquelle für Insekten usw. mögliche Folgen, insgesamt ein positiver Effekt für das innerörtliche Kleinklima.

Dieses Resultat aus der Klimawirkungsanalyse hat zu zwei Ausbauvarianten der Aschaffener Straße geführt.

Variante **A** beinhaltet eine Begrünung mit Straßenbäumen, ähnlich wie die benachbarte Alois-Wenzel-Straße, Variante **B** verzichtet hierauf.

Aufgrund vorhandener Leitungen, Beleuchtung und Einfahrten bleibt bei der Planung leider nicht viel Spielraum bezüglich der Standorte des Straßenbegleitgrüns.

Die Eigentümer wurden gebeten, bis zum **15.03.2021** eine Rückmeldung zu geben, welche Variante sie bevorzugen.

Auf der gemeindlichen Homepage wurden die Pläne als PDF zudem veröffentlicht, um diese bei Bedarf vergrößern zu können.

Von insgesamt 55 Eigentümern haben sich 35 zurückgemeldet.

Variante A wurde von 12 Eigentümern gewünscht

Variante B wurde von 23 Eigentümern gewünscht

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass der Ausbau ohne Begrünung erfolgen sollte, wenn die Mehrheit der Anlieger der Straße dies nicht möchten. Eventuell finden sich alternative Flächen für die Bäume, die dort nicht gewünscht sind.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass man sich grundsätzlich für das Begleitgrün entschieden hätte. Es sollte jedoch bedacht werden, dass die Aschaffener Straße eine viel befahrene Straße ist, dass die Anlieger sich in einer Befragung gegen die Pflanzungen ausgesprochen haben.

Die Planungen für den Ausbau der Straße sind soweit abgeschlossen, dass mit den Ausschreibungen und Arbeiten begonnen werden sollte. Die Entscheidung bzgl. der Bepflanzungen wird heute nur ausschließlich für die Aschaffener Straße gefällt.

GR Jörg Baumann ist ebenfalls der Ansicht, dass man den Wunsch der Bürger respektieren sollte.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob die Detailplanung hierzu bereits erstellt wurde.

Dipl. Ing. Martin Volk bemerkt, dass die Entwurfsplanung bereits im alten Gemeinderat beschlossen wurde. Eventuell werden noch einige Anpassungen im Detail erforderlich sein.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob die Gehwegpflasterung, wie von ihm schon wiederholt angeregt, von der Farbe „rot“ in die DIN-konforme Farbe „grau“ geändert wird und ob die geplanten Querpflasterungen alternativ auch farblich abgesetzt asphaltiert werden können.

Dipl. Ing. Martin Volk weist darauf hin, dass bisher Pflasterungen vorgesehen sind, jedoch auch noch die Möglichkeit besteht, dort Asphalt aufzubringen.

Dies wäre in der Detailplanung noch zu klären bzw. festzulegen.

GR Jürgen Goldhammer ergänzt zu seinen Ausführungen, dass die Einbiegung von der Aschaffener Straße in die Büchelbergstraße in Richtung Ortsmitte mit einem sehr geringen Radius ausgebaut werden soll. In der Detailplanung soll überprüft werden, ob die gesamte Einmündung Aschaffener Straße in die Büchelbergstraße in Richtung Bessenbacher Weg verschoben werden kann. So kann die Einbiegung Aschaffener Straße/Büchelbergstraße in Richtung Ortsmitte mit einem größeren Radius geplant werden.

Dipl. Ing. Martin Volk sagt zu, den Punkt in der Detailplanung zu klären.

GR Dietmar Kempf-Blatt macht den Vorschlag, eine „grüne Mittelinsel“ im Bereich der Kreuzung bei der Metzgerei Träger zu planen. Hier könnten dann Bäume gepflanzt werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht dies ebenfalls als Sache der Detailplanung. In der nächsten GR Sitzung sollten die Punkte: Farbe Gehweg und Querpflasterungen, Ausführung der Querpflasterungen, Erweiterung Radius Einmündung Aschaffener Straße/

Büchelbergstraße und Bepflanzung Mittelinsel beraten bzw. dazu abgestimmt werden.

GR Toni Stahl bemerkt, dass die vorhandenen Bäume gegenüber der Ausfahrt der Aschaffener Straße in die Eckenerstraße, stehen bleiben. Er sieht hier lediglich 6 Bäume, die durch die Entscheidung der Anlieger weniger gepflanzt werden.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt, die Aschaffener Straße nach Variante B (ohne Begrünung) auszubauen. Der Beschluss hinsichtlich der Begrünung vom 06.12.2017 bleibt bestehen.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Gemäß Art. 49 GO sind Bgm. Andreas Zenglein und GRin Karin Rückert persönlich beteiligt und haben weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teilgenommen.

8.	Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten
-----------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis das Ergebnis der Baugrunduntersuchung vorliegt.

9.	Wiedervorlage; Sachstand zur Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz der Kultur- und Sporthalle
-----------	---

Sachverhalt:

Andreas Roth führt aus:

Im Verlauf der seitherigen Prüfungen zur Erhöhung des Ballfangzaunes sind einige Varianten geprüft und vorgeschlagen worden.

Die Varianten konnten wegen fehlender Statik oder wegen der weiteren Prüfung bzgl. des Kostenaufwandes noch nicht beauftragt werden. Bei weiteren Überlegungen zu der bekannten Problematik wird seitens des Bauamtes vorgeschlagen, die Eigenlast des jetzt vorhandenen Stabgitterzaunes zu verringern. Hierfür sollte ein Teil des Stabgitterzauns demontiert und mit einem Netz, der Bereich bis zu der geforderten Höhe von 10 m erhöht werden. Derzeit wird diese Variante seitens des Statikers überprüft. Die dann nicht mehr benötigten Stabgitterfelder könnten dann als Abtrennung des Kunstrasenplatzes und als Ersatz für den derzeitigen Bauzaun aufgestellt werden. Das Problem der Windlast könnte durch das Netz minimiert werden, denn dieses kann an die Seiten zurückgeschoben und entsprechend befestigt werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann bemerkt, dass eine entsprechende Lösung notwendig ist, sobald der Sportbetrieb wiederbeginnt.

GR Jürgen Goldhammer sieht hier einen sehr guten Vorschlag und eine perfekte Lösung, falls die Statik passt.

GR Bodo Leiblein erinnert an die dringende Erledigung, eine weitere Prüfung der Statik in diesem Fall sieht er als vertretbar an.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass der Gemeinderat über das Ergebnis der Prüfung informiert wird.

Im Verlauf der Beratung erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass derzeit keine Statik für eine Erhöhung des Zauns vorliegt. Daher schlägt er vor, diesen Punkt zu vertagen, bis hier zu aussagekräftige Zahlen bzw. Informationen vorliegen.

GR Bodo Leiblein merkt an, dass er ein Vertagen als kritisch ansieht, da dies wieder eine zeitliche Verzögerung mit sich bringt.

Es besteht Einverständnis, diesen Punkt zu vertagen.

10. Allgemeines**Sachverhalt:**

Es werden keine Anmerkungen vorgebracht.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **12.05.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

**Sitzungstag: Mittwoch, 7. April 2021
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr**

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	neu vereidigt
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Anja Goymann	Gemeinderätin	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	ausgeschieden

Schriftführer		
Monika Heuberger		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Niederlegung des Gemeinderatsmandats durch Eva Rückert; Feststellung durch den Gemeinderat
3.	Vereidigung als Listennachfolgerin von Frau Kirsten Hein für Eva Rückert
4.	Ausschussneubesetzung
5.	Neuerlass der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter
6.	Anfrage zur möglichen Privaterschließung des Baugebietes Goethestraße Südost durch die Firma UBZ Immobilien GmbH
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GRe Anja Goymann, Bodo Leiblein und Eva Rückert sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

Es sind aktuell 18 Stimmberechtigte anwesend.

Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

2. Niederlegung des Gemeinderatsmandats durch Eva Rückert; Feststellung durch den Gemeinderat**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 18.03.2021 beantragt Frau Eva Rückert die Mandatsniederlegung als Gemeinderätin aus privaten Gründen.

Aufgrund des Art. 48 Abs. 1 Satz 2 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes ist es möglich, dass Gemeinderäte/-innen ihr Amt - ohne Angabe von Gründen - niederlegen können. Diese Vorschrift gilt seit der Kommunalwahl 2014.

Die Niederlegung eines gemeindlichen Ehrenamtes bzw. der Rücktritt des Amtsinhabers stellt rechtlich einen Antrag auf Entlassung aus dem Amt dar. Nach Art. 48 Abs. 3 GLKrWG hat der Gemeinderat über die Niederlegung des Amtes per Beschluss zu entscheiden.

GR Steffen Kruschina bedankt sich namens der CSU-Fraktion für die geleistete Arbeit von Eva Rückert für ihre Heimatgemeinde. Die CSU-Fraktion stimmt dem Rücktritt zu.

Beschluss

Der Gemeinderat stellt fest, dass Frau Eva Rückert ihr Amt als Gemeinderätin niederlegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

Abstimmungsbemerkung: GR Anja Goymann, Bodo Leiblein und Eva Rückert sind nicht anwesend.

3. Vereidigung als Listennachfolgerin von Frau Kirsten Hein für Eva Rückert**Sachverhalt:**

Nach Annahme des Niederlegungsantrages von Frau Eva Rückert durch den Gemeinderat muss die Wahl durch die Listennachfolgerin angenommen und diese durch den ersten Bürgermeister vereidigt werden.

Bei der Kommunalwahl im Jahr 2020 erhielt Frau Kirsten Hein 1.476 Stimmen und hatte mit diesem Wahlergebnis den Listenplatz 10 der CSU in Haibach erreicht.

Die Vereidigung von **Frau Kirsten Hein** durch den ersten Bürgermeister Andreas Zenglein geschieht mit den Worten:

"Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe."

Mit Abnahme des Eides wird die Beschlussfähigkeit im Gremium festgestellt.

Bgm. Andreas Zenglein heißt die neue Gemeinderätin Kirsten Hein willkommen im Gremium und wünscht guten Verlauf ihrer Arbeit und eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Fraktionsvertreter gratulieren und begrüßen das neue Ratsmitglied ebenfalls.

Stimmberechtigt: 19 Personen

4. Ausschussneubesetzung**Sachverhalt:**

Die Mitglieder der CSU-Fraktion in den Ausschüssen sind neu vorzuschlagen und durch den Gemeinderat zu bestätigen.

Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss:

Mitglieder	Vertreterreihenfolge
Stahl Toni	Stürmer Andrea
Albert Michael	Kruschina Steffen
Fuchs Michael	Großmann Jürgen
Konrad Beate	Heeg Carola
Hein Kirsten	

Haupt- und Finanzausschuss:

Mitglieder	Vertreterreihenfolge
Kruschina Steffen	Fuchs Michael
Heeg Carola	Stahl Toni

Konrad Beate	Hein Kirsten
Stürmer Andrea	Albert Michael
Großmann Jürgen	

Kultur-, Sport- und Sozialausschuss

Mitglieder	Vertreterreihenfolge
Großmann Jürgen	Konrad Beate
Heeg Carola	Albert Michael
Stürmer Andrea	Hein Kirsten
Kruschina Steffen	Fuchs Michael
Stahl Toni	

Beschluss

Die Ausschussbesetzung der CSU-Fraktion wird durch den Gemeinderat festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

5. Neuerlass der Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehbahnen im Winter**Sachverhalt:**

Der Bayerische Landtag hat am 2. Dezember 2020 im Rahmen des Gesetzes zur Anpassung bayerischer Vorschriften u. a. auch eine Änderung des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 BayStrWG beschlossen. Diese Bestimmung ermöglicht es den Gemeinden, den Winterdienst für die Gehbahnen auf die Anlieger zu übertragen.

Eine Gesetzesänderung war notwendig geworden, weil der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVG) in einem Beschluss vom 17.02.2020 überraschend entschieden hatte, dass Art. 51 Abs. 5 Satz 1 BayStrWG keine Übertragung der Winterdienstpflichten an solchen öffentlichen Straßen ermögliche, die nur einem Fußgängerverkehr oder einem Fußgänger- und Radverkehr dienen, also nicht Teil einer Ortsstraße (Art. 46 Nr. 2 BayStrWG) sind.

Um die Übertragung dieser Pflichten (wieder) in rechtlich zulässiger Weise zu ermöglichen, hat der Bayerische Gemeindetag unverzüglich über die Staatsregierung eine entsprechende Gesetzesänderung des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 BayStrWG initiiert, die nun am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist.

Ab diesem Zeitpunkt können die Anlieger (und gegebenenfalls Hinterlieger) durch eine

gemeindliche (Reinigungs- und) Sicherungsverordnung zum Winterdienst für sonstige öffentliche Straßen, insbesondere beschränkt-öffentliche Wege i. S. v. Art. 53 Nr. 2 BayStrWG, wie oben dargestellt (also Fußgängerzonen, selbstständige Gehwege und selbstständige Geh- und Radwege), wirksam herangezogen werden.

Anbei der Wortlaut des Art. 51 Abs. 5 Satz 1 in seiner geänderten Fassung:

„Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz können die Gemeinden die in Abs. 4 genannten Personen durch Rechtsverordnung verpflichten,

a) die Gehwege sowie die gemeinsamen Geh- und Radwege der an ihr Grundstück angrenzenden oder ihr Grundstück erschließenden öffentlichen Straßen und,

b) soweit kein Weg im Sinne von Buchst. a besteht, die an ihr Grundstück angrenzenden oder ihr Grundstück erschließenden öffentlichen Straßen in der für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite

bei Schnee oder Glatteis auf eigene Kosten während der üblichen Verkehrszeiten in sicherem Zustand zu erhalten.“

Wegen der geänderten und damit neuen Rechtslage sind die Winterdienstverordnung bzw. Sicherungs- und Reinigungsverordnung **neu zu erlassen**. Das gilt auch für die Fälle, in denen eine Gemeinde eine Verordnung nach dem (aktuellen) Muster des Bayerischen Gemeindetags (Stand: Oktober 2017), aber **vor dem 1. Januar 2021** erlassen hat.

Bgm. Andreas Zenglein teilt hierzu mit, dass dies die derzeitige Verordnung inhaltlich nicht geändert hat. Es liegt jedoch ein neues Gerichtsurteil vor, womit sich die Rechtsgrundlage der Verordnung geändert hat. Um Rechtssicherheit zu haben, sollte die neue Verordnung erlassen werden.

In Bezug auf die Fußwege bzw. Pfade der Kommune mit einem entsprechenden Schild besteht zur Räum- u. Streupflicht keine Verpflichtung, da diese durch die Gemeinde erfolgt.

GR Jürgen Goldhammer dankt der Geschäftsleitung für die schnelle Klärung der

Rechtsgrundlage. Nach seiner Kenntnis stehen jedoch nicht an allen Pfädchen im Ort entsprechende Schilder. Diese müssten dann ergänzt werden, auch bezüglich der dann fälligen Geldbuße von 1.000 €.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Prüfung hierzu in Haibach mit Ortsteilen erfolgen, Schilder ergänzt und der Gemeinderat hierüber informiert wird.

Die neue Verordnung wird im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Beschluss

Die Verordnung über die Reinhaltung und Reinigung der öffentlichen Straßen und die Sicherung der Gehwegbahnen im Winter wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen und der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

6. Anfrage zur möglichen Privaterschließung des Baugebietes Goethestraße Südost durch die Firma UBZ Immobilien GmbH

Sachverhalt:

Anfang März 2021 hat sich die Aschaffenburg Immobilienfirma UBZ bei Bürgermeister Zenglein gemeldet und ihr Interesse bekundet, das Baugebiet Goethestraße Südost zu entwickeln.

Die Firma UBZ möchte als privater Erschließungsträger die Erschließung des Baugebietes übernehmen und den Bebauungsplanentwurf von 1995 an heutige Gegebenheiten anpassen.

Die Rahmenbedingungen hierfür müssten in einem städtebaulichen Vertrag entwickelt und festgehalten werden.

Sollte der Gemeinderat Interesse an der Neuausweisung eines Baugebietes haben, wäre zunächst zu klären, ob die Erschließung durch einen Erschließungsträger erfolgen soll.

Falls ja, wären weitere Erschließungsträger zu kontaktieren, um zu ermitteln, welches Angebot am ehesten von der Gemeinde weiterverfolgt werden sollte.

Im Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Haibach ist das Gebiet „Goethestraße Südost“ bereits als Wohnbaufläche ausgewiesen, es umfasst ca. 2,07 ha.

In der Gemarkung Haibach ist noch die Wohnbaufläche „Auf der Höhe“ als Wohnbaufläche im FNP ausgewiesen. Diese Fläche umfasst 5,51 ha.

In der Gemarkung Grünmorsbach sind im FNP keine weiteren Wohnbauflächen ausgewiesen und in der

Gemarkung Dörmorsbach ist die Wohnbaufläche „Ober den Gärten“ bereits mit 1,53 ha im FNP ausgewiesen.

Baurecht kann für alle Flächen erst durch einen rechtskräftigen Bebauungsplan geschaffen werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass GR Toni Stahl einen Antrag auf Prüfung eines Trennsystems für die Abwassersituation gestellt hat. Aus diesem Grund steht die heutige Anfrage bzgl. des Baugebietes Goethestraße Südost auf der Tagesordnung. Je nach Entscheidung des Gemeinderates könnte in einem neuen Baugebiet im Bereich Dörngraben dieser Antrag verknüpft und erprobt werden. Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen ausführlich dargelegt und beraten.

Die Anfrage bzgl. der Privaterschließung wurde an die Gemeinde gerichtet. Er schlägt heute vor zu klären, ob sich der Gemeinderat das in dieser Form vorstellen könnte oder ob die Gemeinde selbst als Erschließungsträger die Durchführung übernimmt. Sollte ein Entwickler diese Erschließung vornehmen, dann werden z.B. Kanalisation, Wasserversorgung, Straßen und Spielplätze nach Durchführung der Maßnahme an die Gemeinde gewidmet.

Sollte die Gemeinde dies durchführen, müssen zuerst alle Grundstücke in diesem Bereich erworben werden.

Auf jeden Fall würde eine Informationsveranstaltung stattfinden, zu der alle Anlieger und der Gemeinderat eingeladen werden.

Es müsste ein sogenannter städtebaulicher Vertrag abgeschlossen werden.

Im Jahr 1995 wurde bereits von dem damaligen Ortsplanern dem Architekten Schöffner, ein Entwurf für das Baugebiet entwickelt und der damaligen Verwaltung vorgestellt. Wenn die Gemeinde Interesse an einer Verwirklichung hat, dann müssen alle Grundstückseigentümer dieses Bereiches zustimmen.

Verw.ARätin Anja Züchner erklärt, dass heute hierzu nur die Info erfolgen soll. Im Mai sollte hierüber eine Grundsatzentscheidung gefällt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die offenen Fragen zum Sachverhalt geklärt. Das Thema Baugebiete würde durch die Gemeinde mittels Notarverträgen geregelt.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass die CSU-Fraktion dem Antrag positiv gegenübersteht. Dies dient nach ihrer Ansicht auch der Verbesserung der Wohnsituation in Haibach. Er schlägt vor, dass auch zu diesem Thema ein Arbeitskreis gebildet wird. Dieser sollte sich mit den generellen Themen der Wohnraumbeschaffung beschäftigen und auch Ideen hierzu einbringen und sammeln.

Nach seiner Meinung sollten jedoch die Grundstücksbesitzer vorab angeschrieben werden und bzgl. des Interesses zu einem entsprechenden Verfahren befragt werden.

GR Jürgen Goldhammer sieht Einigung mit allen Gemeinderäten bzgl. der Wohnraumbeschaffung. Haibach hat derzeit 3 Bau-Erwartungsgebiete. Er spricht sich ebenfalls für die Gründung eines Arbeitskreises aus. Dieser soll klären, in welchem Verfahren die Durchführung erfolgen kann. Die FWG-Fraktion spricht sich jedoch für die Durchführung seitens der Gemeinde aus. Nach seiner Meinung sollte dies zuerst abgeklärt werden, bevor die Grundstückseigentümer befragt werden. Dem AK sollte Frau Züchner als „Rechtsberatung“ angehören.

GR Bernd Oppenrieder schließt sich der Aussage zur Gründung eines Arbeitskreises an. Jedoch sollte dieser unabhängig von den Baugebieten erfolgen. Es sollte erörtert werden, wie diese angegangen werden. Man sollte keine Erwartungen wecken, die dann eventuell nicht erfüllt werden.

GR Jörg Baumann findet wichtig, dass die Besitzer der Grundstücke befragt werden. Er möchte wissen, ob dies auch in die ISEK-Untersuchungen mit einfließen kann.

Bgm. Andreas Zenglein sieht diesbezüglich keine Vereinbarkeit.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass jedoch das Leerstandskataster sowohl bei ISEK als auch bei den jetzigen Überlegungen mit einfließen sollte.

Bgm. Andreas Zenglein stimmt dieser Aussage zu. Jedoch ist er der Ansicht, dass in Haibach eigentlich wenige Leerstände vorhanden sind. Anwesen werden relativ zügig wieder bewohnt. Bereits der „alte“ Gemeinderat hat immer darauf hingewirkt, dass zuerst die offenen Grundstücke bebaut werden. Er schätzt, dass noch ca. 50 unbebaute Grundstücke in Haibach vorhanden sind.

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, welche Entscheidung im Mai überhaupt getroffen werden soll? Die SPD hat generell eine Grundskepsis bzgl. einer Fremderschließung.

Verw.ARätin Anja Züchner schlägt vor, dass zuerst der Arbeitskreis gebildet werden sollte, um die Detailfragen zu klären.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass von jeder Fraktion 2 Personen diesem neuen AK angehören sollten. Es sollten zudem Terminvorschläge für das erste Treffen gemacht werden. Die Projektentwicklung hierzu wird ohnehin 3-4 Jahre andauern, daher sollten eventuelle Präsenztermine sich am Pandemiegeschehen orientieren. Der AK legt die Grobrichtung für die weiteren Vorgehensweisen fest. Die Fraktionsvertreter sollten bis zur Sitzung am kommenden Dienstag gemeldet werden.

Keine Beschlussfassung erforderlich.

7. Allgemeines

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

7.1. Regenrückhaltekanal Haibacher Schweiz

Laut einer Pressemitteilung der Stadt Aschaffenburg wird der Regenrückhaltekanal in der Haibacher Straße (Zufahrt Klinikum) neu gebaut und hierbei größer dimensioniert. Die Maßnahme wird bis zum 30.06.2021 dauern. Die Durchführung erfolgt durch

die Stadt Aschaffenburg, eine Kostenbeteiligung durch die Gemeinde Haibach gibt es nicht.

Die Baumaßnahme sieht vor, dass der linke Radweg ab dem Waldfriedhof bis unterhalb der Berliner Allee gesperrt wird. Der Zufahrtsbereich zum Klinikum wird mit einer Signalanlage ausgestattet. Die Gemeinde Haibach wurde über die Maßnahme ebenfalls durch die Stadt Aschaffenburg informiert, jedoch entsteht hier keine Beteiligung. Aktuell gibt es Überlegungen bzgl. einer weiteren Zufahrt zum Klinikum. Dies könnte dann den Verkehr in Haibach etwas

entlasten. Die gesamten Maßnahmen werden etwa bis zum Jahresende dauern. Der Radweg wird jedoch ab 30.06.2021 wieder befahrbar sein.

GR Bernd Oppenrieder stellt nachfolgende Fragen:

7.2. Busverbindung Dörmorsbach – Anmeldung für Winterfahrplan

Herr Seibert aus Dörmorsbach möchte wissen, ob der Busfahrplan für Dörmorsbach wieder aktiviert werden soll.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die ehemalige Ringbusverbindung mit 8 Fahrten pro Tag wieder aufgenommen werden soll. Die Anzahl der Fahrten steht jedoch noch nicht sicher fest. Für die Stadt Aschaffenburg sind die Fahrten sehr defizitär, so dass die Gemeinde jährlich eine Unterstützung in Höhe von 40.000 EUR bezahlt, abzüglich der Einnahmen aus den Fahrkartenverkäufen.

Derzeit ist das Sammeltaxi zu nutzen. Die Abholung der Fahrgäste erfolgt an der Bushaltestelle, die Kosten für den Nutzer belaufen sich auf 4,80 EUR, die Differenz zum normalen Tarif wird mit der Gemeinde abgerechnet.

Gemäß Rücksprache mit der AVG können Busfahrten jederzeit mit den entsprechenden Frequenzen festgelegt werden. Bezgl. der Zuschüsse werden noch Verhandlungen geführt.

7.3. Arbeiten Deutsche Glasfaser

Hier wurden vor zwei Wochen zwei Löcher ausgehoben. Seit dieser Zeit tut sich jedoch nichts mehr.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die sog. Kopflöcher gemacht sind, da die entsprechenden Leerrohre gesucht und an dieser Stelle auch gefunden wurden. Bevor die Arbeiten in Dörmorsbach beginnen, sollen die Verlegearbeiten erst in Haibach und Grünmorsbach komplett fertiggestellt werden, auch die Asphaltarbeiten. Dann werden 2-3 Kolonnen in Dörmorsbach mit den Arbeiten beginnen und den OT komplett erschließen. Die Dauer hier wird auf ca. 4- 6 Wochen geschätzt. Rechtzeitig vor Beginn werden die Bürger hierüber informiert.

7.4. Schnelltests

Das Angebot des Schnelltestbusses wird in Haibach sehr gut angenommen. Auch heute war dort wieder ein großer Andrang. Wie wird mit dem OT Dörmorsbach verfahren?

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass der Testbus Dörmorsbach nicht anfahren kann, da dieser täglich

eine exakte Taktung hat. Wenn der Bedarf in Dörmorsbach besteht, können Tests besorgt werden und die Gemeinde kann im Bürgerhaus entsprechende Schnelltests durchführen.

Die Feuerwehren können diese Tests ebenfalls durchführen und machen dies im Rahmen des Feuerwehrdienstgesetzes. Ebenso sind die Mitglieder der Wasserwacht hierzu geschult. Er gibt jedoch zu bedenken, dass sowohl die Feuerwehren als auch die „Wasserwachtler“ mittlerweile im gesamten Kreisgebiet zu Testungen unterwegs sind.

Im Rathaus wurden verschiedene Mitarbeiter für die Durchführung der Schnelltests geschult und können diese ebenfalls durchführen. Seitens der Gemeinde können entweder dienstags oder donnerstags etwa von 17-18 Uhr Tests im Bürgerhaus durchgeführt werden. Entsprechendes wird im Mitteilungsblatt veröffentlicht.

GR Michael Fuchs fragt nach, ob dieses Angebot auch für den OT Grünmorsbach angeboten werden kann.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass er die Hilfsdienste nicht zu sehr beanspruchen möchte. Die Bürger aus Grünmorsbach können den Schnelltestbus schneller erreichen als die Dörmorsbacher. Sollte die Feuerwehr in Grünmorsbach jedoch Tests durchführen wollen, können diese ebenfalls zur Verfügung gestellt werden.

7.5. Arbeiten Glasfaser im Bereich Friedland-Goethestraße

GR Jörg Baumann bemängelt, dass dort Arbeiten ausgeführt wurden, jedoch ohne Rücksprache und Info an die Anwohner. Hier sollte nochmals geprüft werden, ob dies künftig besser kommuniziert werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass die Gehsteige in der aktuellen Ausführung so nicht bleiben werden. Er bestätigt, dass dort die Info an die Anlieger sehr schlecht war. Dies wurde auch dem zuständigen Koordinator mitgeteilt.

7.6. Sachstand Schulsport- Außenanlage

2. Bgm. Jürgen Großmann fragt nach dem Ergebnis zur Untersuchung der Schulsport-Außenanlage.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Ergebnisse in der nächsten Sitzung vorliegen sollten.

Dipl.-Verw.Fachwirtin Anja Züchner erklärt, dass in der letzten Woche Lastplattenversuche durchgeführt wurden. Die Ergebnisse sollen für die nächste Sitzung vorliegen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **09.06.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Monika Heuberger
Verwaltungsfachwirtin

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Dienstag, 13. April 2021
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 23:10 Uhr

Videokonferenz

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	anwesend bis 23:00 Uhr
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	anwesend bis 23:00 Uhr
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	anwesend bis 23:00 Uhr
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	anwesend bis 22:15 Uhr
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	anwesend bis 22:55 Uhr
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	anwesend bis 22:55 Uhr
Kirsten Hein	Gemeinderätin	

Abwesend:

Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
----------------	--------------------	--

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	ORTSTERMIN: Besichtigung Heizungsanlage Schule Haibach und Kinderhort - ENTFÄLLT
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
4.	Vorträge durch Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Leiter der Ostbayerischen technischen Hochschule Amberg-Weiden zu nachfolgenden Themen mit anschließender Diskussion
4.1.	Heizungsanlage Schule Haibach
4.2.	Kommunales Klimaschutz-Netzwerk Franken
4.3.	Machbarkeitsstudie "Wärmeversorgung Dörmorsbach"
4.4.	Heizungsanlage Rathaus
5.	Antrag SPD-Fraktion; CO ² -Reduzierung
6.	Wassergewinnung Brunnen Kirchenelsengrund Weiteres Vorgehen Detailuntersuchung V1
7.	Wiedervorlage; Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz an der Kultur- und Sporthalle
8.	Außensportanlage Schule; Weiteres Vorgehen
9.	Ausbau Aschaffener Straße; Hinweise des Gemeinderates zur Entwurfsplanung
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die heutige Sitzung und stellt fest, dass diese aufgrund der aktuellen Inzidenzzahlen bezüglich der Corona Pandemie in digitaler Form erfolgt.

Die Einladung mit der Tagesordnung wurden den Gemeinderäten fristgerecht zugestellt. Die Veröffentlichung in den Medien erfolgte ebenfalls. Für die ZuhörerInnen wurde der Link für die heutige Sitzung auf der gemeindlichen Homepage und der Haibach App veröffentlicht.

Ebenfalls aus Gründen der Inzidenzzahlen wurde die für heute anberaumte Besichtigung der Heizungsanlage der Schule und des Hortes abgesagt. Entsprechende Informationen wurden bekannt gegeben. Der Beginn der Sitzung hat sich daher auf 19:00 Uhr verschoben.

Es nehmen auch heute wieder sehr viele ZuhörerInnen an dieser virtuellen Sitzung teil, diese werden ebenfalls begrüßt.

An der heutigen Sitzung nimmt Herr Prof. Dr. Ing. Markus Brautsch, Leiter der Ostbayerischen technischen Hochschule Amberg-Weiden teil. Er wird den kompletten TOP 4 begleiten.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass der TOP 7 – Antrag der SPD Fraktion: CO2-Reduzierung an Stelle 5 gesetzt wird, damit Herr Prof. Dr. Ing. Brautsch hierzu ebenfalls entsprechende Erläuterungen geben kann.

Mit diesem Vorschlag besteht Einverständnis.

2. ORTSTERMIN: Besichtigung Heizungsanlage Schule Haibach und Kinderhort - ENTFÄLLT

Termin entfällt wegen der hohen Inzidenzzahlen zur Corona-Pandemie.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 17.03.2021 ist zur Genehmigung bereit. Genehmigung erfolgt in Präsenz bzw. nach Änderung der Geschäftsordnung.

4. Vorträge durch Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Leiter der Ostbayerischen technischen Hochschule Amberg-Weiden zu nachfolgenden Themen mit anschließender Diskussion**4.1. Heizungsanlage Schule Haibach****4.2. Kommunales Klimaschutz-Netzwerk Franken****4.3. Machbarkeitsstudie "Wärmeversorgung Dörmorsbach"****4.4. Heizungsanlage Rathaus**

wird von allen Beteiligten weitergeführt mit einem neuen Förderprogramm.

Anhand einer ausführlichen PP-Präsentation werden die entsprechenden Ziele, die Zusammenarbeit und die Ergebnisse dokumentiert.

Für Haibach wurde im Rahmen des Netzwerkes eine wissenschaftlich neutrale Studie für eine mögliche Wärmeverbund-Lösung für das Schulzentrum erstellt. Diese wird ebenfalls ausführlich mit entsprechendem Zahlenwerk und Fotos dokumentiert.

Sachverhalt:

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch informiert über die Entstehung des Energieeffizienz-Netzwerkes, das im Jahr 2017 gegründet wurde und bis zum März 2021 Bestand hatte. An diesem Netzwerk haben 22 Gemeinden und Städte aus Bayern teilgenommen und es standen 255.000 EUR an Fördermitteln zur Verfügung.

Die bisherige sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz

Bei der ursprünglich vorgesehenen Ortsbesichtigung, die in der Schule hätte stattfinden soll, wäre die neue Heizungsanlage besichtigt worden.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass diese wirtschaftliche Entscheidung für die neue Heizungsanlage sehr gut war. Dies wird sich bereits nach einem Jahr Betriebszeit zeigen.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erläutert die Präsentation zur Heizungsanlage des Rathauses.

Aktuell wird die Prüfung einer alternativen Wärmeversorgung für das Rathaus als laufende Maßnahme durchgeführt.

Hierbei wurde festgestellt, dass unter anderem im aktuellen Heizraum, der sich im Nebengebäude des Rathauses befindet, relativ wenig Platz für alternative Konzepte vorhanden ist. Mehrere Ideen wurden daher angedacht, unter anderem die Nutzung des Heizraums in der Liebmann-Schule mit Anbindung des Rathauses über eine Nahwärmeleitung.

Vor Beginn einer solchen Maßnahme ist es zwingend erforderlich, zunächst die Sammlung und Auswertungen der energierelevanten Daten zu erheben. Somit wird die Entwicklung des Energieverbrauchs in den letzten Jahren dargestellt. Nach Überprüfung aller Parameter kann der Gesamt-Energiebedarf ermittelt werden.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob bezüglich der Planung der Heizung für das Rathaus an der bisherigen Stelle des Tanklagers auch Pellets möglich sind.

Hierzu antwortet **Prof. Dr. Ing. Brautsch**, dass hierfür in der Schule der bessere Standort ist. Jedoch bedarf es 135 tm (Trassenmeter) für den Transport der Pellets.

GR Bernd Oppenrieder fragt, ob die Förderung für regenerative Energie in diesem Modell mit eingerechnet wurde.

Prof. Dr. Ing. Brautsch antwortet, dass alle relevanten Daten hinterlegt sind.

GR Bernd Oppenrieder fragt, wie die Kosten des Heizbetriebs berechnet werden, in Anbetracht dessen, dass die CO₂-Steuer weiter steigen wird.

Prof. Dr. Ing. Brautsch erklärt, dass dies bei den betriebsgebundenen Kosten hinterlegt ist. Hier ist unter anderem auch die Erdgas-Rückerstattung berücksichtigt. In die Berechnungen werden sowohl alle Steuern und Abgaben mit eingearbeitet, als auch die Kostensteigerungen bei den fossilen Energien.

GR Steffen Kruschina nimmt Bezug auf die Wärmebetrachtung. Er möchte wissen, wie die Stromkosten in der Leistungskalkulation berücksichtigt sind.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch informiert, dass dies wiederum eine Gleichung mit zwei Unbekannten darstellt. Die Gewinnung des Stroms wird als Einnahme gerechnet. Dies ergibt sich aus dem Kraftwärmeregelungsgesetz und bringt 16 Cent. Dies bedeutet, dass hieraus 10,5 Cent als Wärmepreis gerechnet werden.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wie der CO₂-Faktor hier gerechnet wird und ob die Möglichkeit besteht, dass alle Liegenschaften der Gemeinde verbunden werden können, um den größtmöglichen Nutzen aus der Stromeinspeisung zu erhalten.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch sieht dies physikalisch als möglich, jedoch nicht praktisch umsetzbar. In allen Bereichen wird das öffentliche Strombetriebsnetz gestreift und hierzu ist festzustellen, dass für die Netzbetreiber das Recht auf Vergütung besteht.

GR Steffen Kruschina ist der Meinung, dass im Rahmen des ISEK abgewartet werden sollte, was mit dem Areal Rathaus, Alte Schule und altes Feuerwehrhaus geplant wird.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erklärt, dass hier zu prüfen ist, wie lange der Heizkessel für das Rathaus noch funktionieren wird. Er sieht das Abwarten auf das ISEK als Risiko an. Nach seiner Meinung sollte der Kessel des Rathauses beobachtet werden und dann eine entsprechende Lösung angegangen werden.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, ob die vorgestellte Anlage erweiterungsfähig sein wird.

Hierzu antwortet **Prof. Dr. Ing. M. Brautsch**, dass hier die Platzverhältnisse maßgebend sind. Eine modulare Erweiterung wird jedoch möglich sein.

Prüfung Wärmeverbund Dörmorsbach

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch informiert, dass im Rahmen des Klimaschutz-Netzwerkes auch die Möglichkeit der Schaffung eines Wärmeverbundes für den OT Dörmorsbach geprüft wird. Hierfür wurde ebenfalls eine Präsentation erstellt, die nunmehr vorgestellt wird.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob aufgrund der topografischen Lage von Dörmorsbach die Höhenunterschiede des OT hierzu Probleme bereiten werden.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch antwortet, dass die Höhenlage noch nicht geprüft wurde.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass Gespräche mit den verschiedenen Anbietern ergeben haben, dass eine Gaslieferung nach Dörmorsbach zu kostspielig ist. Wäre eine Lösung mit Biomasse oder auch mit Klärschlamm möglich?

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erklärt, dass die Verwendung von Klärschlamm seitens der Kommune nicht realisierbar ist. Hierzu sind die gesetzlichen Vorgaben und Auflagen zu hoch.

GR Toni Stahl stellt fest, dass das Straßennetz in Dörmorsbach ca. 2,5 km umfasst. Dies sind dann etwa 3000 Trassenmeter, die dort verlegt werden müssen. Er sieht dies bedenklich, da hieraus entsprechend hohe Verluste auftreten werden. Ebenso müsste das Netz ganzjährig heiß gehalten werden. Welche Elektro-Energie ist für die entsprechende Pumpennutzung notwendig? Bei der Nutzung von Fernwärme sieht er schwankende Leistungen übers Jahr.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erläutert, dass ohnehin die Bürger in Dörmorsbach vor Beginn einer entsprechenden Maßnahme nach dem Interesse abgefragt werden müssen. Tatsächlich steht aus diesem Grund auch noch nicht fest, wie viele Trassenmeter notwendig werden. Da es sich um eine reine Wohnbebauung handelt, in der keine Betriebe sind, sieht er einen möglichen Wärmeverlust von ca. 25 %. Die Installation von dörflichen Netzen wird jedoch besonders gut gefördert. Ebenso sind die Herstellungskosten günstiger. Dies muss auch in die wirtschaftliche Betrachtung mit einfließen. Es müssen alle positiven und negativen Aspekte beachtet und abgewogen werden. Ein entsprechender Hilfsenergieeinsatz ist wegen der Topografie und der Hydraulik notwendig. Er sieht jedoch auch die Möglichkeit einer Kaskadierung, somit wird der Hilfsenergieeinsatz eingeschränkt.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob der Einsatz von Sonnenenergie oder Pellets hierfür möglich sein wird.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch sieht dies als selbstverständlich möglich.

GR Bernd Oppenrieder bezieht sich auf die Ausarbeitung der Untersuchung mit der vorherigen Abfrage bei den Dörmorsbacher Bürgern auf die Dauer von einem Jahr. Wie schnell ist der Beginn möglich?

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch antwortet, dass ein Angebot hierfür der Gemeinde bereits vorliegt. Die

Zuwendung für die Maßnahme liegt bei 70 %. Nach seiner Einschätzung kann das Ergebnis in etwa 4-5 Monaten vorliegen.

GR Steffen Kruschina fragt, wie viele Haushalte in Dörmorsbach sich an diesem Verbund beteiligen müssten.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erklärt, dass die Faustregel bei 60 % liegt, hier möglichst auch räumlich zusammenliegend.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wer der Betreiber dieses Netzverbundes sein wird.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch sieht hierzu mehrere mögliche Konstellationen. Denkbar hierfür sind z.B. ein Maschinenring, ein Energieversorger oder ein Profi-Contracting. Die Kommune ist auch hierfür nicht als Betreiber geeignet. Da hier die entsprechende Personalbesetzung nicht gegeben ist.

GR Steffen Kruschina fragt, ob die Vorstellung der Ergebnisse aus den Gegenüberstellungen vorgezogen ist.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erklärt, dass dies auf jeden Fall erfolgen wird.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, ob die bereits durchgeführte Untersuchung durch die Energievision Franken, im Rahmen des Auftrags durch die „Wespe“, in dieser Präsentation mitberücksichtigt wurde.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass alle bisherigen Untersuchungen in dieser Präsentation enthalten ist. Es wurden bereits Gespräche mit der EMS geführt, ob und wie hier eine Zusammenarbeit möglich sein wird.

Der eingereichte Antrag der SPD-Fraktion wurde von der Verwaltung an Prof. Dr. Ing. M. Brautsch weitergeleitet und eine entsprechende Untersuchung bzw. Präsentation erstellt. Die im Rahmen des nächsten Tagesordnungspunktes vorgestellt wird.

5. Antrag SPD-Fraktion; CO²-Reduzierung

Bgm. Andreas Zenglein führt zu dem Antrag aus, dass dies im Gemeinderat ein geläufiges Thema war und ist und wichtige Bereiche betrifft. Für die Untersuchungen der Heizungsanlage und der Wärmeversorgung in Dörmorsbach wurden seitens des Klimaschutzwerkes Förderungen genehmigt.

Sachverhalt:

GR Bernd Oppenrieder stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor;

Das Jahr 2020 reiht sich weltweit ein in die 5 heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Betrachtet man Europa isoliert so scheint es das heißeste Jahr gewesen zu sein und in Deutschland war es nach 2018 das 2 wärmste Jahr

seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ist dies eine Folge des menschengemachten Klimawandels. Der wiederum ist ganz wesentlich auf unseren hohen Verbrauch an fossiler Energie und dem damit verbundenen Ausstoß an klimawirksamen Gasen insbesondere von CO₂ zurückzuführen. Wenn wir also, wie die Politik auf allen Ebenen immer wieder betont, aktiv und grundlegend gegen den Klimawandel angehen wollen, müssen zum einen versuchen unseren Verbrauch an fossiler Energie deutlich zu reduzieren und zum anderen durch kompensatorische Maßnahmen versuchen so schnell als möglich klimaneutral zu werden. Dies gilt für jeden einzelnen von uns, für alle Unternehmen und für alle staatlichen Institutionen und deshalb natürlich auch für die

Gemeinde Haibach. Dies umso mehr als die Gemeinde Haibach mit all Ihren Gebäuden und gemeindlichen Einrichtungen nicht nur ein großer Verbraucher von fossiler Energie ist, sondern auch ein für jede MitbürgerInnen erlebbares und nachvollziehbares Beispiel sein kann, wie dem Klimawandel im eigenen Umfeld entgegengewirkt werden kann.

Unsere Verpflichtung in der Gemeinde Haibach dem Klimawandel aktiv und wirkungsvoll entgegenzutreten, braucht unseres Erachtens nach zwei Voraussetzungen:

1. Wir müssen wissen wie viele Tonnen Co2 wir ausstoßen bzw. im festgelegten Referenzjahr ausgestoßen haben.
2. Wir müssen uns explizite Ziele setzen:
 - zur Reduktion des CO2 Ausstoßes in einem bestimmten Zeitraum und
 - wann wir in den gemeindlichen Einrichtungen klimaneutral sein wollen.

Deshalb stellen wir folgenden 4 Punkte als Anträge, über die bitte je einzeln abgestimmt werden soll:

1. Die Verwaltung erhebt für ein noch festzulegendes Referenzjahr (wir würden hierfür das Jahr 2019 vorschlagen) den Verbrauch von fossiler Energie aller gemeindlichen Einrichtungen und Gebäuden. Dazu gehört insbesondere der Verbrauch von Heizöl, Erdgas, Treibstoffen und von nicht regenerativem Strom. Daraus lässt sich dann über Referenzwerte der einzelnen Energieträger der CO²-Fußabdruck der Gemeinde errechnen. Diese Bilanzierung kann selbstverständlich auch einem darauf spezialisierten Beratungsunternehmen übertragen werden.
2. Auf der Basis dieser Bilanz beschließt der Gemeinderat ein Reduktionsziel für den gemeindlichen CO²-Fußabdruck für die nächsten 10 Jahre. Wir schlagen dafür eine Reduktion von 50% des CO2 Ausstoßes vor. (Dieses Ziel hat auch MP Söder von 2020 – 30 für Bayern ausgegeben). Dies soll durch eine jährliche Reduktion von mindestens 5% erreicht werden und kann sowohl durch generelle Einsparungen des fossilen Energieverbrauches, als auch durch Umstieg auf regenerative Energien erreicht werden.
3. Die Verwaltung, oder ein beauftragtes Beratungsunternehmen, erarbeitet auf der Basis dieses Beschlusses, einen jährlichen Reduktionsplan, der festlegt, durch welche Maßnahmen das jeweilige Jahresziel erreicht werden soll. Das Jahresziel sollte so hoch sein, dass das jeweilige Jahresziel zusammen mit den dahin bereits erreichten Ergebnissen der abgelaufenen Jahre zu einem Jahresdurchschnitt von 5% führt. D.h. bessere Vorjahresergebnisse führen zu niedrigeren Zielen. Wurde in den Vorjahren der angestrebte Durchschnitt von 5% nicht erreicht, erfordert das anspruchsvollere

Jahresziele, damit insgesamt kumuliert der angestrebte Jahresdurchschnitt von 5% erreicht wird.

4. Parallel setzt sich die Gemeinde Haibach durch weitere kompensatorische Maßnahmen das Ziel bis, wir schlagen vor 2035, klimaneutral zu sein. Dafür bieten sich insbesondere Investitionen in die Herstellung von regenerativer Energie an.

Die Zustimmung zu diesen Aktivitäten sollte uns umso leichter fallen, als daraus entstehende Kosten durch Fördermaßnahmen z.B. der Nationalen Klimaschutzinitiative unterstützt werden.

Im Voraus besten Dank für Ihre Beschäftigung mit dem Antrag. Wir würden uns über eine Unterstützung sehr freuen.“

Der Gemeinderat sich mit dem inhaltlich gleichen Antrag (ausgenommen Nr. 4 der Beschlussvorschläge) bereits in der Sitzung am 12.12.2018 auseinandergesetzt. In der damaligen Sitzung wurde der Tagesordnungspunkt nach einiger Diskussion abgesetzt und die Reduzierung des CO²-Ausstoßes wurde als gesondertes Thema in die Interaktionelle Sitzung des Gemeinderates 2019 verortet.

Durch die nachfolgenden Maßnahmen, wurde durch den Gemeinderat in der Interfraktionellen Sitzung am 09.02.2019 festgelegt, die Reduzierung des CO²-Ausstoßes weiter voranzutreiben:

- Erneuerung der Heizungsanlage der Schule im Rahmen des Kinderhortneubaus
- Austausch Beleuchtung und Lüftung in der Kultur- und Sporthalle
- Erneuerung Beleuchtung der Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ auf LED
- Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED
- Erneuerung Heizungsanlage Rathaus

Einen Zwischenbericht über die Energie und CO²-Bilanz der kommunalen Liegenschaften hat das Institut für Energietechnik (IfE) an der Ostbayerischen technischen Hochschule Amberg-Weiden in der Gemeinderatssitzung am 29.01.2020 präsentiert.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass der Klimawandel akut erkennbar ist, jedoch durch die Pandemie überschattet wird. Er sieht hier einen schleichenden Prozess, der aktiv angegangen werden muss. Dies muss aktiv, nachhaltig und strukturiert erfolgen. In der Vorbesprechung zur heutigen Sitzung wurden die Klimabilanz und die notwendigen Maßnahmen bereits angesprochen.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch erklärt, dass es zügig machbar ist, die Daten 2019 in einer Energie-startbilanz zu erstellen.

GR Steffen Kruschina bemerkt für die CSU-Fraktion: Bevor nun ein falsches Bild nach außen entsteht, der ehemalige Gemeinderat und die Verwaltung haben sich auch schon vor dem Antrag der SPD mit dem Themen Umwelt und Klimaschutz beschäftigt. Hierzu wurden auch schon Maßnahmen auf den Weg gebracht. Einige Projekte, wie die Umstellung der Heizung in der Schule, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und weitere, wurden heute ja schon von Herrn Prof. Dr.-Ing. Brautsch vorgestellt.

Was nun unserer Meinung nach fehlt, und da gehen wir konform mit dem ersten Punkt des SPD Antrages, ist ein Monitoring bzw. eine Erfolgsbetrachtung der bisherigen Maßnahmen. Diese ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die Wirksamkeit der bisherigen und zukünftigen Maßnahmen messbar zu machen.

Anders wie die SPD möchten wir einen regelmäßigen Energiebericht der Gemeinde erstellen, nach dem Modell der Gemeinde Weissach, der den Schwerpunkt auf die tatsächlichen Verbrauchszahlen legt und neben den Themen Wärme, Strom und kommunalem Fuhrpark das Thema Wasserverbrauch ebenfalls beinhaltet. Dies macht nach unserer Meinung dieses Ziel vergleichbarer und bietet die Möglichkeit, bei überdurchschnittlich hohen Verbrauchszahlen sofort punktuell gegenzusteuern. In diesen Bericht sollte ebenfalls eine Art Sachstandsbericht eingearbeitet werden, um einen bestmöglichen Überblick zu besprochenen und abgeschlossenen Ideen zu gewährleisten.

Da wir eigentlich alle das gleiche Ziel verfolgen, nur auf unterschiedlichen Wegen, schlagen wir in Anbetracht des Zeitmanagements für diese Gemeinderatssitzung vor, dass sich der Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit beiden Möglichkeiten auseinandersetzt und einen Beschlussvorschlag für den Gemeinderat erarbeitet. Dieses Thema ist zu wichtig für uns und künftige Generationen, daher sollten wir nicht einfach im Vorbeigehen Entscheidungen treffen, die uns bei unserem Tun in den nächsten Jahren stark beschäftigen werden.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch sieht dies als sehr guten Vorschlag, alle Daten als sogenanntes Energie-Monitoring zu erstellen. Es werden hierzu Kennzahlen gebildet, die im jährlichen Bericht miterfasst werden können. Dies wird mittlerweile in vielen Kommunen genutzt. Sollte heute ein Beschluss hierzu gefasst werden, ist eine schnelle Realisierung möglich.

GR Jörg Baumann bemerkt zum vorliegenden Antrag, dass nach seiner Ansicht eine Energieträgerprüfung zum jetzigen Zeitpunkt zu früh ist. Für einen Beschluss zu Pkt. 1 des Antrages kann er sich aussprechen.

GR Bodo Leiblein sieht in der Studie „Weissach“, dass diese komplementär zu den Pkt. 2,3,5 ist und er sieht den Vorteil, dass ein konkreter Rahmen vorgegeben ist.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch bemerkt, dass ein Monitoring „Kommunales Energie-management“ ein verbindlicher Ansatz ist, der in kleinen Stücken weiter auf die Quadratmeter-Zahl abzielt. Die Liegenschaften werden in Relation zu mittlerweile 150 anderen Rathäusern gesetzt. Somit werden die erforderlichen Maßnahmen schneller ermittelt und eine bessere Wirksamkeit ist somit gegeben.

GR Bernd Oppenrieder erklärt, dass er mit dem Energiemanager in Weissach telefoniert hat. Dort werden keine Widersprüche zu dem vorliegenden Antrag zur Studie gesehen.

2.Bgm. Jürgen Großmann bemerkt zu der Studie Weissach, dass diese nach seiner Ansicht sehr bodenständig und aussagekräftig ist. Er bedauert jedoch, dass aus den ursprünglichen 4 Punkten des Antrags nun 5 Beschlüsse gefasst werden sollen. Er spricht sich dafür aus, dass heute der Pkt. 1 beschlossen werden sollte. Es sollte erst die Erstellung der Bilanz erfolgen, dann die Ziele definiert werden. So wird der aktuelle Stand erfasst und es ist abschätzbar, welche Änderungen eingebaut werden können oder müssen.

GR Jürgen Goldhammer spricht sich ebenfalls für die Beschlussfassung des Pkt. 1 aus. Er möchte noch wissen, ob in diese Bilanz auch die gemeindlichen Fahrzeuge oder nur die Gebäude mit aufgenommen werden. Für diese Aufgabe ist nach seiner Meinung ein technischer Manager notwendig.

Prof. Dr. Ing. M. Brautsch stimmt dem Vorschlag zu, dass auch die Fahrzeugflotte miterfasst werden sollte. Eine neue Personalstelle hierfür ist nicht erforderlich. Es ist ein digitales Energiemanagement möglich, welches auch in den Förderprogrammen berücksichtigt wird.

GR Jürgen Großmann möchte im Beschluss die Ergänzung „Energiebilanz“ + CO₂-Fußabdruck.

Abstimmungsbekundung

Die Verwaltung erhebt für ein noch festzulegendes Referenzjahr (wir würden hierfür das Jahr 2019 vorschlagen) den Verbrauch von fossiler Energie aller gemeindlichen Einrichtungen und Gebäude. Dazu gehört insbesondere der Verbrauch von Heizöl, Erdgas, Treibstoffen und von nicht regenerativem Strom. Daraus lässt sich dann über Referenzwerte der einzelnen Energieträger die Energiebilanz und der CO₂-Fußabdruck der Gemeinde errechnen. Diese Bilanzierung kann selbstverständlich auch einem darauf spezialisierten Beratungsunternehmen übertragen werden.

Ergebnis: ja: 19 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Dietmar Kempf-Blatt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

6. Wassergewinnung Brunnen Kirchenelsengrund Weiteres Vorgehen Detailuntersuchung V1

Sachverhalt:

Bauamtsleiterin Anja Züchner informiert:

Mit Schreiben vom 20.10.2020 beantragte die Gemeinde Haibach bei der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) Zuschüsse für die Erkundung und Sanierung der ehemaligen gemeindeeigenen Hausmülldeponie Dörmorsbach.

Es handelt sich hierbei um die Verdachtsfläche V1.

Mit Schreiben vom 22.02.2021 hat die GAB mitgeteilt, dass noch Unterlagen fehlen.

Erst wenn alle Unterlagen vollständig der GAB vorliegen, kann ein Zuschussvertrag mit der GAB geschlossen werden. Eine Beauftragung eines Ingenieurbüros für die Durchführung der Detailuntersuchung (DU) wäre förderschädlich und ist deshalb noch nicht erfolgt. Vergleichsangebote für das Vergabeverfahren werden derzeit eingeholt.

Die GAB stellt für jede Gemeinde einen Eigenanteil für jeden Deponiestandort fest. Der gemeindliche Eigenanteil in Haibach beträgt 128.092,76 €.

Aller Voraussicht nach werden die Kosten für die Detailuntersuchung zwar knapp unter diesem Eigenanteil liegen, so dass die Gemeinde hierfür keinen Zuschuss zu erwarten hat, jedoch zählt jeder

Euro, den die Gemeinde bereits für die DU ausgibt zum gemeindlichen Eigenanteil hinzu.

Ab Überschreitung des gemeindlichen Eigenanteils trägt die GAB alle förderfähigen Kosten. Da derzeit noch nicht gesagt werden kann, ob sich aus der Detailuntersuchung ein Sanierungsbedarf ableitet, sollte unbedingt mit der Vergabe der DU und dem weiteren Verfahren abgewartet werden, bis der Zuschussvertrag mit der GAB geschlossen wurde.

Sobald der Zuschussvertrag abgeschlossen ist, kann die Vergabe an ein Ingenieurbüro mit Sachverständigem nach § 18 Bundesbodenschutzgesetz abgeschlossen werden.

Eine Diskussion hierzu erfolgte nicht.

Abstimmungsbekundung:

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

Ergebnis: ja: 19 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Dietmar Kempf-Blatt hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

7. Wiedervorlage; Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz an der Kultur- und Sporthalle

Sachverhalt:

Bautechniker Andreas Roth informiert:

Wie bereits in den letzten Gemeinratssitzungen mitgeteilt, wurden weitere Untersuchungen zur Erhöhung der Ballfangzaunanlage durchgeführt.

Es wurde nochmal überprüft, inwieweit durch Demontieren von Zaunelementen eine zusätzliche Erhöhung statisch möglich ist. Es gibt nun zu der bereits vorgestellten Neuanlage eine weitere statisch nachgeprüfte Ausführungsvariante.

Variante 1 – neue Netzanlage:

Neuanlage als eigenständige Netzanlage hinter der bestehenden Ballfangzaunanlage in „Flucht“ des Zaunes oberhalb der Böschung in folgender Ausführung:

- neue Einzelfundamente
- neue Zaunanlage mit Pfosten alle 5,00 m mit einer Pfostenhöhe von 9,00 m

- Netzbespannung, Masche 100 x 100 mm, von der Höhe 6,00 m bis Höhe 9,00 m

Kostenschätzung Neuanlage:

Fundamentierung 13.500,00 Euro

Zaunbauer (Pfosten, Netz, Gerätekosten)
29.000,00 Euro

Stat. Berechnung, Unvorhergesehenes
2.500,00 Euro

GESAMTKOSTEN: ca. 45.000,00 Euro

Variante 2 – Erhöhung der bestehenden Zaunanlage:

Erhöhung der bestehenden Anlage um 1,60 m auf gesamt 7,60 m in folgender Ausführung:

- Demontage der oberen 2 m Stabgitter
- Verlängerung der bestehenden Zaunpfosten
- Netzbespannung, Masche 120 x 120 x 3 mm, von Höhe 4,00 m bis Höhe 7,60 m

Kostenschätzung Neuanlage:

Baustelleneinrichtung, Hubsteigermiete

1.500,00 Euro

Schlosserarbeiten Erhöhung

3.500,00 Euro

Netzmontage

3.000,00 Euro

Stat. Berechnung, Unvorhergesehenes

1.000,00 Euro

GESAMTKOSTEN: ca. 9.000,00 Euro

Seitens der Bauverwaltung wird vorgeschlagen, die bestehende Zaunanlage gemäß der Variante 2 von 6 Meter auf 7,60 Meter zu erhöhen. Mit dieser Ausführung könnte man eine zeitnahe Umsetzung garantieren. Die Errichtung einer zurückversetzten, neuen Netzanlage (Variante 1) würde aufgrund der erforderlichen Ausschreibung, Einholung von Angeboten usw. voraussichtlich bis mindestens in den Herbst dieses Jahres dauern.

Im Verlauf der Diskussion erklärt **GR Jürgen Goldhammer** für die FWG-Fraktion, dass diese dem Vorschlag der Erhöhung auf 7,60 m zustimmen wird.

GR Katja Fuchs ist der Ansicht, dass bei der vorgestellten Variante zwar 7,60 m erreicht werden, jedoch ist nach ihrer Kenntnis eine Höhe von 8 m gefordert. Wenn die nun vorgestellte Lösung nicht funktioniert, dann kann es nach ihrer Ansicht eventuell zu einem Klageverfahren kommen. Sie schlägt daher vor, die stabilere Variante zu wählen. Sie ist der Ansicht, dass hier zu hoch gepokert wird, wenn man nur nach dem Kostenaufwand sieht.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass ein Statiker die geplanten Ausführungen geprüft hat. Die Kosten in Höhe von 45.000 EUR sieht er auf jeden Fall als zu hoch an. Er hat keine Bedenken, dass der Spielbetrieb wegen der fehlenden 40 cm eingestellt wird. Wenn eine Klageverfahren angestrebt wird, dann wird man dies mitgehen. Mit einem Beschluss erkennt man, dass die Gemeinde gewillt ist, eine einvernehmliche Lösung zu erzielen.

GR Bodo Leiblein erläutert, dass zwar die Höhe von 6 m der DIN-Norm entspricht, jedoch ist es laut einem OLG-Urteil auch grundsätzlich möglich, dass ein Ball pro Woche über den Zaun gespielt wird. Dies bedeutet, dass 55 Bälle im Jahr diesbezüglich kein Problem sind. Die gewünschte Maßnahme richtet sich jedoch nach den Umständen. In diesem Fall sind die Nachbarn zu schützen. Die schnelle Maßnahme kostet 9.000 EUR, die bessere jedoch 45.000 EUR. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die zusätzlichen Kosten hin, die der Gemeinde

entstehen könnten, wenn gerichtlich die Variante i.H. von 45.000 EUR ausgeführt werden muss. Dann wurden die 9.000 EUR vergeblich ausgegeben und zusätzlich kommen noch Gerichts- und Prozesskosten dazu.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass für diese Fälle auch die Rechtsschutzversicherung der Gemeinde herangezogen werden könnte. Den Ausgang eines Rechtsstreites, wenn es überhaupt dazu käme, sieht er als völlig offen an. Ein Personenschaden aus dem bisherigen Spielbetrieb wurde noch nicht bekannt.

Dieser Annahme widerspricht **GR Bodo Leiblein**.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass nach seiner Ansicht auch bei einer Höhe von 9 m Bälle über den Zaun fliegen können. Aktuell findet dort ohnehin kein Sportbetrieb statt und die Erhöhung kann bis zum Juli erledigt sein. Des Weiteren wurde nach seiner Meinung auch eine Nutzungsänderung beschlossen, in der festgelegt wurde, dass z.B. Torschuss-Trainings nicht auf dieser Seite durchgeführt werden sollen.

GR Jörg Baumann beantragt mit einem Antrag zur Tagesordnung, dass die Abstimmung zu diesem Punkt durchgeführt wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies bei virtuellen Sitzungen derzeit nicht möglich ist.

GR Bernd Oppenrieder beruft sich auf sein weiteres Rederecht und erklärt, dass nach seiner Auffassung elementar schnell für den Schutz gesorgt werden muss und die Erhöhung erfolgen sollte. Die Variante auf 9 m wird etwa ein Jahr in Anspruch nehmen und kann, wenn die 7,60 m nicht ausreichen, dann erfolgen. Dies ist nicht der richtige Weg, jedoch zeigt es die Bereitschaft, für Abhilfe zu sorgen.

GR Steffen Kruschina stellt fest, dass nach Gesprächen mit dem Jugendleiter des SV Alemannia davon ausgegangen wird, dass 80-90 % der „Ballüberflüge“ durch die Erhöhung auf 7,60 m reduziert werden. Durch die Verlegung des Torschussstrainings an das gegenüberliegende Tor entstanden dem Verein im letzten Jahr Mehrkosten in Höhe von ca. 1.500 EUR. In dem Gestrüpp dort können oftmals die Bälle nicht zurückgeholt werden. Es müssten dringend Rückschnitte gemacht werden.

Bgm. Andrea Zenglein bemerkt, dass keine Nutzungsänderung erfolgte. Die Vereine wurden in einem Schreiben auf die aktuelle Situation und auf die Verlegung des Torschussstrainings hingewiesen.

Bautechniker Andreas Roth und GR Jürgen Goldhammer haben anhand einer Skizze die theoretischen Ballverläufe (Strahlensatz) dargelegt.

Abstimmungsbekundung

Die Ballfangzaunanlage des Kunstrasenplatzes an der Kultur- und Sporthalle entlang der Straße „Zum Stadion“ wird gemäß der vorgestellten Variante 2 von

6 Meter auf 7,60 Meter erhöht. Die Bauverwaltung wird beauftragt, umgehend mit der Umsetzung der Maßnahme zu beginnen.

Ergebnis: ja: 15 nein: 2

Abstimmungsbemerkung: Nicht mit abgestimmt haben: GR Dietmar Kempf-Blatt, GR Toni Stahl und GR Andrea Stürmer

8. Außensportanlage Schule; Weiteres Vorgehen

Sachverhalt:

Dipl. Ing. Martin Volk informiert:

Im Rahmen einer Ortsbegehung des GR am 06.06.2018 wurde die Sanierungsnotwendigkeit für das Außen-Sportgeländes der Mittelschule Haibach festgestellt. Der GR-Beschluss zur General-Sanierung erfolgte am 03.04.2019.

Die schulaufsichtliche Genehmigung der Sanierung erfolgte mit Bescheid vom 10.05.2019.

Der Zuwendungsantrag für das Vorhaben wurde im August 2019 bei der Regierung eingereicht und mit Beschluss des Gemeinderats vom 04.03.2020 sind Haushalts-Mittel für die Maßnahme bereitgestellt worden.

Mit dem Zuwendungsbescheid vom 17.02.2020 wurde ein Zuschuss in Höhe von 118.000 € genehmigt.

Zugrunde lagen hier geschätzte Baukosten in Höhe von 295.843,- €. Die Baukosten wurden vom gemeindlichen Bauamt, mit der Annahme einer Belagserneuerung mit verschiedenen Arbeiten im Außenbereich, geschätzt.

Mit Bescheid vom 13.03.2020 wurde der vorzeitige Baubeginn genehmigt. Dieser Bescheid setzt auch die förderfähigen Kosten fest.

Da die Planung vom gemeindlichen Bauamt erstellt wurde, sind 15% der förderfähigen Kosten gekürzt worden. Die Festbeträge für Sportanlagen wurden jedoch – bis auf die 100m-Laufbahn - bereits voll ausgeschöpft.

Aufgrund der personellen Situation des Bauamtes im Jahr 2020 wurde im September der Architekt Herr Kirschenlohr mit Teilleistungen für das Projekt beauftragt.

Dieser stellte fest, dass bei der vorgesehenen, kostenminimalen Bauweise – einfacher Austausch des Tartanbelages – die ausführenden Firmen, aufgrund der flächig nicht gegebenen Mindestaufbaustärken des Unterbaus die Gewährleistung verweigern können.

Eine komplette, DIN-gerechte Erneuerung des Unterbaus stellt die Gewährleistung sicher, führt allerdings aufgrund des Mehraufwandes zu einer Erhöhung der Baukosten von derzeit geschätzt ca. 300.000 € auf rund 600.000 €.

Der Sachverhalt wurde im Haupt- und Finanzausschuss vom 10.03.2021 und im Gemeinderat vom 17.03.2021 vorgetragen.

Die weitere Entscheidung sollte in Abhängigkeit vom Baugrundgutachten und den Ergebnissen der Lastplattendruckversuche und Versickerungsversuche erfolgen.

Seitens des Planungsbüros Kirschenlohr wurde folgende fachtechnische Bewertung dazu vorgenommen:

Fallschutzbelag aller 3 Einzelflächen (nicht Gegenstand der 3 Gutachten):

Der vorhandene EPDM- /Gummigranulatbelag in ca. 1-2 cm Stärke wird von keinem der kontaktierten Unternehmen zur Wiederverwendung angenommen.

Abfuhr und Deponierung des Altbelages

Asphaltbelag (Schwarzdecke):

Einstufung in die Verwertungsklasse A (teerfrei).

Das Material ist aufgrund des baulichen Zustandes, der unterschiedlichen und unzureichenden Dicken und der voraussichtlich ungenügenden Versickerungsleistung komplett auszubauen und zu entsorgen.

Unterbau (Tragschicht/ Baugrund):

a) Weitsprunganlage:

Baugrund/ Bodenaufbau:

Unter der defekten Schwarzdecke von 120 cm bis 150 cm befindet sich eine mächtige Auffüllung mit schluffig, kiesigem Sand und Beimengungen an Asphalt und Ziegelbruch.

Bewertung LAGA: Z1.1

	Anforderung:	Messung/ Ermittlung:
Tragfähigkeit	$EV_2 = 80 / (100^*) \text{ MN/m}^2$	$EV_2 = 59,9 \text{ MN/m}^2$
Versickerungsfähigkeit:	$K_f = 1,0 \cdot 10^{-3} - 1,0 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$	$K_f = \sim 5,4 \cdot 10^{-7} \text{ m/s}$

*) Hinweis: $EV_2 = 100 \text{ MN/m}^2$ empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Versickerung und Tragfähigkeit nicht ausreichend => Kompletterneuerung Weitsprunganlage.

b) Allwetterplatz:

Baugrund/ Bodenaufbau:

Unter der defekten Schwarzdecke bis zu 70 cm befinden sich starke Auffüllungen mit Kies-, Sandgemisch mit Schluff Anteilen.

Bewertung LAGA: Z1.1

	Anforderung:	Messung/ Ermittlung:
Tragfähigkeit LP 1	$EV_2 = 80 / (100^*) \text{ MN/m}^2$	$EV_2 = 92,3 \text{ MN/m}^2$
LP 2		$EV_2 = 68,3 \text{ MN/m}^2$
Versickerungsfähigkeit:	$K_f = 1,0 \cdot 10^{-3} - 1,0 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$	$K_f = \sim 6,8 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$

*) Hinweis: $EV_2 = 100 \text{ MN/m}^2$ empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Versickerung gerade noch ausreichend, dürfte aber im Zuge der Bauarbeiten durch die Nachverdichtung eher ungünstiger werden.

Tragfähigkeit nur bedingt ausreichend (bei Anforderung $EV_2 = 80 \text{ MN/m}^2$) => aufgrund der Inhomogenität und des Feinkornanteils des Unterbaus Empfehlung zur Kompletterneuerung Allwetterplatz.

c) 100 m Laufbahn:

Baugrund/ Bodenaufbau:

Unter der defekten Schwarzdecke bis zu 150 cm mächtige Auffüllung aus Kies-/ Sand-Gemisch mit schluffigen Anteilen sowie Beimengungen von Schotter und Asphaltbruch.

Bewertung LAGA: Z2.

	Anforderung:	Messung/ Ermittlung:
Tragfähigkeit	$EV_2 = 80 / (100^*) \text{ MN/m}^2$	$EV_2 = 85,0 \text{ MN/m}^2$
Versickerungsfähigkeit:	$K_f = 1,0 \cdot 10^{-3} - 1,0 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$	$K_f = \sim 1,5 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$

*) Hinweis: $EV_2 = 100 \text{ MN/m}^2$ empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Versickerung gerade noch ausreichend, dürfte aber im Zuge der Bauarbeiten durch die Nachverdichtung eher ungünstiger werden.

Tragfähigkeit noch ausreichend (bei Anforderung $EV_2 = 80 \text{ MN/m}^2$).

=> aufgrund der grenzwertigen Parameter unter Berücksichtigung des vorhandenen Unterbaus (Inhomogenität und Feinkornanteil) Kompletterneuerung 100m-Bahn.

Zusammenfassung:

Die Ergebnisse der Baugrunduntersuchung liefern ein insgesamt sehr inhomogenes Bild zum Zustand des anstehenden Unterbaus, weshalb von Seiten des Planers die Kompletterneuerung der Sportanlage empfohlen wird.

Im Hinblick auf die Thematik der Gewährleistung ist aufgrund der verbleibenden Unwägbarkeiten die Ausschreibung als Kompletterneuerung zweckmäßig.

Von Seiten der Förderstelle wird eine Abweichung vom Ausbau nach DIN oder den anerkannten Regeln der Technik grundsätzlich nicht befürwortet. Die

Nachfrage zur Förderschädlichkeit bei nicht DIN-konformer Bauweise blieb ungeklärt.

Bei der sich abzeichnenden, notwendigen Abweichung von der beantragten Minimal-Ausführung muss weiterhin entschieden werden, ob ggfs. ein neuer Zuschussantrag gestellt werden sollte.

Die Gemeinde hat mit Bescheid vom 13.03.2020 die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns erhalten, mit diesem Bescheid wurden die Kosten in Höhe von 295.843,-€ festgesetzt und können nachträglich nicht erhöht werden.

Die einzige Möglichkeit wäre, den Antrag zurückzuziehen und mit umfassender Begründung der Mehrkosten (z.B. Planungskosten und sonstige Teuerungen) neu zu stellen.

In diesem Fall würde die Gemeinde die vorzeitige Baufreigabe verlieren und müsste das Verwaltungsverfahren abwarten, um die tatsächliche Kostenübersicht:

1. <u>Förderantrag - August 2019</u> Ausbau im Bestand/ kostenminimale Bauweise:	295.843 € brutto
2. <u>Kostenschätzungen - Mai 2020 - ohne BNK</u> Drei Ausbauvarianten im Zuge der Ausführungsplanung	
Variante A Ausbau im Bestand:	300.130 € brutto
Variante B Ausbau Bestand / Erneuerung Asphalttragschicht	436.837 € brutto
Variante C Komplette Grundsanierung:	593.355 € brutto
3. <u>Kostenschätzung/ bepreistes LV – Februar 2021:</u> Wie Variante C Kompl. Grundsanierung:	510.000 € brutto

Nach der ausführlichen Darlegung des Sachverhaltes ist GR Jürgen Goldhammer der Meinung, dass dieses Ergebnis sprachlos macht. Eine Entscheidung hierzu in der heutigen Sitzung sollte nicht getroffen werden und nochmals im Bauausschuss beraten werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass dies nach seiner Meinung jedoch wieder eine zeitliche Verzögerung bringen wird. Eine Nutzung im Jahr 2021 wird dann somit immer unrealistischer.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, woher die Erwartung stammt, dass keine höheren Zuschüsse für dieses Projekt möglich sind.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass für diese Förderungen nach den Richtlinien u.a. die Schülerzahlen maßgebend sind. Wir erhalten bereits

Zuschusshöhe zu erfahren und die Baufreigabe wieder zu erhalten.

Nach Rücksprache mit der Förderstelle kann nicht mit einer deutlich höheren Förderung gerechnet werden kann, da zu einem die Festbeträge für die jeweiligen Anlagen nahezu völlig ausgeschöpft sind und zum anderen der Planungsauftrag des Architekten alle Leistungsphasen der HOAI umfassen muss, um einen Planungskostenanteil zu erhalten.

Schlussendlich würde sich der Baubeginn der Maßnahme deutlich nach hinten verschieben und es wäre fraglich, ob im Jahr 2021 überhaupt noch gebaut werden könnte.

Es handelt sich also um eine Abwägung der Gemeinde, bei der die Faktoren Kosten, Nutzen und Risiken sowie der zeitliche Ablauf berücksichtigt werden sollten.

die Maximalförderung für diese Maßnahme. Sie ist auch abhängig von der Sportstätte als solches.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht diese Zahlen als sehr ernüchternd an. Er schlägt hierzu einen intensiven Austausch untereinander vor, damit die beste Lösung gefunden werden kann. Den Vorschlag von GR Jürgen Goldhammer würde er hierzu befürworten.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass er mit den Schulleiterinnen bzgl. der weiteren zeitlichen Verzögerungen reden wird.

GR Bernd Oppenrieder fühlt sich namens der SPD-Fraktion auch von den Zahlen überfahren. Die Chance, nochmals die Thematik im BA zu diskutieren, sollte genutzt werden.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt im Gegenzug eine interfraktionelle Beratung hierzu vor.

GR Bernd Oppenrieder macht den Vorschlag, dass nochmals ein Termin vor Ort stattfinden sollte.

Bgm. Andreas Zenglein weist auf die aktuellen Inzidenzzahlen hin und spricht sich für eine Online-Beratung aus.

9. Ausbau Aschaffener Straße; Hinweise des Gemeinderates zur Entwurfsplanung

Die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt 2. Bgm. Jürgen Großmann.

Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 17.03.2021 beschlossen, die Variante B – ohne Baumpflanzungen – umzusetzen.

Diese Variante entspricht dem Stand der Entwurfsplanung vom Febr. 2018.

Der GR bat noch folgende Punkte zu berücksichtigen/klären:

- Einmündung Aschaffener Straße / Büchelbergstraße Richtung Ortsmitte => Radius ausreichend
- Querpflasterungen alternativ in Farbasphalt => Kostengegenüberstellung/Darstellung der Vor- und Nachteile
- Gehwegpflaster in grau => ggfs. LV anpassen.

Die Vergabe der Bauarbeiten ist zum Juni (Sitzung 09.06.2021) vorgesehen. Die in der Sitzung aufgeworfenen Fragen wurden mit dem Ingenieurbüro Jung abgeklärt.

Einmündung:

Die Einmündung wurde überprüft und es ist ein Radius von 8 m vorgesehen. Dies entspricht dem Standard für einen LKW.

Querpflasterung:

Um Kabelquerungen ohne Aufbruch zu ermöglichen, wurde bewusst in der Planung die Pflasterbauweise aufgenommen. Dies ist bei einer Asphaltierung nicht so einfach möglich.

Grundsätzlich spricht für Asphalt, dass dieser insgesamt robuster hinsichtlich der Langlebigkeit ist und auch leiser bei der Überfahrung. Demgegenüber benötigt Pflaster etwas mehr Unterhaltsaufwand.

Für die Pflasterbauweise spricht jedoch, dass diese bei Leitungsarbeiten ohne größeren Aufwand aufgenommen und wiederhergestellt werden kann. Nach Ansicht des Ingenieurbüros bietet die Pflasterbauweise zudem den deutlich höheren gestalterischen Kontrast, welcher sich positiv auf die Querungsstellen auswirkt. Eingefärbter Asphalt

verblasst schnell und der Reifenabrieb bewirkt mit der Zeit, dass die Färbung untergeht. Schließlich lässt sich der gefärbte Asphalt bei späteren Aufbrüchen durch Versorger, wie z.B. Telekom, in Teilflächen kaum in optisch ansprechender Weise wiederherstellen.

Anhand von Ausschreibungsergebnissen beträgt der Mehrpreis von gefärbtem Asphalt gegenüber der Pflasterbauweise zwischen 140-170 €/m² netto.

Asphalt mit Färbung wird zunehmend teuer, je kleiner die Einbau-Mengen sind.

Bei nachträglicher Wiederherstellung von Kleinfeldern muss dann mit deutlich höheren Kosten gerechnet werden.

Die gewünschte Farbgebung der Querungen wäre ebenfalls noch festzulegen (egal ob Asphalt oder Pflaster).

Sollte die Oberfläche der Querungsstellen in Pflasterbauweise erfolgen, wird die Farbgebung analog der Großmannstraße in rot (Nr. 136) empfohlen, da hiervon noch Ersatz-Steine in ausreichender Menge im Bauhof eingelagert sind.

Alternativ stünden Anthrazit-, Braun-, Gelb-, Grau- und Weißtöne als Pflaster zur Verfügung.

Gehwegpflaster:

Für die Gehwege wurde als Alternative zu dem bisher verlegten **rotbraunen** Pflaster die Variante in **grauer** Farbgebung angeregt, da auf Hinweis der Polizei die Rotfärbung des Pflasters für Radwege vorzusehen sei.

Um jedoch einen nicht zu starken Kontrast/Farbbruch zu den bisher ausgebauten Straßen zu haben, könnten klassische Brauntöne, wie z.B. Erdbraun zu Ausführung kommen.

Grau



Grau Nr. 158,
Rohling

Brauntöne



*Erdbraun
gefärbt
Nr. 149*



*Hellbraun
gefärbt
Nr. 211*



*Rotbraun
gefärbt
Nr. 212*



*Dunkelbraun
gefärbt
Nr. 213*

Nach Information und Austausch der Argumente erfolgten nachfolgende Beschlussfassungen:

Abstimmungsbekundung

Die Querungen sollen in Pflasterbauweise ausgeführt werden.

Ergebnis: ja: 9 nein: 7

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt

3. Bgm. Ilse Spielmann ist zur Sitzung nicht anwesend

GR Anja Goymann war bereits abwesend

GR Bernd Oppenrieder hat nicht mit abgestimmt.

Abstimmungsbekundung

Die Querungen sollen folgende Farbgebung erhalten: rot

Ergebnis: ja: 15 nein: 1

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt

3. Bgm. Ilse Spielmann ist zur Sitzung nicht anwesend.

GR Anja Goymann war bereits abwesend.

GR Bernd Oppenrieder hat nicht mitgestimmt.

Abstimmungsbekundung

Für die Gehwege wird die Farbe rot verwendet.

Ergebnis: ja: 11 nein: 6

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt

3. Bgm. Ilse Spielmann ist zur Sitzung nicht anwesend.

GR Anja Goymann war bereits abwesend.

Abstimmungsbekundung

Bepflanzung „Mittelinsel“ an der Metzgerei Träger.

Ergebnis: ja: 3 nein: 13 abgelehnt

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.

3. Bgm. Ilse Spielmann ist zur Sitzung nicht anwesend.

GR Anja Goymann ist nicht mehr anwesend.

GR Katja Fuchs hat nicht abgestimmt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 12. Mai 2021
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:20 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	Ab 19:30 Uhr
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	Bis 22:00 Uhr
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	Ab 19:15 Uhr
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	Bis 22:00 Uhr
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	Ab 19:10 Uhr
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Fuchs	Gemeinderat	
---------------	-------------	--

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 17.03. und 13.04.2021
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Antrag von Gemeinderat Toni Stahl, bei anstehenden Kanalsanierungen bzw. zukünftigen Kanalbauprojekten die Planung mit Kostenermittlung für Mischwasser- und Trennsystem zu betrachten
5.	Kanalsanierung Wiesenstraße - Vorstellung Machbarkeitsstudie
6.	Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten
7.	Übernahme Defizit der Mittagsbetreuung aus dem Schuljahr 2019/2020
8.	Antrag auf Änderung des Bebauungsplans "Seitzenäcker"
9.	Wanderführer "Haibach entdecken" - Kostenübernahme und Festlegung der Auflage und des Verkaufspreises
10.	Vollzug der StVO; Haltverbot auf 11 m Länge vor Industriestr.-Ost 10
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GR Michael Fuchs ist entschuldigt.

2. Bgm. Jürgen Großmann, GRe Jörg Baumann und GR Bernd Oppenrieder sind zur Eröffnung noch nicht anwesend.

Somit sind aktuell 17 Stimmberechtigte anwesend.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt **Herr Klein vom Ing. Büro Jung, Kleinostheim**, der die Machbarkeitsstudie zur Kanalsituation Wiesenstraße vorstellt und zum Antrag von GR Toni Stahl bezüglich der Betrachtung der Kanalbauprojekte für Misch- und Trennsystem Stellung nimmt.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt zum Ablauf vor:

Der TOP 6 kommt an TOP 4, der TOP 4 an TOP 5. Der TOP 5 an TOP 6 und im Anschluss die Fortsetzung.

Die Tagesordnung wird mit Einverständnis des GR im Verlauf geändert.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 17.03. und 13.04.2021

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 17.03. und 13.04.2021 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Ingenieurleistungen zur Erneuerung der Wasserleitung in der Würzburger Straße 116 – 146 werden an das Ingenieurbüro Jung GmbH, Kleinostheim, beauftragt.

Den Auftrag für die Ausführung einer Machbarkeitsstudie für die Sanierung des Marienkindergartens mit Erweiterung um

Krippenplätze hat das Architekturbüro Herzig Architekten-Ingenieure GmbH, Darmstadt, erhalten.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass noch die Abstimmungsbekundungen aus der letzten Sitzung des Gemeinderates am 13.04.2021, die als Videokonferenz stattfand, als Beschlüsse bestätigt werden müssen:

Folgende Beschlussfassungen stehen an:**5. Antrag SPD-Fraktion; CO²-Reduzierung**

GR Jürgen Goldhammer regt an, das Jahr 2018 als Referenzjahr festzulegen.

Es erfolgen hierzu keine Einwände.

Beschluss:

Die Verwaltung erhebt für das Jahr 2018 den Verbrauch von fossiler Energie aller gemeindlichen Einrichtungen und Gebäude. Dazu gehört insbesondere der Verbrauch von Heizöl, Erdgas, Treibstoffen und von nicht regenerativem Strom. Daraus lässt sich dann über Referenzwerte der

einzelnen Energieträger die Energiebilanz und der CO²-Fußabdruck der Gemeinde errechnen. Diese Bilanzierung kann selbstverständlich auch einem darauf spezialisierten Beratungsunternehmen übertragen werden.

Ergebnis: ja: 17 nein: 0

GR Michael Fuchs entschuldigt.

2. Bgm. Jürgen Großmann, GRe Jörg Baumann und GR Bernd Oppenrieder sind noch nicht anwesend.

**6. Wassergewinnung Brunnen Kirchenelsengrund
Weiteres Vorgehen Detailuntersuchung V1**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

GR Michael Fuchs entschuldigt.

2. Bgm. Jürgen Großmann, GRe Jörg Baumann und GR Bernd Oppenrieder sind noch nicht anwesend.

Ergebnis: ja: 17 nein: 0

**7. Wiedervorlage;
Erhöhung des Ballfangzaunes am Kunstrasenplatz an der Kultur- und Sporthalle**

GR Bernd Oppenrieder anwesend.

Ergebnis: ja: 15 nein: 3

Beschluss:

Die Ballfangzaunanlage des Kunstrasenplatzes an der Kultur- und Sporthalle entlang der Straße „Zum Stadion“ wird gemäß der vorgestellten Variante 2 von 6 Meter auf 7,60 Meter erhöht. Die Bauverwaltung wird beauftragt, umgehend mit der Umsetzung der Maßnahme zu beginnen.

GR Michael Fuchs entschuldigt. 2. Bgm. Jürgen Großmann, GRe Jörg Baumann sind noch nicht anwesend

Die weiteren Beschlüsse werden unter der Sitzungsleitung von 2. Bgm. Jürgen Großmann im TOP Allgemeines gefasst.

4. Antrag von Gemeinderat Toni Stahl bei anstehenden Kanalsanierungen bzw. zukünftigen Kanalbauprojekten die Planung mit Kostenermittlung für Mischwasser- und Trennsystem zu betrachten

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass GR Toni Stahl einen Antrag zur Kanalsituation gestellt hat. Dieser Antrag wurde an das Ing.-Büro Jung zur weiteren Erläuterung und fachlichen Stellungnahme geschickt.

In der heutigen Sitzung erläutert **GR Toni Stahl** den Antrag mit einer entsprechenden PP-Präsentation.

und auch das Regenwasser über einen **Mischwasserkanal** entsorgt und den Kläranlagen zugeführt. Der Nachteil hierbei ist, dass sauberes Regenwasser von den Dächern mit dem Schmutzwasser vermischt wird und dieses die Abwassermenge, je nach Regenereignis, auf ein Vielfaches erhöht. Teilweise wird die Abwassermenge so groß, dass es der Kanal und die nachgeschalteten Regenrückhaltebecken nicht mehr fassen können.

Begründung:

In den kommenden Jahren müssen große Teile des Haibacher Kanalsystems saniert oder komplett erneuert werden. Eine Aufgabe mit großem finanziellem und personellem Aufwand, die der Gemeinde für viele andere wichtige Aufgaben wenig Spielraum lässt.

Diese noch nie dagewesene enorme Belastung kann aber auch eine Chance sein.

Wir können die Weichen für ein geändertes Abwassersystem stellen, dass nicht nur die technischen Aspekte, sondern auch die Umwelt stärker berücksichtigt und zukunftsfähiger macht.

Bisher werden in Haibach die Abwässer aus den Haushalten, dem Gewerbe, das Oberflächenwasser

Es kommt zu Rückstau und Überflutungen von Straßen und Kellern. Die Regenrückhaltebecken sind hierbei auch oft überfüllt und das komplette Schmutzwasser läuft in den Vorfluter, wobei „Vorfluter“ eine amtssprachliche Umschreibung für unsere Bäche ist.

Diese unschöne Situation lässt sich leider oft im Schweiztal beobachten, wenn das Bachbett nach einem größeren Regen mit Toilettenpapier etc. verschmutzt ist.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich bei GR Toni Stahl für den Antrag und die gut vorbereitete Präsentation.

Zur fachtechnischen Stellungnahme wurde der Antrag an das Ing. Büro Jung weitergeleitet. Herr Klein hat entsprechende Informationen hierzu.

Dipl. Ing. Harald Klein vom Ing. Büro Jung, Kleinostheim, informiert im Anschluss ebenfalls mit einer PP-Präsentation über die vorhandene Mischwasserkanalisation in Haibach mit Ortsteilen. Er weist hierbei darauf hin, dass unter anderem ein enormer Kostenaufwand für die Umsetzung des Trennsystems erforderlich sein wird. Trennsysteme wurden in Haibach bereits z.B. beim Bau des neuen Feuerwehrgebäudes/Bauhofs und auch bei der Entwässerung an der Ortsverbindungsstraße eingesetzt. Für Sanierungen im Ortsgebiet sieht er die Umsetzung eher als schwierig an. In geplanten Neubaugebieten ist es nach seiner Auffassung jedoch planbar.

Im Verlauf der Präsentation informiert er über das Förderprogramm „Schwammstadt“ der Bayerischen Staatsregierung. Diese Informationen haben die Planungsbüros für Kommunen im Januar erhalten.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass er bis zur Vorbesprechung dieser Sitzung dachte, dass mit diesem Antrag ein „Pflock“ für die Gemeindekanalisation eingeschlagen werden kann. Nach den Informationen, die hierzu mittlerweile vorliegen, hat sich seine Meinung geändert.

Er schlägt vor, dass künftig, je nach Baugebiet bzw. Wohngebiet geprüft werden sollte, welche Variante möglich sein wird. Er möchte wissen, ob dies tendenziell so machbar ist.

Dipl. Ing. Harald Klein antwortet, dass dies durchaus Sinn macht. So wurde z.B. auch bereits beim Neubau FFW/Bauhof und auch bei der Erstellung des Kunstrassenplatzes die Entwässerung angelegt. Befindet man sich z.B. in der Mitte in Haibach bzw. z.B. in der Aschaffener Straße, dann wird die Umsetzung bedeutend schwieriger. Dies ist bautechnisch nicht so einfach machbar. Hier sind teilweise vermischte Abläufe vorhanden und dies bedeutet einen riesigen Arbeits- und Kostenaufwand, wenn dies geändert werden soll. Dann sind auch die Hausbesitzer gefragt, ihre Entwässerungsanlagen in einem anderen Verfahren anzulegen bzw. Häuser rundum aufzugraben etc. Er kann sich eine sukzessive Umstellung im Laufe der Jahre vorstellen, jedoch nur dort, wo auch die Voraussetzungen gegeben sind. Der Effekt, einen kleinen Schmutzwasserkanal zu bauen, macht keinen Sinn, weil nicht die Gesamtentwässerung des Ortes umgestellt wird. Der Zeitablauf kann bis zu 50 Jahren dauern.

In Neubaugebieten oder Randlagen sieht er keine Probleme, dies bei den Planungen zu berücksichtigen.

Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass durch die Errichtung der entsprechenden notwendigen Bauwerke dann diese Flächen an Baugrund fehlen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass seitens der Verwaltung der Antrag auch so verstanden wurde, dass die Prüfung für Neubaugebiet und Randflächen gelten soll.

GR Bernd Oppenrieder sieht im Antrag von GR Toni Stahl einen guten Impuls und findet diesen so zustimmungsfähig. Er bemerkt jedoch, dass er seitens der Ing.-Büros auch ein Misstrauen hat. So wurde z.B. bei der Erschließung des Baugebietes „Südlich der B 8“ kein Trennsystem gebaut. Man muss sich mit diesem Sachverhalt ernsthaft auseinandersetzen. Er schlägt vor, dass auch zu diesem Themenbereich ein Arbeitskreis gebildet werden sollte. Das Thema „Wasser“ wird uns künftig noch sehr intensiv beschäftigen. Es sollte geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen. Im Arbeitskreis sollten der Antrag und die Eckpunkte des Haushalts zu diesem Bereich diskutiert werden.

GR Steffen Kruschina fragt, wie eine Änderung in bebauten Gebieten möglich sein wird? Wie kann man die Bürger hierzu mit ins „Boot“ bekommen? Gibt es hierzu Beispiele? Ist die Variante Trennsystem bereits für die Wiesenstraße möglich?

Dipl. Ing. Harald Klein antwortet, dass alles eine Frage des Aufwandes ist. Für Geld ist alles zu erledigen. Er sieht jedoch bei bestehenden Gebäuden einen unglaublichen Aufwand. Die Gemeinde kann nur auf öffentlichem Grund aktiv werden. Die Änderungen in Privatgrundstücken werden enorm teuer werden. In Rothenbuch wurden Teile der Abwasseranlagen geändert. Jedoch von Gemeinden in der Größenordnung von Haibach ist ihm bisher nichts bekannt.

GR Steffen Kruschina bezieht sich auf die Vorstellung des Förderprogramms „Schwammstadt“ und fragt welche Möglichkeiten hier für die Gemeinden bestehen.

Dipl. Ing. Harald Klein erklärt, dass die Gemeinde, z.B. Brauchwasser-Zisternen, bezuschussen könnte, diese sollten dann auch an die Hausinstallation angeschlossen werden, damit der entsprechende Nutzen gegeben ist.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass Zisternen mit 1.000 l und mehr bezuschusst werden könnten. Die Umsetzung einer entsprechenden Satzung sieht er als politisch eher schwierig an.

GR Bodo Leiblein sieht im Antrag keinen zeitlichen Zwang. Die Möglichkeiten sollten einzeln betrachtet werden. Den Impuls sieht er als sinnvoll, der im AK betrachtet werden sollte.

Nach weiterem Wortwechsel stellt **GR Toni Stahl** den Antrag auf Abstimmung seines Antrags im vorgeschlagenen Wortlaut.

Beschluss

Bei den anstehenden Kanalsanierungen und auch bei allen zukünftigen Kanalbauprojekten soll die Planung mit Kostenermittlung für verschiedene Abwassersysteme erfolgen. Zum einen für das

bisherige Mischwassersystem als auch für ein Trennsystem.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Michael Fuchs entschuldigt

5. Kanalsanierung Wiesenstraße - Vorstellung Machbarkeitsstudie

Sachverhalt:

Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird in einer PP-Präsentation ausführlich von Dipl.-Ing. Harald Klein dargestellt und erläutert.

1. Anlass der Machbarkeitsstudie:

Schadhafte Kanalstrecke im Bereich unterhalb der Wiesenstraße Nr. 8 – 14

Verlauf der Kanalstrecke teilweise in Privatgelände mit Gärten.

Hydraulische Überlastung

Überwiegend schadhafte Kanäle ZK 1 und ZK 2.

2. Ergebnisse der Machbarkeitsstudie:a) Ergebnis aus TV-Untersuchung

Die schadhafte Kanalstrecke unterhalb der Anwesen Wiesenstraße 8 – 14 ist aufgrund der erheblichen Schäden wie z.B. Scherbenbildung, Hinterläufigkeit, nicht mehr sanierungsfähig.

b) Variantenbetrachtung:

Die Variantenbetrachtung bezieht sich in erster Linie auf die Beseitigung des Schadenssituation in der Teilstrecke unterhalb der Wiesenstraße 8 – 14.

Weitergehend ist angedacht, den Umfang der Kanalsanierung innerhalb der Wiesenstraße bis zur Dörmorsbacher Straße zu erweitern (incl. Wasserleitung und Straßenbau).

Variante 1:

Neubau MW-Kanalisation in der Wiesenstraße von der Dörmorsbacher Str. „Loch“ bis zur Kirchstraße mit Anbindung der Ableitung aus dem Laurentiusweg in die Wiesenstraße.

Vorteil:

- Zugänglichkeit der Kanalisation durch die Umlegung aus dem Privatbereich in öffentlichen Verkehrsraum.
- Nutzung des vorh. MW-Kanals als OW-Ableitung in Teilstrecke

Nachteil:

- Extreme Kanaltiefe
- Schwierige Bausituation im Bereich Kirchstraße/Gässchen
- Umbau privater Grundstücksentwässerung erforderlich
- Teilw. dezentrale RW-Bewirtschaftung (Akzeptanz/Umsetzung)

Grobkosten Variante 1: 770.000 € - netto

Variante 2:

Neubau MW-Kanal wie Variante 1, jedoch Neubau des MW - Kanals bis zum Laurentiusweg.

Vorteil: -

- Zugänglichkeit der Kanalisation durch die Umlegung aus dem Privatbereich in öffentlichen Verkehrsraum.
- Nutzung des vorh. MW-Kanals als OW-Ableitung in Teilstrecken
- Übliche Kanaltiefen

Nachteil:

- Umbau privater Grundstücksentwässerung erforderlich
- Teilw. dezentrale RW-Bewirtschaftung (Akzeptanz/Umsetzung)

Grobkosten Variante 2: 892.500 € - netto

Variante 3:

Austausch/ Neubau der MW-Kanalisation in gleicher Trasse wie bestehend.

Vorteil:

- Nutzung der bestehenden Hausanschlüsse.

Nachteil:

- umfangreiche Eingriffe in Privatgelände

- überwiegend dezentrale RW-Bewirtschaftung (Akzeptanz/ Umsetzung)

Grobkosten Variante 3: 351.500 € - netto (ohne Kosten HA Nr. 3/7/9)

Variante 4:

Wie Variante 3 mit Neubau MW-Kanalisation in gleicher Trasse, jedoch Ausführung als Rohrvortrieb.

Vorteil:

- Nutzung der bestehenden Hausanschlüsse.
- Eingriffe in Privatgelände für HA geringer als bei Var. 3

Nachteil:

- überwiegend dezentrale RW-Bewirtschaftung (Akzeptanz/ Umsetzung)
- Kein Kostenvorteil gegenüber offener Bauweise.

Grobkosten Variante 4: 487.000 € - netto (ohne Kosten HA Nr. 3/7/9)

Variante 5:

Neubau des MW-Kanals in Nachbarschaft zu dem bestehenden MW – Kanal sowie - gestrichelt dargestellt- mit optional neuer Querverbindung zur Wiesenstraße (Vermeidung der problematischen Tiefbauarbeiten im Bereich Kirchstraße/ Gässchen) und Fortführung der Kanalstrecke in der Wiesenstraße incl. RW-Kanal.

Vorteil:

- Nutzung der bestehenden Hausanschlüsse.
- RW-Kanal in der weiteren Wiesenstraße wird möglich

Nachteil:

- umfangreiche Eingriffe in Privatgelände

- teilweise dezentrale RW-Bewirtschaftung (Akzeptanz/ Umsetzung)

Grobkosten Variante 5: 442.500 € - netto (ohne Querverbindung zur Wiesenstr. und Anbindung HA Nr. 3 / 7/ 9)

Zu den vorgestellten Varianten der Machbarkeitsstudie gibt es weitere, verfeinerte Untervarianten die jedoch erst Gegenstand der Vorplanungen werden.

Die genannten Grobkosten beinhalten nur die Baukosten der Kanalisation.

Nicht enthalten sind zu jetzigen Planungsstand:

- Besonderheiten aus dem ausstehenden Baugrundgutachten
- Weitergehende Straßenbauarbeiten
- Wasserleitungsbau
- Sonstige Nebenkosten

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass die Varianten Misch- und Trennsystem geprüft werden sollten. Es sollte ein „Pflock“ eingeschlagen werden.

Hierzu erläutert **Dipl. Ing. Harald Klein** nochmals die Möglichkeiten.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass eine Entscheidung getroffen werden muss, da der Kanal Wiesenstraße dringend saniert werden muss.

Beschluss

Aufgrund der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Erneuerung der Kanalisation in der Wiesenstraße soll die Variante 5 als Grundlage der weiteren Planungen dienen.

Für die erforderlichen Planungsleistungen Kanal/ Wasser/ Straße sind Angebote einzuholen.

Die Ausführung erfolgt in zwei Bauabschnitten, die Arbeiten werden im Vollausbau erledigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

6. Sanierung Sportgelände Schule - Vorstellung und Empfehlungsbeschluss der Ausbauvarianten

Sachverhalt:

Im Rahmen einer Ortsbegehung des GR am 06.06.2018 wurde die Sanierungs-notwendigkeit für das Außen-Sportgelände der Mittelschule Haibach festgestellt. Der GR-Beschluss zur General-Sanierung erfolgte am 03.04.2019.

Die schulaufsichtliche Genehmigung der Sanierung erfolgte mit Bescheid vom 10.05.2019.

Der Zuwendungsantrag für das Vorhaben wurde im August 2019 bei der Regierung eingereicht und mit Beschluss des Gemeinderats vom 04.03.2020 sind Haushalts-Mittel für die Maßnahme bereitgestellt worden.

Mit dem Zuwendungsbescheid vom 17.02.2020 wurde ein Zuschuss in Höhe von 118.000 € genehmigt.

Zugrunde lagen hier geschätzte Baukosten in Höhe von 295.843,- €. Die Baukosten wurden vom gemeindlichen Bauamt, mit der Annahme einer Belagerneuerung mit verschiedenen Arbeiten im Außenbereich, geschätzt.

Mit Bescheid vom 13.03.2020 wurde der vorzeitige Baubeginn genehmigt. Dieser Bescheid setzt auch die förderfähigen Kosten fest.

Da die Planung vom gemeindlichen Bauamt erstellt wurde, sind 15% der förderfähigen Kosten gekürzt worden. Die Festbeträge für Sportanlagen wurden jedoch – bis auf die 100m-Laufbahn - bereits voll ausgeschöpft.

Aufgrund der personellen Situation des Bauamtes im Jahr 2020 wurde im September der Architekt Herr Kirschenlohr mit Teilleistungen für das Projekt beauftragt.

Dieser stellte fest, dass bei der vorgesehenen, kostenminimalen Bauweise – einfacher Austausch des Tartanbelages – die ausführenden Firmen aufgrund der flächig nicht gegebenen Mindestaufbaustärken des Unterbaus die Gewährleistung verweigern können.

Eine komplette, DIN-gerechte Erneuerung des Unterbaus stellt die Gewährleistung sicher, führt allerdings aufgrund des Mehraufwandes zu einer Erhöhung der Baukosten von derzeit geschätzt ca. 300.000 € auf rund 600.000 €.

Der Sachverhalt wurde im Haupt- und Finanzausschuss vom 10.03.2021 und im Gemeinderat vom 17.03.2021 vorgetragen. Die weitere Entscheidung sollte in Abhängigkeit vom Baugrundgutachten und den Ergebnissen aus den Lastplattendruckversuchen und Versickerungsversuchen erfolgen.

Seitens des Planungsbüros Kirschenlohr wurde folgende fachtechnische Bewertung dazu vorgenommen:

1) Fallschutzbelag aller 3 Einzelflächen (nicht Gegenstand der 3 Gutachten):

Der vorhandene EPDM- /Gummigranulatbelag in ca. 1-2 cm Stärke wird von keinem der kontaktierten Unternehmen zur Wiederverwendung angenommen.

Daher Abfuhr und Deponierung des Altbelages: Kosten rd. 52.500 €

2) Asphaltbelag (Schwarzdecke):

Einstufung in die Verwertungsklasse A (teerfrei).

Das Material ist aufgrund des baulichen Zustandes, der unterschiedlichen und unzureichenden Dicken und der voraussichtlich ungenügenden Versickerungsleistung komplett auszubauen und zu entsorgen.

3) Unterbau (Tragschicht/ Baugrund):

3.1) Weitsprunganlage:

Unter der defekten Schwarzdecke befindet sich eine 120 cm bis 150 cm mächtige Auffüllung mit schluffig, kiesigem Sand und Beimengungen an Asphalt und Ziegelbruch.

Bewertung LAGA: Z1.1

	Messung/ Ermittlung:	Anforderung:	Weitergehende Anforderung *):
Tragfähigkeit	$EV_2 = 59,9 \text{ MN/m}^2$	$EV_2 = 80 \text{ MN/m}^2$ Nicht erfüllt	$EV_2 = 100 \text{ MN/m}^2$ Nicht erfüllt
Versickerungs-fähigkeit:	$K_f = \sim 5,4 \cdot 10^{-7} \text{ m/s}$	$K_f = 1,0 \cdot 10^{-3} - 1,0 \cdot 10^{-6} \text{ m/s}$ Nicht erfüllt	

*) Hinweis: $EV_2 = 100 \text{ MN/m}^2$ empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Bewertung Unterbau:

Versickerungsfähigkeit und Tragfähigkeit nicht ausreichend => Kompletterneuerung Weitsprunganlage.

3.2 Allwetterplatz:

Baugrund/ Bodenaufbau:

Unter der defekten Schwarzdecke befinden sich bis zu 70 cm starke Auffüllungen aus Kies- und Sandgemischen mit schluffigen Anteilen.

Bewertung LAGA: Z1.1

	Messung/ Ermittlung:	Anforderung:	Weitergehende Anforderung *):
Tragfähigkeit	LP 1: EV ₂ = 92,3 MN/m ²	EV ₂ = 80 MN/m ² Erfüllt	EV ₂ = 100 MN/m ² Nicht erfüllt
	LP 2: EV ₂ = 68,3 MN/m ²	Nicht erfüllt	Nicht erfüllt
Versickerungs-fähigkeit:	K _f = ~ 6,8 * 10 ⁻⁶ m/s	K _f = 1,0 * 10 ⁻³ – 1,0 * 10 ⁻⁶ m/s Erfüllt	

*) Hinweis: EV₂ = 100 MN/m² empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Bewertung Unterbau:

Die Versickerungsfähigkeit ist noch ausreichend, dürfte aber im Zuge der Bauarbeiten durch die Nachverdichtung eher ungünstiger werden.

Die Tragfähigkeit ist nur bedingt gegeben (bei Anforderung EV₂ = 80 MN/m²).

=> aufgrund der Inhomogenität und des Feinkornanteils des Unterbaus Empfehlung zur Kompletterneuerung des Allwetterplatzes.

3.3) 100 m Laufbahn:

Unter der defekten Schwarzdecke befindet sich eine bis zu 150 cm mächtige Auffüllung aus Kies-/ Sand-Gemisch mit schluffigen Anteilen sowie Beimengungen von Schotter und Asphaltbruch.

Bewertung LAGA: Z2.

	Messung/ Ermittlung:	Anforderung:	Weitergehende Anforderung *):
Tragfähigkeit	EV ₂ = 85,0 MN/m ²	EV ₂ = 80 MN/m ² Erfüllt	EV ₂ = 100 MN/m ² Nicht erfüllt
Versickerungs-fähigkeit:	K _f = ~ 1,5 * 10 ⁻⁶ m/s	K _f = 1,0 * 10 ⁻³ – 1,0 * 10 ⁻⁶ m/s Erfüllt	

*) Hinweis: EV₂ = 100 MN/m² empfohlen bei Befahrung mit Fahrzeugen zur Pflege

Bewertung Unterbau:

Versickerung gerade noch ausreichend, dürfte aber im Zuge der Bauarbeiten durch die Nachverdichtung eher ungünstiger werden.

Die Tragfähigkeit ist noch ausreichend bei der Anforderung EV₂ = 80 MN/m².

=> aufgrund der grenzwertigen Parameter unter Berücksichtigung des vorhandenen Unterbaus (Inhomogenität und Feinkornanteil) Kompletterneuerung 100 m-Bahn.

Am 28. April fand im Rahmen des Kultur- und Sportausschusses eine Ortsbesichtigung statt, bei der angeregt wurde, aus Kostengründen die Weitsprunganlage in den Allwetterplatz zu integrieren.

Das Planungsbüro Kirschenlohr hat diesen Vorschlag untersucht und zusammenfassend festgestellt, dass die Kosteneinsparung gering sein wird.

Hauptgrund für das Ausbleiben eines Kostenvorteils ist die nicht gegebene Parallelität von Weitsprunganlauf zur Außenkante des Allwetterplatzes.

Dies hat zur Folge, dass der Allwetterplatz erweitert werden müsste, wodurch auch Geländeanpassungen erforderlich werden.

Zusammenfassung:

Die Ergebnisse der Baugrunduntersuchung liefern ein insgesamt sehr inhomogenes Bild zum Zustand des anstehenden Unterbaus, weshalb von Seiten des Planers die Kompletterneuerung der Sportanlage empfohlen wird.

Im Hinblick auf die Thematik der Gewährleistung ist aufgrund der verbleibenden Unwägbarkeiten die Ausschreibung als Kompletterneuerung zweckmäßig.

Von Seiten der Förderstelle wird eine Abweichung vom Ausbau nach DIN oder den anerkannten Regeln der Technik grundsätzlich nicht befürwortet. Die Nachfrage zur Förderschädlichkeit bei nicht DIN-konformer Bauweise blieb ungeklärt.

Bei der sich abzeichnenden, notwendigen Abweichung von der beantragten Minimal-Ausführung muss weiterhin entschieden werden, ob ggfs. ein neuer Zuschussantrag gestellt werden sollte.

Die Gemeinde hat mit Bescheid vom 13.03.2020 die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns erhalten, mit diesem Bescheid wurden die Kosten in Höhe von 295.843,-€ festgesetzt und können nachträglich nicht erhöht werden.

Die einzige Möglichkeit wäre, den Antrag zurückzuziehen und mit umfassender Begründung der Mehrkosten (z.B. Planungskosten und sonstige Teuerungen) neu zu stellen.

In diesem Fall würde die Gemeinde die vorzeitige Baufreigabe verlieren und müsste das Verwaltungsverfahren abwarten, um die tatsächliche Zuschusshöhe zu erfahren und die Baufreigabe wieder zu erhalten.

Nach Rücksprache mit der Förderstelle kann nicht mit einer deutlich höheren Förderung gerechnet werden kann, da zu einem die Festbeträge für die jeweiligen Anlagen nahezu völlig ausgeschöpft sind und zum anderen der Planungsauftrag des Architekten alle Leistungsphasen der HOAI umfassen muss, um einen Planungskostenanteil zu erhalten.

Schlussendlich würde sich der Baubeginn der Maßnahme deutlich nach hinten verschieben und es wäre fraglich, ob im Jahr 2021 überhaupt noch gebaut werden könnte.

Es handelt sich also um eine Abwägung der Gemeinde, bei der die Faktoren Kosten, Nutzen und Risiken sowie der zeitliche Ablauf berücksichtigt werden sollten.

Kostenübersicht:

1. Förderantrag - August 2019
Ausbau im Bestand/ kostenminimale Bauweise:
295.843 € brutto

2. Kostenschätzungen - Mai 2020 - ohne BNK
Drei Ausbauvarianten im Zuge der Ausführungsplanung

Variante A
Ausbau im Bestand: 300.130 € brutto

Variante B
Ausbau Bestand / Erneuerung Asphalttragschicht
436.837 € brutto

Variante C
Komplette Grundsanierung: 593.355 € brutto

3. Kostenschätzung/ bepreistes LV – Februar 2021:

Wie Variante C
Kompl. Grundsanierung: 510.000 € brutto

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass die Weitsprunganlage einläufig erstellt werden kann, um Kosten zu sparen.

Hierzu entgegnet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese doppeläufig sein muss. Auf dieser Anlage sollen Schulklassen trainieren. Zur Vermeidung von Unfällen ist diese Ausführung notwendig.

Der frühere Vorschlag, die Weitsprunganlage zum Kugelstoßplatz zu verlagern, wurde nicht weiterverfolgt, da in diesem Bereich die Feuerwehreinfaht im Bedarfsfall ist. Der Allwetterplatz dient unter anderem auch als Sammelpunkt bei einem Brandfall oder ähnliches im Schulhaus.

Er regt an, dass bei einer voll sanierten Schulsportanlage dann auch evtl. wieder Vermietungen an Vereine möglich sind. Die dort vorhandenen Bereiche sind für das Leichtathletik -Training sehr gut zu nutzen. Aktuell kann z.B. kein Sportabzeichen in Haibach mehr abgelegt werden, da die Trainingsmöglichkeiten hierfür fehlen.

GR Steffen Kruschina spricht sich gegen eine „Flickschusterei“ aus. Die Anlage sollte komplett erneuert werden. Sicherlich kann durch entsprechende Angebote an die Vereine hier eine Vermietung erfolgen.

GR Dietmar Kempf-Blatt schlägt noch vor zu prüfen, ob auf dem Allwetterplatz das Spielen von Basketball ermöglicht werden kann.

Beschluss:

Variante B:

Die Sanierung der Schulsportanlage erfolgt im Maximalausbau. Der Zuschussantrag soll zurückgezogen und der Zuschuss soll neu beantragt werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 2

Abstimmungsbemerkung: GR Michael Fuchs entschuldigt. GR Bernd Oppenrieder ist zur Abstimmung nicht anwesend.

7. Übernahme Defizit der Mittagsbetreuung aus dem Schuljahr 2019/2020**Sachverhalt:**

Der St. Johannesverein Haibach e. V. hat den, von der Regierung von Unterfranken geprüften, Verwendungsnachweis für die Mittagsbetreuung an der Grundschule für das Schuljahr 2019/2020 vorgelegt und beantragt die Übernahme des entstandenen Defizites.

Aufgrund des Verwendungsnachweises ergibt sich ein Defizit von 23.953,84€.

Die Einnahmen und Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Einnahmen	
Staatszuschuss	19.938,00€
Zuschuss „Corona-Soforthilfe“	9.735,00€
Elternbeiträge	37.625,00€
Defizitübernahme Gemeinde Haibach für das Schuljahr 2018/2019	22.661,02€
Summe	89.959,02€
Ausgaben	
Personalkosten	112.062,05
Sonstige Kosten	1.850,81€
Summe	113.912,86€

Defizit	23.953,84€
Anzahl der betreuten Kinder	94
Anzahl der Gruppen	6

In seiner Sitzung vom 07.10.2020 hatte der Gemeinderat beschlossen die Defizite für die Schuljahre 2016/2017 bis 2018/2019 zu übernehmen. Voraussetzung war der Abschluss eines Kooperationsvertrages ab dem Schuljahr 2020/2021.

Aufgrund der rechtlichen Voraussetzung gestaltet sich der Abschluss eines Kooperationsvertrages analog den Verträgen bei Kindertageseinrichtungen schwierig. Mit den Verantwortlichen wurden zwischenzeitlich Gespräche geführt und Vereinbarungen getroffen um künftige Defizite zu minimieren.

Beschluss

Das Defizit für die Mittagsbetreuung des St. Johannesvereins Haibach e. V. in Höhe von 23.953,84€ für das Schuljahr 2019/2020 wird durch die Gemeinde Haibach übernommen.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Michael Fuchs entschuldigt. GR Bernd Oppenrieder ist zur Abstimmung nicht anwesend.

8. Antrag auf Änderung des Bebauungsplans "Seitzenäcker"**Sachverhalt:**

Mit Schreiben vom 21.04.2021 beantragt Familie Kempf, den Bebauungsplan (B-Plan) Seitzenäcker zu ändern.

Vom Landratsamt wurde bereits die Aussage getroffen, dass der erforderlichen Befreiung zur Realisierung ihres Bauvorhabens, von der Baugrenze aktuell nicht zugestimmt werden könnte.

Der B-Plan „Seitzenäcker“ wurde erstmals 1976 rechtskräftig, damals wurden die Baugrenzen direkt um die Bestandsgebäude gelegt. Der B-Plan wurde dann zunächst 1979, 1994, 1998 (175m² Regelung) und zuletzt mit der 4. Änderung 2002 geändert.

Sollte der Gemeinderat das Vorhaben als wünschenswert betrachten, sollte aus Sicht der Verwaltung der gesamte B-Plan aktualisiert werden.

1. Einarbeitung der bereits erfolgten Änderungen (dies wäre die 5. Änderung)
2. Festlegung flexiblerer Baufenster
3. Überarbeitung der Dachneigung (derzeit nur 25° bis 30° zulässig)

4. Ggf. Überarbeitung der zulässigen Wandhöhe (derzeit Traufhöhe max. 6,5 m)
5. Einbau von Dachfenstern/Dachaufbauten (derzeit kein Kniestock zulässig)
6. Mindestgrößen der Baugrundstücke (Einzelhäuser 400qm, Doppelhäuser 200qm)
7. Höhe der Einfriedungen (zur Straße 1 m, rückwärtig 1,30 m)

Durch Beibehaltung der 175 m² Regelung sowie der geltenden Stellplatzsatzung könnte eine geordnete Nachverdichtung erzielt werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass entsprechende Herstellungskosten für die Grundstücke anfallen. Die Umlegungskosten zu den Grundstücken sind jedoch bereits abgegolten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag zu.

Der gesamte Bebauungsplan soll an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden. Ein

entsprechender Aufstellungsbeschluss soll dem Gremium vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

9. Wanderführer "Haibach entdecken" - Kostenübernahme und Festlegung der Auflage und des Verkaufspreises

Sachverhalt:

Der Heimat- und Geschichtsverein erstellt zurzeit die Internetseiten und den Audioguide zu den Haibacher Sehenswürdigkeiten. Die Kosten dafür werden vom Regionalbudget der „Wespe-Gemeinden“ bezuschusst.

Die Stationen der Rundwege (inzwischen 215) sollen auch in Buchform herausgegeben werden. Geplant ist eine Broschüre, ähnlich der Gesamtbroschüre Burglandschaft.

Der Heimat- und Geschichtsverein ist aber nicht in der Lage, die Vorfinanzierung dieses Buches zu leisten. Für den Druck des Wanderführers (250 Seiten) liegt ein Angebot vor, in welchem die Kosten wie folgt beziffert wurden:

Auflage	Gesamtkosten	Kosten / Buch
500 Stück	7.500 €	15,00 €
750 Stück	9.000 €	12,00 €
1.000 Stück	10.500 €	10,50 €

Das Buch soll möglichst kostengünstig (ggf. über die Gemeinde für Neubürger kostenlos) abgegeben und auch in den Zentralen des Spessartbundes und des Tourismusverbandes ausgelegt werden.

Deshalb muss der Gemeinderat beschließen, ob die Gemeinde den Wanderführer mit seinen Gesamtkosten übernimmt. Dazu wäre festzulegen, in welcher Auflage das Buch erscheinen soll und was es im Verkauf kosten soll.

Beschreibung: Softcover DIN Lang, 10,5 cm x 21 cm,

Umschlag: außen und innen: 4-farbig, Eurokala, Digitaldruck

Inhalt: beidseitig, 4/4-farbig, Eurokala, Digitaldruck

Umschlag: Bilderdruckpapier, 250 g/m², silk

Inhalt: Naturpapier, 90 g/m², matt, weiß, 1,3-faches Volumen

Der Heimat- und Geschichtsverein liefert für dieses Buch ein vorformatiertes Word-Dokument sowie druckfähige JPG-Daten für Bilder und Abbildungen.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass das Angebot des HGV gut ist. Jedoch ist nach seiner Meinung bei einem eventuellen Nachdruck der Ausgabe die Variante „Offset-Druck“ nach seiner Kenntnis günstiger.

Er möchte noch wissen, wie viele Angebote vorliegen und wer den Druckauftrag erhalten soll?

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass aktuell ein Angebot vorliegt. Die Verwaltung oder der HuGV werden hierzu noch zwei weitere Angebote anfordern.

Beschluss

1. Die Druckkosten für den Wanderführer „Haibach entdecken“ werden von der Gemeinde Haibach übernommen.
2. Als Auflage wird eine Stückzahl von 500 Büchern festgelegt.

Vor der Auftragsvergabe werden noch 2 weitere Vergleichsangebote anderer Druckereien eingeholt.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

10. Vollzug der StVO; Haltverbot auf 11 m Länge vor Industriestr.-Ost 10

Sachverhalt:

Mit Email vom 28.04.2021 beantragt die Fa. Getränke-Breunig ein Haltverbot vor ihrem neu aufgestellten Verkaufscontainer Industriestr.-Ost 10, da dieser ständig zugeparkt wird.

Das Haltverbot wird auf eine Länge von ca. 11 m beantragt (5 m Containerlänge sowie jeweils 3 m vor und 3 m nach dem Container).

Anhand von Antrag, Lageplan und Fotomontage wird in der Antrag erläutert.

GR Christian Fuchs sieht hier die Schaffung eines Präzedenzfalls. Er erinnert an das Parkraumbewirtschaftungskonzept in diesem Bereich.

Es sollte ein Schild „P“ aufgestellt werden und das Parken mit Parkausweis/Uhr oder Parkscheibe für die Dauer von 2 Stunden möglich sein. Ausgenommen von der Parkzeitbeschränkung sind Pkw bis 3,5 Tonnen.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass dies in diesem Bereich auch Mitarbeiter ansässiger Firmen

betreffen würde. Er sieht hier jetzt eine „Verkomplizierung“ des Antrags.

Beschluss

Vor dem Verkaufscontainer der Fa. Getränke-Breunig, Industriestr.-Ost 10, wird ein eingeschränktes Haltverbot auf eine Länge von gesamt 11 m eingerichtet, damit dieser nicht zugeparkt werden kann.

Die Anordnung gilt für die Dauer eines Jahres.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 6

11. Allgemeines

Sachverhalt:

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

Einladung zur Primiz von Manuel Thomas.

Am 22.05.2021 erfolgt die Priesterweihe von Manuel Thomas im Dom zu Würzburg. Am Pfingstmontag findet das Hochamt zur Primiz in Haibach statt.

Die Teilnahme des Gemeinderates an der Prozession zur Kirche ist nicht gewünscht (Pandemieauflagen), die Teilnahme am Gottesdienst jedoch schon.

Bitte mit GR Beate Konrad wegen entsprechender Reservierungen Kontakt aufnehmen.

Ampelanlage St. 2312/ Findbergstraße

Die Umstellung des Zeitfensters von 5 auf 8 sec. für die Fußgängerampel St.2312 wurde genehmigt. Ausführung erfolgt noch in dieser Woche.

Sitzung des AK Baugebiete, Mittwoch, 19.05.2021

Am Mittwoch, 19.05.2021, findet um 18:00 Uhr, eine Sitzung des AK Baugebiete in der Aula der

Mittelschule statt. Ab 17:30 Uhr werden die erforderlichen Schnelltests durchgeführt.

B-Plan-Änderung Aschaffenburg – Bereich Klinikum

GR Bernd Oppenrieder nimmt Bezug auf die Informationen aus dem Main-Echo bezüglich geplanter Erweiterungen im Klinikum Aschaffenburg. Mittlerweile wurde eine weitere Zufahrt sogar seitens der Stadt Aschaffenburg ins Gespräch gebracht.

Er möchte wissen, in welcher Form hier ein Veto zur B-Plan-Änderung durch die Gemeinde Haibach möglich ist. Was ist machbar? Dies wird nach seiner Meinung die letzte Chance sein, dass die Stadt Aschaffenburg einen Ausbau der Berliner Allee durchführt. Man sollte seitens der Gemeinde Haibach durchaus mit Klage drohen, wenn die Verhandlungen zu keinem Erfolg führen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Gemeinde auf jeden Fall zu den B-Plan-Änderungen gehört wird. Der Ausbau der Berliner Allee wird seit Jahren durch die Gemeinde gefordert. Jedoch soll die weitere Zufahrt über den Lufthofweg erfolgen. Er wird auf jeden Fall Gespräche mit der Stadt Aschaffenburg diesbezüglich führen.

Es stehen noch die Beschlussfassungen zum Ausbau der Aschaffener Straße, worauf bereits zu Beginn hingewiesen wurde, an.

Im Anschluss übergibt Bgm. Andreas Zenglein die Leitung der Sitzung an 2. Bgm Jürgen Großmann.

Die weitere Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt 2. Bgm. Jürgen Großmann.

Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO zu den Beratungen und Beschlussfassungen persönlich beteiligt.

**9. Ausbau Aschaffenburg Straße;
Hinweise des Gemeinderates zur Entwurfsplanung****Beschluss:**

Die Querungen sollen in Pflasterbauweise ausgeführt werden.

Ergebnis: ja: 12 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. GR Michael Fuchs ist entschuldigt. GR Michael Albert ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend. 2. Bgm. Ilse Spielmann und GR Anja Goymann haben die Sitzung bereits verlassen.

Beschluss

Die Querungen sollen folgende Farbgebung erhalten: rot

Ergebnis: ja: 15 nein: 1

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. GR Michael Fuchs ist entschuldigt. 2. Bgm. Ilse Spielmann und GR Anja Goymann haben die Sitzung bereits verlassen.

Beschluss:

Für die Gehwege wird die Farbe „rot“ verwendet.

Ergebnis: ja: 13 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. GR Michael Fuchs ist entschuldigt. 2. Bgm. Ilse Spielmann und GR Anja Goymann haben die Sitzung bereits verlassen.

Beschluss:

Bepflanzung „Mittelinsel“ an der Metzgerei Träger.

Ergebnis: ja: 3 nein: 13
abgelehnt

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Karin Rückert sind gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. GR Michael Fuchs ist entschuldigt. 2. Bgm. Ilse Spielmann und GR Anja Goymann haben die Sitzung bereits verlassen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **09.06.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 9. Juni 2021
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:00 Uhr
in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	abwesend ab 22.25 Uhr
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	abwesend ab 22:15 Uhr
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	anwesend ab 19:30 Uhr

Abwesend:

Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Bürgerfragestunde
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 07.04. + 12.05.2021
3.	Sachstandsbericht der Verwaltung
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Präsentation der Energieversorgung Main-Spessart zur Wärmeversorgung des Ortsteils Dörmorsbach
6.	Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot in der Gemeinde Haibach - Vorstellung der Ausweitungsmöglichkeit durch die Einrichtung eines Waldhortes
7.	Bebauungsplan "Seitzenäcker" - 5. Änderung - Aufstellungsbeschluss
8.	Bebauungsplan "Sondergebiet Holzlagerplatz" - Zeitlich befristete Änderung einer Festsetzung
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Bürgerfragestunde****Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte, die ZuhörerInnen sowie die Vertreter der Firma EMS, Herr Jannik, Herr Sauer und Herr Dr. Ramonat, die zur Vorstellung bzgl. einer künftigen Möglichkeit der Energieversorgung des OT Dörmorsbach hier sind.

Aktuell sind 15 Gemeinderäte anwesend, 5 Gemeinderäte sind entschuldigt, Beschlussfähigkeit ist gegeben. Nach Rückfrage besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

18 Personen nehmen per Livestream an der Sitzung teil.

Anfrage Maier Gerlinde – ISEK / Verkehrsgutachten

Zur Bürgerfragestunde ging per E-Mail eine Anfrage von Frau Gerlinde Maier ein. Diese wird verlesen:

- Wann wird veröffentlicht, welches Verkehrsbüro im Rahmen des ISEK-Verfahrens für die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Haibach ausgesucht wurde?
- Wann wird der Name veröffentlicht?
- Falls es noch darum geht, dass die Regierung erst noch die Auswahl genehmigen muss, warum dauert das so lange?
- Wurde in diesem Falle von der Gemeindeverwaltung die Regierung an die Bearbeitung erinnert?
- Wurde schon ein Arbeitsauftrag an dieses Verkehrsbüro formuliert und beauftragt?
- Wenn nein, warum nicht?
- Wann wird dieses Verkehrsbüro seine Arbeit beginnen?

Die Fragen werden von **Dipl. VWV Anja Züchner** beantwortet.

Aus rechtlichen Gründen darf die Veröffentlichung der beauftragten Firma erst nach Erteilung des formellen Bescheides durch die Regierung erfolgen. Dies ist für die Sitzung am 07.07.2021 vorgesehen. Noch vor der Sommerpause wird im Rahmen des ISEK eine Bürgerbeteiligung stattfinden.

Anfrage Straub Simon – Kanalisation Bereich Goethestraße – Planungsstand

Herr Simon Straub fragt nach dem Stand der Planungen bzgl. der Kanalsanierung für den Bereich Goethestraße.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass hier noch keine Planung vorliegt.

Dipl. Ing. Martin Volk informiert, dass das beauftragte Ingenieurbüro mit der Grundlagen-ermittlung und der Vorplanung begonnen hat. Aktuell finden Kanalbefahrungen in dem dortigen Bereich statt. Die Vergabe umfasst die Stufen 1-9. Nach der Sommerpause werden hierzu erste Ergebnisse vorliegen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Bestandserfassung für die Maßnahme notwendig ist. Er stellt hierzu ausdrücklich fest, dass diese nichts mit einer eventuellen Umlegung des Areals „Goethestraße - Südost“ zu tun hat.

Anfrage per E-Mail von „Miro“ – Ortsverbindungsstraße

„Miro“ fragt, wann die Straße nach Haibach endlich wieder offen ist. Hier fahren schon sehr viele Autos und Motorräder, obwohl die Straße noch nicht offen ist.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass er dies ebenso festgestellt hat und dies auch nicht in Ordnung findet. Kontrollen diesbezüglich behält sich die Gemeinde vor.

Der Baufortschritt hat sich durch den anhaltenden Starkregen in den vergangenen Wochen zeitlich etwas verzögert. Anstehende Arbeiten konnten nicht ausgeführt werden. Nach dem aktuellen Zeitplan ist die Öffnung der Ortsverbindungsstraße für Dezember 2021 vor-gesehen. An diesem Termin wird er festhalten und eine Aussage zu einer früheren Öffnung nicht treffen. Selbstverständlich sind alle Beteiligten an einer schnellen Fertigstellung interessiert.

Anfrage Herr Peschke – Andienung Recyclinghof – COVID-Maßnahmen

Herr Peschke fragt, wann bei den rückläufigen Inzidenzzahlen der Pandemie, die einschränkenden Maßnahmen am Recyclinghof reduziert werden.

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu fest, dass die Vorschriften zur Nutzung des Recyclinghofes etwa mit 10 % mit den Pandemiebedingungen zusammenhängen.

Die Sicherheitsmaßnahmen beziehen sich auf die Größe des Recyclinghofes, es dürfen maximal 5 Fahrzeuge gleichzeitig auf dem Gelände sein. Das Personal ist angewiesen, dies zu kontrollieren. Dies hat nichts mit der Pandemie zu tun. Aus diesem Grund staut sich die Anfahrt. Die Andienungszeiten werden durch das Landratsamt subventioniert. Haibach ist bereits die Gemeinde mit den höchsten Andienungszeiten. Würden die Öffnungszeiten verlängert, müsste die Gemeinde hierfür die Kosten tragen.

Zur Andienung erklärt er, dass die ersten Fahrzeuge schon ab 14 Uhr am Tor stehen, obwohl die Öffnung jedoch erst um 15 Uhr erfolgt. Somit ist ein Stau programmiert. Aus eigener Erfahrung sind Anfahrten dienstags und freitags ab ca. 16:30 Uhr und samstags ab ca. 12:30 Uhr nahezu problemlos.

Herr Peschke ist der Ansicht, dass vor der Pandemie dies nicht so war.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass aktuell viel Grünabfall anfällt und bedingt durch die Pandemie

wohl auch sehr viele Arbeiten zuhause durchgeführt werden. Daher ist auch die Nutzung des Recyclinghofes angestiegen.

Herr Peschke macht den Vorschlag, dass eine 2-spurige Zufahrt ermöglicht werden sollte. So könnten Handwerksbetriebe, die auch eine erhöhte Menge an Abfuhr haben, auf einer eigenen Spur in den Recyclinghof einfahren. Die Beschränkung auf 5 Fahrzeuge kann er nicht nachvollziehen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass eine weitere Spur aus Platzgründen gar nicht machbar ist und dies scheitert schon am Einfahrtstor. Des Weiteren müsste auch bei 2 Spuren die Kontrolle der Kofferräume oder Hänger erfolgen. So wird z.B. der Grünschnitt zur Weiterverarbeitung gegeben. Daher ist die Abgabe des Grünabfalls kostenfrei. In diesem Grünabfall dürfen sich keine Fremdstoffe befinden. Ebenso werden nur verwertbare Materialien angenommen. Die Entsorgung von weiterem Abfall muss ohnehin im kreiseigenen Recyclinghof in Stockstadt erfolgen. Die Zulassung von 5 Fahrzeugen bezieht sich auf die Größe des Platzes. Es erfolgen nicht nur die Andienung am Grünabfall, weitere Container werden in diesem Zeitraum auch noch angedient.

Weitere Wortmeldungen stehen nicht an. Die Bürgerfragestunde endet um 19:30 Uhr.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 07.04. + 12.05.2021

Die Protokolle der Sitzungen vom 07.04. und 12.05.2021 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Sachstandsbericht der Verwaltung

Ab diesem TOP ist GR Andrea Stürmer anwesend.

Sachverhalt:

	Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
5.1	Ortskerngestaltung / Verkehrskonzept	Hauptamt / Bauamt / Gemeinderat	Vergabe der Verkehrlichen Begleituntersuchungen ist in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss am 10.03.2021 erfolgt. Derzeit werden immer noch die Vergabeunterlagen durch die Regierung von Unterfranken geprüft. Nach Freigabe durch die Regierung von Unterfranken erfolgt die Vorstellung des Verfahrensablaufs im Gemeinderat, voraussichtlich in der Sitzung am 07.07.2021. Im Anschluss daran wird mit den Vorbereitenden Untersuchungen begonnen.	06/2022

5.2	Gemeindeverbindungsstraße, 2.BA	Bauamt	Bauausführung: ▪ Herstellung Geh- und Radweg zwischen „Büchel“ und Bauende ▪ Asphalt-Tragschicht in der Fahrbahn auf gesamter Länge eingebaut. ▪ Herstellung Bankette und Böschungen	09/2021
5.3	Gemeindeverbindungsstraße, regenerative Energiequelle am Parkplatz Büchel	Bauamt	Aktuell keine Bearbeitung	Offen
5.4	Gemeindeverbindungsstraße 3. BA	Bauamt	Vorauss. Baubeginn am 07.06.2021.	12/2021
5.5	Aschaffenburg Straße	Bauamt	Vergabe der Bauarbeiten in der heutigen Sitzung. Geplanter Baubeginn: 28.06.2021	2022
5.6	WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Antragsunterlagen wurden aktualisiert und an LRA verschickt. Weitere Bearbeitung abhängig von der Rückmeldung seitens der Behörden.	Offen
5.7	Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	Detailuntersuchung für V1 ist durch das Landratsamt Aschaffenburg genehmigt. Beantragung der Fördermittel für die Detailuntersuchung bei der GAB (Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH) durch PeTerra ist erfolgt. Ergänzende Unterlagen aus der Vorprüfung GAB sind eingereicht. Kostenvereinbarung GAB steht noch aus.	Offen
5.8	Außensportanlage Schule	Bauamt	Aktueller GR-Beschluss vom 12.05.2021: Ausbau nach DIN, Förderantrag zurückziehen und mit den aktuellen Kosten neu stellen.	Offen
5.9	Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91-SMUSI - Berechnung	Bauamt	Umfangreiche Abstimmungen zwischen Stadt AB, Anschlussgemeinden, Fachbehörden und Ing.-Büros. Zwischenbericht an die Anschlussgemeinden noch offen.	offen
5.10	Seniorenwohnheim	Hauptamt / Gemeinderat	Unverändert. Pflegebedarfsberechnung liegt vor und soll im Rahmen des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts mit einfließen.	Offen
5.11	Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Finanzverwaltung / Bauamt	BA1 (Dörmorsbach) abgeschlossen. Die Aschaffenburg Versorgungs-GmbH wurde beauftragt, mit der Planung, der Fördermittelabwicklung und Ausschreibung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen für den BA2 Ortsteil Grünmorsbach zu beginnen.	Offen 2021-2023
5.12	Sanierung KuS	Bauamt	Unverändert. Dokumentation und Schlussrechnungen einzelner Gewerke sind noch offen.	offen
5.13	Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Bestandserfassung weitestgehend abgeschlossen. Derzeit Netzberechnungen in Arbeit.	12/2021

5.14	Heizungsanlage Rathaus	Bauamt / Hauptamt	Unverändert.	Offen
5.15	Lautsprecheranlage Sporthalle „AHK“	Bauamt	Kostenansatz im Haushalt 2021 vorgesehen.	Offen
5.16	Schranke Erdumschlagplatz Wendelberg	Bauamt	Schranke wurde geliefert, Montage erfolgt in Kürze.	Offen
5.17	Gasversorgung für Dörmorsbach	Hauptamt	Gegenstand der heutigen Sitzung. Energieversorgung Main-Spessart stellt mögliche Umsetzungsvarianten vor.	Offen
5.18	Home-Schooling	Hauptamt / Finanzverwaltung	Die Schule ist wunschgemäß mit EDV ausgestattet. Der Glasfaseranschluss ist beantragt.	Offen
5.19	Gesprächstermin Elternbeirat Schule	Hauptamt	Termin soll nach der Wiederaufnahme des Regelbetriebs erfolgen.	Offen
5.20	Software „Little Bird“	Hauptamt / Einrichtungen zur Kinderbetreuung	„Kick-Off-Veranstaltung“ hat am 27.05.2021 in der Kultur- und Sporthalle stattgefunden. Weitere Termine: ▪ 30.06. / 01.07.2021: Nutzerschulungen Echtbetrieb ist für Herbst 2021 vorgesehen.	10/2021

„CO²-Fußabdruck“ Gemeinde Haibach

GIA Michael Müller informiert noch, dass die Untersuchungen zum CO²-Fußabdruck beauftragt wurden. Erste Ergebnisse werden für Ende Juli erwartet.

Weitere Anmerkungen erfolgten nicht.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Sachverhalt:

Mit den Ingenieurleistungen zum Ausbau „Am Wingert“ sowie Teilausbau „Goethestraße“ (jeweils Kanalisation, Wasserleitung, Straßenbau) wurde das Ingenieurbüro Jung GmbH, Kleinostheim, beauftragt.

Die Ingenieurleistungen zur „Sanierung Schweiztalsammler - 2. Bauabschnitt“ (Kanalisation) wurden an das Ingenieurbüro SIK GmbH, Aschaffenburg, beauftragt.

5. Präsentation der Energieversorgung Main-Spessart zur Wärmeversorgung des Ortsteils Dörmorsbach

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Dr. Ramonat, Janik und Sommer von der Energieversorgung Main-Spessart.

Nach vorausgegangen Gesprächen wurden die Möglichkeiten zur Schaffung der Wärmeversorgung für den Ortsteil Dörmorsbach geprüft und erarbeitet. Das Ergebnis wird heute in einer ausführlichen PP-Präsentation vorgestellt.

Herr Dr. Ramonat führt bei der Präsentation aus, dass ein Anschluss von Oberbessenbach realisierbar

ist. Dies erklärt sich daraus, dass man im Bereich der dort bereits vorhandenen weiteren Versorgungsleitungen auch den Gasanschluss verlegen könnte. Von Sträßbessenbach aus wird dies sicherlich schwieriger, da hier zu viele Privatgrundstücke betroffen sind.

Nach der Präsentation fragt **GR Bodo Leiblein**, ob nur die Variante der Gasversorgung oder auch die Möglichkeit der Nahwärme abgefragt wurde.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wie der Zeitplan vorgesehen ist. Mittlerweile wurden ja in Dörmorsbach Heizungen schon ausgetauscht. Wie

lange wird es dauern, bis eine Gasversorgung genutzt werden kann?

Dr. Ramonat antwortet, dass er einen Baubeginn frühestens 2022 und die Inbetriebnahme im Jahr 2023 annimmt. Eine zügige Bearbeitung ist vorgesehen und in aller Interesse.

GR Toni Stahl stellt fest, dass die Realisierung einer Nahwärmeversorgung zu teuer wird. Auch seitens der Dörmorsbacher ist dies unrealistisch und wird nicht bevorzugt. Man wartet dort auf einen Gasanschluss. Neue Heizungsanlagen wurde zum Teil schon auf Gasversorgung umgestellt und als Zwischenlösung entsprechende Propangastanks aufgestellt.

Dr. Ramonat bemerkt, dass die Variante BHK mit Pellets noch geprüft wird.

GR Ingo Adams bedankt sich für die ausführlichen Informationen. Sicherlich wird im Bürgerhaus noch eine entsprechende Vorstellung der Möglichkeiten erfolgen. Nach seinem Verständnis würden die 56 Haushalte reichen, um die Maßnahme durchzuführen?

Hierzu antwortet **Dr. Ramonat**, dass es sich am sinnvollsten darstellt, wenn sich möglichst viele Haushalte beteiligen. Die bisherigen Bekundungen sind brauchbar.

GR Ingo Adams fragt, welche Kosten auf die Gemeinde zukommen werden?

Dr. Ramonat erklärt, dass die Firma EMS für den Ausbau und die Zuleitung als Netzbetreiber zuständig ist. Es werden seitens der Gemeinde keine Zuschüsse notwendig. Es handelt sich um einen Netzausbau des OT Dörmorsbach.

GR Ingo Adams möchte wissen, ob die Leitungen später auch für andere Energieträger, wie z. B. Wasserstoff, genutzt werden können.

Dr. Ramonat informiert, dass alte Leitungen zum Teil aufgerüstet werden, neue Leitungen werden nach dem neuesten Stand der Technik angepasst.

GR Dietmar Kempf-Blatt stellt die Frage, ob für die Strecke von Oberbessenbach berücksichtigt wurde, dass dort massiver Sandstein ist und ob der Naturschutz befragt wurde.

Dr. Ramonat erwidert, dass dies bezüglich des felsigen Geländes noch geprüft werden muss. Der Naturschutz muss ohnehin angefragt werden.

GR Anja Goymann möchte wissen, ob die Prüfungen nur in finanziellem Zusammenhang erfolgten. Würde sich die „Bereitschaft“ verbessern, wenn noch mehr Nutzer hinzukommen.

Dr. Remonat bemerkt, dass 56 Haushalte die Grenze der Wirtschaftlichkeit für die EMS darstellen. Aus Erfahrungen der Vergangenheit sind Infoveranstaltung und entsprechende Werbemaßnahmen notwendig. Er ist auch der Ansicht, dass noch weitere Anschlüsse hinzukommen werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann stellt fest, dass Erdgas ein fossiler Brennstoff ist. Was tut die EMS für eine Energieneutralität?

Dr. Ramonat erklärt, dass Erdgas schon 10 % klimafreundlicher als Heizöl ist. Die EMS als Gasversorger macht sich für die Zukunftsfähigkeit stark. Die Änderung wird Zug und Zug erfolgen.

GR Steffen Kruschina sieht die Nutzer für die Entscheidung als relevant an. Es sollten parallel zu den laufenden Prüfungen nochmals Abfragen in Dörmorsbach durchgeführt werden. Eventuell macht auch ein entsprechendes Anschreiben an die Dörmorsbacher Sinn.

Dr. Ramonat bestätigt dies. Nach den anstehenden Prüfungen ist eine Infoveranstaltung notwendig.

Bgm. Andreas Zenglein sieht eine Infoveranstaltung ebenfalls als effektiv an. Mit der heutigen Vorstellung wird auch „ein Stein angestoßen“. Aktuell entstehen für die Gemeinde Haibach keine Kosten. Der Netzbetreiber ist für die Abwicklung zuständig.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, ob auch die Möglichkeit geprüft wird, ein zentrales BHKW mit z.B. einer Pelletversorgung zu errichten. Liegt dies auch im Geschäftsfeld der EMS?

Dr. Ramonat antwortet, dass diese Kosten ebenfalls überprüft werden. Er stellt hierzu jedoch auch gleich fest, dass für einen Gasanschluss eine einfache Verrohrung ausreicht. Bei Fernwärme ist eine gedämmte Doppelverrohrung notwendig. Dies bringt wegen der problematischen Topographie des OT weit höhere Investitionskosten. Ein Angebot hierfür wird für Dörmorsbach aber ebenfalls erstellt.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich für die Informationen und die Diskussionen.

6.	Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot in der Gemeinde Haibach - Vorstellung der Ausweitungsmöglichkeit durch die Einrichtung eines Waldhortes
-----------	---

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Beyer-Thomas, Vorsitzende des Vereins „Entdecke die Natur e.V.“.

Frau Beyer-Thomas informiert anhand einer ausführlichen PP-Präsentation über das seitherige Angebot des Waldkindergartens in Haibach und die Planung als Ergänzung zu diesem, einen Waldhort einzurichten.

Es werden im Rahmen der Präsentation das Waldhort-Konzept, die Kostenstruktur und die geplanten weiteren Schritte vorgestellt. Aktuell sind 6 Kinder auf einer Interessenliste, die bereits die Schule in Haibach besuchen sowie ein Integrations-Kind.

Um einen Start zu ermöglichen, müsste die Bedarfsanerkennung sowie die Gewährung einer Starthilfe durch die Gemeinde in Höhe von ca. 50.000 EUR beantragt werden. Anschließend kann der Antrag zur Betriebsgenehmigung an die Kindergartenaufsicht gestellt werden. Dies geschieht in Abstimmung mit dem Hort der Gemeinde. Der nächste Schritt wären Stellenausschreibungen/ Personalverträge und Betreuungs-Verträge. Wenn dies zügig erledigt werden kann, wäre ein Antrag auf Förderung im Juli noch zu stellen, im August die Abschlüsse zu erhalten, damit die Liquidität für die Zahlung der Gehälter sichergestellt ist.

In der Präsentation wird auch auf die schwierige Kostensituation des Waldhortes gegenüber der Haus-KiTa/ hingewiesen. So können im Waldkindergarten pro Gruppe maximal 20 Kinder betreut werden und im Haus-Hort 25 Kinder. Dies bedeutet ein Soll-Betreuungsverhältnis 1:8 / Wald, gegenüber 1:10 / Haus.

GR Anja Goymann findet das Konzept „klasse“. Eine Anschubfinanzierung in Höhe von 50.000 EUR findet sie nicht so katastrophal. Für sie ist es jedoch wichtig, dass die Betreuung der Hausaufgaben erfolgt. Sie sieht den Elternbeitrag, laut der Vorstellung, in Höhe von 182 EUR/ Monat als sehr kritisch an. Dies bedeutet, dass der Beitrag etwa 40 EUR teurer als im Haus-Hort ist.

Zu den bisher genutzten Containern möchte sie die Nutzung wissen und wie die Trennung zwischen Hort und KiGA erfolgen soll.

Frau Beyer-Thomas erklärt, dass die Nutzung der Container bis 2023 genehmigt ist. Diese dienen nur zur Notunterkunft bei Sturm und Gewitter. Bei dieser Wetterlage ist der Aufenthalt im Wald verboten.

Für den Hort sind 3 Betreuer pro 20 Kinder erforderlich, daher entstehen die deutlich höheren Kosten gegenüber den Kindergärten und dem Hort. Gesonderte Zuschüsse gibt es jedoch hierfür nicht, daher sind die Elternbeiträge höher.

GR Anja Goymann sieht dies so, dass sich diese Betreuungsform nur Privilegierte „leisten“ können. Das sollte im GR beraten werden.

Frau Beyer-Thomas bringt ins Gespräch, dass eventuell Anträge der Eltern an die Gemeinde gestellt werden können.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, ob nur Kinder aus Haibach diesen Hort nutzen werden. Ebenso fragt er nach einem Business-Plan für die nächsten Jahre und nach der Auslastung bzw. dem Erfahrungswert des Wald KiGA.

Frau Beyer-Thomas erläutert, dass die Zahlen des KiGA stabil sind. Wahrscheinlich ist kein Vergleich mit den weiteren Kindergärten möglich. Aktuell sind nur Kinder aus Haibach auf der Liste.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass die Gemeinde die Weichen stellen kann, er bemängelt jedoch die fehlende Finanzplanung.

GR Anja Goymann möchte wissen, ob bereits Kontakt mit den anderen bestehenden Wald-Horten aufgenommen wurde. Hier könnten sicherlich nützliche Informationen abgefragt werden.

GR Ingo Adams bedankt sich für die ausführliche und präzise Präsentation und findet die Idee eine gute Bereicherung des Betreuungsangebotes für Haibach.

Wenn nur 7 Kinder auf der Interessenliste stehen, möchte er wissen, wofür die 50.000 EUR Starthilfe durch die Gemeinde notwendig sind.

Frau Beyer-Thomas erklärt, dass es sich hier um die Personalkosten des ersten Jahres handeln wird.

GR Ingo Adams sieht die Eile, die nun für diesen Antrag erforderlich ist, problematisch. Jetzt sollen 50.000 EUR als Anschub finanziert werden und eine Defizitübernahme wurde vor kurzem beschlossen. Er möchte wissen, ob Kontakt mit den anderen Horten besteht.

GR Bodo Leiblein bekundet große Sympathie zu diesem Projekt. Für ihn sind jedoch auch die Erfahrungswerte notwendig. Nach seiner Meinung wird der Hort sicherlich gut angenommen werden.

GR Katja Fuchs möchte wissen, ob der Hort an der Schule bereits ausgelastet ist oder ob es von dort

Absagen gab, dass dort keine Kinder mehr aufgenommen werden können.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass der Hort für 100 Kinder konzipiert ist. Aktuell sind dort 75 Kinder neu angemeldet und es sind demnach noch 25 freie Plätze vorhanden.

GR Katja Fuchs macht den Vorschlag, dass vor der Einrichtung eines Wald-Hortes erst alles abgeklärt werden sollte. Wenn die Eröffnung erst in einem Jahr erfolgt, stehen noch ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung.

GR Steffen Kruschina erklärt, dass das Konzept unbestritten ist. Jedoch ist auch ihm der Zeitfaktor zu knapp. Für diese Thematik besteht der AK Kinderbetreuung, um sich mit den betreffenden Themen zu beschäftigen.

Die Gemeinde Haibach hat für 4,5 Mio EUR einen Hort neu gebaut. Für ihn ist eine Volllastung des Neubaus ein Muss. Der beantragte Zuschuss ist zudem nicht im diesjährigen Haushalt eingestellt. Das Konzept ist eine gute Ergänzung, jedoch ist vorab noch Klärung erforderlich. Es sollte gemeinsam mit dem Träger des Hortes ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden.

GR Anja Goymann sieht den Waldhort nicht als Konkurrenz zum bestehenden Hort. Die Frage ist, ob diese Betreuung grundsätzlich mit angeboten werden soll. Die Planung sollte mindestens für die nächsten 2-3 Jahre vorgelegt werden.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt in seinem Schlusswort, dass zur Vorstellung des Konzeptes auch noch ergänzt werden sollte, dass die Gemeinde die jährlichen Mietkosten für den Container zur Nutzung durch den Waldkindergarten in Höhe von 36.000 EUR komplett übernimmt.

Zum Vorschlag aus der Diskussion, Elternbeiträge zu bezuschussen gibt er zu bedenken, dass dies nach seiner Auffassung im Sinne der Gleichbehandlung äußerst schwierig ist. Dies muss dann in die Zuschussrichtlinien der Gemeinde mit aufgenommen werden.

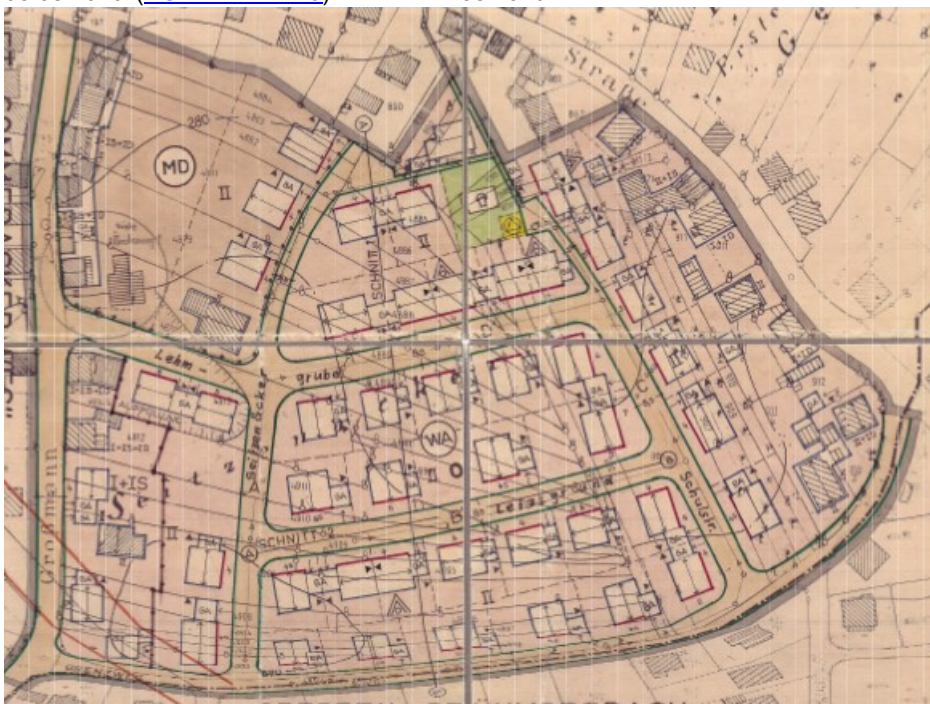
In der nächsten Sitzung am 07.07. sollen die Abrechnung des Waldkindergartens und möglichst alle Informationen und Zahlen zum Betrieb des vorgesehenen Waldhorts vorgelegt werden.

7. Bebauungsplan "Seitzenäcker" - 5. Änderung - Aufstellungsbeschluss

Sachverhalt:

Der am 19.07.1976 wirksam gewordene Bebauungsplan „Seitzenäcker“ soll nach dem Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 ([BGBl. I S. 2414](#)) zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.08.2020 ([BGBl. I S. 1728](#)) m.W.v. 14.08.2020

bzw. 01.11.2020, im zeichnerisch dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.



GR Bodo Leiblein erklärt, dass in die Planung auch die Kriterien des „AK Baugebiete“ mit einfließen sollten.

GR Ingo Adams stimmt für die FWG Fraktion dem Vorschlag zu.

GR Steffen Kruschina ergänzt, dass die Punkte, die sich hieraus ergeben, künftig im „AK Baugebiete“ beraten werden sollten.

Beschluss

Der am 19.07.1976 wirksam gewordene Bebauungsplan „Seitzenacker“ soll nach dem Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 ([BGBl. I S. 2414](#)) zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.08.2020 ([BGBl. I S. 1728](#)) m.W.v. 14.08.2020 bzw. 01.11.2020, im zeichnerisch dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplans

im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den Beschluss über die Änderung des Bebauungsplans gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen;
- ein qualifiziertes Planungsbüro mit der Änderung des Bebauungsplans zu beauftragen;
- den Vorentwurf zur Änderung des Bebauungsplans zur Beschlussfassung für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

8. Bebauungsplan "Sondergebiet Holzlagerplatz" – Zeitlich befristete Änderung einer Festsetzung

Sachverhalt:

Das Forstunternehmen Rosenberger ist bei der Suche nach einer Erweiterungsfläche für die Brennholzlagerung auf die Gemeinde Haibach zugekommen. Hintergrund ist, dass das Forstunternehmen gerne einen Teilbereich des Grundstücks, Fl. Nr. 5319/1 (Gemarkung Haibach), welcher vor deren Fläche zur Holzbearbeitung liegt, mitbenutzen möchte. Dieses Grundstück hat allerdings die Gemeinde Haibach derzeit von einer Privatperson gepachtet.

Der Grundstückseigentümer hat bereits seine Bereitschaft signalisiert, dem Forstunternehmen eine Teilfläche (auch längerfristig) zu verpachten.

Das Grundstück, Fl. Nr. 5319/1 befindet sich im Bereich des rechtskräftigen Bebauungsplans „Sondergebiet Holzlagerplatz“ im Bereich der östlichen Holzlagerflächen. Die inhaltlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes legen jedoch fest, dass eine gewerbliche Nutzung der Grundstücke sowie der Verkauf von Holz an der Stelle unzulässig sind.

Diese von der Gemeinde Haibach festgelegte Regelung könnte aber durch einen Gemeinderatsbeschluss (zumindest temporär) geändert werden, ohne dass dies einer Änderung des Bebauungsplans bedarf.

Durch das Landratsamt Aschaffenburg (Bauaufsicht) wurde bereits kommuniziert, dass einer zeitlichen Aussetzung der Festsetzung zugestimmt werden könnte. Die zeitliche Aussetzung sollte aber nicht auf eine solch lange Dauer ausgelegt sein, dass dadurch der gesamte Bebauungsplan „Sondergebiet Holzlagerplatz“ ad absurdum geführt werden würde.

Mittlerweile hat das Forstunternehmen Rosenberger eine Ausführungsskizze vorgelegt, wie das Unternehmen sich die Ausgestaltung der Fläche vorstellen könnte. Diese Planung erfolgte in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamts Aschaffenburg und dem Bauhofleiter Franz Staab.

Das Forstunternehmen Rosenberger hat im Nachgang in einem Gespräch mit der Verwaltung erklärt, dass es eine Aussetzung der Festlegung für einen Zeitraum von 5 Jahren als wirtschaftlich sinnvoll erachten würde. Nach Auslauf der 5-Jahres-Frist sollte sich diese jeweils automatisch um ein Jahr verlängern, wenn die Gemeinde Haibach die benutzte Fläche noch nicht für die Errichtung von privaten Holzlagerflächen benötigt.

GR Jörg Baumann stellt fest, dass die angesprochene Baumreihe dort noch nicht vorhanden ist und die Restfahrbreite eingehalten werden muss.

Hierzu erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass vor einigen Jahren die Fahrbahn im Ausfahrtsbereich erweitert wurde. Die Restfahrbreite wird weiterhin eingehalten.

2. Bgm. Jürgen Großmann fragt, ob sich dort zukünftig nur die Lagerung des Holzes befindet – eine Bearbeitung wird dort dann weiterhin nicht stattfinden.

Dies bestätigt **Bgm. Andreas Zenglein**.

Beschluss

Die Festsetzungen „unzulässig ist

- die gewerbliche Nutzung der Grundstücke und
- der Verkauf von Holz“

des rechtskräftigen Bebauungsplanes Sondergebiet Holzlagerplatz wird für das Grundstück Fl. Nr. 5319/1 der Gemarkung Haibach für einen Zeitraum von 5 Jahren ausgesetzt.

Beginn dieses Zeitraumes ist die tatsächliche Nutzung des Grundstücks als Holzlagerfläche.

Die Aussetzung wird nach Ablauf dieser Frist jeweils jährlich verlängert, sofern die Gemeinde Haibach das Grundstück, Fl. Nr. 5319/1 der Gemarkung Haibach nicht für die Errichtung von privaten Holzlagerflächen benötigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

9. Allgemeines**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein informiert über die aktuellen Lockerungen zu den niedrigen Inzidenzzahlen.

9.1. Nutzung Hallenbad

Er erklärt, dass das Hallenbad noch geschlossen bleibt. Dies ist mit den Hygienevorschriften zu begründen. Aktuell dürfen 10 Personen maximal eine Stunde im Hallenbad bleiben. Anschließend muss das komplette Schwimmbad desinfiziert werden. Anschließend dürften die nächsten 10 Besucher eingelassen werden. Dieser Aufwand ist personell nicht zu leisten.

Die Duschen im Schwimmbad dürfen aus hygienischen Gründen ebenso nicht benutzt werden.

Sobald es hierzu eine Aktualisierung gibt, wird diese mitgeteilt.

9.2. Ferienspiele – Antrag CSU-Fraktion

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass die CSU-Fraktion einen Antrag auf Durchführung der Ferienspiele gestellt hat. Dankenswerterweise hatten die Planungen im Rathaus dazu bereits begonnen.

9.3. Recyclinghof – Anschaffung Web-Cam

GR Steffen Kruschina stellt die Überlegung an, ob durch das Aufstellen einer Webcam die Bürger einen Überblick über die aktuellen Andienungen am Recyclinghof erhalten können. Dies sollte technisch möglich sein.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass seitens der Verwaltung die Ferienspiele in diesem Jahr für den Sommer und den Herbst geplant werden. Ebenso werden die Vereine zur Beteiligung wieder angeschrieben.

Das Aufstellen einer Webcam am Recyclinghof wird aus Datenschutzgründen nicht möglich sein.

9.4. F-Plan Aschaffenburg

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, wann dieser F-Plan im Gemeinderat beraten wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies am 07.07. auf der TO stehen wird.

Hiernach **schließt Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **07.07.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verw.-Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 7. Juli 2021
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jörg Baumann	Gemeinderat	Dienstlich verhindert
--------------	-------------	-----------------------

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Martin Volk		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 09.06.2021
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Vorbereitender Untersuchung – Vorstellung der Vorgehensweise durch das Planungsbüro
5.	Ergebnisse Ortsnetzberechnung Kanalisation/ Wasserleitung Haibach
6.	Ergebnisse Ortnetzberechnung Wasserleitung Haibach/ Grünmorsbach
7.	Waldkindergarten Haibach e.V. - Übernahme des Defizits aus dem Kindergartenjahr 2019
8.	WIEDERVORLAGE; Entdecke die Natur e.V. - Weitere Informationen zur Errichtung eines Waldhortes
9.	Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB - Bebauungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg
10.	Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Flächennutzungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 19 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur heutigen Sitzung ist GR Jörg Baumann dienstlich verhindert. Somit sind 20 Personen abstimmungsberechtigt.

Die Tagesordnung wurde ordnungsgemäß und fristgerecht veröffentlicht. Seitens der Fraktionen liegen nachfolgende Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

GR Jürgen Goldhammer, FWG, stellt fest, dass Aufgrund der Erkrankung der Vorsitzenden des Vereins, „Entdecke die Natur e.V.“, Frau Beyer-Thomas die beiden Tagesordnungspunkte

7. Waldkindergarten Haibach e.V. –

Übernahme des Defizits aus dem Kindergartenjahr 2019

8. Entdecke die Natur e.V. –

Weitere Informationen zur Errichtung eines Waldhortes

von der heutigen Tagesordnung genommen werden sollten.

Die beiden Punkte sollten im AK Kinderbetreuung vorberaten und dann im September im Gemeinderat beschlossen werden.

GR Steffen Kruschina erklärt hierzu, dass er seine Zustimmung nur gibt, wenn die Punkte dann im September auch endgültig beschlossen werden. Die Thematik beschäftigt den Gemeinderat bereits seit mehreren Sitzungen und sollte abgeschlossen werden.

Bgm. Andreas Zenglein sagt dies zu.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden von der heutigen Tagesordnung genommen. Beratung erfolgt in der Sitzung im September.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

Der TOP **3. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Vorbereitender Untersuchung – Vorstellung der Vorgehensweise durch das Planungsbüro** sollte in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden.

Begründung:

Die veranschlagten Punkte der Tagesordnung mit den entsprechenden Präsentationen sind sehr umfangreich und benötigen voraussichtlich einen hohen Diskussionsbedarf.

Die SPD-Fraktion schlägt daher vor, dass der genannte Tagesordnungspunkt in einem vor der Sommerpause stattfindenden Termin exklusive behandelt werden sollte. Die Thematik ist so umfassend und für den Ort von eminenter Bedeutung, dass hier ein eigener Termin stattfinden sollte. Der Prozess wird die Gemeinde die nächsten 10-20 Jahr begleiten, deshalb sollte dies heute nicht in 45 Minuten abgehandelt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass er bezüglich der Änderungen der Tagesordnung bereits schriftlich Stellung genommen hat. Als neuen Termin zur Beratung dieses Tagesordnungspunktes schlägt er Samstag, 24.07.2021, um 10:30 Uhr, hier in der Kultur- und Sporthalle, vor. Dies hat er mit Frau Thrum vom Architekturbüro ARCgrün auch bereits so abgesprochen. Die Vorstellung des Ingenieurbüros erfolgt morgens, nach einer Pause beginnt dann um 13:30 Uhr der Ortsrundgang. Dieser Termin ist morgen auf der Titelseite des Mitteilungsblattes und hierzu werden auch die Bürgerinnen und Bürger eingeladen.

Frau Thrum bittet jedoch, dass sich die Gemeinderäte mit der zur Verfügung gestellten Präsentation bereits vorab vorbereiten. So kann dann zügig in der Sitzung die Diskussion erfolgen.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 4 wird von der heutigen Tagesordnung genommen. Die Vorstellung des Konzeptes erfolgt am **Samstag, 24.07.2021, 10:30 Uhr**, in der Kultur- und Sporthalle in einer Gemeinderatssitzung. Im Anschluss findet um 13:30 Uhr, der Ortsrundgang durch Haibach statt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 1

GR Bernd Oppenrieder, SPD, schlägt folgende Entlastung der heutigen Sitzung vor.

Eilantrag der SPD-Fraktion:

GR Bodo Leiblein informiert über einen **Eilantrag** der SPD-Fraktion, der für die heutige Sitzung avisiert wurde.

„Installation von Luftfilteranlagen für die Haibacher Grund- und Mittelschule“**Begründung:**

Der Antrag wird als dringlich erachtet, weil die Installation bis zu Beginn des Schuljahres sichergestellt werden sollte. Somit soll der Präsenzunterricht an den Haibacher Schulen grundsätzlich sichergestellt werden.

In einem Antwortschreiben von Bgm. Andreas Zenglein wurde bereits darüber informiert, dass die Thematik aktuell bereits in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt in Arbeit ist.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass heute früh ein Abstimmungsgespräch mit der Schulleiterin der Mittelschule erfolgte. Wenn die Gemeinde Haibach sich gemeinsam mit den weiteren Landkreisgemeinden und mit dem Landratsamt für die Beschaffung zusammenschließt, dann können viele Synergien genutzt und sicher preisliche Vorteile erzielt werden.

Jedoch wird man auch davon ausgehen können, dass, obwohl die Staatsregierung dies wünscht, zu Beginn des Schuljahres 130.000 Geräte in ganz Bayern nicht installiert sind. Ein Alleingang von Haibach wird nicht als zielführend angesehen.

GR Bodo Leiblein führt weiter aus, dass der Antrag als dringlich eingestuft werden soll, da es hier auch um die Bereitstellung der Haushaltsmittel geht. Es werden ca. 115.000 bis 132.000 EUR benötigt werden. Hierzu ist zur Rechtswirksamkeit ein Beschluss des Gemeinderates erforderlich. Wenn der Haupt- und Finanzausschuss auch in seiner Sitzung am 21.07. eine Entscheidung fällen soll, muss hierzu die Kompetenz erteilt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt, dass der Gemeinderat den Ausschuss für eine Ausgabe in Höhe von 130.000 EUR ermächtigen kann. Jedoch bleibt auch die Tatsache, dass die Vorfinanzierung in Höhe von ca. 250.000 EUR durch die Gemeinde erfolgen muss. Der Zuschuss für die Lüfter kommt dann von der Regierung voraussichtlich bis Ende des Jahres.

Bei einem weiteren Gespräch mit der Stadt Aschaffenburg zu diesem Thema, wurde auch von dort signalisiert, dass man dort derzeit bezüglich der Anschaffung von Luftfiltern auf Empfehlung des Städtetages noch abwartet.

Die Beschaffung von 116.000 Geräten für Bayern ist auf jeden Fall illusorisch. Auch nach Auflegen des

Förderprogrammes gibt es noch keine Endlösung, da die Ergebnisse hieraus seitens der Wissenschaft noch strittig sind. Hier fehlen noch weitere Informationen.

Des Weiteren ist es auch notwendig zu klären, ob Sammelbestellungen möglich sind. Dies bedeutet dann, dass bei diesem Volumen auch eine EU-weite Ausschreiben erfolgen muss. Eventuell besteht auch eine Festlegung nach Schwellenwert.

Im Gespräch mit Frau Abrudan, Mittelschule Haibach, hat sie darauf hingewiesen, dass die Punkte: UV-Strahlung, Geräuschkulisse, An- und Absaugung vorab geklärt werden müssen.

Eine Insellösung nur für Haibach mit 66 Geräten wird nicht möglich sein. Erneute Schließungen der Schulen werden nicht gewollt, liegen jedoch in der Entscheidung des Kultusministeriums. Aktuell kann hier keine Entscheidung getroffen werden.

GR Jürgen Goldhammer macht den Vorschlag, dass dies im Gemeinderat beschlossen werden sollte. In der Sitzung des HFA am 21.07. sollten die notwendigen Informationen vorgestellt werden. In der Sitzung am 24.07. kann dann der Gemeinderat den entsprechenden Beschluss fassen.

GR Bodo Leiblein bemerkt, dass der Antrag nur auf die Einhaltung der Formalie beruht. Die Geräte sollten bis zum Beginn der Schule installiert werden. Sofort nach der Festlegung der Parameter muss daher eine Beschlussfassung erfolgen. Daher sollte dem Antrag stattgegeben werden.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass der Vorschlag von GR Jürgen Goldhammer gut ist. Er hat sich informiert und geht davon aus, dass die Staatsregierung sehr schnell handeln wird. Die Brisanz ist erkennbar.

GR Bodo Leiblein macht den Kompromissvorschlag, dass die Beratung am 24.07. oder in einer Sitzung des Sommersenats erfolgen soll.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion „Installation von Luftfilteranlagen für die Haibacher Grund- und Mittelschule“ wird am 24.07. oder in einem Sommersenat auf die Tagesordnung gesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 20 nein: 0

2. Bgm. Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass für diese Thematik Konzepte seitens entsprechender Fachleute notwendig sind. Der Landkreis hat diese Fachleute, die Gemeinde jedoch nicht. Daher sieht er es als sinnvoll an, gemeinsam mit dem Landratsamt diese Anschaffung abzuwickeln.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 09.06.2021

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 09.06.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Das Architekturbüro Kirschenlohr, Erlensee, hat den Auftrag für die weiteren Planungsleistungen (Leistungsphasen 8 – 9) zur Sanierung der Schulsportanlage erhalten.

Der Auftrag für die 5. Änderung des Bebauungsplanes Seitzenäcker wurde an das Bauatelier Richter / Schäffner, Aschaffenburg, erteilt.

Aschaffenburg Straße:

- Für die Kanalisations-, Wasserleitungs- und Straßenbauarbeiten hat die Firma **Stix, Niedernberg**, den Auftrag erhalten.
- Der Auftrag für die Erneuerung der Beleuchtung in der Aschaffenburg Straße wurde an die Aschaffenburg Versorgungs-GmbH, Aschaffenburg, vergeben.

4. Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Vorbereitender Untersuchung – Vorstellung der Vorgehensweise durch das Planungsbüro**VERTAGT**

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach mehrheitlicher Entscheidung des Gremiums von der heutigen Tagesordnung genommen.

Die Vorstellung des Konzeptes mit Beratung findet am Samstag, 24.07.2021, vor dem Ortsrundgang, statt.

5. Ergebnisse Ortsnetzberechnung Kanalisation/ Wasserleitung Haibach**Sachverhalt:**

Die Herren Schmitt und Staab vom Ing. Büro SIK, Aschaffenburg informieren ausführlich über das Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen.

Die Präsentation mit den bisherigen Ergebnissen wurde bereits im RIS zur Verfügung gestellt.

6. Ergebnisse Ortnetzberechnung Wasserleitung Haibach/ Grünmorsbach**Sachverhalt:**

Die Herren Schmitt und Staab vom Ing. Büro SIK, Aschaffenburg informieren per PP-Präsentation ausführlich über das Ergebnis der durchgeführten Untersuchungen.

Diese Präsentation wurde im RIS zur Verfügung gestellt.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich für die ausführlichen Informationen zu den beiden Berechnungen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Goethestraße, Bornäcker und Gemeindefeld als „Hotspot“ gelten und dass wir vor allem dort aktiv werden müssen.

Es ist bekannt, dass die Wasserleitung auch in diesem Bereich marode ist. Dies zeigt sich unter anderem im hohen Wasserverbrauch, der durch viele

Wasserrohrbrüche entsteht. Der Einsatz der angeschafften Datenlogger ist mittlerweile sehr effizient und bringt die Möglichkeit, hier schneller zu reagieren.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass, wenn wir wissen, dass ein großer Investitionsbedarf erforderlich ist, ein Gesamtrahmenplan hierfür notwendig ist. Die Sanierung von Wasser und Kanal sollte in einem „Generalstabsplan“ angegangen werden.

Herr Schmitt, SIK, bemerkt, dass dies in der Kombination: Wasser, Kanal und Straßenbau geschlossen angegangen werden sollte. Es sind ein Konzept und die entsprechende Planung notwendig. Hierbei haben Goethestraße und Büchelbergstraße Vorrang.

GR Steffen Kruschina stellt fest, dass in den diesjährigen Haushaltsberatungen die Priorisierung

bis 2024 festgelegt wurde. Es fehlt jetzt nur die Fortführung der Prioritäten.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt dies. Jetzt muss festgelegt werden, welche Straßen ab 2024 saniert werden.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass alternative Wege gesucht werden sollten, was in den nächsten Jahren notwendig ist. Das Thema sollte in der Gesamtheit beraten werden.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass die Schritte bis 2024 festgelegt und beschlossen wurden. Nun sollte keine weitere Diskussion hierzu erfolgen. Die festgelegte Vorgehensweise muss zunächst auf den Weg gebracht und nicht in Frage gestellt werden.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass die festgelegten Maßnahmen, wie beschlossen, durchgeführt werden sollten. Man sollte so weiter vorangehen.

7. Waldkindergarten Haibach e.V. - Übernahme des Defizits aus dem Kindergartenjahr 2019

VERTAGT

Der Tagesordnungspunkt wird in der GR-Sitzung im September beraten und beschlossen.

8. WIEDERVORLAGE; Entdecke die Natur e.V. - Weitere Informationen zur Errichtung eines Waldhortes

VERTAGT

Der Tagesordnungspunkt wird in der GR-Sitzung im September beraten und beschlossen.

9. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB - Bebauungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.06.2021 wird die Gemeinde Haibach im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplanes für das Gebiet „Kliniken am Hasenkopf“ (Nr. 23/1) gehört.

Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist bis zum **30.07.2021** gegeben.

Bereits bei der Neuaufstellung des „Flächennutzungsplanes 2030“ wurde die Gemeinde Haibach beteiligt. In den Jahren 2013 und 2017 gab die Gemeinde Haibach folgende Stellungnahmen ab:

„Gegen die Flächennutzungsplanung der Stadt Aschaffenburg bestehen keine planungsrechtlichen Bedenken, Es wird jedoch darauf bestanden, den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 3.18 (Ausbau Berliner Allee) baulich umzusetzen.“

Es sollte nach wie vor angestrebt werden, dass die Berliner Allee als eine der Hauptzuwege zum Klinikum als Hauptverkehrsstraße weitergeführt wird. Insoweit wurden Bedenken gegen die Planung erhoben und es wurde auf Umsetzung des rechtskräftigen Bebauungsplanes zum Ausbau der Berliner Allee gedrängt.

Dieser Einwand wurde im weiteren Verfahren zur Aufstellung des FNP 2030 wie folgt „abgewogen“:

...Das Aufstellungsverfahren des FNP 2030 bietet keinen Raum, die Forderung der Gemeinde Haibach zu berücksichtigen. Die Gemeinde Haibach bringt denn auch keine Anregung, in welcher Form dies erfolgen könnte.“

Der FNP 2030 ist mit ortsüblicher Bekanntmachung 2018 bekannt gemacht worden.

Im Gegensatz zu einem Bebauungsplan stellt der Flächennutzungsplan keine Satzung dar, so dass § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO nicht einschlägig ist. Seine Festsetzungen enthalten grundsätzlich auch keine Rechtsvorschriften i.S.d. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO. Daher kann ein Flächennutzungsplan grundsätzlich nicht tauglicher Gegenstand einer Normenkontrolle nach § 47 VwGO sein.

Aus der Begründung zum laufenden Verfahren wird unter III Ziffer 5 erläutert, dass eine Machbarkeitsstudie fünf unterschiedliche Varianten für eine zweite unabhängige Anbindung des Klinik-geländes untersucht hat.

Alle diese möglichen Varianten verfolgen das Ziel, eine zweite Zuwegung für Rettungs- bzw. Einsatzfahrzeuge (Krankenwagen oder Feuerwehr) zu schaffen. Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie wird nicht untersucht, wie sich der Bau der Berliner Allee auf die Verkehrsströme zum Klinikum auswirken könnte.

Aus Sicht der Gemeinde Haibach hätte die Machbarkeitsstudie, die von der Stadt Aschaffenburg erstellt wurde, sich nicht nur auf die direkte Anbindung der zweiten Zufahrt, sondern auch auf die weitläufigere Erschließung des Klinikums erstrecken müssen.

Wie bereits im Schreiben der Anlieger der Büchelbergstraße argumentiert wird, könnte der Bau der Berliner Allee eine deutlich schnellere Zufahrt für Einsatzfahrzeuge (Feuerwehr und Rettungswagen) darstellen. Schon allein deshalb ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Machbarkeitsstudie sich lediglich auf die direkte Anbindung des Klinikums bezieht.

Die Gemeinde Haibach wendet sich ausdrücklich nicht gegen die Planung, das Klinikum am Hasenkopf zukunftsfähig zu erweitern. Jedoch darf von Seiten der Stadt Aschaffenburg nicht weiterhin ignoriert werden, dass die Gemeinde Haibach ungewollt als Zubringer zum Klinikum dient. Obwohl bereits seit 1999 der Bebauungsplan „Berliner Allee“ in Kraft getreten ist und Baurecht für diese Erschließung zum Klinikum besteht.

Diesem Umstand geschuldet, muss im Wohle der betroffenen Anwohner Haibachs baldmöglichst Abhilfe geschaffen werden.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass die Fraktionen ihre weiteren Vorschläge und Anmerkungen beraten und die beiden Punkte in der Sitzung am 24.07. nochmals vorgelegt werden. Die Stellungnahme der Gemeinde muss bis zum 30.07.2021 abgegeben werden, daher ist dieses Zeitfenster vertretbar.

Bgm. Andreas Zenglein merkt noch an, dass bei der Besprechung zum Verkehrsgutachten mit dem Ing.-Büro Obermeyer noch die Messpunkte K9 und K10 mit aufgenommen wurden. Hier werden die Zu- und Abfahrten zum/vom Klinikum gemessen. Die Kosten für das Gutachten erhöhen sich entsprechend, jedoch ist dies auch für diesen Sachverhalt notwendig, hierzu entsprechende Daten zu haben.

GR Bernd Oppenrieder spricht sich dafür aus, dass die Gemeinde alles unternehmen muss, damit die Berliner Allee ausgebaut wird.

10. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Flächennutzungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.06.2021 wird die Gemeinde Haibach im Rahmen des § 4 Abs. 1 BauGB zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Kliniken am Hasenkopf“ gehört.

Im Gegensatz zu einem Bebauungsplan stellt der Flächennutzungsplan nach h.M. keine Satzung dar, so dass § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO nicht einschlägig ist. Seine Festsetzungen enthalten grundsätzlich auch keine Rechtsvorschriften i.S.d. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO. Daher kann ein Flächennutzungsplan grundsätzlich nicht tauglicher Gegenstand einer Normenkontrolle nach § 47 VwGO sein.

Die Gemeinde Haibach verweist auf ihre Stellungnahme zum laufenden Bebauungsplanverfahren „Kliniken am Hasenkopf“.

Auf den Ausbau der „Berliner Allee“ wird bestanden, um eine der heutigen Zeit und dem heutigen Verkehrsaufkommen Rechnung tragende Erschließung des immer „weiter-wachsenden“ Klinikums zu gewährleisten.

Hinweis auf die Anmerkungen zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

11. Allgemeines

Informationen Bgm. Andreas Zenglein:

11.1. Impfungen:

Impfzentrum hat Sonderkontingent – Impfungen ohne Termine möglich.

Anmerkungen/Anfragen seitens des Gemeinderates:

11.2. Heckenrückschnitt

GR Bodo Leiblein bemerkt, dass der Grundstücksbesitzer Ringwallstraße/Ecke Schwalbengrube wegen **Heckenrückschnitt** angesprochen werden sollte.

11.3. Arbeiten Glasfaser

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt nach dem Sachstand bzgl. der Arbeiten der **Glasfaser**.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Restarbeiten in Haibach und Grünmorsbach aktuell durchgeführt werden. In Dörmorsbach wurde mit den Arbeiten begonnen. Sobald der „Backbone“ in Dörmorsbach steht, können die Arbeiten für Bessenbach gestartet werden.

11.4. Kanalisation Wiesenstraße, Dörmorsbach

GR Toni Stahl fragt an, ob bezüglich der **Kanal-situation Wiesenstraße**, Dörmorsbach, bereits vorab mit den Arbeiten aufgrund der aktuellen Situation begonnen werden kann.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass das defekte Teilstück provisorisch ausgetauscht wird.

11.5. Pflasterung Schulstraße

GR Steffen Kruschina bittet um Überprüfung der Pflasterung im **Gehweg der Schulstraße**, da es sich hier um den Schulweg handelt. Hier würden die

Pflastersteine nach den Arbeiten der Glasfaser lose sein.

11.6. Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob ein Vertreter der **Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises** auch in Haibach bezüglich des sozialen Wohnungsbaus vorstellig werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass eine entsprechende Einladung möglich ist.

11.7. GIGA-Bit-Richtlinie

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte noch den aktuellen Stand bezgl. der **GIGA-Bit Richtlinie** wissen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass hierzu Herr Dr. Först die Studie im Gemeinderat vorstellen wird.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **24.07.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Samstag, 24. Juli 2021
Sitzungsdauer: 10:30 Uhr bis 13:00 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jörg Baumann	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 07.07.2021
3.	Luftreinigungsgeräte für Schulen und Kitas - aktueller Sachstand
4.	Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Bebauungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg
5.	Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Flächennutzungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg
6.	Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Vorbereitender Untersuchung – Vorstellung der Vorgehensweise durch das Planungsbüro
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen

Gemeinderäten 14 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Nachfolgende GR haben sich für heute entschuldigt:

GR Bernd Oppenrieder, GR Dietmar Kempf-Blatt, GR Steffen Kruschina, GR Jörg Baumann und 3. Bgm. Ilse Spielmann und GR Katja Fuchs.

Es sind demnach 15 Personen stimmberechtigt.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 07.07.2021

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 07.07.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Luftreinigungsgeräte für Schulen und Kitas - aktueller Sachstand**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass seitens des Landratsamtes ein Bedarf von ca. 500 Geräten für die Schulen besteht. Eine EU-Ausschreibung ist nicht gewollt, daher soll jede Schule ein Budget zur Anschaffung der Luftreinigungsgeräte erhalten. Dies sind pro Schule max. 250.000 EUR. Für die Kindergärten können ebenfalls Geräte bestellt werden, die Gemeinde gibt dann einen Zuschuss für die Anschaffung.

Seitens der Grund- und Mittelschule Haibach wurden bisher noch keine Anträge auf die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten gestellt. In Haibach sind für die beiden Schulen insgesamt ca. 66 Geräte (Vollausstattung) erforderlich.

Es bleibt jedoch auch die Regelung, dass bei einem Inzidenzwert ab 165 die Schulen wieder geschlossen werden müssen.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, wie das Beschaffungssystem und die Lagerhaltung geplant sind. Des Weiteren fragt er, ob die Geräte regional gekauft werden können.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass in Mömbris, Kahl und Hösbach Vorführgeräte vorhanden sind, die aus der Region kommen. Diese sollen den Vertretern der Landkreis-gemeinden in den entsprechenden Schulen vorgestellt werden. Bis Ende 2021 wird wohl die Gesamtanschaffung abgewickelt sein, so ist dies vorgesehen.

GR Michael Fuchs ist der Ansicht, dass dieses Thema weiterverfolgt werden sollte. Jedoch ist grundsätzlich erst zu klären, ob die Schulleiterinnen diese Anschaffung wünschen. Die Kinder sind noch ungeimpft, daher sollten die Geräte angeschafft werden. Ob ein Nachtragshaushalt notwendig wird, sollte noch geprüft werden.

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass die Geräte keinen Schutz vor Ansteckung geben. Des Weiteren sind auch die Folgekosten zu prüfen. Für

eine optimale Luftreinigung muss jeder Schulraum auf die Größe überprüft werden. Dann sollte auch noch geprüft werden, ob im Kinderhort entsprechende Geräte notwendig sind. Wenn Geräte bestellt werden, sollten die für Kindergärten gleich mitbestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Ausstattung des Hortes in Absprache mit dem Johannesverein erfolgt. In einem Sommersenat sollten die Fakten vorgelegt und beraten werden. Er ist ebenfalls der Ansicht, dass die Volumina der einzelnen Räume gemessen werden müssen. Bezüglich der Folgekosten bestätigt er, dass diese wohl erheblich sein werden.

GR Toni Stahl sieht die Investition von 250.000 EUR kritisch. Diese Luftreinigungsgeräte bieten keinen Schutz vor Ansteckung und ersetzen auch das Lüften der Klassenräume nicht. Es gibt bereits sehr viele kritische Meinungen hierzu. Nach seiner Meinung ist auch die Wirtschaft nicht in der Lage die erforderlichen Geräte so schnell zu produzieren. Man sollte in diesem Punkt ganz realistisch nachdenken. Wir haben auch die Verantwortung für die Gelder. Dies sollte kritisch und sachlich geprüft werden.

GR Andrea Stürmer erwidert, dass es hier um die Gesundheit der Schulkinder geht. Es sollten alle Schutzmaßnahmen ermöglicht werden. Die Masken- und Hygienevorschriften sollten weiter angewandt werden. Sie spricht sich ebenfalls für einen Sommersenat aus.

2. Bgm. Jürgen Großmann erklärt, dass Räume, in denen eine Querlüftung erfolgen kann, von der Förderung ausgeschlossen sind.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass dies nach seiner Kenntnis in den Schulsälen in Haibach möglich ist.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, abzuwarten bis der Termin in Hösbach stattfindet, danach sollte man sich zum Sommersenat treffen.

GR Bodo Leiblein sieht in diesen Geräten eine Chance, dass die Kinder den Unterricht in Präsenz besuchen können.

GR Christian Fuchs bemerkt, dass die Antragsfrist bis zum 31.12.2021 läuft. Es ist noch nicht bewiesen bzw. technisch belegt, dass die Geräte helfen werden.

Für ihn ist auch noch die Frage zu klären, ob die Geräte evtl. durch Leasing oder Miete günstiger finanziert werden können.

2. Bgm. Jürgen Großmann führt aus, dass in der Pharmazie klare Vorgaben festgelegt sind. Hier muss eine 10-fache Luft-Umsetzung/Stunde erfolgen. Ebenso informiert er, dass die sog. HEPA-Filter

zweimal jährlich ausgetauscht und gesondert entsorgt werden müssen.

Aus technischer Sicht sieht er hier ebenfalls Probleme, weil auch ein Mindestabstand eingehalten werden muss. Er sieht die Aufstellung ebenfalls als sehr kritisch. Nach seiner Meinung werden diese Geräte eine Sicherheit suggerieren. Es sollte sehr genau geprüft werden, wie das gemacht werden soll.

GR Andrea Stürmer ist der Ansicht, dass jeder nochmals an die Situation des Herbstes 2020 denken sollte. Dies sollte sich so nicht wiederholen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass jetzt erst der Termin in Hösbach wahrgenommen wird. Die Fraktionsvertreter erhalten die Info, zu welchem Zeitpunkt Haibach eingeladen wird.

4. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Bebauungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg

Sachverhalt:

Dipl. VWW Anja Züchner informiert:

Mit Schreiben vom 08.06.2021 wird die Gemeinde Haibach im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB zur Änderung und Erweiterung des rechtskräftigen Bebauungsplanes für das Gebiet „Kliniken am Hasenkopf“ (Nr. 23/1) gehört.

Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist bis zum **30.07.2021** gegeben. Diese Stellungnahme wird verlesen:

Das Klinikum Aschaffenburg wurde 1989 in Betrieb genommen. Als Zufahrtsstraße waren zum damaligen Zeitpunkt die Ludwigsallee und die Haibacher Straße vorhanden. Da bereits damals ersichtlich war, dass diese beiden Straßen für die Erschließung nicht ausreichen, wurde 1999 von der Stadt Aschaffenburg der Bebauungsplan für die Berliner Allee aufgestellt, der am 26.11.1999 in Kraft getreten ist.

Trotz bestehenden Baurechts für die Berliner Allee, wurde diese bis zum heutigen Tage nicht gebaut. Tatsächlich äußerte der jetzt amtierende Oberbürgermeister Herzing in einem Artikel des Main-Echos vom 29.01.2020, dass er den Ausbau der Berliner Allee klar ablehne.

Seit der Inbetriebnahme 1989 hat sich das Klinikum Aschaffenburg jedoch erheblich vergrößert. Dies ist schon allein aus der Namensgebung „Kliniken am Hasenkopf“ ersichtlich.

Das Klinikum am Hasenkopf ist seit 1989 auf mehr als die dreifache Größe bezüglich Patienten, Personal, Parkmöglichkeiten, Kliniken und Institute angewachsen. Dementsprechend hat sich selbstverständlich auch der Verkehr zum Klinikum erhöht.

Die Beschäftigtenzahl am Klinikum hat sich seit der Inbetriebnahme von 1.200 auf 2.400 Beschäftigte am Standort Aschaffenburg erhöht (ohne Personal von externen Firmen, das am Klinikum arbeitet).

Die Zahl der Patienten hat sich von 25.000 im Jahr 1989 auf jetzt 83.000 jährlich erhöht.

Die Zahl der Parkplätze stieg seit 1989 von 372 auf rund 1.400 Plätze.

In der Begründung des B-Plans wird unter I.1 festgestellt:

„Das Klinikum Aschaffenburg-Alzenau plant aktuell, kurz- bis mittelfristig ein neues Eltern-Kind-Zentrum sowie ein neues Operationszentrum zu realisieren. In diesem Zusammenhang wird auch ein Mehrbedarf an Kfz-Stellplätzen entstehen, sodass ein weiteres zweistöckiges Parkdeck geplant wird. Langfristig soll das Klinikum einschließlich der Bettenhäuser umfassend modernisiert werden.“

Die Begründung sagt weiter aus, dass der Standort des Klinikums zukunftsfähig aufgestellt werden soll. Deshalb beinhaltet der Bebauungsplan große erweiterte neue Bauflächen.

Die Erweiterung des F-Plans – und somit die im Bebauungsplan ausgewiesene Erweiterungsfläche – steht im Widerspruch zum Schutzziel des regionalen Grünzugs.

Die Erweiterung des Klinikums ist gegenüber dem Klima- und Naturschutz (Bannwaldzerstörung; Klimaveränderung) abzuwägen. Dabei wiegt das Schutzziel des regionalen Grünzugs höher. Die Erweiterung kann auch nicht durch gesellschaftliche Zwecke oder mit der Errichtung von „sozialen Baumaßnahmen“ begründet werden. Der Schutz der Haibacher Bürger in Bezug auf die Erhaltung des regionalen Grünzugs, der einen wesentlich höheren

überörtlichen Charakter hat, ist höher einzuschätzen als die Erweiterungsfläche für das Klinikum.

Die Gemeinde Haibach wendet sich ausdrücklich nicht gegen die Planung, das Klinikum am Hasenkopf zukunftsfähig zu erweitern, dies sollte jedoch auf flächensparendere Weise erfolgen oder in einem Bereich, der den Bannwald Richtung Haibach nicht beeinträchtigt.

Von Seiten der Stadt Aschaffenburg darf nicht weiterhin ignoriert werden, dass die Gemeinde Haibach ungewollt als Zubringer zum Klinikum dient. Obwohl bereits seit 1999 der Bebauungsplan „Berliner Allee“ in Kraft getreten ist und Baurecht für diese zwingend erforderliche Erschließung zum Klinikum besteht.

Seit Bau des Klinikums wurde in jeder Behördenbeteiligung, die sich mit dem Klinikum befasst, seien es Flächennutzungspläne oder Bebauungspläne, von Seiten der Gemeinde Haibach gefordert, die Berliner Allee endlich auszubauen. Diese Forderungen der Gemeinde Haibach wurden stets „abgewogen“ mit dem Ergebnis, dass ein Ausbau der Berliner Allee bis zum heutigen Tag nicht erfolgt und auch nicht absehbar ist.

Aus der Begründung zum laufenden Verfahren wird unter III Ziffer 5 erläutert, dass eine Machbarkeitsstudie fünf unterschiedliche Varianten für eine zweite unabhängige Anbindung des Klinikgeländes untersucht hat.

Favorisiert werden – aus Sicht der Stadtverwaltung Aschaffenburg – derzeit die Varianten 4 und 4a= Anbindung des Klinikums von der Schmerlenbacher Straße (KR Abs 22) – bei 4 a noch mit alternativer Trassenführung und Anbindung an das Parkplatzareal.

Dieser Einschätzung schließt sich die Gemeinde Haibach zunächst einmal an, da die geplanten Erschließungszufahrten aus südlicher Richtung nicht geeignet sind, um dem Ziel „2ter Rettungsweg“ gerecht zu werden. Eine weitere Zufahrt auf das Gelände des Klinikums ist nur sinnvoll, wenn diese aus einer anderen, separaten, isolierten Himmelsrichtung erfolgt. Hier in diesem Fall aus Norden.

Erschließungszufahrten für das Gelände aus südlicher Richtung beheben nicht die Situation, dass bei Störungen auf den Zubringern (Haibach, Aschaffenburg) zum Klinikum eine Andienung zum Klinikum nicht sicher gewährleistet ist – zumindest nicht, bis die Berliner Allee ausgebaut wurde. Dies kann auf Dauer nur über eine Zufahrt aus Richtung Norden erfolgen.

Bei Umsetzung der Varianten 4 oder 4 a wird jedoch zu bedenken gegeben, dass die Anbindung über die Schmerlenbacher Straße nur zweckmäßig sein kann, wenn ein großengerechter Ausbau der Straßen aus

Richtung Goldbach/Bismarckallee/Schellenmühle erfolgt.

Die aktuelle Straßenbreite wird als zu gering angesehen, um eine Akzeptanz der alternativen Strecke bei den Verkehrsteilnehmern erreichen zu können und um Unfällen vorzubeugen, die bei der jetzigen Ausbausituation vorprogrammiert wären, wenn mehr Verkehrsteilnehmer diese Anbindung zum Klinikum nutzen würden.

Es wird jedoch in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass keine der Varianten aus der Machbarkeitsstudie eine Verbesserung für die Verkehrssituation in Haibach bringen wird.

Es fand wieder mal keine Abwägung der Haibacher Interessen statt, da im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht untersucht wurde, wie sich der Bau der Berliner Allee auf die Verkehrsströme zum Klinikum auswirken könnte.

Aus Sicht der Gemeinde Haibach hätte die Machbarkeitsstudie, die von der Stadt Aschaffenburg erstellt wurde, sich nicht nur auf die direkte Anbindung der zweiten Zufahrt, sondern auch auf die weitläufigere Erschließung des Klinikums erstrecken müssen.

Der Sponackerweg in Haibach ist eine der vom Klinikum meist belasteten Straßen. Über diese Ortsstraße gelangen Patienten, Personal und Besucher aus dem Südosten der Stadt, das sind die Stadtteile Schweinheim und Gailbach sowie die weiter entfernt liegenden Gemeinden Soden, Sulzbach, Leidersbach u. a. auf dem derzeit kürzesten Wege an das Klinikum.

Der Verkehr zum Klinikum aus dem östlichen Landkreis, das ist der gesamte Verkehr aus den Spessartgemeinden, läuft ausschließlich über die Büchelbergstraße und die Eckenerstraße in Haibach zum Klinikum und entsprechend wieder zurück. Diese Straßen sind durch den Zu- und Abfahrtsverkehr massiv belastet. Diese Strecke ist ein im letzten Jahrhundert gewachsenes reines Wohngebiet mit enger Bebauung unmittelbar am Straßenrand. Dadurch gibt es auf den Grundstücken keine Stellplätze. Somit parken die Anlieger im Straßenraum, was zu beengten Verkehrsverhältnissen führt.

Schon allein aus Gründen der schnelleren Erreichbarkeit des Klinikums wäre der Ausbau der Berliner Allee dringend geboten, denn somit würden Umwege über die Haibacher Straßen (Sponackerwegroute oder Ringstraße oder Kneippstr./Holbeinstr./Sponackerweg) für Rettungsfahrzeuge aus südlicher Richtung Aschaffenburgs entfallen.

Die Aschaffener Ringstraße ist nicht nur zu Stoßzeiten, wie im Berufsverkehr, dicht befahren und es kann zu Rückstaus Richtung Jägerkasernenabfahrt kommen. Auf dem Stadtring ist die

Bildung einer Rettungsgasse nicht möglich, was für die Rettungsfahrzeuge bedeutet, dass die Abfahrt Schießhausbrücke nicht schnell erreichbar ist. Wertvolle Zeit geht so für die Patienten im Rettungswagen verloren.

Zu den zeitlichen Aspekten gibt es noch Sicherheitsgründe. Wenn die derzeitige Route über die Ringstraße zum Beispiel aufgrund von Bauarbeiten oder eines Unfalls nicht zur Verfügung steht, dann ist die Zufahrtsroute Ludwigsallee an der Schießhausbrücke nicht erreichbar. Die Abfahrtsrampe Schießhausbrücke ist so ungünstig gestaltet, dass ggf. das Durchkommen des Rettungswagens nicht möglich ist. Die alternative Route wäre dann über die Würzburger Straße, jedoch ohne Ausbau der Berliner Allee bleibt dann wieder nur der Umweg über Haibach und wieder ein zeitlicher Verlust für die Einsatzfahrzeuge.

Weiterhin wird zu Bedenken gegeben, dass geplante Straßenbauarbeiten sowohl von der Stadt Aschaffenburg, als auch von der Gemeinde Haibach zum zumindest vorübergehenden Ausfall der vorhandenen Zubringerstraßen zum Klinikum führen werden.

Geplant ist z.B. der Vollausbau der Ludwigsallee ab 2022 in Aschaffenburg. Zudem werden in Haibach noch in diesem Jahr Kanalbauarbeiten in Haibach an der Kreuzung Aschaffenburg/-Eckener- und Büchelbergstraße zur Ausführung kommen.

Die Gemeinde Haibach sieht durchaus die Notwendigkeit, die Kliniken am Hasenkopf zukunfts-fähig zu erweitern. Jedoch darf Haibach nicht weiter alleine mit dem Zufahrtsverkehr aus dem Osten und Süden belastet werden, sondern die Stadt Aschaffenburg muss auch ihren Beitrag durch den Bau der Berliner Allee erbringen.

Diese Strecke würde dann auch nicht durch ein im letzten Jahrhundert gewachsenes Haibacher Wohngebiet führen, sondern durch ein wesentlich kleineres Wohngebiet, das entlang der Berliner Allee und angrenzend an ein Gewerbegebiet entstanden ist wodurch deutlich weniger Anwohner betroffen wären.

Von Seiten der Stadt Aschaffenburg darf nicht weiterhin ignoriert werden, dass die Gemeinde Haibach ungewollt als Zubringer zum Klinikum dient. Obwohl bereits seit 1999 der Bebauungsplan „Berliner Allee“ in Kraft getreten ist und Baurecht für diese Erschließung zum Klinikum besteht.

Im Rahmen des ISEK wird für Haibach ein Verkehrskonzept erstellt. In diesem Konzept soll auch der Verkehrsstrom zum Klinikum untersucht werden. Aus Konsequenzen aus dieser Untersuchung sollen Möglichkeiten gefunden werden, die Ortsstraßen Haibachs massiv vom Durchgangsverkehr zu entlasten bzw. diesen komplett zu unterbinden. Die aktuell als

Hauptachse/Zubringer zum Klinikum genutzte Eckener + Büchelbergstraße werden in ihrer jetzigen Funktion gegebenenfalls mittelfristig so wie bisher nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Ausbau der Berliner Allee ist ein dringendes Anliegen der Gemeinde Haibach, da die derzeitige Erschließung des größten Klinikums in der Region völlig unzureichend ist.

Haibachs bereits jetzt dicht befahrene Straßen werden den durch die geplante Klinikerweiterung zunehmenden Verkehr nicht mehr fassen können und auch im Stadtgebiet Aschaffenburg sieht es, wie oben dargelegt, nicht anders aus. Somit ist der Ausbau der Berliner Allee nicht nur im Interesse der Haibacher Bevölkerung, sondern auch vieler Arbeitnehmer, Besucher und vor allem im Sinne der Patienten.

Gemäß § 30 BauGB ist im Geltungsbereich eines Bebauungsplans ein Vorhaben zulässig, wenn es diesen Festsetzungen nicht widerspricht **und die Erschließung gesichert ist.**

Die Gemeinde Haibach geht davon aus, dass der hier vorliegende Bebauungsplan ohne eine weiträumigere Betrachtung der Erschließung nicht als rechtskräftige Satzung verabschiedet werden darf. Die Erschließung eines solch verkehrsträchtigen Vorhabens, wie der Kliniken am Hasenkopf kann nicht allein durch die direkte Zufahrtsmöglichkeit betrachtet werden, sondern muss wesentlich weitläufiger erfolgen, um zu gewährleisten, dass die betroffenen Straßen den aufkommenden Verkehr überhaupt aufnehmen können.

Eine ausreichende wegemäßige Erschließung ist gesichert, wenn das Baugrundstück über eine Straße angefahren werden kann, die in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht für den zu erwartenden An- und Abfahrtsverkehr ausreicht. Zur Herstellung einer gesicherten Erschließung gehört auch der Umstand, dass das Bauvorhaben bzw. das Vorhabengrundstück im Einzelfall entsprechend seinen Erfordernissen für öffentlichen Verkehr auf dazu ausreichend hergestellten Wegen zu erreichen ist VG Ansbach, Urteil v. 16.01.2020 – AN 17 K 17.00963, AN 17 K 17.01319

Ohne den Ausbau der Berliner Allee ist die Erschließung zum Klinikum nicht gesichert.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass die Zu- und Abfahrten zum Klinikum in das Verkehrsgutachten mit eingeschlossen werden.

GR Bodo Leiblein sieht hier eine ausgezeichnete Argumentation gegen das anstehende Verfahren.

Dies bestätigt **GR Jürgen Goldhammer** ebenso.

GR Andrea Stürmer ergänzt, dass mittlerweile noch weitere Kliniken hinzugekommen sind. Sie möchte wissen, ob die „Berliner Allee“ ein Bestandteil der damaligen Genehmigung war, oder nur die bisher genutzten Straßen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass in den Unterlagen des Archivs vermerkt ist, dass die Berliner Allee Bestandteil der Genehmigung war. Es wurde sogar ein Normenkontrollverfahren durchgeführt.

Die Stadt Aschaffenburg möchte auf jeden Fall die Erschließung des Areals verhindern. Dafür werden wohl auch wieder Umweltaktivisten auf den Plan treten. Wir werden auch mit Leserbriefen rechnen müssen und nicht alle werden die Forderungen der Gemeinde Haibach unterstützen.

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass auch Haibacher Bürger entsprechende Eingaben an die Stadt Aschaffenburg gemacht haben. Er möchte von Herrn Weis wissen, ob sich die Bedenken, Hinweise und Anregungen der Bürger in diesem Schreiben wiederfinden.

Herr Peter Weis erklärt, dass Einverständnis besteht und die Bedenken der Anlieger in dem Schreiben aufgeführt sind.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach fordert von der Stadt Aschaffenburg die Erschließungsstraße „Berliner Allee“ zu bauen und den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 3.18 baulich umzusetzen. Nur so kann eine gesicherte Erschließung im Sinne des Baurechts geschaffen werden.

In die Stellungnahme an die Stadt Aschaffenburg sollen alle Argumente aus der Beschlussvorlage einfließen.

Die Gemeinde Haibach behält sich vor, rechtliche Schritte gegen die Stadt Aschaffenburg einzuleiten, falls die Forderung nach dem Ausbau der Berliner Allee wieder einmal nicht erfüllt werden sollte.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

5. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Flächennutzungsplan "Kliniken am Hasenkopf" Stadt Aschaffenburg

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 08.06.2021 wird die Gemeinde Haibach im Rahmen des § 4 Abs. 1 BauGB zur Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Kliniken am Hasenkopf“ gehört.

Im Gegensatz zu einem Bebauungsplan stellt der Flächennutzungsplan nach h. M. keine Satzung dar, so dass § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO nicht einschlägig ist. Seine Festsetzungen enthalten grundsätzlich auch keine Rechtsvorschriften i.S.d. § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO. Daher kann ein Flächennutzungsplan grundsätzlich nicht tauglicher Gegenstand einer Normenkontrolle nach § 47 VwGO sein.

Die Erweiterung des F-Plans – und somit die im Bebauungsplan ausgewiesene Erweiterungsfläche – steht im Widerspruch zum Schutzziel des regionalen Grünzugs.

Die Erweiterung des Klinikums ist gegenüber dem Klima- und Naturschutz (Bannwaldzerstörung; Klimaveränderung) abzuwägen. Dabei wiegt das Schutzziel des regionalen Grünzugs höher. Die Erweiterung kann auch nicht durch gesellschaftliche Zwecke oder mit der Errichtung von „sozialen Baumaßnahmen“ begründet werden. Der Schutz der Haibacher Bürger in Bezug auf die Erhaltung des regionalen Grünzugs, der einen wesentlich höheren überörtlichen Charakter hat, ist höher einzuschätzen als die Erweiterungsfläche für das Klinikum.

Die Gemeinde Haibach wendet sich ausdrücklich nicht gegen die Planung, das Klinikum am Hasenkopf zukunftsfähig zu erweitern. Dies sollte jedoch auf flächensparendere Weise erfolgen oder in einem Bereich, der den Bannwald Richtung Haibach nicht beeinträchtigt.

Die Gemeinde Haibach verweist ansonsten auf Ihre Stellungnahme zum laufenden Bebauungsplanverfahren „Kliniken am Hasenkopf“.

Auf den Ausbau der „Berliner Allee“ wird bestanden, um eine der heutigen Zeit und dem heutigen Verkehrsaufkommen Rechnung tragende Erschließung des immer weiter wachsenden Klinikums zu gewährleisten.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach besteht auf die zusätzliche Erschließung des Klinikums durch den Ausbau der „Berliner Allee“.

Zudem wird gefordert, die Erweiterungsfläche aus dem Flächennutzungsplan herauszunehmen und den Bannwald zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

6.	Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept mit Vorbereitender Untersuchung – Vorstellung der Vorgehensweise durch das Planungsbüro
-----------	---

Sachverhalt:

Frau Thrum vom Architekturbüro arc.grün informiert anhand einer PP-Präsentation ausführlich über die Vorgehensweise der Durchführung des städtebaulichen Entwicklungskonzeptes.

7.	Allgemeines
-----------	--------------------

Es ergeht Einladung zum gemeinsamen Ortsrundgang. Treffpunkt hierzu ist um 13:30 Uhr am Rathaus.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** die Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 24.07.2021 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERAT

Sitzungstag: Mittwoch, 18. August 2021

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 22:10 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jörg Baumann	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Andreas Roth		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat - Infos

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Vorstellung Lüftungsgeräte
3.	Beschlussfassung zur Bestellung von Lüftungsgeräten
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sondersitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die Gemeinderäte Jörg Baumann, Anja Goymann und Bodo Leiblein sind entschuldigt. Es sind 18 Stimmberechtigte anwesend.

Zu dieser Sitzung wurden auch Vertreter der Grund- und Mittelschule, des Johannesvereins und der

beiden Kirchenstiftungen eingeladen. Für die Schulen wurde ein Förderprogramm aufgelegt, welches für jeden Raum eine Fördersumme von 1.750 EUR bereitstellt. Für die Inanspruchnahme der Förderung ist jedoch eine Ausschreibung erforderlich. Seitens der Schule werden Frau Urmetzer, Schulleiterin der Grundschule und Herr Kalina, Vorsitzender des Elternbeirates der Grundschule, begrüßt. Die Schulleiterin der Mittelschule, Frau Abrudan, ist für heute Abend entschuldigt. Für den Johannesverein sind Herr Martellucci, Herr Welzbacher und Frau Richards anwesend.

2. Vorstellung Lüftungsgeräte

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass seitens der Staatsregierung die Bezuschussung von Luftreinigungsanlagen für die Schulen beschlossen wurde. Hierzu fanden vor ca. 3 Wochen in Hösbach entsprechende Präsentationen diverser Herstellerfirmen statt. Die Verwaltung und die Fraktionsvertreter haben sich dort über diese Geräte informiert. Nun wurden 4 Firmen eingeladen, die ihre Produkte vorstellen und erläutern sollen. Für jede Präsentation ist ein Zeitfenster von 30 Minuten eingeplant. Im Anschluss erfolgt dann die Diskussion zur Entscheidungsfindung.

Folgende Firmen präsentieren ihre Lüftungsgeräte:

Fa. Heraeus

Fa. HS Solution

Fa. Dominik Becker Vertrieb und Beratung

Fa. Elektro-Marketing Zentrale

Die Repräsentanten erläutern ausführlich die technischen Ausstattungen und Gegebenheiten der jeweiligen Geräte.

3. Beschlussfassung zur Bestellung von Lüftungsgeräten

Sachverhalt:

Im Anschluss wird die Sitzung in den Konferenzräumen fortgeführt:

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass bezüglich der Kindertagesstätten festzustellen ist, dass hier ebenfalls in gleicher Höhe Zuschüsse gewährt werden. Der Unterschied besteht darin, dass die Kindergärten mit freien Trägern nicht an entsprechende Ausschreibungen gebunden sind.

Dies hat den Vorteil, dass man bzgl. der Vergabesumme nicht den Schwellenwert von 250.000 EUR erreichen wird, und keine EU-weite Ausschreibung notwendig ist.

Der Landkreis Aschaffenburg hat für die kreiseigenen Schulen bereits ca. 600 Geräte ausgeschrieben. Zur korrekten Abwicklung der Ausschreibung und Beauftragung wurden dort ein Ing.-Büro und eine RA-

Kanzlei beauftragt. Nach einem Gespräch mit Bgm. Marcus Grimm, Vors. des Bay.GT, Kreisverband Aschaffenburg, besteht auch die Möglichkeit, dass die LK-Kommunen auch Kontakt aufnehmen können, damit keine Förderschädlichkeit entsteht.

2. Bgm. Jürgen Großmann hat sich, gemeinsam mit Bautechniker Andreas Roth, sehr mit dieser Thematik beschäftigt. Hierzu wurde vom 2. Bgm. Jürgen Großmann eine aufwendige Excel-Tabelle erstellt, um die Förderrichtlinien, die technischen Gegebenheiten sowie den Raumbestand und den Bedarf gegenüberstellen zu können.

2. Bgm. Jürgen Großmann erläutert seine ausgearbeitete Tabelle.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, ob hier auch die Stromverbräuche mit geprüft wurden. Eventuell sollten in einem „Musterraum“ die erforderlichen

Geräte jeweils nach Hersteller aufgestellt und in Betrieb genommen werden. So könnte ein anschauliches Ergebnis ermittelt werden.

GR Jürgen Goldhammer findet die vorgestellte Tabelle hervorragend. Nun sollte der Gemeinderat eine Grundsatzentscheidung fällen, in welchen Räumen diese Geräte erforderlich sind und ob diese angeschafft werden. Nach seiner Auffassung sind die Klassenräume in den Trakten 1,2 und 3 quer zu lüften. Jedoch, z. B. in der Schulküche, im Werkraum, Physiksaal, Lehrerzimmer, und es gibt sicherlich noch weitere Räume, in denen diese Luftreinigungsanlagen wichtig sind. Man sollte z.B. zusammen mit Frau Urmetzer prüfen, welche Zimmer z.B. nur selten genutzt oder auch evtl. aktuell nicht genutzt werden. Er sieht es als wichtig an, dass dies vorab geprüft wird.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Staatsregierung jeden Raum einer Schule fördert. Die Förderquote erhöht sich, wenn stationäre Lüftungsanlagen verbessert werden können. Dies würde auf unseren Hort zutreffen.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob die angeschafften CO₂ – Messgeräte auch entsprechend richtig eingesetzt werden.

Dies bestätigt **Frau Urmetzer**. Sie informiert, dass diese zum Ende des Unterrichts wieder aufgeladen werden müssen und daher dann in der Nähe des Pults stehen. Im Schulbetrieb stehen diese Geräte mitten im Raum.

GR Bernd Oppenrieder plädiert für die Anschaffung von Luftreinigungsanlagen. Nach seiner Ansicht kann es möglich sein, dass nach der Delta-Variante weitere schlimmere Mutationen kommen können. Man sollte hier unbedingt Vorsicht walten lassen. Die Entscheidung sollte nicht vom Geld abhängig gemacht werden. Es sollten drei Beschlüsse gefasst werden. Werden die Luftreinigungsanlagen angeschafft, welche Technologie wird eingesetzt, welcher Hersteller wird beauftragt.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht die Reduzierung der Virenlast als Hauptkriterium für den Einsatz der Luftreinigungsanlagen. Die Luftreinigungsanlagen ersetzen dabei nicht das regelmäßige und vorgeschriebene Lüften der Räume. Die Luftreinigungsanlagen sind nur als unterstützende Maßnahme zu den allgemein gültigen Maßnahmen (AHA+L-Regeln, CO₂-Ampeln) einzuordnen.

GR Andrea Stürmer ist der Ansicht, dass alles getan werden sollte, damit die Schulen im Herbst und Winter offen bleiben können. Die Gemeinde sollte so schnell als möglich aktiv werden. Es sollte nun geprüft werden, wie der Gemeinderat sich entscheiden wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hierzu, dass die Luftreinigungsanlagen eventuelle Schulschließ-

ungen nicht werden verhindern können. Diese Geräte geben auch keine Garantie hierfür. Nach seiner Meinung wird es keine Differenzierung, je nach Ausstattung der Schulen mit Luftreinigungsanlagen, geben. Man wird sich auch hier mit den Inzidenzzahlen auseinandersetzen müssen. Es ist auch festzustellen, dass diese Luftreinigungsanlagen das Lüften der Klassenräume nicht ausschließen wird.

GR Steffen Kruschina ist doch der Ansicht, dass Entscheidungen bzgl. Schulschließungen auch mit vorhandenen Luftreinigungsanlagen zusammenhängen werden.

GR Toni Stahl sieht hier eine grundsätzliche Entscheidung. Welche Vorteile bringen diese Geräte? Der Gemeinderat muss sich auch bewusst sein, dass hier das Geld aller Bürger verwaltet wird. Es geht nach dem Grundsatz: Jeder Fördertopf, der angeboten wird, soll ausgenutzt werden. Er findet es seltsam, dass sich die Hersteller bereits auf Kosten in Höhe von ca. 3.000 EUR pro Raum „einschießen“. Er weist auch auf die hohen Betriebskosten hin und verweist auf die Kostenlast, die auf die nächste Generation übertragen wird. Nach seiner Meinung wird mit dem Argument „es geht um unsere Kinder“ wieder Angst geschürt.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass bei den überschlägig festgestellten 65 Räumen (Haibach und Grünmorsbach) Kosten in Höhe von bis zu 300.000 EUR auf die Gemeinde zukommen könnten.

GR Bernd Oppenrieder sieht diese Argumentation als abenteuerlich an. Fakt ist nach seiner Ansicht, dass die Kinder geschützt werden müssen, da diese sich mittlerweile massiv anstecken. Die Gefahr sieht er als absolut realistisch an und begründet dies mit Krankheitszahlen aus diversen Veröffentlichungen.

GR Jürgen Goldhammer sieht ebenfalls die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Entscheidung. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Differenzierung erforderlich ist. Wenn die Schule mit diesen Geräten ausgestattet wird, stellt sich die Frage, ob das Rathaus auch entsprechende Ausstattungen erhalten müsste.

Frau Urmetzer ist der Meinung, dass die Klassenzimmer, die von 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr genutzt werden, auch entsprechend ausgestattet werden sollten. Die weiteren Räume sollte man bzgl. der Nutzung prüfen.

Herr Kalina, Vors. des Elternbeirates der Grundschule informiert, dass die Eltern diesbezüglich eine schnelle Umsetzung wollen.

GR Michael Albert stellt nochmals fest, dass eine generelle Lüftung der Räume jedoch ebenfalls notwendig ist.

Zur Differenzierung erklärt **GR Ingo Adams**, dass dies ein schwieriges Thema ist. Er hat mittlerweile

sehr Vieles hierzu recherchiert und sieht dies als sehr komplex. Nach Informationen des Bundesumweltamtes werden entsprechende Kategorien der Räume vorgeschlagen. Die Kategorieeinteilung nach Ansicht des Umweltbundesamtes erfolgt nach der Belüftungsmöglichkeit der Räume. Das Umweltbundesamt sieht keine direkte Notwendigkeit von Luftreinigungsanlagen bei Räumen, die gut bzw. quer zu lüften sind.

GR Bernd Oppenrieder schlägt vor, die Räume zu prüfen und diese nach deren Nutzungsdauer und nach der Anzahl der Kinder einzuteilen. Dann sollte entschieden werden, wo welche Geräte erforderlich sind.

2. Bgm. Jürgen Großmann macht den Vorschlag, dies gemeinsam mit Frau Urmetzer und Bautechniker Andreas Roth zu erarbeiten, die Liste entsprechend zu ergänzen und an die GRe zu schicken.

Kämmerer Thomas Wenzel fragt, ob die Entscheidung nach den Vorgaben des Bundesamtes, nach den Förderrichtlinien Bayern, in denen jeder Raum gefördert wird, oder nach der Nutzung der Räume erfolgen soll.

2. Bgm. Jürgen Großmann schlägt vor, dass alle Unterrichtsräume, die Schulküche, der Werkraum, der Informatikraum, der Physiksaal und die Mittagsbetreuung in Frage kommen. Dies sind in Haibach 35 und in Grünmorsbach 12 Räume.

Der Hort bleibt außen vor, weil hier entsprechende Möglichkeiten bestehen, die Lüftungsanlage zu ergänzen. Hierzu sind auch höhere Fördermittel möglich.

GR Christian Fuchs schlägt vor, eventuelle Leasingangebote zu prüfen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird vorgeschlagen, dass 2 Bgm. Jürgen Großmann, Bautechniker Andreas Roth und die Schulleiterinnen die

Räume prüfen und festlegen, welche Technologie jeweils eingesetzt werden soll. Die Gemeinderäte werden hierzu im Nachgang informiert.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach schafft als Sachaufwandsträger für die Grund- und Mittelschule in Haibach mit Grünmorsbach, inkl. Kinderhort, Luftreinigungsgeräte an. Es erfolgt eine nachrangige Raumdifferenzierung.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 2

Beschluss

In der Grund- und Mittelschule Haibach mit Grünmorsbach 47 Räume mit Lüftungsgeräten auszustatten.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3

Beschluss

Für die Anschaffung der Geräte wird eine entsprechende Ausschreibung vorbereitet und durchgeführt. Die Vergabe erfolgt ggf. in einem weiteren Sommersenat oder in der Sitzung des GR am 15.09.2021.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3

Beschluss

2. Bgm. Jürgen Großmann, Bautechniker Andreas Roth und die Rektorinnen der beiden Schulen werden in einer Begehung der Räume die entsprechenden Techniken der Lüftungsmöglichkeiten festlegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

4. Allgemeines

Sachverhalt:

4.1. Baustelle Ortsverbindungsstraße – Einmündungsbereich Richtung Gailbach

GR Bernd Oppenrieder berichtet, dass im Zuge der Baumaßnahme am heutigen Tag eine der beiden Platanen am Ortseingang Dörmorsbach gefällt wurde. Er möchte wissen, wer diesen Planungsfehler zu verantworten hat, wer dieser Fällung zugestimmt hat und wer diese Kosten übernimmt. Dieses Vorgehen findet er unverantwortlich in der jetzigen Zeit.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass diese Fällung aus technischen Gründen erforderlich wurde. Der Baum war nicht mehr zu erhalten, da sich das

Wurzelwerk zum großen Teil in Richtung der Fahrbahn entwickelte. Dies wurde im Rahmen der Bautätigkeiten festgestellt. Aus diesem Grund war keine Standsicherheit mehr gewährleistet. Die Fachbehörden wurden durch den Träger der Baustelle informiert und von dort die Genehmigung zur Fällung erteilt. Die Gemeinde Haibach wurde hierüber in Kenntnis gesetzt.

GR Bernd Oppenrieder ist der Meinung, dass hier eine Umplanung erforderlich gewesen wäre. Die Linksabbiegerspur nach Gailbach ist nach seiner Ansicht nicht notwendig. So hätte der Baum erhalten bleiben können.

Hierzu erwidert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Umplanung dann wieder eine zeitliche Verzögerung der Baustelle zur Folge gehabt hätte. Für die gefällte Platane wird eine Ersatzpflanzung vorgenommen. Die Maßnahme wird, wie geplant, fortgesetzt.

4.2. Linde am Nepomuk-Denkmal

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, wie sich die Linde nach der Rückschnitt-Aktion bisher entwickelt.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Aktion wohl wenig Erfolg brachte. Es hat sich nur wenig Blattwerk gebildet. Über die weitere Gestaltung dieses Bereiches wird man sich Gedanken machen müssen.

4.3. Öffnung Hallenbad

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob die Möglichkeit besteht, das Hallenbad in den letzten beiden Ferienwochen zu öffnen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies aktuell geprüft wird. Im Rahmen eines Ausgleichsunterrichtes ist eine Öffnung möglich. Schwimmmeister Rocco Adler erarbeitet aktuell das Hygienekonzept. Geplant ist die Öffnung spätestens am 13. September. Eine entsprechende Veröffentlichung hierzu wird erfolgen.

4.4. Bundestagswahlen – Erfrischungsgeld

GR Dietmar Kempf-Blatt stellt fest, dass sich die Gemeinde Haibach mit der Zahlung eines Erfrischungsgeldes in Höhe von 30 EUR für die Wahlhelfer, auf dem unteren Level des Landkreises bewegt. Hier sollte an eine Erhöhung gedacht werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies per Antrag durch den Gemeinderat erhöht werden kann.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **15.09.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 15. September 2021

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:45 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	ab 19:15 Uhr
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	bis 21:30 Uhr
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	ab 19:10 Uhr
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	ab 19:25 Uhr

Abwesend:

Michael Albert	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 24.07.2021 und 18.08.2021
4.	Bebauungsplan Seitzenäcker - 5. Änderung, Billigung des Planentwurfs und Beschluss über die öffentliche Auslegung und Anhörung der Behörden
5.	Sachstandsbericht der Verwaltung
6.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
7.	Bekanntgabe Jahresergebnis 2020
8.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2019 der Wasserversorgung
9.	Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2019 des BgA Sportstätten
10.	Sachstand über die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Grund- und Mittelschule Haibach und Grünmorsbach, inkl. Kinderhort
11.	Entdecke die Natur e.V. - Übernahme des Defizits aus dem Kindergartenjahr 2019 für den Waldkindergarten Haibach
12.	Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung zur Bewältigung der Corona-Pandemie
13.	Bundestagswahl 2021; Festlegung des Erfrischungsgeldes
14.	Zuschussantrag des SV Alemannia Haibach 1919 e.V. für die Renovierung des Sportheims
15.	Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Änderung des Flächennutzungsplans Aschaffenburg im Bereich "Obernburger Straße" auf der Fl.-Nr. 3021 Gemarkung Leider
16.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen

Gemeinderäten 15 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die GRe Michael Albert und Anja Goymann sind für heute entschuldigt. Drei Gemeinderäte sind aktuell noch verhindert und kommen später.

Die beiden anwesenden interessierten Zuhörer werden ebenso, wie die Teilnehmer der Bürgerfragestunde im Livestream, ebenfalls begrüßt.

2. Bürgerfragestunde**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die beiden Zuhörer und fragt nach Wortmeldungen im Livestream oder per Chat.

Per Chat gehen folgende Anfragen ein:

Frank Häcker

Geschützte Radfahrstreifen: Sicher mit dem Rad vorankommen

Sicherheit ist für viele Menschen wichtig bei der Entscheidung, ob sie auf ein Fahrrad steigen und ob sie gerne damit fahren. Das gilt laut Umfragen vor allem für Frauen, Familien und ältere Menschen.

Ich möchte beantragen, dass in Haibach die Hauptverkehrsadern (Würzburger Straße, Eckenerstraße, Freiheitstraße, Büchelbergstraße, Hauptstraße, Jahnstraße) von parkenden Autos befreit werden und dadurch Platz für geschützte Radfahrstreifen entsteht.

Ein wachsender Radverkehrsanteil ohne die Schaffung von adäquater Infrastruktur und Zuweisung von Flächen bremst sowohl den Radverkehr wie auch den motorisierten Verkehr aus und sorgt für Konfliktpotenzial.

Ermöglicht den Haibacher:innen Ihr Mobilitätsverhalten nachhaltig zu ändern!

Frank Häcker

Spielraumplanung

Ich möchte beantragen, dass die Gemeinde Spielmöglichkeiten im Freien, für die Kinder von 8 bis 14 Jahren errichtet. Die aktuell in Haibach und den Ortsteilen zur Verfügung gestellten, Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten entsprechen in keiner Weise dem Bedarf der Kinder.

In Grün- und Dörmorsbach wird für Kinder in dem genannten Alter kaum eine Spielmöglichkeit geboten. Der Bolzplatz in Grünmorsbach ist verroht, die Spielplätze nur für Kindergartenkinder geeignet. In Dörmorsbach hat man neben dem Bolzplatz

immerhin noch einen Basketballkorb. In Haibach gibt es zusätzlich noch eine Skateranlage.

Angesagte Möglichkeiten gäbe es viele, Pump Track, Kletteranlage, Tischtennis, Ninja Warrior Parcours, Trampolin, StreetSoccer, Basketball, Boulderanlage...

Neu geschaffene Möglichkeiten müssen gut mit dem Fahrrad erreichbar sein. Veraltete und nicht genutzte Bolzplätze könnten als freie Flächen umgestaltet werden. Interessante Projektstage und Wochen, im Rahmen einer Umweltbewegung ...

von Frank Häcker (privat):

..... könnten jährlich neu umgesetzt werden. Sie bieten Anreiz für neues, und helfen sowohl den Kindern, als auch der Gemeinde bei einer nachhaltigen Entwicklung. Ideen hierfür findet man auf www.globaleslernen.de innerhalb von Sekunden.

P.S. Ein Unding, dass sich Haibacher Bürger auf einer Haibacher Facebook Seite über Jugendliche beschwerten, die auf Spielplätzen herumlungern. Denen zur Last zu legen, dass die Gemeinde kein Angebot für sie geschaffen hat, ist eine Frechheit.

Man sollte doch etwas mehr Respekt gegenüber der nachfolgenden Generation erwarten und tolerieren, dass unterschiedliche Altersklassen unterschiedliche Interessen haben.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet zu den Chat-Anfragen:

Das Büro Obermeier beginnt aktuell mit dem Verkehrsgutachten, welches die Gemeinde in Auftrag gegeben hat. Es werden entsprechende Umfragen und Messungen durchgeführt. Die Dauer hierfür ist etwa mit 3-4 Monaten kalkuliert.

Für **Radfahrer** wird auch schon „etwas“ getan. Es wurde bereits mit verschiedenen Maßnahmen begonnen. Die Ortsverbindungsstraße wurde mit einem Radweg ausgestattet, die Kreuzungen am Findberg und bei der Firma Adler wurden nach den

neuesten Erkenntnissen ausgebaut. In Haibach wird es nicht gelingen, dass alle Straßen von parkenden Fahrzeugen befreit werden. Die Anfrage wird an das Büro Obermeier weitergeleitet.

Zur **Spielraumplanung** ist festzustellen, dass hierzu ein Arbeitskreis für Spielplätze besteht. In jedem Jahr werden 50.000 EUR für die Gestaltung der Spielplätze im Haushalt eingestellt. Haibach hat im Vergleich zu anderen Gemeinden die höchste Spielplatzdichte. Zu den Anmerkungen, dass 12-15 jährige keine entsprechenden Möglichkeiten haben, wird sich der AK sicherlich befassen. Die Anfrage wird an den AK weitergeleitet.

Aktuell wird der Spielplatz im Morsbachweg erneuert, leider fehlen hier für die Fertigstellung noch Materialien. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass im Herbst die Arbeiten erledigt sind.

GR Steffen Kruschina vom AK Spielplätze bemerkt, dass sich der AK diesem Thema bereits angenommen hat. Die Altersstufe wird im kommenden Jahr berücksichtigt.

GR Bernd Oppenrieder schlägt vor, dass dieser Punkt ebenfalls in den Sachstandsbericht mit aufgenommen wird.

Schriftliche Anfrage vorab von **Herrn Auer** bzgl. der Umstellung der LED-Beleuchtung im Ortsgebiet.

Hierzu teilt **Dipl. Ing. Martin Volk** mit, dass er sich diesbezüglich mit der AVG in Verbindung gesetzt hat und die direkte Beantwortung an Herrn Auer bereits erfolgte.

Für Herrn Auer ist die Frage beantwortet

3. **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom 24.07.2021 und 18.08.2021**

Die Protokolle der Sitzungen vom 24.07. und 18.08.2021 wurden ohne Anmerkungen genehmigt.

4. **Bebauungsplan Seitzenäcker - 5. Änderung, Billigung des Planentwurfs und Beschluss über die öffentliche Auslegung und Anhörung der Behörden**

Sachverhalt:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 09.06.2021 wurde die Aufstellung des Bebauungsplanes Seitzenäcker, 5. Änderung, im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB beschlossen.

Das Architekturbüro Richter und Schöffner hat diesen Bebauungsplan in seiner Gesamtheit neu gefertigt und es wurden u.a. folgende Festsetzungen den heutigen Bedürfnissen angepasst:

Frau Richter erläutert ausführlich die erarbeiteten Änderungsvorschläge:

- Erweiterung der Baugrenzen
- Ausweitung der möglichen Dachneigungen
- Verzicht auf Baulinien
- Anpassung der Wandhöhen, Nebenanlagen, Garagen- und Stellplätze, Verzicht auf die Festlegung von Grundstücksgrößen, jedoch Beibehaltung der 175 m² Regelung.

Die Ergebnisse der Sitzung des Arbeitskreises am 04.08.2021 wurde ebenfalls berücksichtigt:

- Einbau von Zisternen als Retentionszisterne (Rückhaltung und Nutzung von Regenwasser)
- Dachbegrünung
- Photovoltaikanlagen, Pflicht bei Neubauten
- Unzulässigkeit von Steingärten
- Stellplätze – Anfahrbarekeit, 50 % Straßenfrontlänge der Vorgartenzone (s. Stellplatzsatzung der Gemeinde).

Die Festsetzung der Firstrichtung bei den noch möglichen Gebäuden wurde aus dem rechtskräftigen B-Plan übernommen. Die Südorientierung der Dachflächen ist daher nicht immer gegeben. Anzumerken ist, dass auch im Bestand PV-Anlagen auf nach Westen und Osten ausgerichteten Dächern vorhanden sind.

Aus Sicht der Verwaltung besteht mit diesem Plan Einverständnis.

Der Plan müsste nun seitens des Gemeinderates gebilligt und das weitere Verfahren beschlossen werden. Nachdem der Bebauungsplan im Verfahren nach § 13a BauGB (Nachverdichtung von Flächen) erstellt wird, kann nach der Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Möglichkeit zur Äußerung gem. § 13a Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BauGB sofort die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie parallel hierzu die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB vorgenommen werden.

Im Verlauf der Diskussion erläutert **Frau Richter**, dass der B-Plan aus den Jahren 1975/76 stammt. Heute geht es um die 5. Änderung.

Bgm. Andreas Zenglein dankt Frau Richter für die ausführlichen Erläuterungen und möchte wissen, ob seitens des Arbeitskreises alle Punkte eingearbeitet wurden.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, welcher Sinn hinter der Festschreibung bzgl. der „Hochglanz-Ziegeln“ steht.

Frau Richter erklärt, dass dies noch aus einer früheren Festlegung stammt. Die Montage einer Photovoltaikanlage macht eine farbliche Gestaltung des Daches ohnehin zunichte.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, diesen Passus dann zu streichen.

GR Jörg Baumann fragt, ob die Bürger in diese Änderung mit einbezogen wurden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Festlegungen heute getroffen werden. Die Bürger haben die Möglichkeit sich zu informieren und Bedenken und Anregungen vorzubringen.

Frau Richter erklärt, dass gemäß dem Verfahren §13a BauGB eine frühzeitige Beteiligung erfolgt. Der Gemeinderat entscheidet nach der Auslegungsfrist, ob die Anregungen aus der Bevölkerung mit aufgenommen werden.

Bezüglich der Festlegung von 3 KW für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom möchte **GR Steffen Kruschina** wissen, ob dies in Bezug auf die vorhandenen Gauben realistisch ist. Wie machen dies andere Gemeinden?

Frau Richter antwortet, dass sich andere Gemeinden noch nicht so explizit mit diesen Festlegungen auseinandergesetzt haben.

GR Steffen Kruschina fragt, wie dies mit den Bauwerbern geregelt wird.

Frau Richter antwortet, dass hierzu städtebauliche Verträge für ein Energiekonzept möglich sind. Dies ist bei einer Aufstellung eines B-Planes für ein Neubaugebiet zu empfehlen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Festlegung bzgl. der 3 KW im Arbeitskreis erfolgte. Dies sollte realisierbar sein.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass nach dem Solarkataster dies für 80 % des Eigenbedarfs ausreichend sein soll.

GR Toni Stahl sieht die 3-KW-Regelung als überholt an. Nach einem Sofortprogramm der Bundesregierung sollen entweder Solarthermie oder Stromerzeugung gefördert werden. Man sollte sich hier nach den Vorgaben der Bundesregierung richten.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Meinung, dass die „Erneuerbaren Energien“ generell gefördert werden.

GR Bernd Oppenrieder sieht dies als Entwurf der Bundesregierung, hierzu sollte man die anstehende Bundestagswahl noch abwarten.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass auch Befreiungen erteilt werden können, wenn dies bei einem Bauwerk erforderlich sein sollte.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass zum Thema Energieeffizienz sicherlich der Bürger entscheidet, wie er die nötigen Werte erreicht.

Frau Richter erklärt zur Festschreibung der Firstrichtung, dass diese zur optimalen Ausnutzung der Solarenergie vorgesehen ist.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht dies aus städtebaulicher Betrachtung als in Ordnung an. Die 3 KW sieht er als „Zielwert“ an.

GR Bernd Oppenrieder weist nochmal auf die Notwendigkeit der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien hin.

GR Steffen Kruschina sieht dies als ganzheitliches Ziel. Es sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Klimaerwärmung zu verringern. Nach seiner Ansicht geht Umwelt- und Klimaschutz nur mit den Bürgern.

Frau Richter erklärt, dass keine Festsetzungen in bestehenden Baugebieten möglich sind. Hierzu müssen entsprechende Verträge mit den Bauwerbern abgeschlossen werden. Energiekonzepte können nur bei neuen Baugebieten festgelegt werden.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass man seitens der Bevölkerung eine Rückmeldung zu den Festsetzungen erhalten wird.

Beschluss

Maßnahmen für die Erzeugung oder Speicherung von Strom (nach § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB):

Bei der Errichtung von Neubauten sind Photovoltaikanlagen oder Solarthermie mit mindestens 3 Kilowatt (kW) Leistung zu errichten.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 9

Beschluss

Der Planentwurf für die 5. Änderung des Bebauungsplanes Seitzentäcker in der Fassung vom 15.09.2021 wird gebilligt. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit ist zu veranlassen. Hiernach wird die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie parallel hierzu die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen. Mit der Anhörung nach § 4 Abs. 2 BauGB wird das Architekturbüro Richter und Schöffner beauftragt.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 5

5. Sachstandsbericht der Verwaltung

	Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
5.1	ISEK / Verkehrskonzept	Hauptamt / Bauamt / Gemeinderat	Vorbereitende Untersuchungen laufen, derzeit wird ein Fragebogen für die Eigentümer um VU-Gebiet erarbeitet. Voraussichtlich Beschluss des VU-Gebiets im Oktober 2021	06/2022
5.2	Gemeindeverbindungsstraße, 2.BA	Bauamt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Markierungen sind aufgebracht und Verkehrszeichen gestellt ▪ Restarbeiten am Wanderparkplatz werden ausgeführt 	09/2021
5.3	Gemeindeverbindungsstraße, regenerative Energiequelle am Parkplatz Büchel	Bauamt	Aktuell keine Bearbeitung	Offen
5.4	Gemeindeverbindungsstraße 3. BA	Bauamt	Fertigstellung aktuell geplant für KW 40	12/2021
5.5	Aschaffenburg Straße	Bauamt	Bauarbeiten laufen	2022
5.6	WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	<p>Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt.</p> <p>Antragsunterlagen wurden aktualisiert und an LRA verschickt.</p> <p>Weitere Bearbeitung abhängig von der Rückmeldung seitens der Behörden.</p>	Offen
5.7	Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	<p>Detailuntersuchung für V1 ist durch das Landratsamt Aschaffenburg genehmigt.</p> <p>Beantragung der Fördermittel für die Detailuntersuchung bei der GAB (Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH) durch PeTerra ist erfolgt.</p> <p>Ergänzende Unterlagen aus der Vorprüfung GAB sind eingereicht.</p> <p>Kostenvereinbarung GAB steht noch aus.</p>	Offen

5.8	Außensportanlage Schule	Bauamt	Förderantrag wurde neu gestellt. Voraussichtlich Abschluss der Prüfung durch die Regierung im Herbst. Ausschreibungen über den Winter.	Offen
5.9	Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91-SMUSI-Berechnung	Bauamt	Umfangreiche Abstimmungen zwischen Stadt AB, Anschlussgemeinden, Fachbehörden und Ing.-Büros. Zwischenbericht an die Anschlussgemeinden noch offen.	Offen
5.10	Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Bauamt / Finanzverwaltung	Die Aschaffenburgerversorgungs-GmbH wurde beauftragt, mit der Planung, der Fördermittelabwicklung und Ausschreibung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen für den BA2 Ortsteil Grünmorsbach zu beginnen.	Offen 2021-2023
5.11	Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Bestandserfassung weitestgehend abgeschlossen. Derzeit Netzberechnungen in Arbeit. Zwischenstand wurde im Gemeinderat vorgestellt.	12/2021
5.12	Heizungsanlage Rathaus	Bauamt / Hauptamt	Unverändert.	Offen
5.13	Lautsprecheranlage Sporthalle „AHK“	Bauamt	Im Moment keine Bearbeitung.	Offen
5.14	Gasversorgung für Dörmorsbach	Hauptamt	Prüfung von möglichen Leitungstrassen durch die Energieversorgung Main-Spessart. Hiernach soll im Herbst 2021 eine Informationsveranstaltung im Bürgerhaus stattfinden.	Offen
5.15	Home-Schooling	Hauptamt / Finanzverwaltung	Der Glasfaseranschluss ist beantragt. Ausführungszeitraum bis zu 60 Wochen. Abstimmungstermin mit der Telekom fand in dieser Woche	Offen

5.16	Gesprächstermin Elternbeirat Schule	Hauptamt	Neuer Elternbeirat wird zu Schulbeginn gewählt. Terminabstimmung nach Feststehen der neuen Zusammensetzung.	Offen
5.17	Software „Little Bird“	Hauptamt	Programmeinrichtungen und Schulungen wurden durchgeführt. Aktuell laufen die Vorbereitung für die Probefiveschaltung Ende September.	10/2021
5.18	Abbildung des CO ² -Fußabdrucks	Hauptamt / Bauamt / Finanzverwaltung	Datenerhebung abgeschlossen. Daten und alle technischen Informationen wurden an das IfE weitergegeben. Aktuell findet die Datenprüfung statt. Präsentation der Energieverbrauchs- und CO ² -Bilanzen im Gemeinderat im Oktober / November	12/2021
5.19	Lüftungsgeräte Schulen	Bauamt	Vorstellung in der heutigen Sitzung.	
5.20	Ballfangzaun KuRa	Bauamt	Netz ist eingetroffen, Schlosserteile sind in Arbeit; Montage für die 38.KW geplant	10/2021

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dass die Schaffung der Barrierefreiheit für öffentliche Gebäude noch in den Sachstandsbericht mit aufgenommen werden sollte.

Hierzu besteht Einverständnis

6. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Die Deutsche Telekom Business Solutions GmbH wurde mit der Erstellung eines Glasfaseran-

schlusses für das Rathaus, Hauptstraße 6, beauftragt.

7. Bekanntgabe Jahresergebnis 2020

Sachverhalt:

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	17.469.780,71 €
Ordentliche Aufwendungen	16.297.160,30 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.172.620,41 €
Finanzergebnis	-3.929,69 €
Ordentliches Jahresergebnis	1.168.690,72 €
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €
Jahresergebnis	1.168.690,72 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.812.063,40 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.204.460,96 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.607.602,44 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.694.024,87 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.158.873,02 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.464.848,15 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-395.496,93 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-1.252.742,64 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 beträgt 70.167.065,26 € und ist somit 2.889.671,43 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2019. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 3.937.757,86 €, das Umlaufvermögen verringerte sich um

1.179.150,73 € und bei der Position „Aktive Rechnungsabgrenzung“ ist ein Zuwachs von 131.064,30 € zu verzeichnen.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.168.690,72 €
Sonderposten	+905.664,71 €
Rückstellungen	+347.973,98 €
Verbindlichkeiten	+490.608,22 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-23.266,20 €
Summe	+2.889.671,43 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2020 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist.

Beschluss

Das Jahresergebnis 2020 wird zur Kenntnis genommen und an den örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

8. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2019 der Wasserversorgung

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahr 2019 erstellt. Der Jahresabschluss ist nunmehr wie folgt festzustellen:

Der Jahresabschluss 2019 der Wasserversorgung der Gemeinde Haibach mit einer

Bilanzsumme von	4.199.607,77 €
und einem Jahresgewinn von	40.307,64 €

Beschluss

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresgewinn ist zur Tilgung des Verlustvortrages zu verwenden. Die Konzessionsabgabe wird weiterhin in der steuerlich zulässigen Höhe an die Gemeinde abgeführt.

Die Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen (2,5% Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz).

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

9. Feststellung des steuerlichen Jahresabschlusses 2019 des BgA Sportstätten

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde der steuerliche Jahresabschluss für das Jahr 2019 erstellt. Der Jahresabschluss ist nunmehr wie folgt festzustellen.

Bilanzsumme von	16.523.192,91 €
und einem Verlust von	-582.732,74 €

wird hiermit festgestellt.

Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Beschluss

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

Der Jahresabschluss 2019 des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Sportstätten mit einer

10. Sachstand über die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Grund- und Mittelschule Haibach und Grünmorsbach, inkl. Kinderhort

Die Leitung der Sitzung übernimmt 2. Bgm. Jürgen Großmann

Sachverhalt:

2. Bgm. Jürgen Großmann führt aus:

Im Nachgang zur Sitzung am 18.08.2021 wurden die Räumlichkeiten der Schulen in Haibach und Grünmorsbach zusammen mit Rektorin Urmetzer-Drutzel besichtigt. Die dabei festgelegte Anzahl der Räume, welche mit Luftreinigungsgeräten ausgestattet werden sollen, belief sich auf insgesamt 51.

Daraufhin haben er und Bautechniker Andreas Roth zusammen eine Tabelle erstellt, in welcher die Gesamtinvestitionssumme, eine mögliche Förderung und der Mitteleinsatz der Gemeinde mit dem jeweiligen Reinigungssystem und dem Luftdurchsatz gegenübergestellt wird.

Die in den Räumen zusätzlich benötigte elektrische Leistung zum Betrieb der Reinigungssysteme ist zudem geprüft und kann verschaltet werden.

Durch den Gemeinderat sollten jetzt aus den folgenden Varianten eine Entscheidung getroffen werden:

- ausschließlich ein 5-facher Luftwechsel, verbunden mit einer Förderung für jeden Raum, Ausschreibung
- 5-facher Luftwechsel (HEPA-Geräte) kombiniert mit reduziertem (1,5 – 2-facher) Luftwechsel (UV-C Geräte), Förderung nur anteilmäßig
- ausschließlich UV-C Geräte, keine Förderung aber zügige Bestellung möglich.

Für die Schule in Grünmorsbach sind aus baulichen Gründen 4 HEPA-Geräte erforderlich.

Die Förderquote für die Anschaffung der Luftreinigungsgeräte wurde noch nicht mit in die Betrachtung aufgenommen.

GR Bernd Oppenrieder findet das Ergebnis zu der Beschaffung der Luftreinigungsgeräte super.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, die Variante mit UVc festzulegen.

GR Steffen Kruschina bedankt sich für die gute Zusammenarbeit von 2. Bgm., Verwaltung und Schule. Nach seiner Ansicht ist der Schutz der Kinder vorrangig, da ein ordentlicher Unterricht unbedingt notwendig ist. Er würde auch die UVc- Geräte bevorzugen.

GR Bodo Leiblein ist der Ansicht, dass die Geräte leise sein sollten. Wenn jedoch Quarantäne-Maßnahmen notwendig werden, hängt dies nicht von den Geräten ab.

GR Christian Fuchs fragt, ob für den Förderantrag tatsächlich ein „Büro“ notwendig ist. Des Weiteren möchte er wissen, ob auch die Möglichkeit besteht, eine bessere Filterung zu erhalten.

2. Bgm. Jürgen Großmann stellt fest, dass entsprechende Untersuchungen durch namhafte Institute stattfanden. Ein höherer Durchlauf bei den UV-C Geräten bringt keine weitere Verbesserung.

Beschluss

Für die Grund- und Mittelschule in Haibach und Grünmorsbach werden die Räume, die für die Ausstattung mit Luftreinigungsgeräten in Frage

kommen, mit UV-C Geräten mit 2-fachem Luftwechsel ausgestattet.

Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechende Ausschreibung zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

11.

Entdecke die Natur e.V. - Übernahme des Defizits aus dem Kindergartenjahr 2019 für den Waldkindergarten Haibach

Sachverhalt:

Wie in der Sitzung am 07.04.2021 vom Gemeinderat verlangt, wurde durch den Trägerverein des Waldkindergartens Haibach e.V. die geprüfte Jahresendabrechnung 2019 zum 30.06.2021 vorgelegt.

Aus dieser geht hervor, dass für das Kindergartenjahr 2019 ein Defizit in Höhe von 32.508,56 € erwirtschaftet wurde.

In verschiedenen Sitzungen des Arbeitskreises „Kinderbetreuung“ wurde der Fehlbetrag zusammen mit der Vorsitzenden des Trägervereins aufgearbeitet und es wurde festgestellt, dass sich dieser aus unterschiedlichen Ursachen entwickelt hat:

- Nicht korrekte Planung, vor allem bedingt durch Absagen und spätere Antritte von Haibacher Kindern
- Unwissenheit über die Auswirkungen der Planung
- Keine Korrekturmöglichkeiten der Planung im laufenden Jahr (nach Rücksprache mit der Kindergartenaufsicht, Frau Marquart in 2019)
- Starre Vorgaben durch die Kindergartenaufsicht zur Fachkraftquote und staatlich vorgegebene Fördervoraussetzungen zum Anstellungsschlüssel

Für die aktuelle finanzielle Situation wird durch den Arbeitskreis „Kinderbetreuung“ vorgeschlagen, das Defizit vorerst nicht zu erlassen, sondern zu stunden. Direkt nach den künftigen Jahresendabrechnungen des Trägervereins

muss eine gemeinsame Abstimmung mit diesem, der Verwaltung und Vertretern aus dem Gemeinderat erfolgen. Ein ggfls. erwirtschafteter Gewinn muss für einen gewissen Teil (Festlegung der Höhe im Abstimmungsgespräch) zur teilweisen Rückzahlung des gestundeten Betrages verwendet werden.

Die Fraktionsvertreter sprechen sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Beschluss

Das im Kindergartenjahr 2019 erwirtschaftete Defizit in Höhe von 32.508,56 € wird dem Trägerverein des Waldkindergartens Haibach, Entdecke die Natur e.V., gestundet.

Mit Vorliegen der künftigen Jahresendabrechnungen des Trägervereins erfolgt eine gemeinsame Abstimmung mit diesem, der Verwaltung und Vertretern aus dem Gemeinderat.

Ein ggfls. erwirtschafteter Gewinn muss zu einem gewissen Teil zur teilweisen Rückzahlung des gestundeten Betrages verwendet werden.

Es muss zwingend zeitnah eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Gemeinde Haibach und dem Trägerverein, Entdecke die Natur e.V., abgeschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

12.

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung zur Bewältigung der Corona-Pandemie

Sachverhalt:

Der Bayerische Landtag hat am 4. März 2021 das Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung und weiterer

Gesetze der Corona-Pandemie beschlossen. Das Gesetz wurde im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt am 16. März 2021 veröffentlicht. Es trat bereits am 17. März 2021 in Kraft.

Mit dem Gesetz werden u.a. die Teilnahme von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten an Gemeinderatssitzungen durch Ton-Bild-Übertragung (Art. 47a GO) und weitere Erleichterungen anlässlich der Corona-Pandemie ermöglicht.

Der Wortlaut des Gesetzestextes lautet:

Die Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 3 des Gesetzes vom 24. Juli 2020 (GVBl. S. 350) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Art. 47 wird folgender Art. 47a eingefügt:

"Art. 47a

Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung

(1) ¹Gemeinderatsmitglieder können an den Sitzungen des Gemeinderats mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen, soweit der Gemeinderat dies in der Geschäftsordnung zugelassen hat. ²Der Beschluss bedarf einer Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Mitglieder des Gemeinderats. ³Zugeschaltete Gemeinderatsmitglieder gelten in diesem Fall als anwesend im Sinn von Art. 47 Abs. 2. ⁴Der Gemeinderat kann die Anzahl der in einer Sitzung zuschaltbaren Gemeinderatsmitglieder in der Geschäftsordnung zahlen- oder quotenmäßig begrenzen. ⁵Er kann die Zuschaltmöglichkeit auch von weiteren Voraussetzungen abhängig machen, insbesondere von einer Verhinderung an der Teilnahme im Sitzungssaal. ⁶Bei einer Zuschaltung mittels Ton-Bild-Übertragung ist eine Teilnahme an Wahlen nicht möglich.

(2) Die Möglichkeit einer Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung ist ausgeschlossen, soweit die Sitzung als solche oder Beratungsgegenstände nach Art. 56a Abs. 1 Satz 1 geheim zu halten sind oder nach den gemäß Art. 56a Abs. 2 zu beachtenden Verwaltungsvorschriften und Richtlinien der Geheimhaltung unterliegen.

(3) ¹Der erste Bürgermeister und die Gemeinderatsmitglieder müssen sich in der Sitzung gegenseitig optisch und akustisch wahrnehmen können. ²In öffentlichen Sitzungen müssen per Ton-Bild-Übertragung teilnehmende Gemeinderatsmitglieder zudem für die im Sitzungssaal anwesende Öffentlichkeit entsprechend wahrnehmbar sein. ³Für die Zwecke der Sätze 1 und 2 ist die Übertragung von Bild und Ton der an der Sitzung teilnehmenden Personen unabhängig davon zulässig, ob sie in die Übertragung einwilligen.

(4) ¹Die Gemeinde hat dafür Sorge zu tragen, dass in ihrem Verantwortungsbereich die technischen Voraussetzungen für eine Zuschaltung mittels Ton-Bild-Übertragung während der Sitzung durchgehend bestehen. ²Ist dies nicht der Fall oder steht nicht fest, ob eine Nichtzuschaltung in den Verantwortungsbereich der Gemeindeverwaltung oder des Gemeinderatsmitglieds fällt, darf die Sitzung nicht beginnen oder ist sie unverzüglich zu unterbrechen. ³Ein Verstoß ist unbeachtlich, falls die zunächst nicht zugeschalteten Gemeinderatsmitglieder rügelos an der Beschlussfassung teilnehmen. ⁴Kommt eine Zuschaltung aus Gründen, die nicht im Verantwortungsbereich der Gemeinde liegen, nicht zu Stande oder wird sie unterbrochen, hat dies keine Auswirkung auf die Wirksamkeit eines ohne das betroffene Gemeinderatsmitglied gefassten Beschlusses. ⁵Soweit sich eine Gemeinde darauf beschränkt, die Plattform zur audiovisuellen Zuschaltung zur Verfügung zu stellen, und entweder mindestens ein Gemeinderatsmitglied zugeschaltet ist oder ein Test bestätigt, dass eine Zuschaltmöglichkeit besteht, wird vermutet, dass der Grund für eine Nichtzuschaltung eines Gemeinderatsmitglieds nicht im Verantwortungsbereich der Gemeinde liegt.

(5) ¹Lässt eine Gemeinde eine Zuschaltung mittels Ton-Bild-Übertragung bei nichtöffentlichen Sitzungen zu, haben die zugeschalteten Gemeinderatsmitglieder dafür Sorge zu tragen, dass die Übertragung in ihrem Verantwortungsbereich nur von ihnen wahrgenommen werden kann. ²Art. 20 Abs. 4 Satz 1 gilt entsprechend."

Grundsätzlich sollten jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat nach wie vor persönlich an den Gemeinderats- und Ausschusssitzungen teilnehmen, sofern es ihr/ihm möglich ist. In begründeten Ausnahmefällen sollte es aber erlaubt sein, digital an den Sitzungen teilzunehmen.

Der Gemeinderat wird um Entscheidung gebeten, ob von der durch die Gesetzesänderung eröffneten Möglichkeiten zur Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung Gebrauch gemacht werden soll.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt, seinen Mitgliedern die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse mittels Ton-Bild-Übertragung auf Grundlage von Art. 47a GO zu ermöglichen.

Eine virtuelle Sitzungsteilnahme ist spätestens am Vorabend der jeweiligen Sitzung dem Sitzungsleiter schriftlich oder per E-Mail mit entsprechender Begründung anzukündigen.

Die Zulassung erfolgt für die Sitzungen vor dem 1. Januar 2022 durch Beschluss gemäß Art. 120b Abs. 4 GO.

Über die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Zulassung der audiovisuellen Teilnahmemöglichkeit wird bei einem über das Jahresende hinausgehenden Bedarf spätestens in der Gemeinderatssitzung im November dieses Jahres entschieden.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 3

Abstimmungsbemerkung: GR Jörg Baumann ist ab 21:30 Uhr nicht mehr anwesend.

13. Bundestagswahl 2021; Festlegung des Erfrischungsgeldes

Sachverhalt:

Am 26.09.2021 findet die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt.

Hierzu ist für die Wahlhelfer in den Wahllokalen ein „Erfrischungsgeld“ festzusetzen. Die Einteilung der Wahlhelfer wurde von der Verwaltung vorgenommen. Für die Bundestagswahl sind 7 Stimmbezirke sowie 3 Briefwahlbezirk vorgesehen.

Bezüglich des Erfrischungsgeldes wird seitens der Verwaltung ein Betrag von 40,00 € vorgeschlagen. Der Betrag bei der Kommunalwahl (50,00 €) sollte dabei kein Maßstab sein, da der Aufwand für diese Wahl höher ist.

Die Verwaltung geht davon aus, dass die Auszählung der Stimmen in einer Stunde abgewickelt sein sollte. In den Briefwahlbezirken wurden aufgrund der bislang hohen Nachfrage mehr Personen eingeteilt.

Beschluss

Das Erfrischungsgeld für die Wahlhelfer bei der Bundestagswahl 2021 wird auf 40,00 € pro Person festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

14. Zuschussantrag des SV Alemannia Haibach 1919 e.V. für die Renovierung des Sportheims

Die Leitung der Sitzung übernimmt 2. Bgm. Jürgen Großmann

Bgm. Andreas Zenglein und GR Steffen Kruschina sind gem. Art. 49 GO als Vorstände des SV Alemannia Haibach persönlich beteiligt. Sie nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Nach diesen gemeindlichen Zuschussrichtlinien beträgt der Zuschuss für Neu-, Erweiterungs- und Umbauten 10 % der nachgewiesenen Kosten, höchstens jedoch 25.000 Euro.

Eigenleistungen werden mit 5,00 € pro Stunde bezuschusst, höchstens jedoch 2.500,00 € pro Baumaßnahme.

Sachverhalt:

2. Bgm. Jürgen Großmann informiert:

Der SV Alemannia Haibach 1919 e.V. hat mit Schreiben vom 24.06.2021 mitgeteilt, dass geplant ist, die Kernsanierung der Umkleidekabinen und Duschen sowie den Austausch der Heizungsanlage und der Beleuchtung im Sportheim des Vereins durchführen zu wollen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 190.000 Euro.

Der SV Alemannia Haibach 1919 e.V. beantragt hierzu laut den gemeindlichen Zuschussrichtlinien einen entsprechenden Zuschuss.

Beschluss

Gemäß Ziffer 4 der Zuschussrichtlinien der Gemeinde Haibach vom 01.01.2017 erhält der SV Alemannia Haibach 1919 e.V. eine Förderung von 10% der nachgewiesenen Kosten, höchstens jedoch 25.000 €.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein und GR Steffen Kruschina sind gem. Art. 49 GO als Vorstände des SV Alemannia Haibach persönlich beteiligt. Sie nehmen nicht an Beratung und Abstimmung teil.

15. Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB - Änderung des Flächennutzungsplans Aschaffenburg im Bereich "Obernburger Straße" auf der Fl.-Nr. 3021 Gemarkung Leider

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.07.2021 wird die Gemeinde Haibach von der Stadt Aschaffenburg zur o.g. Bauleitplanung im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gehört. Die Frist zur Beteiligung läuft bis zum 24.09.2021.

Der Stadtrat der Stadt Aschaffenburg hat in der Sitzung am 23.11.2020 die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich „Oberburger Straße“ auf der Fl.-Nr. 3021 Gemarkung Leider beschlossen.

Dem Begründungsvorentwurf gem. § 2a BauGB ist folgendes zu entnehmen: Die Aschaffener Versorgungs-GmbH (AVG) beabsichtigt die Erstellung einer ca. 730 kWp Freiflächen-Photovoltaik-Anlage inklusive einer zugehörigen Trafostation. Der Standort liegt auf dem ehemaligen „Raudseppgelände“ westlich der Oberburger Straße. Das Grundstück grenzt westlich und nördlich an die Gemarkungsgrenze zwischen Aschaffenburg und Großostheim an.

Bislang wird die Fläche im rechtswirksamen Flächennutzungsplan 2030 als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Innerhalb des Plangebiets soll der durch die geplante Freiflächen-Photovoltaik-Anlage incl. Trafostation verursachte Eingriff in Natur und Landschaft ausgeglichen werden.

Die geringste Entfernung zu nächsten Gebäuden beträgt knapp 300 m. Aufgrund der Entfernung und

Nutzung zu den nächsten Gebäuden ist eine Lärmbeeinträchtigung nicht zu erwarten.

Es soll ein entsprechender vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden, in dem auch die naturschutzfachlichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die Aufstellung des Bebauungsplans und die Änderung des Flächennutzungsplans sollen im „Parallelverfahren“ nach § 8 Abs. 3 BauGB erfolgen.

Aufgrund der räumlichen Entfernung zwischen der Gemeinde Haibach und dem Plangebiet wird die Gemeinde Haibach lediglich zur Flächennutzungsplanänderung gehört. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes werden lediglich die direkt angrenzenden Nachbargemeinden gehört.

Aufgrund der räumlichen Entfernung zur Gemeinde Haibach werden keine planungsrechtlichen Bedenken zu diesem Bauleitplanverfahren geäußert.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach erhebt keine Einwände zur vorliegenden Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

16. Allgemeines

Sachverhalt:

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

16.1. Neubürger-Broschüre

Die neue Orts-Broschüre der Gemeinde Haibach ist eingetroffen und wird ab sofort im Rathaus und in den Haibacher Geschäften ausgelegt. Für die Gemeinderäte wurden Exemplare verteilt.

16.2. Flyer Sirensignale

Anlässlich des bundesweiten Warntages wurde heute ein Flyer und eine Info zu der Bedeutung der Sirensignale verteilt.

16.3. Informationen zur Öffnung des Hallenbades

Das Hallenbad ist seit 13. September wieder geöffnet. Es können maximal 12 Personen für eine Stunde im Schwimmbad sein. Anschließend werden die Reinigung/Desinfizierung/Lüftung durchgeführt. Dies dauert etwa 20 Minuten. Zu diesen Arbeiten müssen alle Personen das Schwimmbad verlassen.

Nach den Hygienemaßnahmen öffnet sich dann das „zweite Zeitfenster“.

Buchungen sind per Anmeldung durch Clever-Q auf unserer Homepage möglich. Persönliche Anmeldungen bei Schwimmmeister Rocco Adler sind ebenfalls möglich.

16.4. Bürgerfragestunde:

Es liegt noch eine Nachmeldung zur Bürgerfragestunde vor:

Frau Gerda Raggl möchte wissen, wie die Regelung bzgl. der Ausfahrt aus dem Sommerackerweg auf die Jahnstraße verbessert werden kann.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass man sich dies vor Ort ansieht. Eventuell ist die Montage eines Spiegels notwendig. Die Firma Neska hat sich hier ebenfalls mit Herrn Schickling im Bauamt in Verbindung gesetzt.

Erledigung hierzu wird zugesagt.

16.5. Wohnbaugesellschaft des Landkreises

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, wann die Vorstellung der Wohnbaugesellschaft des Landkreises im Gemeinderat vorgesehen ist.

Hierzu erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies für Oktober geplant ist.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 13.10.2021 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 13. Oktober 2021

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:35 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jörg Baumann	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 15.09.2021
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	ISEK und Beginn der Vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 Absatz 3 BauGB - aktueller Sachstand und Beschlussfassung
5.	Marienkindergarten Haibach - Vorstellung der Machbarkeitsstudie
6.	Übernahme der Investitionskosten für die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Kindergärten
7.	Ausbau "Am Wingert" - Festsetzung von Beiträgen
8.	Kanal/ Wasserleitung Würzburger Straße 110 - 146 Vorstellung Entwurfsplanung
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Als Ergänzung der Tagesordnung wurde der aktuelle TOP 6 **Übernahme der Investitionskosten für die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Kindergärten** aufgenommen.

Seitens des Gremiums besteht hierzu Einverständnis.

Nachfolgende Gemeinderäte sind entschuldigt:

GR Jörg Baumann, GR Anja Goymann und GR Bernd Oppenrieder.

Somit sind 18 Stimmberechtigung anwesend.

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zur heutigen Sitzung nachfolgende Referenten zu den Tagesordnungspunkten: 4 / 5 / 7 / 8

Frau Thrum und Herrn Wirth, Büro Arc Grün, für ISEK

Frau Bergmann und Herrn Prokesch, Büro Herzig-Architekten, für Marienkindergarten

Dipl. Ing. H. Klein, Ing. Büro Jung, für Planungen Tiefbau

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 15.09.2021

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 15.09.2021 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung**Sachverhalt:**

Die Ingenieurleistungen zum Ausbau der Wiesenstraße wurden an das **Ingenieurbüro Jung GmbH, Kleinostheim**, beauftragt.

Die Firma **Freudenberg GmbH, Rödermark**, erhielt den Auftrag zur Einrichtung der EMSR-Technik an den Regenüberlaufbecken FB 80/90/91.

4. ISEK und Beginn der Vorbereitenden Untersuchung gemäß § 141 Absatz 3 BauGB - aktueller Sachstand und Beschlussfassung**Sachverhalt:**

Das Büro Arc Grün stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Planungsstand vor.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, ob das Gebiet der Voruntersuchung die feste Sanierungsgrundlage darstellt.

Herr Wirth antwortet, dass zuerst die Fragebogenaktion durchgeführt wird. Die Abgrenzung erfolgt dann nach Rücksprache mit der Regierung.

GR Bodo Leiblein sieht die Verkehrszählung in Richtung Klinikum durch die aktuelle Sperrung der Aschaffener Str. als nicht repräsentativ.

Herr Wirth erklärt, dass diese aktuelle Situation berücksichtigt wurde. Das Büro Obermeier hat auch wegen der Situation der Parkraumgestaltung mit dem Verkehrsgutachten begonnen.

GR Jürgen Goldhammer möchte Informationen zur Gebietsabgrenzung.

Herr Wirth teilt mit, dass als Grundlage das historische Urkataster aus dem Jahr 1800 herangezogen wurde. Es wurde geprüft, was sich im Laufe der Jahrhunderte dazu gebildet hat. Es wurde versucht, die Grenzen von Neubaugebieten zur Abgrenzung heranzunehmen. Wenn Änderungen erfolgen sollen, so ist dies machbar.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob z. B. der Bereich der ehemaligen Gärtnerei Reis und der Sommerackerweg noch zum Sanierungsgebiet hinzukommen können.

Herr Wirth antwortet, dass geprüft wird, ob hier ein Bezug zum Altort besteht.

GR Jürgen Goldhammer erklärt zum Verkehrsgutachten, dass die Parkraumgestaltung als

wichtig angesehen wird. Jedoch ist der Durchgangsverkehr ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt. Hier sollte eventuell geprüft werden, ob Verkehrsflüsse geändert werden können.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, ob Daten aus Verkehrszählungen etc. aus der Historie für das Gutachten auch zur Verfügung gestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass das Büro Obermeier alle Daten, wie z.B. Schlauchmessungen, Befragungen usw. erhalten hat.

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt zur Gewinnung von Beurteilungsgrundlagen über die Festlegungsvoraussetzungen für Sanierungsgebiete im Innenbereich des Ortsteils Haibach auf der Grundlage des § 141 Absatz 1 des Baugesetzbuches (BauGB) für den in den Lageplänen dargestellten Bereich (= Untersuchungsgebiet) eine Vorbereitende Untersuchung durchzuführen und damit eine städte-

bauliche Sanierungsmaßnahme einzuleiten. Die Lagepläne liegen dieser Niederschrift bei.

Die Verwaltung wird beauftragt

1. den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auf die Auskunftspflicht gemäß § 138 BauGB hinzuweisen,
2. die für eine förmliche Festlegung notwendige Vorbereitende Untersuchung mit der erforderlichen Beteiligung der Betroffenen und öffentlichen Aufgabenträgern durchzuführen,
3. mit der ortsüblichen Bekanntmachung (§ 15 BauGB) auf die Durchführung eines Vorhabens im Sinne des § 29 Absatz 1 BauGB und auf die Beseitigung einer baulichen Anlage entsprechend anzuwenden,
4. die Sanierungssatzung mit Begründung vorzubereiten und baldmöglichst zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

5. Marienkindergarten Haibach - Vorstellung der Machbarkeitsstudie

Sachverhalt:

Die Sanierung des Marienkindergartens mit Erweiterung um Kinder-Krippenplätzen ist Bestandteil des Finanzplanes der Gemeinde Haibach.

Das Architekturbüro Herzig wurde gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 17.03.2021 mit der Ausführung einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Mit den nachfolgenden Untersuchungen/Studien wurden die Grundlagendaten für das erforderliche VgV-Verfahren ermittelt.

1. Machbarkeitsstudie:

- Erarbeitung eines Ist- / Soll-Raumprogramms
- Ausarbeitung von 3 Planungsvarianten als Entscheidungsgrundlage
 - Variante 1: Sanierung und Erweiterung
 - Variante 2: Abbruch, Neubau U-Form
 - Variante 3: Abbruch, separater Erweiterungsbau auf dem gleichen Grundstück

- Ermittlung des Kostenrahmens aller Varianten

2. Schadstoffuntersuchung und statische Bewertung:

Im Rahmen der ersten Untersuchungen wurde eine statische Beurteilung des Bestandsgebäudes durchgeführt. Das Gebäude ist von der Gebäudesubstanz als erhaltenswert einzustufen. Eine mögliche Aufstockung des Gebäudes wurde geprüft und ist statisch möglich.

Bei der beauftragten Schadstoffuntersuchung wurden erwartungsgemäß zwar Schadstoffe vorgefunden, diese wurden aber geprüft und als für die Bauzeit des Marienkindergartens üblich verwendete Baustoffe beurteilt und eingestuft. Die Entsorgung kann über den normalen Entsorgungsweg erfolgen.

3. Bedarfsermittlung:

Von Seiten der Verwaltung wurde zeitgleich zu den technischen Voruntersuchungen der Bedarf an Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen ermittelt.

Krippe					
	Geburten	Zuzug			
Neugeborene (Sept. 2019 - Aug. 2020)	71	9			
			Gesamt		
Einjährige (Sept. 2018 - Aug. 2019)	50	2	52		
Zweijährige (Sept. 2017 - Aug. 2018)	70	7	77	Plätze laut BE*	Ausbaubedarf
Gesamt	120	9	129		
Platzanzahl mit einer Versorgungsquote von 50%			64,5	63	1,5
Platzanzahl mit einer Versorgungsquote von 70%			90,3		27,3

Kindergarten					
	Geburten	Zuzug	Gesamt		
Dreijährige (Sept. 2016 - Aug. 2017)	50	19	69		
Vierjährige (Sept. 2015 - Aug. 2016)	60	21	81		
Fünfjährige (Sept. 2014 - Aug. 2015)	56	32	88		
Sechsjährige (Sept. 2013 - Aug. 2014)				Plätze laut BE*	Ausbaubedarf
Gesamt	166	72	238	245	-7

Ergebnis der Bedarfsermittlung ist, dass es bei den Kindergartenplätzen voraussichtlich keine zusätzlichen Platzbedarfe gibt. Wobei in der Bedarfsermittlung die sog. „Korridorkinder“ keine Berücksichtigung finden, da deren Zahl nicht im Voraus zu ermitteln ist.

Für Kinderkrippenplätze würde aber, trotz der zusätzlich geschaffenen Plätze in der Kinderkrippe „Kleine Entdecker Haibach“, ein Handlungsbedarf bestehen. Durch die Kindergartenaufsicht des Landkreises Aschaffenburg wurde schon angedeutet, dass bei einer Neuerrichtung einer Kinderkrippe auf eine Versorgungsquote von über 70% hingewirkt werden wird.

Aus diesem Grund geht die Machbarkeitsstudie von 4 Kindergarten- und 5 Kinder-krippengruppen aus, was einer Versorgungsquote von 77% entspricht.

Anhand der gewonnenen Ergebnisse könnte voraussichtlich ab Anfang 2022 ein VgV-Verfahren zur Auswahl des Architekten durchgeführt werden.

Herr Prokesch erläutert ausführlich die durch das Architekturbüro Herzig erstellte Studie.

Bgm. Andreas Zenglein sieht in der Variante I / Aufstockung des vorhandenen Gebäudes die beste Nachhaltigkeit. Bei den Voruntersuchungen wurde festgestellt, dass die Bau-substanz eigentlich sehr gut ist.

Nach seinem Dafürhalten würde er heute gerne einen Beschluss vorschlagen, in der die Variante festgelegt wird.

Es steht fest, dass 5 Krippengruppen benötigt werden. Die neu gegründete Krippe „Kleine Entdecker“, soll in das Gebäude des Marienkindergartens integriert werden. So ist es mit den Behörden

vereinbart. Daher sieht er hier schon einen gewissen Zeitdruck.

Man sollte möglichst zügig ein sog. VGV-Verfahren beginnen.

GR Beate Konrad möchte wissen, ob bei einer Aufstockung des Gebäudes der Bestand auch gefördert wird.

Herr Prokesch erklärt, dass nach jetzigem Stand die Gruppenräume zu groß sind. Es werden aktuell kleinere Räume gefördert. Bestimmte Flächen im Bestand werden daher nicht gefördert.

GR Bodo Leiblein möchte zum Thema Nachhaltigkeit wissen, ob nur die Variante 1 in Holzständerbauweise vorgeschlagen wird bzw. ob die anderen Vorschläge auch in Holzbauweise erstellt werden können.

Herr Prokesch antwortet hierzu, dass nicht bekannt ist, welches Planungsbüro den Zuschlag erhält. Er würde einen Neubau und eine Aufstockung wählen, wenn er der Planer wäre. Die hier dargestellten Kosten ergeben sich aus einem Mittelwert aus der klassischen Mischbauweise und Holz. Im Rahmen eines VGV-Verfahrens sollte ein nachhaltiges Gebäude festgeschrieben werden.

GR Steffen Kruschina fragt zur Variante ‚Neubau in U-Form und begrüntem Dach‘, hier sind 2 x Dachaufbauten, Dämmung und Fundamente notwendig. Warum sollte so gebaut werden?

Herr Prokesch bemerkt, dass es mehrere Varianten gibt. Durch diese Bauweise wird der ebenerdige Zugang zur Freifläche ermöglicht. Die Nachhaltigkeit ist auch hier auf jeden Fall gegeben. Durch diese Variante soll gezeigt werden, was einen Neubau auszeichnet. Es gibt jedoch keinen zwingenden

Grund für einen Neubau. Dies ist als Vorschlag zu sehen und als Darstellung des Bauvolumens.

GR Steffen Kruschina möchte Informationen zur energetischen Kalkulation.

Herr Prokesch erklärt, dass diese durch einen Energieberater erfolgt. Am Ende sind hier ebenfalls weitere Fördermöglichkeiten gegeben. Die KfW-Standards sollten in den Anforderungen einer VgV-Ausschreibung vorab festgelegt werden.

GR Christian Fuchs bezieht sich auf die Zunahme des Personals, wenn dort 5 Kindergruppen entstehen. Wie sieht das Parkraummanagement hier aus?

Herr Prokesch ist der Meinung, dass es hierfür noch zu früh ist und dies in den weiteren Planungen entsprechend geprüft werden muss.

GR Christian Fuchs möchte wissen, wie die Überlegungen für den Betrieb des KiGa ist für die Zeit der Sanierung.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die vorhandenen Container auf den ehemaligen Rollschuhplatz an der Schule umgesetzt werden sollen. Seitens der Schule könnten möglicherweise zwei Klassenräume für die Nutzung des Kindergartens bereitgestellt werden.

Nach seiner Ansicht müsste die Übergangszeit geleistet werden können.

GR Jürgen Goldhammer sieht eine Problematik in der Parksituation. Er würde sich für einen Neubau aussprechen. Nach seiner Auffassung sollte dies heute noch nicht beschlossen werden. Die Fraktionen sollten sich diesbezüglich noch beraten.

Bei den Überlegungen zur Situation sieht er folgende weiteren Möglichkeiten. Ein Neubau des Marienkindergartens könnte auf dem Nebenplatz des SV Alemannia entstehen. Dieser Platz würde sich nach seiner Meinung anbieten. Die Zu- und Abfahrt könnte über die Sportfeldstraße erfolgen. Auf dem Gelände des Marienkindergartens könnte z. B. eine Seniorenstätte entstehen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert zu diesem Vorschlag, dass man im Gremium lange über die sog. Sozialbindung gesprochen hat. Dies möchte er heute nicht mehr diskutieren. Durch die Sanierung des Kindergartens bleibt die Sozialbindung erhalten.

Er findet es völlig daneben, jetzt diesen Vorschlag mit einem Neubau neben der Sporthalle am Hohen Kreuz zu unterbreiten. Dieses Verfahren würde bedeuten, dass ein Zeitverlust von mindestens 2 Jahren gegeben ist.

Er schlägt vor, dass man sich den Verkehr, der bereits durch die Schule dort besteht, ansehen soll. Und nun soll der Hol- und Bringverkehr des Kindergartens noch hinzukommen.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass er lediglich einen Gedankenanstoß zur Situation machen wollte. Die vorgeschlagenen Kosten werden nach seiner Meinung ohnehin nicht eingehalten.

GR Steffen Kruschina macht den Vorschlag, dass in der Sitzung im November die Entscheidung gefällt werden soll. Er möchte noch wissen, ob Träger und Mitarbeiter in diese Studie mit einbezogen wurden.

Herr Prokesch antwortet, dass es hier lediglich um das Rahmenprogramm und die Feststellung der Möglichkeiten geht. Die Vorschläge sollen als Arbeitsgrundlage für weitere Entscheidungen dienen. Die Vorstellung gibt nur den Nachweis, was machbar ist. Weitere Details kommen im 2. Schritt.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass die Machbarkeitsstudie nur eine Vorstellung der Möglichkeiten ist. Details machen jetzt noch keinen Sinn. Zuerst entscheidet die Gemeinde über die Variante, dann erfolgen die Details in Rücksprache mit Träger und Personal.

3. Bgm. Ilse Spielmann fragt, warum 5 Krippengruppen benötigt werden.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass dann ca. 70 % des Bedarfs abgedeckt werden. Dies ist der „Wunsch“ der Fachstelle im Landratsamt.

GIA Michael Müller informiert, dass die Grundlagen der Berechnungen die Geburtszahlen sind. Die Versorgungsquote von 70 % wird jedoch gefordert.

3. Bgm. Ilse Spielmann schlägt einen Neubau in L-Form vor. Auch sie stellt die Frage, wo die Kinder in der Bauzeit untergebracht werden können. Ebenso muss eine Verkehrsregelung erfolgen.

Herr Prokesch bemerkt, dass auch während der Bauzeit dort mit entsprechendem Verkehr zu rechnen ist, dies ist unvermeidbar. Zu den einzelnen Lösungsvorschlägen der Gestaltung stellt er fest, dass eine Freifläche von 1.600 m² benötigt wird. Dies kann, selbst bei der schlechtesten baulichen Lösung noch geboten werden. Er bemerkt auch, dass z.B. die Variante 1 Sanierung des kompletten Gebäudes mit Aufstockung eine komplette Veränderung darstellen wird.

GR Bodo Leiblein bemerkt, dass bereits bei der Vorbesprechung besprochen wurde, dass heute keine Entscheidung getroffen werden soll. Die anstehenden Fragen müssen in den Fraktionen diskutiert werden. Dies sollte auch so erfolgen.

Zum Vorschlag von GR Jürgen Goldhammer bemerkt er, dass bzgl. der Sozialbindung man einig war, dass der Kindergarten hier entstehen soll. Die Beschlussfassung sollte in 4 Wochen erfolgen.

Bgm. Andreas Zenglein sieht bereits jetzt schon Zeitverzögerungen bei diesem Projekt vorprogrammiert. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Ausbau der OV-Straße. Hier erfolgte 2015 der Spatenstich – die offizielle

Eröffnung und Freigabe erfolgt morgen. Er möchte auf jeden Fall in diesem Jahr noch einen Beschluss über die Planungsvariante durch den Gemeinderat.

Beschluss

Die Machbarkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen. Nach Beratung in den Fraktionen erfolgt Wiedervorlage in der Sitzung des Gemeinderates im November.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

6. Übernahme der Investitionskosten für die Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Kindergärten

Die Leitung dieses Tagesordnungspunktes übernimmt 2. Bgm. Jürgen Großmann

GR Beate Konrad ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Sachverhalt:

In der vergangenen Woche fand ein Abstimmungsgespräch zwischen Beate Konrad als Vertreterin der Katholischen Kirchenstiftungen Haibach und Grünmorsbach sowie dem Geschäftsführer des Johannesvereins Haibach, Alexander Martellucci, dem Bauamtsmitarbeiter Andreas Roth und dem 2. Bürgermeister Jürgen Großmann, bezüglich der Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Kindergärten statt.

In den Einrichtungen wurden, analog zur Vorgehensweise in den Schulen, die Anzahl der Geräte für die auszustattenden Räume ermittelt. Die dabei festgelegte Anzahl der Räume belief sich auf insgesamt 28.

Frau Konrad und Herrn Martellucci teilten mit, dass sie sich ebenfalls für die Anschaffung von UV-C Geräten mit 2-fachem Luftwechsel aussprechen und sich bei der Beschaffung der Geräte gerne mit der Gemeinde Haibach zusammenschließen würden.

Gleichzeitig bitten die Trägervereine die Gemeinde Haibach um die Übernahme der Investitionskosten inkl. der Installationskosten.

Die laufenden Kosten für den Unterhalt (Instandhaltungskosten) würden von den jeweiligen Trägern übernommen werden.

Durch den Gemeinderat müsste deshalb der Beschluss gefasst werden, ob eine Kostenübernahme durch die Gemeinde Haibach (evtl. auch nur teilweise) erfolgt.

GR Christian Fuchs fragt, was mit den Luftreinigungsgeräten passiert, wenn diese durch den Neubau z.B. des Marienkindergartens dort nicht mehr benötigt werden.

Hierzu antwortet **2. Bgm. Jürgen Großmann**, dass diese Geräte x-beliebig an einem anderen Standort eingesetzt werden können.

GR Steffen Kruschina spricht sich für die komplette Übernahme der Kosten aus. Die Kinder können aktuell noch nicht geimpft werden, daher sollte seitens der Gemeinde diese Maßnahme erfolgen.

GR Bodo Leiblein vertritt die gleiche Meinung.

Beschluss

Die Investitionskosten und die Installationskosten für die UV-C Geräte für die Haibacher Kindertagesstätten, die durch die Trägervereine ermittelt wurden, werden durch die Gemeinde Haibach komplett übernommen.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Beate Konrad ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

7. Ausbau "Am Wingert" - Festsetzung von Beiträgen

Sachverhalt:

Die Anliegerstraße „Am Wingert“ im Ortsteil Grünmorsbach befindet sich in einem extrem schlechten baulichen Zustand. Der Asphaltoberbau ist schadhaft, mitverursacht durch Setzungen und großflächige Absenkungen im Straßenbereich. Aufgrund der vorgefundenen Schadensklassen (überwiegend ZK 1) sind Sanierungsarbeiten an der Kanalisation notwendig. Aufgrund dieser beschriebenen Gesamtsituation wurde der Ausbau

„Am Wingert“ in die Prioritätenliste 2021/2022 aufgenommen und das Ingenieurbüro Jung GmbH mit den Planungen beauftragt.

Die Entwurfsplanung sieht einen Austausch von Kanalisation und Wasserleitung sowie eine vollständige Erneuerung der Anliegerstraße mit den erforderlichen Stützbauwerken vor.

Dipl. Ing. Klein vom Ing. Büro Jung erläutert Anhand einer PP-Präsentation ausführlich die Planung mit Kostenübersicht.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass für diese Straße noch keine Kosten für eine Ersterschließung erhoben wurden. Sollte dies tatsächlich so sein, dann müssen die Anlieger jetzt für die Kosten dieser Maßnahme herangezogen werden. Diese Vorgaben richten sich nach dem Baugesetzbuch.

Der B-Plan wurde im Jahr 1991 beschlossen, jedoch hat dieser keine Rechtsanerkennung erhalten.

Die Kosten des Straßenbaus nach jetziger Kalkulation liegen bei ca. 278.000 EUR. Hiervon sind 90 % durch die dortigen Anlieger zu tragen. Hinzu kommen die Kosten der Straßenbeleuchtung in Höhe von ca. 15.000 EUR, die ebenfalls von den Anliegern zu tragen sind. Bei diesem Kostenaufwand kommen ca. 35.000 EUR auf jeden Anlieger zu.

GR Bodo Leiblein fragt, ob es hier eine Alternative gibt. Wäre es möglich, dass nur Wasserleitung und Kanalisation erneuert werden?

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu fest, dass die Erschließung der Straße durchgeführt werden muss. Jedoch ist noch fraglich, ob dies zu Lasten der Gemeinde erfolgen kann. Hier muss auch der Gleichheitsgrundsatz beachtet werden. In jedem Baugebiet müssen die Anlieger die Ersterschließungskosten tragen.

GR Bodo Leiblein schlägt vor, dies bis zur Klärung zurückzustellen.

GR Steffen Kruschina schließt sich diesem Vorschlag an. Er fragt, ob im worst case dies von den Eigentümern abgelehnt werden kann?

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Erschließung stattfinden muss. Die Gemeinde

entscheidet, ob die entsprechende Sanierung durchgeführt wird.

2. Bgm. Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass bei dieser Planung eine großzügige Breite vorgesehen ist, gegenüber dem jetzigen Bestand. Aktuell muss hier auch ein Müllfahrzeug die Straße befahren und es findet ebenfalls Autoverkehr statt.

Dipl. Ing. Klein bemerkt, dass hier noch andere Varianten möglich sind. Jedoch dreht es sich hier nur um „cm“. Er verweist auch auf die Schwierigkeiten der Ausbauarbeiten. Es müssen Vorkopf-Arbeiten bei schlechter Bodenqualität und entsprechenden schwierigen Bedingungen bei An- und Abfuhr der Materialien bzw. dem Austausch des Bodens durchgeführt werden. Zudem war es auch dem Ing.-Büro nicht bekannt, dass hier noch Erschließungskosten für die Anlieger anstehen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass Baukosten in Höhe von ca. 375.000 - 400.000 EUR entstehen werden, die von den Anliegern zu tragen sind. Durch Dipl. Ing. Martin Volk wurden noch weitere Bohrkernproben veranlasst.

GR Jürgen Goldhammer gibt zu bedenken, dass es sich hier um die Schadensklasse 1 handelt, die auch kurzfristig erledigt werden sollte.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, ob mit den Anwohnern Härtefallregelungen getroffen werden können.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hier nur individuelle Lösungen möglich sind.

Ergebnis der Beratung:

Es besteht Einverständnis, diesen Punkt bis zur Klärung der Kostenbeteiligung der Anlieger bezüglich der Ersterschließung zurückzustellen.

8. Kanal/ Wasserleitung Würzburger Straße 110 - 146 Vorstellung Entwurfsplanung

Sachverhalt:

Aufgrund des extrem schlechten Zustandes der Wasserleitung im Bereich Würzburger Str. 110 – 146 (unterschiedliche Materialien und Nennweiten, häufige Rohrbrüche) wurde die Erneuerung dieser WL-Teilstrecke in den Maßnahmenplan 2021/ 2022 mit aufgenommen.

Anhand der aktuellen TV-Untersuchung des Bestandskanal wurde auch hier Sanierungsbedarf festgestellt. Nachdem kein Austausch aus Gründen der Kanalhydraulik notwendig wird, wurden Inliner-Sanierungen und Schachtreparaturen geplant. Im öffentlichen Bereich geschieht die Erneuerung der Hausanschlüsse von Kanal und Wasserleitung.

Aufgrund der jetzt schon schadhafte Oberflächen ist der Neubau des Gehweges unvermeidlich.

Die Neuverlegung der Wasserleitung wird aus Platzgründen und der notwendigen Spartenrennung nicht wieder im Gehwegbereich erfolgen können, sondern im Randbereich der Staatsstraße. In der Vergangenheit bestand diese beengte Situation ebenfalls, weshalb die bestehende Wasserleitung die Kanalschächte kreuzt, eine Situation, die aus Gründen der Trinkwasserhygiene heute nicht mehr vertretbar ist.

Dipl. Ing. Klein vom Ing. Büro Jung erläutert Anhand einer PP-Präsentation ausführlich die Planung mit Kostenübersicht.

Im Verlauf der Diskussion wird von **GR Steffen Kruschina** angefragt, wie die Kostenbeteiligung bzgl. der Staatstraße erfolgt.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass durch einen städtebaulichen Vertrag eventuelle Beteiligungen geregelt werden.

Beschluss

Der vorgestellten Entwurfsplanung zur Sanierung der Wasserleitung und Kanalisation im Teilabschnitt Würzburger Str. 110 – 146 wird zugestimmt.

Die Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe sind vorzubereiten, damit ein Baubeginn zu Anfang des Jahres 2022 erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

9. Allgemeines

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

8.1. Übergabe Ortsverbindungsstraße

Die offizielle Einweihung und Übergabe der Ortsverbindungsstraße findet morgen, Donnerstag, 14.10., um 17:00 Uhr, an der Einmündung Dörmorsbach/Aschaffenburg statt. Im Anschluss wird im Bürgerhaus eine kleine Verköstigung angeboten.

8.2. E-Ladesäule am Rathaus

Die vorhandene E-Ladesäule der EMS wird am kommenden Dienstag gegen eine Schnelladesäule ausgetauscht. Ab Mittwoch ist dann am Rathaus kein kostenfreies E-Tanken mehr möglich.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **08.12.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 3. November 2021

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:45 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Andreas Roth		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Luftreinigungsgeräte für die Grund- und Mittelschule Haibach und Grünmorsbach sowie die Kindertagesstätten; Neue Kriterien für die Förderung
3.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Nachfolgende Gemeinderäte sind entschuldigt:

GR Jörg Baumann, GR Bodo Leiblein, GR Michael Albert und GR Katja Fuchs.

Es sind somit 17 Stimmberechtigte anwesend.

2. Luftreinigungsgeräte für die Grund- und Mittelschule Haibach und Grünmorsbach sowie die Kindertagesstätten; Neue Kriterien für die Förderung**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein erläutert ausführlich die Änderungen der Zuschussrichtlinien. Heute sollte ein Beschluss gefasst werden, damit ein Ing.-Büro mit den erforderlichen Arbeiten beauftragt werden kann.

2. Bgm. Jürgen Großmann hat in Zusammenarbeit mit Andreas Roth die komplette Tabelle nochmals überarbeitet und bereits den Fraktionen zukommen lassen. Maßgeblich ist jedoch, dass keine Veränderung in der Qualität der Geräte erfolgt. Jedoch sind finanzielle Einsparungen durch Inanspruchnahme von Fördermittel möglich, bei gleicher Qualität.

2. Bgm. Jürgen Großmann informiert über die Änderungen der Bearbeitungsgrundlage. Der Beschluss des Gemeinderates vom 18.08. bezog sich auf UVC-Geräte. Nun wurden die Geräte den Förderrichtlinien angepasst. Die Kindertagesstätten könnten entsprechend dann auch mit den Hepa-Geräten ausgestattet werden.

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, wie viele Geräte mit der HEPA-Technik nun erforderlich sind.

Hierzu antwortet **2. Bgm. Jürgen Großmann**, dass es sich um 20 Geräte, einschließlich Kitas handelt.

GR Beate Konrad fragt, ob Rücksprache mit den Trägern der Kitas erfolgte. Die Tätigkeiten eines Ing. Büros kostet ja auch Geld.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass keine Kosten für ein Ing.-Büro entstehen, wenn die Anschaffung ohne Fördermittel erfolgen soll. Wenn Fördermittel beantragt werden sollen, ist zwingend ein Ing. Büro zu beauftragen.

GR Bernd Oppenrieder bemerkt, dass die Beschlüsse vom August / September endlich umgesetzt werden sollten, heute ist der 03.11.2021.

Bgm. Andreas Zenglein entgegnet hierzu, dass die Überprüfung der Förderkultisse ein Auftrag an die Verwaltung war. Bei einer Einsparmöglichkeit von

140.000 EUR müssen hierzu noch Diskussionen möglich sein.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob die Geräte der Fa. Heraeus eingesetzt werden.

2. Bgm. Jürgen Großmann antwortet, dass diese in den Klassenräumen zu laut sind. Er ergänzt, dass die Förderrichtlinien nun auch Räume zulassen, die mit Fenster ausgestattet sind. Die neuen Förderrichtlinien sind im September in Kraft getreten, daher war eine Bestellung nicht vorher möglich.

GR Jürgen Goldhammer schlägt die „Variante B“, unter Einbeziehung der Fördermittel und mit einem Kostenaufwand in Höhe von 90.000 EUR vor.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, über welchen Zeitraum man nun spricht, bis die Umsetzung des Beschlusses erfolgen kann. Wann wird ein Ing. -Büro einsatzfähig sein?

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass bei heutiger Beschlussfassung, morgen der Ablauf aktiviert werden kann. Nach Aussage der angefragten Hersteller sind UVC-Geräte schnell verfügbar.

2. Bgm. Jürgen Großmann ergänzt, dass sowohl die Gerätehersteller, als auch das Ing.-Büro bereits informiert wurden.

Andreas Roth ist der Ansicht, dass die Geräte eventuell schneller verfügbar sind, als ein Elektriker die Montage übernehmen kann.

Nach weiteren Wortmeldungen werden nachfolgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss

Der Beschluss des Gemeinderates bezüglich der Anschaffung von Luftreinigungsgeräten für die Grund- und Mittelschule in Haibach und Grünmorsbach sowie die Kindertagesstätten vom 18.08.2021 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 3

Beschluss

Die Gemeinde Haibach beschafft Luftreinigungsgeräte für die Grund- und Mittelschule in Haibach und Grünmorsbach sowie die Kindertagesstätten in den Ausführungen HEPA / UVC.

**Abstimmungsergebnis: ja: 0 nein: 17
abgelehnt**

Beschluss

Die Gemeinde Haibach beschafft Luftreinigungsgeräte für die Grund- und Mittelschule in Haibach und Grünmorsbach und den Kindertagesstätten gemäß der neuen Förderrichtlinien mit 5-fachem Luftumsatz

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 3

3. Allgemeines

Anfragen aus dem Gremium:

3.1. Glasfaserausbau Dörrmorsbach

GR Beate Konrad fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Hierzu informiert **Bautechniker Andreas Roth**, dass dort seit 2 Tagen wieder gearbeitet wird.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass jetzt unbedingt darauf hingearbeitet werden muss, dass alles winterfest fertiggestellt wird.

3.2. Planungen zur Sanierung Wasser/Kanal/Straße „Am Wingert“

3. Bgm. Ilse Spielmann fragt auch hier nach dem Sachstand. Hierzu haben bereits mehrfach Anlieger zu diesem Thema nachgefragt.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass hier aktuell noch keine verbindliche Rechtsauskunft vorliegt.

Bautechniker Andreas Roth informiert, dass dort weitere Kernbohrungen in Auftrag gegeben wurden, um den Boden zu untersuchen.

3.3. Brunnen Kirchenelsengrund

GR Toni Stahl fragt nach dem Sachstand bzgl. der Untersuchungen dort.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass der Aufsichtsrat der GAB im November über die Förderung der Maßnahme entscheiden wird.

Des Weiteren möchte **GR Toni Stahl** den Stand zu den Bohrungen bzgl. der Altlasten wissen. Dies betrifft ebenfalls das Grundwasser.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies nachrangig behandelt wird. Hier soll auch eine entsprechende Förderung beantragt werden. Dies wurde auch in der Videokonferenz mit den beteiligten Behörden und dem Ing.-Büro so festgelegt.

GR Toni Stahl fragt, ob die Wasserentnahmestelle dort offen bleiben wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass unser Wasserwart Klaus Großmann dies im Blick hat. Vor Beginn der Frostperiode wird diese Entnahmestelle geschlossen, ebenso werden die Wasserstellen in den Friedhöfen abgestellt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **08.12.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 10. November 2021

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	Anwesend bis 21:10 Uhr
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	anwesend bis 22:15 Uhr
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.10.2021
3.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
4.	Marienkindergarten Haibach - Beschlussfassung über die Festlegung einer Variante aus der vorgestellten Machbarkeitsstudie
5.	Antrag der FWG-Fraktion; Änderung der Satzung zur Erhebung der Hundesteuer (Hundersteuersatzung-HStS)
6.	Antrag der SPD-Fraktion; Beteiligung der Gemeinde Haibach am European Energie Award (EEA)
7.	Vollzug des Naturschutzrechts; Naturdenkmal Nr. 0035 "Winterlinde a. d. Nepomukstatue"
8.	Beratungsleistungen des Bundes und Bayerische Gigabitrichtlinie; Beschlussfassung zum Ausbauggebiet
9.	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
10.	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Begrüßung**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 16 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bgm. Jürgen Großmann, 3. Bgm. Ilse Spielmann, GR Bernd Oppenrieder und GR Katja Fuchs sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

Es sind 17 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.10.2021

Es liegt kein Protokoll zur Genehmigung vor.

3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Keine Bekanntgaben.

4. Marienkindergarten Haibach - Beschlussfassung über die Festlegung einer Variante aus der vorgestellten Machbarkeitsstudie**Sachverhalt:**

Die Sanierung des Marienkindergartens mit Erweiterung um Kinder-Krippenplätzen ist Bestandteil des Investitionsplanes der Gemeinde Haibach.

Das Architekturbüro Herzig wurde gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 17.03.2021 mit der Ausführung einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Mit den nachfolgenden Untersuchungen/Studien wurden die Grundlagendaten für das erforderliche VgV-Verfahren ermittelt.

1. Machbarkeitsstudie:

- Erarbeitung eines Ist- / Soll-Raumprogramms
- Ausarbeitung von 3 Planungsvarianten als Entscheidungsgrundlage
 - Variante 1: Sanierung und Erweiterung
 - Variante 2: Abbruch, Neubau U-Form
 - Variante 3: Abbruch, separater Erweiterungsbau auf dem gleichen Grundstück

- Ermittlung des Kostenrahmens aller Varianten

2. Schadstoffuntersuchung und statische Bewertung:

Im Rahmen der ersten Untersuchungen wurde eine statische Beurteilung des Bestandsgebäudes durchgeführt. Das Gebäude ist von der Gebäudesubstanz als erhaltenswert einzustufen. Eine mögliche Aufstockung des Gebäudes wurde geprüft und ist statisch möglich.

Bei der beauftragten Schadstoffuntersuchung wurden erwartungsgemäß zwar Schadstoffe vorgefunden, diese wurden aber geprüft und als (für die Bauzeit des Marienkindergartens) üblich verwendete Baustoffe beurteilt und eingestuft. Die Entsorgung kann über den normalen Entsorgungsweg erfolgen.

3. Bedarfsermittlung:

Von Seiten der Verwaltung wurde zeitgleich zu den technischen Voruntersuchungen der Bedarf an Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen ermittelt.

Krippe					
	Geburten	Zuzug			
Neugeborene (Sept. 2019 - Aug. 2020)	71	9			
			Gesamt		
Einjährige (Sept. 2018 - Aug. 2019)	50	2	52		
Zweijährige (Sept. 2017 - Aug. 2018)	70	7	77	Plätze laut BE*	Ausbaubedarf
Gesamt	120	9	129		
Platzanzahl mit einer Versorgungsquote von 50%			64,5	63	1,5
Platzanzahl mit einer Versorgungsquote von 70%			90,3		27,3

Kindergarten					
	Geburten	Zuzug	Gesamt		
Dreijährige (Sept. 2016 - Aug. 2017)	50	19	69		
Vierjährige (Sept. 2015 - Aug. 2016)	60	21	81		
Fünfjährige (Sept. 2014 - Aug. 2015)	56	32	88		
Sechsjährige (Sept. 2013 - Aug. 2014)				Plätze laut BE*	Ausbaubedarf
Gesamt	166	72	238	245	-7

Ergebnis der Bedarfsermittlung ist, dass es bei den Kindergartenplätzen voraussichtlich keine zusätzlichen Platzbedarfe gibt. Wobei in der Bedarfsermittlung die sog. „Korridorkinder“ keine Berücksichtigung finden, da deren Zahl nicht im Voraus zu ermitteln ist.

Für Kinderkrippenplätze würde aber, trotz der zusätzlich geschaffenen Plätze in der Kinderkrippe „Kleine Entdecker Haibach“, ein Handlungsbedarf bestehen. Durch die Kindergartenaufsicht des Landkreises Aschaffenburg wurde schon angedeutet, dass bei einer Neuerrichtung einer Kinderkrippe auf eine Versorgungsquote von 70% hingewirkt werden wird.

Aus diesem Grund geht die Machbarkeitsstudie von 4 Kindergarten- und 5 Kinderkrippengruppen aus, was einer Versorgungsquote von 77% entspricht.

Anhand der gewonnenen Ergebnisse könnte voraussichtlich ab Anfang 2022 ein VgV-Verfahren zur Auswahl des Architekten durchgeführt werden.

GR Steffen Kruschina bedankte sich bei der Leiterin des Marienkindergartens, Frau Lang für den Austausch mit der CSU Fraktion und die Möglichkeit sich dort vor Ort ein persönliches Bild machen zu können. Das anschließende Treffen mit den Vertretern der übrigen Fraktionen fand in einer angenehmen Runde in guter Atmosphäre statt. Es wurde dabei erörtert, das Bestandsgebäude zu erhalten und dass ebenerdige Ausgänge aus den Gruppenräumen ermöglicht werden sollten.

Für eine Architektenausschreibung sollten möglichst wenige Vorgaben an die Teilnehmer erfolgen, damit entsprechende Varianten vorgelegt werden.

Es sollte zur weiteren Abwicklung zeitnah ein Arbeitskreis gebildet werden.

Bgm. Andreas Zenglein sieht die Bildung eines Arbeitskreises erst dann erforderlich, wenn die Vorschläge der Architekturbüros vorliegen.

GR Bodo Leiblein berichtet, dass er ebenfalls teilgenommen hat. Bei diesem Termin wurde auch über den Vorschlag der FWG bzgl. des Nebenplatzes der Alemannia gesprochen. Diese Lösung wäre auch möglich. Jedoch wären der erforderliche Aufwand und die behördlichen Abwicklungen zu hoch und würden zu lange Zeit in Anspruch nehmen.

Als kritische Anmerkung von 3. Bgm. Ilse Spielmann ist noch mitzuteilen, dass sie die Schaffung von 5 Kinderkrippengruppen dort als zu viele ansieht. Es

sollte geprüft werden, ob 4 Gruppen ausreichend sind.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, es wurde im Gespräch darauf verwiesen, dass dies die Vorgaben des Landratsamtes sind. Mit 5 Krippengruppen hat Haibach eine Abdeckung von 77 %. Es kann diesbezüglich auch nochmals ein Gespräch mit der zuständigen Fachstelle geführt werden.

GR Jürgen Goldhammer dankt den Teilnehmern des kurzfristig anberaumten Ortstermines. Die Idee, den Nebenplatz der Alemannia zu bebauen, ist aus dem Gedanken entstanden, dass hier eine freie Planung ohne Beachtung des Bestandes hätte erfolgen können. Aber, wie bereits erwähnt, wären die Hürden hierfür zu hoch und die Zeit der Umsetzung würde noch sehr lange dauern.

Schließlich haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, dass die Sanierung im Bestand bevorzugt wird. Die Außenfläche sollte möglichst komplett belassen werden. Die Gruppenräume sollten alle einen ebenerdigen Zugang zum Außenbereich erhalten. Gemäß der Stellplatzverordnung ist pro 30 Kindergartenplätze ein Stellplatz gefordert. Auch diese Auflagen können erfüllt werden. Das VGV-Verfahren sollte begonnen werden.

Nach seiner Ansicht sollte der Kindergarten während der Bauphase komplett ausgelagert werden. Man sollte versuchen, alle 4 Gruppen, z. B. auf dem Parkplatz am Sonneck unterzubringen. Im vorliegenden Beschlussvorschlag sollte die „Variante 1“ gestrichen werden. Es sollten mit einer Ausnahme: "Alle Gruppen sollen ebenerdige Zugänge zu den Außenanlagen erhalten" keine Vorgaben an die Architekten erfolgen

Er möchte noch wissen, ob es förderschädlich ist, wenn 4 Kindergarten- und z. B. nur 3 Krippengruppen gebaut werden.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass die Kinderkrippe „Kleine Entdecker“ in den Marienkindergarten eingegliedert wird. Das Amt für Jugend und Familie wird zu den Planungen gehört. Entsprechende Gespräche werden ohnehin noch geführt.

Nach kurzer Beratung über den Inhalt des Beschlusses wird dieser wie folgt gefasst:

Beschluss

Infolge der durch das Architekturbüro Herzig vorgestellten Machbarkeitsstudien spricht sich der Gemeinderat für die Sanierung und Erweiterung des Bestandsgebäudes aus.

Die Ergebnisse des Sondierungsgesprächs vom 25.10.2021 sollen in den weiteren Planungen und im durchzuführenden VGV-Verfahren berücksichtigt

werden. Alle Gruppen sollen ebenerdige Zugänge zu den Außenanlagen erhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt das VGV-Verfahren einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

**5. Antrag der FWG-Fraktion;
Änderung der Satzung zur Erhebung der Hundesteuer
(Hundersteuersatzung-HStS)**

Sachverhalt:

Am 22.06.2021 wurde durch die FWG-Fraktion ein Schreiben auf Änderung der Satzung für die Erhebung der Hundesteuer (Hundersteuersatzung-HStS) eingereicht.

Es wurden hierbei folgende **Anträge** gestellt:

1. Der § 5 der HStS wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt geändert und trägt folgenden Wortlaut:

„Die Steuer beträgt für jeden gehaltenen Hund 50,00 €, für jeden Kampfhund (§1, Abs. 3, Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit), dessen Haltung ab dem Inkrafttreten dieser Satzung begonnen hat, 600 €.“

2. Die bisher erlassenen Bescheide für die in der Gemeinde Haibach gehaltenen Hunde, die in § 1(2) der Verordnung über Hunde mit gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit genannt sind, werden für das Jahr 2021 geändert und auf 50 € festgesetzt.

Begründung:

Durch die Fraktion der Freien Wähler Gemeinschaft wurde in der Gemeinderatssitzung vom 09.12.2020 erfragt, ob ein Bestandschutz für bereits angemeldete Listenhunde (Kat 2) möglich sei. Am 03.02.2021 wurde das Landratsamt Aschaffenburg von der FWG-Fraktion um eine rechtliche Einschätzung der Möglichkeit gebeten, einen Bestandschutz in die HStS der Gemeinde Haibach mit aufzunehmen.

Hierzu äußerte sich Herr Rieß, Kommunalaufsicht des Landratsamtes Aschaffenburg, wie folgt:

„eine Gesetzesstelle, die es konkret verbietet, die „Kampfhundesteuer“ nur für neu angemeldete Kampfhunde zu erheben, ist uns nicht bekannt. Auch ein entsprechendes Gerichtsurteil hierzu konnte nach einer Recherche von uns nicht gefunden werden.“

Aus unserer Sicht wäre es daher sowohl möglich, für alle Kampfhunde ab sofort eine „Kampfhundesteuer“ zu erheben (Gleichbehandlung) oder auch nur für die

neu angemeldeten Kampfhunde (Bestandsschutz). Insbesondere werden durch beide Möglichkeiten auch zwei verschiedene Lenkungsziele erreicht. Mit der ersten Möglichkeit soll durch die Lenkungswirkung erreicht werden, dass der Bestand an Kampfhunden reduziert wird und mit der zweiten Möglichkeit soll erreicht werden, dass keine neuen Kampfhunde hinzukommen.

Die Gemeinde Haibach vertritt hier aber eine andere Rechtsauffassung und beruft sich auf das Urteil des OVG Nordrhein Westfalen vom 16.12.2004 (AZ.: 14 A 1820/03, abrufbar unter http://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2004/14_A_1820_03urteil20041216.html), wonach bei einer Stichtagsregelung für Bestandshunde ein Verstoß gegen den Gleichheitssatz zumindest dann vorliegt, wenn es für eine solche Regelung keine ausreichende Begründung gibt. Für uns ist hier abschließend nicht einsehbar, ob ein Normenkontrollantrag gegen die Hundesteuersatzung (mit Bestandsschutz) bzw. ein Rechtsbehelfsverfahren gegen einen Hundesteuerbescheid vor den zuständigen Gerichten erfolgreich sein würde. Jedenfalls ist uns zu der hier vorliegenden Rechtsfrage keine bayerische Rechtsprechung bekannt.“

Die Aufgabe der Gemeinde ist es, zu prüfen inwieweit der Bestandsschutz (Stichtagsregelung) mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist. Die darin entstehende Ungleichbehandlung gegenüber den Hundehalterinnen und Hundehaltern, die ihren Hund nach dem Inkrafttreten der Satzung anschaffen, muss vernünftig und einleuchtend sein. Dies ist in unserem Fall die Lenkungswirkung der erhöhten Hundesteuer für Listenhunde. Die Wirkung der erhöhten Hundesteuer soll darauf abzielen, dass nicht noch mehr Listenhunde in Haibach gehalten werden.

Der Bayer. Verwaltungsgerichtshof oder das Bundesverwaltungsgericht haben über diesen konkreten Fall bisher noch nicht höchstrichterlich entschieden.

Die Mustersatzung des Bayer. Gemeindetags lässt den Eindruck zu, dass es von politischer Seite nicht gewollt ist, die Haltung von Listenhunden zuzulassen, allerdings sind die 9 betroffenen Haibacher Hunde schon bereits Teil unserer Gemeinde. Die Verlässlichkeit der Gemeinde muss für die Bürger*innen wichtig sein und der Rechtsfrieden muss in der Gemeinde gewahrt bleiben. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass wir die aktuell bestehende Satzung ändern.

Die Intention der FWG-Haibach ist es nicht, die Rechtmäßigkeit der beschlossenen Hundesteuersatzung in Frage zu stellen. Die FWG-Haibach vertritt allerdings die Ansicht, dass man den betroffenen Hundehalterinnen und Hundehaltern mit einer Stichtagsregelung von Seiten der Gemeinde entgegenkommen kann. Die Stichtagsregelung betrifft in diesem Fall 9 Lebewesen. Die mögliche Schaffung eines Präzedenzfalles bezüglich einer evtl. Forderung nach einer Stichtagsregelung in anderen Haibacher Satzungen, kann deshalb ausgeschlossen werden. Wenn der Gemeinderat die Lenkungswirkung der erhöhten Hundesteuer darauf festlegt, dass nicht noch mehr Listenhunde in Haibach gehalten werden, wenn der Gemeinderat die Chance ergreift, den betroffenen Hundehalterinnen und Hundehaltern entgegenzukommen und auch die 250 Unterstützungsunterschriften nicht unbeachtet lässt, so hat der Gemeinderat mit der Einführung einer Stichtagsregelung in die Hundesteuersatzung auch die konkrete Möglichkeit dazu. Dies wird zum einen durch die Kommunalaufsicht des Landratsamtes Aschaffenburg, die unsere Gemeinde in Rechtsfragen berät, sowie durch das Bayer. Innenministerium bestätigt.

Anhand einer ausführlichen PP-Präsentation durch die GR Christian Fuchs und Ingo Adams wird der Antrag der FWG -Fraktion vorgestellt.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass die Satzungen autonom durch die Gemeinde festgelegt werden. Hier wurden im letzten Jahr 600 € für die gelisteten Hunde beschlossen. Der Gemeinderat legt fest, welche Satzung in Kraft tritt. Eine rückwirkende Aufhebung der Hundesteuersatzung ist rechtlich und steuerrechtlich nicht möglich. Ebenso sind die Aufhebung und Anpassung des Bestandes juristisch gesehen sehr fraglich.

Hier wird als Beispiel die Aufhebung der Straßenausbausatzung genannt. Diese wurde zu einem festgesetzten Datum aufgehoben. Eine rückwirkende Berücksichtigung von vorher ausgebauten Straßen erfolgte nicht.

Nach seiner Meinung sind 600 € Hundesteuer für Kampfhunde für die Hundehalter zumutbar. Nachbargemeinden und auch die Stadt Aschaffenburg erheben wesentlich höhere Beiträge. Die Wespe-Gemeinden haben sich auf den Steuersatz von 600 € geeinigt.

GR Bodo Leiblein bemerkt, dass der Antrag gründlich begründet, gut vorgetragen und vorgestellt wurde. Er erklärt jedoch, dass man diesem Antrag nicht stattgeben sollte.

Als Gründe hierzu nennt er, dass steuerrechtlich echte oder unechte Rückwirkungen möglich sind. Es kann auch seitens der Hundehalter nicht die Erwartung bestehen, dass immer der gleiche Steuerbetrag fällig ist.

Die aktuelle Satzung ist nach seiner Meinung richtig und in Ordnung. Derzeit ist ein Verfahren am Verwaltungsgericht in Würzburg anhängig. Eventuell könnte der Antrag bis zur dortigen Entscheidung zurückgestellt werden. Er sieht jedoch kaum die Chance, dass das Verwaltungsgericht gegen die Gemeinde Haibach eine Entscheidung fällen wird.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass zum Thema „Vertrauen“ der Bürger immer zwei Seiten gesehen werden müssen. Es gibt auch Bürger, die eine Hundesteuer in Höhe von 600 € für Kampfhunde begrüßen, egal, ob ein entsprechender Wesenstest vorliegt oder nicht.

GR Christian Fuchs betont nochmals, dass im Antrag klar herausgestellt wurde, dass nicht die Rechtmäßigkeit der Satzung in Frage gestellt wird. Der Bestandsschutz soll lediglich ein Baustein zur vorhandenen Satzung sein.

Beschluss

Die Satzung für die Erhebung der Hundesteuer vom 09.12.2020 wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis: ja: 5 nein: 12
abgelehnt**

GR Anja Goymann merkt zum Schluss der Diskussion noch an:

Zum Bestandsschutz ist festzustellen, dass gewollt wird, dass die Hunde vernünftig gehalten werden. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten gleichbehandelt werden. Sie schlägt vor zu prüfen, ob es machbar ist, dass die Personen, die einen sog. Kampfhund halten, einen entsprechenden Hundeführerschein vorlegen sollen. Von diesem sollte abhängig gemacht werden, in welcher Höhe die Hundesteuer fällig ist.

6.	Antrag der SPD-Fraktion; Beteiligung der Gemeinde Haibach am European Energie Award (EEA)
-----------	--

Sachverhalt:

Der Antrag der **SPD-Fraktion** wird verlesen:

Alle ernstzunehmenden Parteien und Politiker begreifen in großer Übereinstimmung als die größte vor uns liegende Aufgabe des nächsten Jahrzehnts, dass wir auf allen Ebenen dem menschengemachten Klimawandel energisch entgegenreten und in allen Gliederungen der Gesellschaft größtmögliche Anstrengungen zum Schutze unseres Klimas unternehmen. Diese Aufgabe stellt sich natürlich auch für die Gemeinde Haibach.

Um diese Aufgabe strukturiert und effizient anzugehen, bedarf es Erfahrung im Umgang mit der Aufgabe geeigneter Instrumentarien zur Umsetzung, begleitende Beratung und Unterstützung und regelmäßiger Überprüfung der Zielerreichung.

All diese Notwendigkeiten werden weitestgehend von der Gesellschaft „Association European Energy Award“ abgedeckt.

Diese Organisation

- beschäftigt sich bereits seit ca. 20 Jahren im Rahmen des European Energy mit der Unterstützung von Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben eines strukturieren Klimaschutzes.,
- ist oder war europaweit in mehr als 1500 Gemeinden und Gebietskörperschaften tätig,
- ist über europäische, bundesdeutsche und landesweite Netzwerke organisiert,
- wird vom bayerischen Staat gefördert (zwischen 70 und 90 % der Kosten),
- wurde auch vom Kreistag des Landkreises Aschaffenburg beauftragt, sie in der Bewältigung der Klimaschutz Aufgabe zu unterstützen.
-

Die SPD Fraktion stellt daher den Antrag, dass wir:

1. In einer der nächsten Gemeinderatssitzungen uns vom Umweltschutzbeauftragten des Landkreises Aschaffenburg umfassend über die Teilnahme am European Energy Award informieren lassen.
2. In der darauffolgenden Gemeinderatsitzung darüber abstimmen, ob die Gemeinde Haibach an diesem Award teilnimmt.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass im Jahr 2020 bereits der European Climate Adaptation Award in Haibach durchgeführt wurde. Somit wurde die Basis für diesen European Energie Award geschaffen und Haibach ist auch im Klimaschutznetzwerk beteiligt. Eine Einladung des

Klimaschutzbeauftragten im Landratsamt, Herrn Hoos, kann selbstverständlich erfolgen.

Bei einem Fachvortrag zum Thema „Lichtverschmutzung“ hat sich eine Idee entwickelt, dass man z.B. durch den Verzicht auf die gemeindliche Weihnachtsbeleuchtung hier ein enormes Potential zur Vermeidung der Lichtverschmutzung hat. Zudem wäre bei einem Verzicht auf die Weihnachtbeleuchtung auch eine Kostenersparnis in Höhe von ca.15.000 EUR möglich. Die Folgen für die Energie- und CO²-Einsparung wären auch spürbar.

Der Gemeinderat hat bereits den „CO₂-Fußabdruck der Gemeinde Haibach im Rahmen des Klimaschutznetzwerkes der Fachhochschule Amberg-Weiden in Auftrag gegeben. Dieses Ergebnis sollte abgewartet werden und dann als nächster Schritt der Award angegangen werden.

GR Bodo Leiblein sieht diesen Antrag als Ergänzung zum „CO₂-Fußabdruck“ an. Eine Doppelung von Aufgaben sollte nicht sein.

GR Jürgen Goldhammer findet den Vorschlag bzgl. der Einsparung durch die Weihnachtsbeleuchtung gut. Er schlägt eine 50%ige Reduzierung vor.

GR Steffen Kruschina begrüßt den Antrag. Erste Erfahrungen mit dem Climate Award wurden in Haibach bereits gemacht.

Er sieht die Problematik jedoch darin, dass aktuell noch an der Umsetzung des Climate Award gearbeitet werden soll und dass das ISEK gerade erst begonnen hat. Nach seiner Meinung sind 3 solche Projekte zu viel. Es sollten aus den verschiedenen Themen auch entsprechende Umsetzungen erfolgen.

GR Jörg Baumann ist der Ansicht, dass man dem Klimaschutzwerk beigetreten ist, dies sollte weitergeführt werden. Es ist nach seiner Meinung fraglich, ob noch ein weiteres Netzwerk nötig ist.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass dies eine Unterstützung für die Gemeinde sein soll. Man sollte zuerst Herrn Hoos aus dem Landratsamt hierzu anhören.

GR Anja Goymann bemerkt, dass sie aus psychologischer Sicht den Verzicht auf die Weihnachtsbeleuchtung in der aktuellen Zeit bedenklich sieht. Aktuell ist hierfür nicht der richtige Zeitpunkt in Anbetracht von Corona und der Pandemie.

GR Steffen Kruschina schlägt vor, dass man in den Fraktionen Ideen sammeln soll und zur nächsten Sitzung entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Beschluss

In einer der nächsten Gemeinderatssitzungen wird Herr Hoos, Umweltschutzbeauftragter des Landkreises Aschaffenburg, umfassend über die Teilnahme am European Energy Award informieren.

In der darauffolgenden Gemeinderatsitzung wird darüber abgestimmt, ob die Gemeinde Haibach an diesem Award teilnimmt

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 1

**7. Vollzug des Naturschutzrechts;
Naturdenkmal Nr. 0035 "Winterlinde a. d. Nepomukstatue"**

GR Jörg Baumann verlässt entschuldigt die Sitzung um 21:10 Uhr.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 21.10.2021 wurde durch das Landratsamt Aschaffenburg, Fachbereich Naturschutz bezüglich des Naturdenkmals Nr. 0035 „Winterlinde a. d. Nepomukstatue“ folgendes mitgeteilt:

Die Firma Dietz Gartenservice aus Bessenbach wurde durch den Landkreis Aschaffenburg mit der Kontrolle der Naturdenkmäler und geschützten Landschaftsbestandteilen beauftragt. Dabei wurde festgestellt, dass die Winterlinde a. d. Nepomukstatue in Haibach nicht mehr verkehrssicher ist.

Forstwirt Michael Roth informiert aus fachlicher Sicht:

Die Winterlinde wurde daher vom durch den Biodiversitätsberater des Landkreises, gemeinsam mit Herrn Dietz und ihm begutachtet. Hierbei wurde festgestellt, dass leider der gewünschte Effekt der Maßnahme im März dieses Jahres, trotz der recht nassen Witterung ausgeblieben ist. Bis auf einen Stämmeling war nahezu keine Laubbildung erkennbar. Weiterhin waren am Wurzelanlauf bereits kleinere Abbauprozesse erkennbar. Ergebnis war, dass die Verkehrssicherheit durch Pflegemaßnahmen nicht hergestellt werden kann.

Da die Winterlinde aber wertvolle Höhlenstrukturen enthält, ist eine Fällung aus fachlicher Sicht nicht sinnvoll.

Die Gemeinde Haibach wird daher durch den Landkreis Aschaffenburg aufgefordert, die Winterlinde von einer Fachfirma so bald wie möglich auf Baumtorso (4-5 Meter Resthöhe) zurückzuschneiden zu lassen.

Hierfür muss bei der Regierung von Unterfranken (Obere Naturschutzbehörde) eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung eingeholt werden. Der erforderliche Antrag wird in Zusammenarbeit zwischen mit dem Landkreis Aschaffenburg und Michael Roth ausgearbeitet.

Der Durchführung der Maßnahme steht diese Ausnahmegenehmigung aber nicht im Wege. Eine Artenschutzrechtliche Baubegleitung wird durch das

Fachbüro M. Stüben im Rahmen des Rückschnittes erfolgen.

Die Kosten der gesamten Maßnahme belaufen sich auf ca. 5.000 € (brutto).

Im Nachgang zum Schreiben der Unteren Naturschutzbehörde hat sich Franz Staab mit einer möglichen Neugestaltung des Bereichs um die Nepomukstatue befasst. Der von ihm ausgearbeitete Entwurf wird dem Gremium vorgestellt.

GR Steffen Kruschina stellt die Frage, wie lange dieser Torso von 5 m Höhe stehen bleiben muss?

Forstwirt Michael Roth antwortet, dass es möglich ist, dass sich nach einigen Jahren wieder eine Krone an dem Torso bildet. Auf jeden Fall werden die dort befindlichen Fledermausnester umgesetzt, dies wird fachlich begleitet.

GR Steffen Kruschina möchte noch wissen, in welchem zeitlichen Rahmen festgestellt werden kann, ob der Baum noch gerettet werden kann.

Forstwirt Michael Roth erklärt, dass dies etwa ein Jahr dauern wird.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass man das Naturdenkmal als solches erhalten muss.

Gartenbautechniker Franz Staab erläutert den erarbeiteten Gestaltungsplan, den er für diesen Bereich erstellt hat. Vor einigen Jahren wurden im Bereich des Dreiecks mit Anpflanzungen von weiteren Bäumen begonnen. Ebenso wurde eine Trockenmauer mit Treppe zur St 2312 errichtet. Die Gestaltung an der Nepomukstatue an der Linde soll diesem Ensemble nun gestalterisch angepasst werden.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, ob ein Austausch der Erde an der Linde erfolgen muss.

Hierzu antwortet **GBT Franz Staab**, dass dies nur erforderlich wird, wenn die Linde erneuert wird.

GR Bodo Leiblein fragt, ob diese Planung mit dem ISEK in Zusammenhang steht.

GBT Franz Staab schlägt vor zu prüfen, ob dies mit integriert werden kann.

GR Bodo Leiblein ist der Ansicht, dass bei einem Kostenaufwand von ca. 60.000 EUR dies zuerst geprüft werden soll.

GR Jürgen Goldhammer sieht dies als guten Plan. Es sollte zudem geprüft werden, ob auch eine Förderung in diesem Bereich möglich ist.

GR Toni Stahl sieht ebenfalls den Zusammenhang mit ISEK, aber auch die Notwendigkeit, dass hier etwas gemacht werden soll. Bevor die Arbeiten beginnen, sollte beim Energieversorger nachgefragt werden, ob eine Versetzung des Stromkastens an der Bushaltestelle möglich ist. Dies sollte geprüft und die Kosten hierzu ermittelt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass diese Maßnahme im ISEK integriert werden sollte. Dies könnte als möglicher „Kickoff“ der Gesamtmaßnahme gelten. Die Verantwortlichen an der Regierung werden in diese Planung mit einbezogen. Im Haushalt 2022 sollten hierfür 60.000 EUR bereitgestellt werden.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass er zuerst eine Sicherheit möchte, dass kein Nachteil für das ISEK

entsteht. Zudem wird er nicht zustimmen, wenn keine Klärung vorab möglich ist, dass nach der Gestaltung des Areals dann doch ein Bodenaustausch im Bereich der Linde mit Einsatz von LKWs notwendig wird.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen ein Betrag in Höhe von 500.000 EUR für das ISEK eingestellt werden sollte.

Beschluss

Kenntnisnahme des Sachverhaltes.

Der vorgestellten Planung wird zugestimmt. Im Haushalt des Jahres 2022 wird hierfür ein entsprechender Haushaltsansatz gebildet.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Jörg Baumann ist nicht mehr anwesend.

8. Beratungsleistungen des Bundes und Bayerische Gigabitrichtlinie; Beschlussfassung zum Ausbaubereich

Sachverhalt:

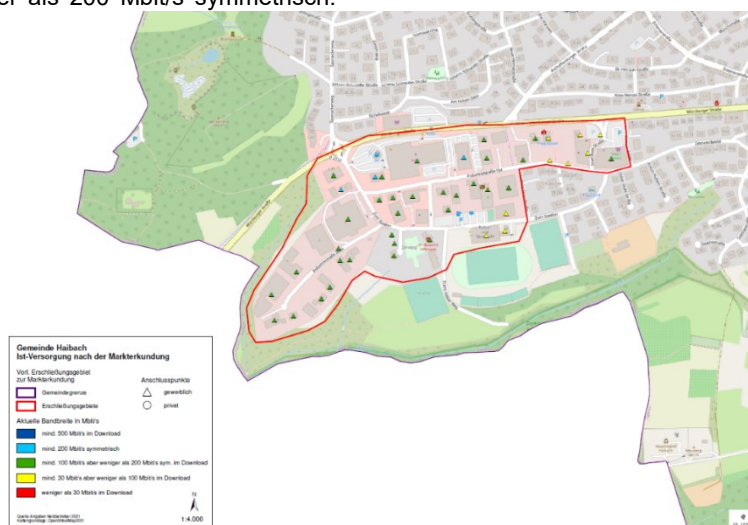
Die neue Bayerische Gigabitrichtlinie ermöglicht eine flächendeckende Förderung von gigabitfähigen Anschlüssen. Von der Förderung profitieren private und gewerbliche Nutzer. Der Freistaat fördert künftig nur noch Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude. Neben der bisherigen Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke, werden künftig auch Betreibermodelle ermöglicht.

In die Förderung können Privatadressen aufgenommen werden, die über weniger als 100 Mbit/s im Download verfügen und gewerbliche Adressen mit weniger als 200 Mbit/s symmetrisch.

Die Fördersumme ist abhängig von der Anzahl der förderfähigen Adressen. Pro Adresse stehen 6.000 € zur Verfügung (weiße Flecken +9.000 €). Bei interkommunaler Zusammenarbeit gibt es einen Bonus von 1.000 € pro Adresse (max. 50.000 €). Die maximale Fördersumme liegt bei 8 Mio. €, bei einer Förderquote von 90 %.

Ablauf:

Zum Start in das Förderprogramm wurde eine Markterkundung durchgeführt. Daraus ergaben sich die förderfähigen Adressen, welche dann in Ausbaubereichen zusammengefasst wurden.



Dieses Ausbaugelände kann dann in die Förderung aufgenommen werden. Die Anträge müssen bis Ende 2025 eingereicht werden.

GR Steffen Kruschina weist auf die Notwendigkeit hin, dass alles ermöglicht werden sollte, dass die restlichen Gebiete in Haibach auch einen Glasfaseranschluss erhalten.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach nimmt an der Bayerischen Gigabitrichtlinie teil.

Das Ausbaugelände wird entsprechend des vorliegenden Plans für das bevorstehende Vergabeverfahren festgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Jörg Baumann ist nicht mehr anwesend.

GR Karin Rückert ist zur Abstimmung nicht anwesend.

9. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

Sachverhalt:

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2020 belaufen sich auf 1.022.530,97 € und die Aufwendungen auf 961.782,28 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2020 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 60.748,69 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2022 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlagen der Stadt Aschaffenburg um ca. 77.600 € und die des Abwasserverbandes Aschafftal um ca. 15.000 € niedriger ausgefallen sind als ursprünglich geplant.

Für das Jahr 2022 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von 918.626 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 365.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,52 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2021 (2,87 €/m³) bedeutet dies eine Minderung der Gebühr um 0,35 €.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 20.10.2021 empfohlen die Gebührenänderung vorzunehmen.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

der Gemeinde Haibach (BGS - EWS) vom 03.12.2009,

zuletzt geändert durch Satzung vom 10.12.2020

§ 1

Änderungen

1. § 10 Abs.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,52 € pro Kubikmeter Abwasser.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Haibach, den

Andreas Zenglein

Erster Bürgermeister



Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Jörg Baumann nicht mehr anwesend.
GR Karin Rückert, Kirsten Hein und Steffen Kruschina sind zur Abstimmung nicht anwesend.

10. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung

Sachverhalt:

1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2020

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2020 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2020 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 994.049,49 €, während sich die Aufwendungen auf 1.036.480,61 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Unterdeckung von 42.431,12 €, welche in das Jahr 2022 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 470.342 m³ (Vorjahr: 462.920 m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert.

Verkauft wurden jedoch nur 401.393 m³ (Vorjahr: 389.461 m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 68.949 m³ (Vorjahr: 73.459 m³) oder 14,66 % (Vorjahr: 15,87%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 632 m³ (Vorjahr: 11m³) bzw. 3,41 % (Vorjahr: 0,06 %), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 68.317 m³ (Vorjahr: 73.448 m³) bzw. 15,12 % (Vorjahr: 16,51 %) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2022

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2022 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 1.102.809 € zu rechnen.

Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 965.600 €.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 385.000 m³ (Mittelwert der letzten 5 Jahre) errechnet sich ein Wasserpreis von 2,51 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Gegenüber dem Jahr 2021 bedeutet dies eine Erhöhung um 0,12 € (Wasserpreis bisher 2,39 €).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung vom 20.10.2021 empfohlen die Gebührenänderung vorzunehmen.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

**zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung
der Gemeinde Haibach (BGS - WAS) vom 03.12.2009
zuletzt geändert mit Satzung vom 10.12.2020**

§ 1

Änderungen

- § 10 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:
„Die Gebühr beträgt 2,51 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“
- § 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Wird ein Bauwasserzähler oder ein sonstiger beweglicher Wasserzähler verwendet, so beträgt die Gebühr 2,51 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Haibach,



Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Jörg Baumann ist nicht mehr anwesend.
GRe Karin Rückert, Kirsten Hein und Steffen Kruschina sind zur Abstimmung nicht anwesend.

11. Allgemeines

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

11.1. Sanierung Schulsportgelände

Die Förderzusage in Höhe von 175.000 EUR ist eingegangen. Entsprechende Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung am 08.12.2021.

11.2. Busverbindung nach Dörmorsbach

Am 03.11.2021 fand mit den Vertretern der Stadtwerke Aschaffenburg ein Gespräch bzgl. der Busverbindung nach Dörmorsbach statt. Die reguläre Busverbindung nach Dörmorsbach wird wieder aufgenommen. Aktuell wird geprüft, ob eine zusätzliche Fahrt nach der 5. Schulstunde möglich ist.

Im Februar soll ein Pilotprojekt „On Demand-Verkehr“ starten. Hier besteht die Möglichkeit, dass auf Abruf im Betriebsgebiet der Gemeinde Haibach zu den Betriebszeiten Mo-Fr 8-11 Uhr sowie 15-18 Uhr und optional ein Schülerverkehr von 11-12:30 Uhr eingesetzt werden kann. Die Laufzeit des Testbetriebes beträgt 24 Monate ab Verkehrsstart.

Ein entsprechendes Angebot der Fa. CleverShuttle, Darmstadt, hierzu liegt den Stadtwerken vor. Die Gesamtkosten belaufen sich im Jahr auf knapp 70.000 EUR.

11.3. Absage folgender Veranstaltungen:

Martinszüge, Seniorenadvent und Ehrenabend der Gemeinde wurden wegen der aktuellen Situation abgesagt.

11.4. Corona-Pandemie

Das Impfzentrum wird ab 23.11. wieder auf eine Öffnungszeit von 5 Tagen hochgefahren. Ab morgen herrscht in Bayern wieder der Katastrophenfall.

Anfragen aus dem Gemeinderat:

11.5. Luftreinigungsgeräte

GR Bodo Leiblein fragt, ob die Abwicklung hierzu beschleunigt werden kann.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass bis zum 30.11.2021 alle erforderlichen Anträge und Unterlagen bei der Regierung vorliegen müssen.

BT Andreas Roth ergänzt, dass man aktuell in der „heißen Phase“ ist. Die Ausschreibung mit Elektrobetrieben erfolgt auf direktem Weg. Kämmerer Thomas Wenzel ist in Kontakt mit der Förderbehörde, dort liegen die Förderanträge vor.

GR Bodo Leiblein möchte konkret wissen, wann die Geräte in Betrieb gehen werden.

BT Andreas Roth erklärt, dass bzgl. der Geräte bereits Reservierungen erfolgten. Die Problematik wird in den Installationsarbeiten liegen.

11.6. AK Geschäftsordnung

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass ab dem Jahr 2022 die Teilnahme der Gemeinderäte an Video-Sitzungen ermöglicht werden sollte.

Für den Sitzungssaal sind für die entsprechende Technik Kosten in Höhe von 15.000 EUR erforderlich. Für die Kultur- und Sporthalle werden höhere Kosten nötig sein. Diese Thematik muss noch beraten werden, dies könnte am 24.11. in der interfraktionellen Sitzung erfolgen.

11.7. Landschaftspflegekonzept mit der „WesPE“

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte hierzu den aktuellen Stand wissen.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass eine entsprechende Veranstaltung am 22.11. im Bürgerhaus stattfinden wird. Dort wird die Ortsrunde Haibach vorgestellt. Entsprechende Einladung zu dieser Veranstaltung wird über die WesPE an die Mitglieder des Gremiums verschickt.

11.8. ISEK – Treffen der Lenkungsgruppe

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass am 18.11.2021 das Treffen der Lenkungsgruppe in der Kultur- und Sporthalle stattfinden wird. Die Einladung mit Tagesordnung erfolgt vom Büro arc grün. Diese Sitzung ist öffentlich. Es wird noch festgelegt, ob diese in Präsenz oder per Live-Stream erfolgt.

Hierzu besteht Einverständnis.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

11.9. Abschlusssitzung des Gemeinderates am 15.12.

Bgm. Andreas Zenglein fragt nach der allgemeinen Meinung hierzu.

Nach kurzem Meinungsaustausch wird vorgeschlagen, dass die Rückmeldung hierzu bis zum 15.11., 12:00 Uhr, per E-Mail erfolgen soll. Entsprechendes wird dann veranlasst.

Hierzu besteht Einverständnis.

11.10. Sitzung HFA 24.11.2021

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass für die vorgesehene Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses aktuell kein Bedarf besteht. Durch die Abwesenheit von Dipl. Ing. Martin Volk liegen noch keine Planungszahlen für das Jahr 2022 vor. Ebenso fehlen noch grundlegende Informationen aus anderen Behörden etc. Diese Sitzung müsste verschoben werden.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass eine interfraktionelle Sitzung mit diversen Themen aus den Fraktionen und der Verwaltung stattfindet. Es wird vorgeschlagen, dass die Fraktionen entsprechende Vorschläge an die Verwaltung schicken. Sollten keine Themen eingehen, werden die Themen aus der Verwaltung vorgeschlagen.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **08.12.2021** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 8. Dezember 2021

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 22:34 Uhr

in der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Michael Albert	Gemeinderat	
Christian Fuchs	Gemeinderat	
Katja Fuchs	Gemeinderätin	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	anwesend bis 22:10 Uhr
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Karin Rückert	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jörg Baumann	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Andreas Roth		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Bürgerfragestunde
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.10., 03.11. + 10.11.2021
3.	Sachstandsbericht der Verwaltung
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Ausbau Goethestraße - Vorstellung Entwurfsplanung
6.	Vorstellung der Energie-und Co2-Bilanz kommunaler Verbraucher durch das Institut für Energietechnik
7.	Wassergewinnung Brunnen Kirchenelsengrund - Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie - Sachstand -
8.	Sanierung Schulsportanlage Finanzierungsplan
9.	Jahresrechnung 2020; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung
10.	Antrag der SPD-Fraktion - Spende an die Hospizgruppe Aschaffenburg e.V.
11.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Bürgerfragestunde

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungs-gemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Die GRe Ingo Adams, Jörg Baumann und 3. Bgm. Ilse Spielmann sind für heute entschuldigt.

Die Teilnehmer der Bürgerfragestunde im Livestream werden ebenfalls begrüßt. Aktuell haben sich 45 Personen zugeschaltet.

Bgm. Andreas Zenglein fragt nach Wortmeldungen im Livestream oder per Chat.

Harald Borst, Dörmorsbach

**Ortverbindungsstraße:
Geschwindigkeitsmessung und Gehweg**

Ratsinformation: Protokolle

Herr Borst bedankt sich, dass eine Online-Teilnahme an der Bürgerfragestunde ermöglicht ist.

Er stellt zum Ausbau der OV-Dörmorsbach nachfolgende Frage:

Kurz nach Eröffnung wurde dort ein **Geschwindigkeitsmessgerät** aufgestellt. Gibt es hierzu eine Zwischenauswertung?

Nach dem Planungsstand war ein Ausbau eines **Gehwegs** rechts am Ortseingang in Richtung Dörmorsbach geplant. Wie ist hier der Stand?

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass die Ausleseinformationen des Geschwindigkeitsmessgerätes aktuell durchgeführt wird. Die entsprechenden Informationen können an Herrn Borst weitergeleitet werden. Die Auswertung wird auch im Mitteilungsblatt veröffentlicht, sobald diese vollständig vorliegt.

Die Planung für den Gehweg ist aktuell zurückgestellt wegen der Arbeiten der Glasfaser. Ebenso soll vorher noch die Pflanzung der Sommerlinden erfolgen. Der geplante Standort für die Sommerlinden musste leider gewechselt werden, da der Grundstückseigentümer die erforderliche Fläche nicht abgetreten hat. Nun erfolgt die Pflanzung gegenüber und wird in den nächsten Tagen erledigt.

Wie sicherlich schon gesehen, sind auch „Holzpfosten“ in diesem Bereich eingeschlagen worden. Hier sollen Apfelbäume gepflanzt werden. Dies wird ebenfalls zeitnah ausgeführt.

Herr Borst bemängelt noch, dass die öffentlichen Protokolle seit Juli nicht mehr im RIS eingestellt wurden. Dies sollte erledigt werden.

Bgm. Andreas Zenglein sagt hierzu schnelle Erledigung und Klärung zu.

Ferdinand Müller, Haibach

Sanierung Goethestraße

Frage 1:

Herr Müller möchte wissen, wie man als Anwohner an den Planungen zur anstehenden Sanierung mitwirken kann.

Frage 2:

Laufstreifen/Gehweg ist derzeit vorhanden. Dies sollte auch so erhalten bleiben. Die zur Verfügung stehende Breite beträgt hier 6,70 m und nach seiner Ansicht ist ein Fußweg realisierbar.

Frage 3:

Anbringen von Schwellen, damit Abbremsen erforderlich ist.

Bgm. Andreas Zenglein dankt für die Anfragen und bemerkt, dass diese Thematik ausführlich in TOP 5 durch das Planungsbüro erläutert wird. Eine endgültige Planung hierzu liegt noch nicht vor. Heute wird die Entwurfsplanung vorgestellt, die Gehsteige hier sind in einer Breite von ca. 30 bzw. 60 cm vorgesehen. Der Einbau von Schwellen oder Bodenwellen ist nicht mehr erlaubt und die Planung muss regelkonform sein. Der Vortrag der Fachplaner wird entsprechende Informationen beinhalten.

Herr Müller sieht in der Größe der Gehsteige Probleme in Bezug auf parkende Fahrzeuge bei Türöffnungen. Als Vergleich zieht er die Großmannstraße in Betracht. Hier ist ein Fußweg breiter als der andere. Er bittet darum, dass man sich nicht hinter Normen versteckt, sondern einen Schutzraum für Fußgänger schafft.

Bgm. Andreas Zenglein bittet die Vorstellung der Planung abzuwarten. Zwecks der dann noch anstehenden Fragen kann gerne ein Termin mit ihm oder im Bauamt, Herrn Volk, vereinbart werden.

2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 13.10., 03.11. + 10.11.2021
-----------	--

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 13.10., 03.11. und 10.11.2021 liegen zur Genehmigung vor und werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3.	Sachstandsbericht der Verwaltung
-----------	---

Sachverhalt:

	Projekt	Zuständigkeit	Sachstand	Erledigung bis
5.1	ISEK / Verkehrskonzept	Hauptamt / Bauamt / Gemeinderat	Vorbereitende Untersuchungen laufen, die Frist für die Fragebögen für die Eigentümer um VU-Gebiet wurde verlängert Nächste Lenkungsgruppensitzung Februar 2022	09/2022
5.2	Gemeindeverbindungsstraße, regenerative Energiequelle am Parkplatz Büchel	Bauamt	Vorstellung einer Solarblume durch J. Großmann	Offen
5.3	Gemeindeverbindungsstraße 3. BA	Bauamt	Begrünung ausstehend	12/2021
5.4	Aschaffenburg Straße	Bauamt	Bauarbeiten laufen	2022
5.5	WSG Br. 71/ Spatgrube	Bauamt	Grenzen des Wasserschutzgebietes sind mit WWA/LRA abgestimmt. Antragsunterlagen wurden aktualisiert und an LRA verschickt. Weitere Bearbeitung abhängig von der Rückmeldung seitens der Behörden.	Offen
5.6	Brunnen Kirchenelsengrund	Bauamt	siehe heutige Tagesordnung Detailuntersuchung für V1 ist durch das Landratsamt Aschaffenburg genehmigt. Beantragung der Fördermittel für die Detailuntersuchung bei der GAB (Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH) durch PeTerra ist erfolgt. Kostenvereinbarung GAB steht noch aus.	Offen

5.7	Außensportanlage Schule	Bauamt	Nach Beschluss über den aktuellen Finanzierungsplan in der heutigen Sitzung kann der Bescheid nach Aussage der Reg.v.Ufr. noch im Dezember erstellt werden. Danach kann die Ausschreibung laufen, damit im Frühjahr 2022 mit den Arbeiten begonnen werden kann	Frühjahr 2022
5.8	Wasserrechtsverfahren RÜB 80/90/91-SMUSI-Berechnung	Bauamt	Umfangreiche Abstimmungen zwischen Stadt AB, Anschlussgemeinden, Fach-behörden und Ing.-Büros. Zwischenbericht an die Anschlussgemeinden noch offen.	Offen
5.9	Umstellung / Erneuerung Straßenbeleuchtung auf LED	Bauamt / Finanzverwaltung	Die Aschaffenburgische Versorgungs-GmbH wurde beauftragt, mit der Planung, der Fördermittelabwicklung und Ausschreibung der Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen für den BA2 Ortsteil Grünmorsbach zu beginnen.	Offen 2021-2023
5.10	Ortsnetz Kanalisation/ Wasserleitung Bestandserfassung	Bauamt	Bestandserfassung weitestgehend abgeschlossen. Derzeit Netzberechnungen in Arbeit. Zwischenstand wurde im Gemeinderat vorgestellt.	12/2021
5.11	Heizungsanlage Rathaus	Bauamt / Hauptamt	Unverändert	Offen
5.12	Lautsprecheranlage Sporthalle „AHK“	Bauamt	Im Moment keine Bearbeitung.	Offen
5.13	Gasversorgung für Dörmorsbach	Hauptamt	Prüfung von möglichen Leitungstrassen durch die Energieversorgung Main-Spessart.	Offen

5.14	Glasfaser-Anschluss Schule	Hauptamt / Finanzverwaltung	In-House Verkabelung steht noch aus.	Beginn 2022
5.15	Gesprächstermin Elternbeirat Schule	Hauptamt	Neuer Elternbeirat wird zu Schulbeginn gewählt. Aufgrund Corona derzeit keine größeren Gesprächsrunden	Offen
5.16	Abbildung des CO ² -Fußabdrucks	Hauptamt / Bauamt / Finanzverwaltung	Präsentation der Energieverbrauchs- und CO ² -Bilanzen der heutigen Sitzung	12/2021
5.17	Lüftungsgeräte Schulen	Bauamt	Beauftragung erfolgt, erste Geräte wurden bereits geliefert	
5.18	Barrierefreiheit öffentliche Gebäude	Bauamt	Derzeit keine Bearbeitung	Offen

Anmerkungen zu folgenden Punkten:

5.1. Die Ergebnisse der Befragung werden in der nächsten Sitzung des GR bekannt sein.

5.2. Die Arbeiten sind fast abgeschlossen, die Pflanzungen beginnen in der nächsten Woche. Hier sind 51 Apfelbäume und drei Sommerlinden vorgesehen.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass am Samstag der OGV Haibach am Recyclinghof 10 Apfelbäume gepflanzt hat.

5.3. **GR Bernd Oppenrieder** möchte wissen, ob es bereits Ergebnisse zu den Mängeln des zweiten Bauabschnittes gibt.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass die Prüfungen mittels Laser durchgeführt wurden. Ergebnisse hierzu liegen noch nicht vor und werden bis Januar erwartet.

GR Beate Konrad fragt, ob der Übergang von BA 1 zum BA 2 auch berücksichtigt wurde. Bautechniker Andreas Roth erklärt, dass die Befahrung von der Staatsstraße bis zum BA 1 erfolgte.

Bgm. Andreas Zenglein fasst die Anfragen zusammen und antwortet, dass die Fa. LPA,

Nürnberg, die Vermessung durchgeführt hat. Das Ergebnis hierzu steht noch aus.

5.5. Hier wird noch auf die Ergebnisse gewartet.

5.6. Verweis auf TOP 7

5.7. Siehe TOP 8

5.8. Hier liegt noch kein Gesamtergebnis vor.

5.10. Weitere Infos in der Sitzung im Januar

5.13. Kommt öffentliche Bürgerbeteiligung, sobald als möglich.

5.16. siehe TOP 6

GR Michael Albert informiert, dass anlässlich der Verlegung der Glasfaser an der Schule Haibach die Asphaltierungsarbeiten an der Ringwallstr. 12/ Querung überprüft werden sollten.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies durch Bautechniker Andreas Roth überprüft wird.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Liegen keine vor.

Ausbau Goethestraße - Vorstellung Entwurfsplanung**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die Herren Harald Klein und Michael Niklős vom Ingenieurbüro Jung, Kleinostheim. Sie haben die Entwurfsplanung für den Ausbau der Goethestraße erstellt und präsentieren diesen in der heutigen Sitzung.

Die beiden Ingenieure erläutern ausführlich die vorab durchgeführten Untersuchungen und die in der Präsentation beinhalteten Bilder, Berechnungen und Vorschläge zur Sanierung. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass es sich hier um eine reine Erschließungsstraße, ohne Gewerbefläche handelt. In der Bestandsaufnahme wurde festgestellt, dass die vorhandenen Gehwege sehr schmal sind, eine starke Neigung haben und der Zustand der Straße sehr schlecht ist. Es wurde dementsprechend auch ein Bodengutachten erstellt.

Bei den Entwürfen wurde eine Mittelrinne geplant, da die Breite der Straße für die Erstellung eines Gehweges nach ihrer fachlichen Einschätzung zu eng ist.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass er zuerst auch von der Idee der Mittelrinne begeistert war. Nach Gesprächen mit Anliegern wurde jedoch erkennbar, dass dann der Schutzraum für die Fußgänger in der Straße fehlt.

Dipl. Ing. Michael Niklős bemerkt, dass es sich hier um eine Straße mit der Tempozone 30 handeln wird. Die Fußgänger können am Rande der parkenden Fahrzeuge laufen. Es ist auch möglich, dass durch entsprechende Verkehrsberuhigung dort in der Mitte der Straße gelaufen werden kann.

GR Jürgen Goldhammer sieht Bedenken, dass man z.B. aus einem Hof kommend direkt auf der Straße steht. Anforderungen bezgl. eines Gehwegs gibt es nicht. Jedoch sollte geprüft werden, ob Fußwegstreifen, bodengleiche Pflasterungen oder links/rechts Rinnen möglich sind. Da die Goethestraße auch der Zubringer zum Gemeindefeld ist, besteht dort schon ein gewisser Verkehr. Die Einbahnregelung wird dort nicht als ideal angesehen.

Dipl. Ing. Michael Niklős sieht die Einschränkungen direkt auf der Straße und ist der Meinung, dass man das hinnehmen müsste. Zum Schutz der Fußgänger wird es möglich sein, Parkplätze einzuzeichnen und wechselseitiges Parken zu ermöglichen. Es muss jedoch geprüft werden, ob Rettungsfahrzeuge passieren können. Verkehrsberuhigte Bereiche wären auch möglich.

GR Bodo Leiblein fragt, ob bei Gehwegen von 1,50 m kein Verkehr mehr möglich sein wird. Dem

Interesse der Anlieger wäre dann in der Planung entsprochen. Es spricht nichts gegen eine Verkehrsberuhigung.

Dipl. Michael Niklős bemerkt, dass eine Beschilderung bei entsprechendem Ausbau erfolgen muss. Die Fahrbahnbreite von 5 m würde passen. Allerdings ist die verkehrsrechtliche Mindestbreite (StVO) von 3,05 m bei einseitigem Parken nicht gewährleistet. Dann werden die Gehwege zugeparkt und es entsteht keine Verbesserung. Aus diesem Grund ist die Öffnung des gesamten Verkehrsraums geplant.

GR Jürgen Goldhammer fragt nach der aktuellen Situation und Fahrbahnbreite.

Dipl. Ing. Michael Niklős antwortet, dass im Bereich der Einfahrt von der Würzburger Straße eine Breite von 5,60 m mit Gehwegen von 30-40 cm vorhanden ist. Im weiteren Verlauf sind die Gehwege bis zu ca. 80 cm rechts und links vorhanden. Auf dem Rest der Fahrbahn ist jedoch aktuell kein Begegnungsverkehr möglich.

GR Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass die Anwohner mit dieser Situation dort gut leben können. Es wäre eine ebenerdige Gestaltung denkbar und durch eine farbliche Pflasterung wäre der Eindruck eines Gehweges wohl möglich.

Dipl. Ing. M. Niklős bezeichnet dies als „weiche Separation“ und als möglich. Verkehrsrechtlich ist es aber trotzdem eine Fahrbahn und der Bereich der Pflasterung kann überfahren werden. Dies würde funktionieren, wenn beidseitige Pflasterungen erfolgen und die Mitte asphaltiert wird.

2. Bgm. Jürgen Großmann sieht die Möglichkeit, dass Parkbereiche definiert werden. Jedoch ist es nicht zulässig, dass auf dem „Fußweg“ geparkt wird.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass auch Baumscheiben zur Verkehrsberuhigung beitragen würden.

GR Jürgen Goldhammer sieht diese Lösung als machbar an. Jedoch hat er von Anliegern, die bei der öffentlichen Sitzung der FWG-Fraktion waren, gehört, dass Bäume in der Goethestraße nicht gewünscht werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass die Entscheidung über den Ausbau durch das Gremium erfolgt. Ein niveaugleicher Gehweg bringt nach seiner Ansicht auch nichts.

GR Jürgen Goldhammer verweist auf die Möglichkeit der Kennzeichnung ähnlich wie bei Radwegen.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass vor dem Ausbau der Straße mit den Anliegern geredet werden sollte. Die Anlieger leben ja auch in dieser Straße. Er war vom vorliegenden Vorschlag begeistert, kann jedoch auch den Interessenskonflikt verstehen. Die Anwohner sollten mit eingebunden werden.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass es sich um ein reines Wohngebiet handelt, aber dort mindestens 3 Gewerbebetriebe ansässig sind. Er stellt die Frage, ob sich jeder an das Tempo 30 hält? Ein Gehweg ist dort nötig. Zumindest sollte auf einer Seite der Straße ein vernünftiger Streifen, ob eingebaut oder eingezeichnet, sein.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass auch in der Hauptstraße Engstellen vorhanden sind. Jedoch sind dort keine Probleme bekannt. Ein Vergleich mit der Goethestraße ist daher nicht möglich. Wenn die Bürger beteiligt werden sollen, ist er damit einverstanden.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass jetzt die Gehwege 2,50 m breit sein sollen. Somit wären die 1,50 m nicht mehr normgerecht. Er ist der Ansicht, dass das farbliche Absetzen ausreichend und auch eine Kombination mit Baumscheiben möglich ist.

Dipl. Ing. Niklős bejaht diese Aussage. Jedoch kann die Planung in der Goethestraße so nicht erfolgen. Die Variante, mit 2,50 m Breite kann in einem Neubaugebiet angeboten werden, jedoch nicht im Altbestand.

2. Bgm. Jürgen Großmann schlägt vor, die Bürgerbeteiligung zu prüfen und ob eine Einbahnregelung von der Würzburger Straße bis zu den Bornäckern erfolgen soll.

Dipl. Ing. Harald Klein präsentiert im Anschluss die **Kanal- und Wassersituation** in diesem Gebiet.

Folgendes ist hierzu wichtig:

Fest steht, dass der Kanal dort komplett ausgetauscht werden muss. Die Sohltiefe wird auf 2,10 m empfohlen, die Tiefe bei der Wasserleitung beträgt 1,50 m.

Der Mischwasserkanal sollte in diesem Bereich, wegen der geringen Platzverhältnisse und da dort sehr viele Leitungen verlaufen, beibehalten werden.

Ein weiterer Regenwasserkanal ist dort nicht möglich, da auch keine geeignete Vorflut vorhanden ist. Daher wird empfohlen, dass Mischsystem beizubehalten.

Der Ausbau des Kanals soll in DN 300 und die Wasserleitung in DN 100 erfolgen.

Das Gefälle der Kanalisation beträgt 6-7% und hat eine Leistungsfähigkeit 90 l/sec bei dem zugrunde

gelegten Bemessungsregen. Dies entspricht einem Auslastungsgrad von rd. 50 %.

Im Kreuzungsbereich wurde die Führung der Wasserleitungs-Hausanschlüsse neu vermessen. Dort scheint es, dass einzelne relativ lange Wasseranschlussleitung ausgeführt sind. Dies sollte bei der Neuverlegung bereinigt werden und neue Hausanschlüsse hergestellt werden.

Ehemalige Gärtnerei: Hier ist eine potentielle Wohnbebauung möglich. Es muss jedoch mit den Eigentümern gesprochen werden, wie die Anschlüsse vorverlegt werden sollen.

Die Kosten für die Maßnahme im insgesamt werden auf insgesamt rd. 1.447.000 EUR geschätzt.

Im Bereich der unterhalb der Goethestraße verlaufenden Kanalisation wurde eine TV-Befahrung durchgeführt und festgestellt, dass eine Sanierung erforderlich wird. Dies kann als Inlinersanierung erfolgen. Die entsprechenden Grobkosten wurden vorgestellt. Weitere Informationen erfolgen ebenfalls bzgl. der Verlängerung der Goethestraße, auch hier ist die Verrohrung in DN 300 vorgesehen.

Bgm. Andreas Zenglein sieht es als sinnvoll an, den unterhalb der Goethestraße befindlichen Kanal an der jetzigen Stelle zu belassen und im Inlinerverfahren zu sanieren. Durch dieses Verfahren wird er leistungsfähiger, da dieser derzeit hydraulisch an der Grenze ist. Dies betrifft hauptsächlich die Häuser, die an der Würzburger Straße, oberhalb der dortigen Gaststätte stehen.

Dipl. Ing. Klein sieht den Kanal aufgrund des Durchmessers limitiert. Es wird noch angedacht, den Kanal auch auszutauschen. Im Moment scheint jedoch die Inlinervariante ausreichend zu sein. Langfristig gesehen, sollte eine Entlastung durch die Kanalisation des eventuell neue Baugebietes erfolgen.

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, welchem Volumen an Regenmenge eine Aufnahme von 200 l/sec im Kanal Goethestraße entspricht. Es sind ja Mengen von 100 – 150 l/m² Regen möglich. Es sollte nach seiner Meinung ein Maß gewählt werden, welches in der Zukunft tragbar ist. Bezüglich des Trennsystems, gemäß Vorschlag von GR Toni Stahl, ist er der Meinung, dass dies bei einer Mittelrinne machbar sein sollte. Das Oberflächenwasser der Straße kann in einen Vorfluter zugeführt werden.

Dipl. Ing. Klein antwortet, dass die Niederschlagsmengen entsprechend den Angaben des Deutschen Wetterdienstes für den Bemessungsregen verrechnet sind. Diese Daten werden alle 10 Jahre aktualisiert. Eine Änderung erfolgt erfahrungsgemäß im einstelligen Bereich. Die angesprochenen Regenfälle im Ahrtal sind auf solchen Listen nicht berücksichtigt, das sind Katastrophenregen.

Zum Trennsystem ist festzustellen, dass das Umfeld der Goethestraße geprüft wurde. Ein 900 m³-Becken fängt die anfallenden Wassermassen auf, bis zur Weiterleitung in den Dörngraben. Der Dörngraben ist ein leistungsschwaches Gewässer. Eine direkte Einleitung bedarf einer Niederschlagswasserbehandlung und einer entsprechenden Rückhaltung, welches bauliche Maßnahmen und somit sehr hohe Kosten verursacht.

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass der „Gartenkanal“ mehr „auf Kante genäht“ ist, als in der Goethestraße. Das Haus Nr. 33 hat z.B. Probleme mit Wasser.

Dipl. Ing. Klein erläutert, dass am Ende des Wendehammers das geringste Gefälle vorhanden ist. Er vermutet, dass an diesem Schacht 1024 das Problem vorhanden ist.

GR Jürgen Goldhammer hält die Nennweite DN 300 für zu klein. Wäre es nicht sinnvoll, eine hydraulische Berechnung von unten zu prüfen?

Dipl. Ing. Klein antwortet, dass der Kanal aus der Goethestraße von jetzt DN 250 auf DN 300. Die Nennweite DN 250 ist noch nicht ausgelastet.

GR Jürgen Goldhammer sieht hier die Notwendigkeit, dass dies angepackt wird.

Dipl. Ing. Klein erklärt, dass die Betrachtung im weiteren Bauabschnitt erfolgen wird.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass der Auftrag bereits erteilt wurde. Die Firma SIK erstellt aktuell die hydraulische Berechnung. Diese Daten fehlen derzeit noch. Man sollte jetzt erstmal beim Thema bleiben, ansonsten muss das Vorhaben Goethestraße gestoppt werden.

Dipl. Ing. Martin Volk führt aus, dass die Goethestraße schon in 2 Bauabschnitte eingeteilt wurde. Die Goethestraße ist in einem schlechten Zustand, deshalb erfolgt diese Trennung. Die Firma SIK berechnet aufgrund des schwierigen Geländes jetzt den 2. Abschnitt. Ein Zusammenschluss in einen Bauabschnitt ist möglich, jedoch müssten dann die bisherigen Untersuchungen sofort und komplett gestoppt werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass man sich für das kommende Jahr 5 Großprojekte im Bereich Kanal vorgenommen hat. Dies sollte erst einmal umgesetzt werden. Dann sollte man zu den nächsten Projekten kommen, die zwangsläufig anstehen.

GR Toni Stahl bemerkt, dass der 250er Kanal noch Reserve hat und in einen 300er Kanal weitergeleitet wird. Dies wird funktionieren, dass dies jedoch für ihn keinen Sinn macht. Er rät zum alten Modell. Er möchte wissen, ob das Ingenieurbüro Jung von der

Verwaltung beauftragt wurde, entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss, zu prüfen, ob und wie ein Trennsystem verwirklicht werden kann.

Dipl. Ing. Klein stellt fest, dass bei gewachsenen Strukturen insofern Probleme entstehen, dass bei einer entsprechenden Umstellung alle Grundstücke umgegraben werden müssen und völlige Umplanungen erforderlich sind.

Dies ist zwar machbar, aber die Frage ist auch, wohin soll das Regenwasser hingeführt werden? Ein Trennsystem macht nur Sinn bei Neubaugebieten, dort werden Grünflächen geschaffen, wo sich das Wasser sammeln und verdunsten kann.

Das Regenwasser darf dann nicht einfach so in den Vorfluter „Am Dörnbach“ eingeleitet werden. Das Becken müsste in der Größenordnung wie ein Mischwasserbecken sein. Naturschutzrechtliche und wasserrechtliche Sachzwänge sind im Vorfeld zu klären.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, da der Beschluss gefasst wurde, dass ein Mischsystem dort erfolgen soll, wo dies auch sinnvoll ist, wurde dies an der Stelle nicht beschlossen. Dort macht es wirtschaftlich keinen Sinn. Die Eigentümer müssen mit einbezogen werden. Es ist zu klären, ob eine Zweitleitung zu legen ist, damit dieses System auch in sich schlüssig ist.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass es zu überlegen ist, ob ein Trennsystem für eine Straße mit einer Länge von 300 m machbar ist. Dies wurde nicht nur für Neubaugebiete gemacht. Bei der Goethestraße als Randgebiet wäre dies nach seiner Ansicht möglich. Dies wäre nach seiner Ansicht eine sinnvolle Möglichkeit für das Trennsystem und somit ein erster Schritt.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die wirtschaftliche Prüfung diesbezüglich erfolgt ist, schließlich müssen die Grundstückseigentümer mit eingebunden werden. Er ist auch der Ansicht, dass man den Fachingenieuren glauben sollte.

Dipl. Ing. Klein bemerkt, dass in diese Richtung eine Alternative vorstellbar ist. Die Förderung von Zisternen ist möglich, aber es muss alles auf Privatgrundstücken passieren. Ein Trennsystem wäre auch nur für Straßenwasser möglich. Für sämtliches Oberflächenwasser 380/350l wäre das Trennsystem ein um ein Vielfaches teurer.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass im Januar/Februar eine Bürgerbefragung durchgeführt wird. Der Ausbau kann demnach nicht vor Mitte 2022 begonnen werden.

Dies wird von den Anwesenden so zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

6. Vorstellung der Energie- und CO₂-Bilanz kommunaler Verbraucher durch das Institut für Energietechnik**Sachverhalt:**

Prof. Brautsch vom Institut für Energietechnik stellt die ermittelten Verbrauchswerte anhand einer Präsentation vor.

Bgm. Andreas Zenglein fragt nach dem nächsten Schritt zum weiteren Verlauf der Untersuchungen.

Prof. Brautsch antwortet, dass dem Institut mitgeteilt werden sollte, welche Liegenschaften nun betrachtet werden sollen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu fest, dass hierfür ein Beschluss des Gemeinderates notwendig ist. Dies wird dann in der nächsten Sitzung des Gemeinderates geschehen und der Auftrag auf der Tagesordnung stehen.

2. Bgm. Jürgen Großmann ist von der Präsentation überrascht und auch enttäuscht. Er hat hierzu mehr erwartet. Es wurden lediglich die Zahlen zusammengestellt. Nach seiner Ansicht war das Ziel, Marker zu haben, wo die Gemeinde aktuell liegt, im Vergleich mit anderen Kommunen.

Prof. Brautsch erklärt, dass die "Steckbriefe" zu prüfen sind. Grob gesagt, die Liegenschaften liegen im Rahmen der Mittelwerte vergleichbarer Gebäude. Dies wird in den einzelnen Steckbriefen noch aufgezeigt. Die Umstellung zu Biothermie / Wasserstoff ist zu prüfen.

GR Bernd Oppenrieder bemerkt, dass nach seiner Kenntnis die Fahrzeugflotte mitgeprüft werden sollte. Er vermisst die Daten zum Treibstoff. Es sollte der gesamte CO₂-Wert ermittelt werden inkl. Fahrzeuge.

Prof. Brautsch antwortet, dass er aktuell nicht weiß, ob das vergessen wurde oder nicht beauftragt. Diese Daten lassen sich jedoch nach Erfassen. Dies bezieht sich auch auf die Angaben nur zum CO₂-Ausstoß. Dies kann in die Bilanz noch aufgenommen werden. Er hat den Auftrag so verstanden, dass es hauptsächlich um die Liegenschaften geht. Es liegt nun an der Gemeinde, welche Schlüsse zur CO₂-Reduzierung gezogen werden sollen. Die weiteren Daten werden bis nächste Woche nachgereicht.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass der Beschluss genau umgesetzt wurde (bis auf die Fahrzeuge). Es war gewünscht, vergleichbare Werte zu bekommen, dies wurde aber so nicht beschlossen. Das Pflanzen von Bäumen, die LED-Umstellung und andere Aktionen sind in dieser Bilanz nicht enthalten.

Prof. Brautsch erklärt, dass bei einer Gesamt-CO₂-Energiebilanz der gesamten Kommune auch die

Privathäuser mit einbezogen werden müssten. Dann müsste auch die Senkung mit erhoben werden. Bei der aktuellen Berechnung wurde der Weg gewählt, gezielt den CO₂-Ausstoß der Liegenschaften zu senken. Damit werden keine Kompensationsmaßnahmen rein gerechnet. Beim Strom gibt es 2 Methoden. Eine weitere gibt es beim Ökostrom mit Zertifikat. Dann sehen die Liegenschaften besser aus.

Wenn es gewünscht wird, kann der Strom nach Zertifizierung betrachtet werden. Dies kann ebenfalls nachgeliefert werden.

GR Steffen Kruschina ist der Meinung, dass die vorgelegte Berechnung bleiben kann. Man will ja Strom reduzieren bei den Liegenschaften und entsprechende Maßnahmen ableiten.

2. Bgm. Jürgen Großmann bemerkt, dass man acht Monate auf die Präsentation gewartet hat und möchte jetzt entsprechende Maßnahmen in Angriff nehmen. Hierzu sind Vorschläge erforderlich. Dies wäre in der Schule notwendig und hierfür sollten Maßnahmen priorisiert werden. Nun ist die Frage, wer erstellt die Priorisierung, die Gemeinde oder das Institut.

Prof. Brautsch ist ebenfalls der Ansicht, dass bei der Schule als größtem Verbraucher begonnen werden muss. Sobald Daten für die Mobilität vorliegen, kann die Erstellung erfolgen. Es müssen in der Schule Möglichkeiten der Energieeinsparung gesucht werden. Er würde eine Wirtschaftlichkeitsberechnung als Entscheidungsgrundlage präsentieren.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass er dies als schlüssig ansieht. Nach seiner Ansicht sind die Daten für die Mobilität zeitaufwendig. Es sollte erstmal geklärt werden, welche Daten gebraucht werden, um den Status quo zu erheben.

GR Bernd Oppenrieder schlägt vor, zuvor Herrn Hoos, Klimaschutzmanager des Landkreises, zur Situation zu hören.

Bgm. Andreas Zenglein ist hingegen der Ansicht, dass man nicht zweigleisig fahren sollte. Jetzt sollte zuerst das Institut, welches beauftragt wurde, beschäftigt werden.

GR Bernd Oppenrieder sieht hier einen einfachen methodischen Vergleich, danach kann entschieden werden.

Es erfolgt kein Beschluss, sondern nur Kenntnisnahme.

7. Wassergewinnung Brunnen Kirchenelsengrund - Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie - Sachstand -

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, bis das Ergebnis der Prüfung durch die GAB vorliegt.

Sachverhalt:

Der Brunnen Kirchenelsengrund ist derzeit, aufgrund der ausgelaufenen wasserrechtlichen Erlaubnis für die Grundwasserentnahme außer Betrieb. Die Wasserversorgung für den Ortsteil Dörmorsbach ist dennoch sichergestellt, da die Gemeinde über die AVG (Aschaffenburg Versorgungs-GmbH) das Wasser beziehen kann.

Die ehemalige Hausmülldeponie wurde untersucht und es konnte ermittelt werden, dass es lediglich bei der V2 (Beräumung der Fläche) und bei der V1 (Detailuntersuchung und dann ggfs. Sanierung) noch Handlungsbedarf gibt.

Für die Beräumung der V2 Fläche hat sich bislang keine Firma auf die Ausschreibung gemeldet.

Für die Detailuntersuchung der V1 Fläche ist es erforderlich, auf die Kostenzusage der GAB zu warten, da ansonsten bereits die Ausschreibung für die Detailuntersuchung förderschädlich wäre.

Die GAB stellt für jede Gemeinde einen Eigenanteil für jeden Deponiestandort fest. Der gemeindliche Eigenanteil in Haibach beträgt voraussichtlich 128.092,76 €.

Aller Voraussicht nach werden die Kosten für die Detailuntersuchung zwar knapp unter diesem Eigenanteil liegen, so dass die Gemeinde hierfür keinen Zuschuss zu erwarten hat, jedoch zählt jeder Euro, den die Gemeinde bereits für die DU ausgibt zum gemeindlichen Eigenanteil hinzu.

Ab Überschreitung des gemeindlichen Eigenanteils trägt die GAB alle förderfähigen Kosten. Da derzeit noch nicht gesagt werden kann, ob sich aus der Detailuntersuchung ein Sanierungsbedarf ableitet, sollte unbedingt mit der Vergabe der DU und dem weiteren Verfahren abgewartet werden, bis der Zuschussvertrag mit der GAB geschlossen wurde.

Da die zuständigen Gremien der GAB erst im Oktober und November 2021 getagt haben, erhielt

die Gemeinde Haibach bislang noch keinen Zuschussvertrag mit der GAB.

Aus den vorangegangenen Gesprächen mit der GAB ist jedoch absehbar, dass nach ihren Förderrichtlinien lediglich der Südteil der Verdachtsfläche gefördert werden kann (s. Lageplan).

Dies wird voraussichtlich damit begründet, dass die Förderrichtlinien der GAB klar vorgeben, dass lediglich gemeindliche Hausmülldeponien gefördert werden dürfen. Es liegen jedoch lediglich für die Flurnummern 376, 377 Gemarkung Dörmorsbach Nachweise vor, dass hier eine genehmigte, gemeindliche Mülldeponie betrieben wurde.

Sollte die Gemeinde sich also nun dazu entschließen, die Detailuntersuchung für die Nordfläche in eigener Verantwortung durchzuführen, so könnten die hier entstandenen Kosten nicht auf den Eigenanteil der Gemeinde angerechnet werden. Nach Schätzungen des Büros Pe Terra beläuft sich die Summe für den nicht förderfähigen Nordteil auf ca. 26.000.- € für die Detailuntersuchung.

Falls eine Sanierung für diese Fläche erforderlich werde, müsse diese dann wieder bei der GAB beantragt werden, aber ohne wesentlich andere Belege, die eine Förderung ermöglichen würden, müsste die Gemeinde dann wohl auch die Sanierungskosten tragen. Wie hoch sich diese Kosten dann belaufen würden, kann momentan nicht abgeschätzt werden.

Der Aufwand für die Nordfläche sollte möglichst geringgehalten werden. Bei der Detailuntersuchung sollte vor allem darauf geachtet werden, ob von den Altlasten Verunreinigungen des Trinkwassers möglich wären. Sollte dies nicht der Fall sein, könne ggf. auf eine Sanierung der Nordfläche verzichtet werden.

Die Gemeinde sollte sich sicherheitshalber rechtlich nochmal beraten lassen, ob eine Übernahme der Kosten für die Detailuntersuchung ggfs. als konkludente Handlung dazu führen könnte, dass auch die Sanierungsmaßnahmen von der Gemeinde zu tragen sind.

8. Sanierung Schulsportanlage Finanzierungsplan

Sachverhalt:

Für die Generalsanierung der Freisportanlagen der Grund- und Mittelschule Haibach werden vom Freistaat Bayern Zuwendungen gem. Art. 10 FAG gewährt.

Der eingereichte Zuwendungsantrag wurde von der Regierung von Unterfranken geprüft und das Ergebnis der Prüfung mitgeteilt.

Förderfähig sind der Allwetterplatz mit separater Weitsprunganlage, die Laufbahn und die Kugelstoßanlage.

Die von der Gemeinde Haibach ermittelten Gesamtkosten belaufen sich auf rd. 569.500 €.

Zuwendungsfähig sind Kosten in Höhe von 349.572 €. Bei einem Fördersatz von 50% ergibt sich eine voraussichtliche Gesamtförderung von 175.000 €.

Aus diesen Zahlen ergibt sich folgender Finanzierungsplan:

Baukosten gesamt (geschätzt)	569.500 €
Zuwendungsfähige Kosten	349.572 €
Zuwendungen des Freistaates Bayern	175.000 €
Eigenmittel der Gemeinde Haibach	394.500 €

Beschluss

Die Generalsanierung der Freisportanlagen der Grund- und Mittelschule Haibach wird durchgeführt.

Die finanziellen Mittel werden im Haushalt 2022 bereitgestellt.

Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf ca. 569.500 €.

Die Zuwendungen des Freistaates Bayern werden sich voraussichtlich auf 175.000 € belaufen.

Die Gemeinde Haibach ist bereit und in der Lage, erwartete Zuwendungen über mehrere Jahre vorzufinanzieren.

Der Gemeinde Haibach ist bekannt, dass

- mit der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn keine Zusage einer künftigen Förderung verbunden ist, also ob, wann und in welcher Höhe Zuwendungen bereitgestellt werden und eine mögliche Förderung sich nach den dann geltenden Förderungsrichtlinien bemisst.
- Die Kosten der Zwischenfinanzierung nicht gefördert werden und mit dem vorzeitigen Baubeginn die Dringlichkeit des Vorhabens nicht begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

9. Jahresrechnung 2020; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung

Sachverhalt:

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein.

Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Art. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	17.469.780,71 €
Ordentliche Aufwendungen	16.297.160,30 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.172.620,41 €
Finanzergebnis	-3.929,69 €
Ordentliches Jahresergebnis	1.168.690,72 €
Außerordentliches Ergebnis	0,00 €
Jahresergebnis	1.168.690,72 €

Der Jahresabschluss 2020 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Neben einer stichprobenartigen Prüfung der Belege wurden insbesondere die Bereiche Wildpark, Innere Verrechnungen Bauhofleistungen, Friedhofsgebühren und Versicherungen intensiver geprüft.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben. Es wurde jedoch angeregt, eine Anpassung der Friedhofsgebühren vorzunehmen.

Der Jahresabschluss 2020 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.812.063,40 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.204.460,96 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.607.602,44 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.694.024,87 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.158.873,02 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.464.848,15 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-395.496,93 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-1.252.742,64 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2020 beträgt 70.167.065,26 € und ist somit 2.889.671,43 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2019.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 3.937.757,86 €, das Umlaufvermögen verringerte sich um 1.179.150,73 € und bei der Position „Aktive Rechnungsabgrenzung“ ist ein Zuwachs von 131.064,30 € zu verzeichnen.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.168.690,72 €
Sonderposten	+905.664,71 €
Rückstellungen	+347.973,98 €
Verbindlichkeiten	+490.608,22 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-23.266,20 €
Summe	+2.889.671,43 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2020 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist.

GR Jürgen Goldhammer informiert:

Wir, der Rechnungsprüfungsausschuss in der Besetzung Bodo Leiblein, Toni Stahl und mir als Ausschussvorsitzenden, haben uns in 2021 gemeinsam mit unserem Kämmerer Herr Wenzel in drei langen Sitzungen (keine endete vor 21:30 Uhr) und haben neben der Prüfung der Jahresrechnung 2020 folgende Geschäftsvorgänge analysiert und eingehend im Detail u.a. geprüft.

- Vermietung und Verpachtung von Dachflächen für PV-Anlagen
- Einnahmen und Ausgaben für den Wildpark – Hier ist man sich einig, dass der Park in

der jetzigen Form ein Gewinn für Haibach ist.

- Die Innere Verrechnung der Bauhofleistungen – u.a. die Kalkulation der Stundensätze für die Weiterverrechnung
- Stellenplan mit erforderlichen Nachbesetzungen => der Vorschlag des RP konnte das Gremium überzeugen, aktuell laufen vier Stellenausschreibungen
- Weitere Nachbesetzungen sind erforderlich u.a. Kämmerer, Wassermeister...
- Versicherungsbeiträge u.a. der Kassenversicherung. Hier ist eine Anpassung zwingend erforderlich – Herr Wenzel ist schon dran.
- Kalkulation der Friedhofsgebühren => hierzu wird in der 1. RP-Sitzung ein Gespräch mit dem Bauhofleiter Herr Staab geführt und dann dem GR ggf. ein neuer Vorschlag zu den Friedhofsgebühren unterbreitet.
- Anpassung der Grundsteuer B sollte schnellstmöglich erfolgen, da durch Wegfall der Straßenausbaubeiträge die Kosten für den Ausbau der Gemeindestraßen alleine

durch die Gemeinde zu stemmen ist. Der Zuschuss vom Freistaat deckt bei weitem nicht die benötigten Mittel. Der Vorschlag für die Diskussion in den Fraktionen ist: Von 310 v.H. auf 340 v.H. (LD = 343,6 v.H.) erhöhen.

Vorgeschlagen wird/aufgefallen ist und sollte mittelfristig betrachtet werden:

- Verpachtung von Kleinflächen zur Minderung der Pflege
- Eindeutiger Pflegeplan für Grünflächen im Ortsgebiet
- Im Stellenplan 2022 sollen Stellen für die Einarbeitung für die erforderlichen Nachbesetzungen berücksichtigt werden.
- Dass das geplante Bürgerbüro schnellstmöglich zur Schaffung von Synergien umgesetzt werden soll.
- Mit der Einführung von Betriebs- und Fahrtenbüchern die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geräte und Fahrzeuge in der Verwaltung manifestiert werden.

Fazit:

Die Sitzungen verliefen sehr offen, alle von uns gewünschten Unterlagen, Infos etc. wurden uns vollumfänglich zur Verfügung gestellt.

Unregelmäßigkeiten konnten keine festgestellt werden, so dass die Feststellung der Jahresrechnung erfolgen und die Entlastung erteilt werden kann

Beschluss

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2020 in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Beschluss

Bgm. Andreas Zenglein ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. Die Leitung der Sitzung übernimmt zu diesem TOP 2. Bgm. Jürgen Großmann.

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2020 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Sitzungsleitung 2. Bgm. Jürgen Großmann:

Bgm. Andreas Zenglein ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Beschluss

Der Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 1.168.690,72 € wird der Ergebnissrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

10. Antrag der SPD-Fraktion - Spende an die Hospizgruppe Aschaffenburg e.V.

GR Anja Goymann verlässt um 22:10 Uhr die Sitzung.

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion hat nachfolgenden Antrag eingereicht:

Die Hospizgruppe Aschaffenburg hat sich zum Ziel gesetzt, in Aschaffenburg ein Hospiz- und Palliativzentrum mit integriertem Tageshospiz zu bauen. Damit soll eine Lücke zwischen stationärer und häuslicher Palliativbetreuung geschlossen werden. Dieses sehr notwendige Angebot steht natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde offen.

Um dieses anspruchsvolle Projekt umsetzen zu können, muss es der Hospizgruppe gelingen, eine Million EUR an Spenden zu generieren. Viele Gemeinden des Aschaffener Umlands haben bereits gespendet. Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

Die Gemeinde Haibach soll zur Unterstützung der Hospizgruppe Aschaffenburg beim Bau des Hospiz- und Palliativzentrums eine Spende von 5.000 EUR in Form eines Erwerbs von 10 goldenen Bausteinen im Wert von jeweils 500 EUR beitragen. Die Spende wird noch im Kalenderjahr 2021 geleistet.

Wir würden uns über eine möglichst breite Unterstützung unseres Antrages sehr freuen.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass der Antrag der SPD-Fraktion parallel zur Empfehlung aus dem Bürgermeistergespräch des Landkreises kam. Hier wurde eine Pro-Kopf-Beteiligung der Gemeinden von 0,50 EUR vorgeschlagen. Dies kommt dem Antrag der SPD-Fraktion ungefähr gleich. Er begrüßt den Antrag und weist auf die wichtige Unterstützung dieser Maßnahme hin.

Er bemängelt jedoch, dass der Antrag vorab im Mitteilungsblatt publiziert wurde und findet dies dem Gremium gegenüber nicht in Ordnung.

GR Steffen Kruschina führt aus, dass die CSU diesen Antrag ausführlich diskutiert hat, dort wird die Notwendigkeit ebenfalls so gesehen. Er möchte namens der CSU-Fraktion den Antrag noch erweitern und schlägt vor, dass sich die Gemeinde Haibach als Fördermitglied mit jährlich 300 EUR an diesem Projekt beteiligt. Die CSU-Fraktion hat beschlossen, ebenfalls noch 2 Bausteine zu finanzieren.

Im Rahmen der Diskussion dieses Punktes schlägt **GR Steffen Kruschina** vor, dass die Mitglieder des AK Vereinsförderung gezielt auf die Vereine zugehen sollten. Der AK müsste aktiviert werden, um den Vereinen eventuell notwendige Hilfen im 2. Corona-Jahr zukommen zu lassen.

GR Christian Fuchs möchte wissen, ob bekannt ist, dass sich die weiteren Wespe-Gemeinden auch am Hospiz beteiligen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass ihm hierüber nichts bekannt ist. Bisher ist die Stadt Alzenau beteiligt.

GR Bernd Oppenrieder teilt mit, dass auf der Web-Site der Hospizgruppe alle Gemeinden stehen, die sich beteiligt haben. Die vier weiteren Wespe-Gemeinden haben bereits gespendet.

GR Bodo Leiblein teilt mit, dass die Fördermitgliedschaft auch von der SPD-Fraktion unterstützt wird.

Beschluss

Dem Antrag der SPD-Fraktion über eine Spende an die Hospizgruppe Aschaffenburg in Höhe von 5.000 EUR im Jahr 2021 wird zugestimmt.

Ab dem Jahr 2022 tritt die Gemeinde Haibach als Mitglied der Hospizgruppe Aschaffenburg e.V. mit einem Jahresbeitrag in Höhe von 300 EUR bei.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Anja Goymann ist nicht mehr anwesend.

11. Allgemeines

Informationen:

Im Mitteilungsblatt wird eine Anzeige des Gemeinderates mit einem Impfaufruf „Wir sind geimpft!“ mit einem Aufruf zur aktuellen

Impfsituation und den Hinweisen zum Impfzentrum Hösbach erscheinen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **19.01.2022** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte